

Dieser Prospekt stellt einen Basisprospekt der Oberösterreichischen Landesbank Aktiengesellschaft für sonstige Nichtdividendenwerte im Sinne von Artikel 22 (6) Z 4 der Verordnung (EG) NR 809/2004 der Kommission vom 29.4.2004 zur Umsetzung der Richtlinie 2003/71/EG des Europäischen Parlaments und des Rates betreffend die in Prospekten enthaltenen Angaben sowie die Aufmachung, die Aufnahme von Angaben in Form eines Verweises und die Veröffentlichung solcher Prospekte sowie die Verbreitung von Werbung (in der Fassung der Richtlinie 2010/73/EU, die "Prospektrichtlinie") in der geltenden Fassung (die "Prospektverordnung") und Nichtdividendenwerte im Sinne von Artikel 22 (6) Z 3 der Prospektverordnung dar.



Oberösterreichische Landesbank Aktiengesellschaft Angebotsprogramm für Strukturierte Schuldverschreibungen

Gemäß den Bestimmungen des in diesem Prospekt (einschließlich etwaiger Nachträge gemäß § 6 KMG und Dokumente oder Teile von Dokumenten, die in Form eines Verweises einbezogen sind, der "Prospekt") beschriebenen Angebotsprogrammes für Strukturierte Schuldverschreibungen (das "Programm") kann die Oberösterreichische Landesbank Aktiengesellschaft (die "Emittentin" oder die "Anleiheschuldnerin" oder die "HYPO Oberösterreich") (i) nicht-nachrangige, (ii) nachrangige Schuldverschreibungen, die Instrumente gemäß Art 63 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26.6.2013 über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 646/2012 (*Capital Requirements Regulation* – "CR") darstellen (die "Tier 2-Schuldverschreibungen"), (iii) Pfandbriefe und (iv) Kommunalpfandbriefe jedweder Art begeben, einschließlich Schuldverschreibungen mit fixer Verzinsung, variabler Verzinsung, basiswertabhängiger Verzinsung, Nullkupon-Schuldverschreibungen, und Steeper-Schuldverschreibungen, die jeweils mit fixem Rückzahlungsbetrag ausgestaltet sind (die "Anleihen" oder die "Schuldverschreibungen"). Jede Begebung von Schuldverschreibungen erfolgt zu den im Abschnitt "Emissionsbedingungen" auf den Seiten 137 ff beschrieben und für die jeweiligen Schuldverschreibungen relevanten Muster-Emissionsbedingungen, die für die verschiedenen unter diesem Programm begebenen Kategorien von Wertpapieren in unterschiedlichen Varianten (i.e. "Optionen" im Sinne von Artikel 22 (4) lit c der Prospektverordnung) ausgestaltet sind und weitere Unteroptionen und/oder ergänzende Optionen enthalten können (die "Muster-Emissionsbedingungen"). Die Muster-Emissionsbedingungen enthalten bestimmte weitere Optionen, die durch Instruktionen und Erklärungen in eckigen Klammern innerhalb der Muster-Emissionsbedingungen gekennzeichnet sind. Die Muster-Emissionsbedingungen werden für jede Serie von Schuldverschreibungen durch endgültige Bedingungen im Sinne von Artikel 26 (5) der Prospektverordnung (die "Endgültigen Bedingungen" oder "EB") vervollständigt (und stellen so zusammen die für die jeweiligen Schuldverschreibungen maßgeblichen "Emissionsbedingungen" dar), indem die Endgültigen Bedingungen entweder (i) durch Verweis die Muster-Emissionsbedingungen (einschließlich weiterer Unteroptionen und/oder ergänzenden Optionen) für die maßgebliche Emission von Schuldverschreibungen für anwendbar erklären und die in den Muster-Emissionsbedingungen optional ausgeführten Informationsbestandteile auswählen und die in den Muster-Emissionsbedingungen fehlenden Informationsbestandteile ergänzen oder (ii) durch Wiederholung die Muster-Emissionsbedingungen (einschließlich weiterer Unteroptionen und/oder ergänzenden Optionen) für die maßgebliche Emission von Schuldverschreibungen für anwendbar erklären und die optional ausgeführten Informationsbestandteile durch Streichungen der nicht anwendbaren Informationsbestandteile auswählen und die in den Muster-Emissionsbedingungen fehlenden Informationsbestandteile ergänzen. Ein Muster der Endgültigen Bedingungen findet sich ab Seite 164 des Prospekts. Die für eine Serie von Schuldverschreibungen geltenden Endgültigen Bedingungen werden der die Schuldverschreibungen verbriefende Sammelurkunde (wie nachfolgend definiert) beigefügt oder darauf vermerkt. Die Endgültigen Bedingungen ergänzen die Muster-Emissionsbedingungen. Dieser Prospekt wurde nach Maßgabe der Anhänge IV, V, XI, XII, XXII und XXX der Prospektverordnung erstellt und von der österreichischen Finanzmarktaufsichtsbehörde (die "FMA") in ihrer Funktion als zuständige Behörde gemäß dem österreichischem Kapitalmarktgesetz (das "KMG"), das die Prospektrichtlinie umsetzt, gebilligt.

Die inhaltliche Richtigkeit der in diesem Prospekt gemachten Angaben ist nicht Gegenstand der Prüfung des Prospekts durch die FMA im Rahmen der diesbezüglichen gesetzlichen Vorgaben. Die FMA prüft den Prospekt ausschließlich auf Vollständigkeit, Kohärenz und Verständlichkeit gemäß § 8a Abs 1 KMG.

Die Emittentin ist gemäß den Bestimmungen der Prospektrichtlinie und des KMG dazu verpflichtet, einen Nachtrag zu diesem Prospekt zu erstellen, zu veröffentlichen und der FMA und dem Börseunternehmen, das die Märkte betreibt, an denen die Schuldverschreibungen notieren, die gesetzlich vorgeschriebene Anzahl an Kopien des Nachtrags zukommen zu lassen, falls während der Laufzeit des Programms ein wichtiger neuer Umstand, eine wesentliche Unrichtigkeit oder Ungenauigkeit in Bezug auf die im Prospekt enthaltenen Angaben, die die Bewertung der Schuldverschreibungen beeinflussen könnten, zwischen der Billigung des Prospekts bzw. einem öffentlichen Angebot unter dem Prospekt und dem endgültigen Schluss eines öffentlichen Angebots oder, wenn diese später eintritt, der Aufnahme des Handels an einem geregelten Markt, auftreten bzw. festgestellt werden. Die Zulassung des Programms zum Amtlichen Handel und/ oder zum Geregelten Freiverkehr der Wiener Börse kann beantragt werden. Unter dem Programm können Schuldverschreibungen ferner an einer oder mehrerer weiterer oder anderer Börsen eingeführt oder zum Handel zugelassen werden. Weiters kann auch die Einbeziehung der Schuldverschreibungen in den Handel an dem von der Wiener Börse als Multilaterales Handelssystem (*Multilateral Trading Facility*, "MTF") geführten Dritten Markt beantragt werden. In den maßgeblichen Endgültigen Bedingungen wird angegeben, ob eine Börseneinführung oder Einbeziehung in den Handel der Schuldverschreibungen an der Wiener Börse und/oder einem MTF erfolgen soll. Die Emittentin kann ferner Schuldverschreibungen ausgeben, für die keine Börseneinführung und/oder Einbeziehung in ein MTF vorgesehen ist. Jede Serie von Schuldverschreibungen wird in einer auf Inhaber lautenden Dauersammelurkunde verbrieft (eine "Sammelurkunde"), die nach Maßgabe der Endgültigen Bedingungen entweder bei der Emittentin oder von einem oder im Namen eines Clearing-Systems verwahrt wird, bis sämtliche Verbindlichkeiten der Emittentin aus den Schuldverschreibungen erfüllt sind. Ein Anspruch auf Einzelverbrieftung oder Ausfolgung effektiver Stücke einzelner Schuldverschreibungen oder Zinsscheine ist ausgeschlossen.

Interessierte Anleger sollten sich vergewissern, dass sie die Struktur der jeweiligen Schuldverschreibungen und das mit ihnen verbundene Risiko verstehen, und ferner die Eignung der betreffenden Schuldverschreibungen als Anlageinstrument angesichts ihrer persönlichen Umstände und finanziellen Situation abwägen. Schuldverschreibungen können in einem hohen Maß mit Risiken behaftet sein, einschließlich des Risikos des Totalverlustes des eingesetzten Kapitals. Interessierte Anleger sollten daher bereit sein, einen Totalverlust des Kaufpreises ihrer Schuldverschreibungen hinzunehmen. Weitere Informationen zu Risiken enthält der Abschnitt "Risikofaktoren" auf den Seiten 34 ff.

Dieser Prospekt stellt einen Basisprospekt im Sinne des Artikels 5 Abs 4 der Prospektrichtlinie dar.

Das Datum dieses Prospektes ist 24.2.2016

INHALTSVERZEICHNIS

ALLGEMEINE HINWEISE UND VERKAUFSBESCHRÄNKUNGEN	3
DURCH VERWEIS AUFGENOMMENE DOKUMENTE	7
ZUSAMMENFASSUNG	9
A. Einleitung und Warnhinweise	9
B. Die Emittentin	11
C. Die Wertpapiere	17
D. Risiken	27
E. Angebot	32
RISIKOFAKTOREN	34
1. Allgemein	34
2. Risiken in Bezug auf die Emittentin	34
3. Risiken in Bezug auf die Schuldverschreibungen	54
4. Risiken in Zusammenhang mit bestimmten Ausstattungsmerkmalen	64
5. Risiken in Zusammenhang mit den Basiswerten derivativer Schuldverschreibungen	67
ANGABEN ZUR EMITTENTIN	71
1. Verantwortliche Personen	71
2. Abschlussprüfer	71
3. Risikofaktoren	72
4. Angaben über die Emittentin	72
5. Geschäftsüberblick	74
6. Organisationsstruktur	77
7. Trend Informationen	77
8. Gewinnprognosen oder -schätzungen	77
9. Verwaltungs-, Geschäftsführungs- und Aufsichtsorgane	77
10. Hauptaktionäre	90
11. Finanzinformationen über die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin	91
12. Wesentliche Verträge	92
13. Angaben von Seiten Dritter, Erklärungen von Seiten Sachverständiger und Interessenerklärungen	93
14. Einsehbare Dokumente	93
WERTPAPIERBESCHREIBUNG	94
1. Verantwortliche Personen	94
2. Risikofaktoren	94

3.	Zentrale Angaben	94
4.	Angaben über die anzubietenden bzw zum Handel zuzulassenden Schuldverschreibungen.....	95
5.	Bedingungen und Voraussetzungen für das Angebot	115
6.	Zulassung zum Handel und Handelsregeln	118
7.	Zusätzliche Angaben	119
	GLOSSAR UND ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS	121
	UNTERFERTIGUNG DES PROSPEKTS.....	133
	EMISSIONSBEDINGUNGEN	134

ALLGEMEINE HINWEISE UND VERKAUFSBESCHRÄNKUNGEN

Allgemeine Hinweise

Die im Prospekt enthaltenen Informationen in Bezug auf die Emittentin und ihre vollkonsolidierten Tochtergesellschaften (zusammen die "**HYPO Oberösterreich-Gruppe**" oder die "**Gruppe**"), die mit den Schuldverschreibungen verbundenen Rechte sowie die geltende Rechtslage und Praxis der Rechtsanwendung (zB steuerliche Angaben), beziehen sich auf das Datum dieses Prospektes. Diese Informationen sind solange gültig, als nicht aufgrund eines neuen wichtigen Umstandes oder einer wesentlichen Unrichtigkeit oder Ungenauigkeit hinsichtlich der im Prospekt enthaltenen Angaben, die die Bewertung der Schuldverschreibungen beeinflussen können, ein Nachtrag zum Prospekt veröffentlicht wurde. Die Gültigkeit dieses Prospekts ist mit zwölf Monaten nach dem Tag seiner Billigung beschränkt vorausgesetzt, dass er erforderlichenfalls um etwaige Nachträge ergänzt wird.

Eine möglichst vollständige Information über die Emittentin und die Schuldverschreibungen ist nur gegeben, wenn dieser Prospekt – ergänzt um allfällige Nachträge – in Verbindung mit den jeweils veröffentlichten Endgültigen Bedingungen gelesen wird.

Anleger haben sich bei einer Anlageentscheidung auf ihre eigene Einschätzung der Emittentin sowie die Vorteile und Risiken, die mit der Anlage in Schuldverschreibungen der Emittentin zusammenhängen, zu verlassen.

Jedwede Entscheidung zur Investition in Schuldverschreibungen sollte ausschließlich auf dem genauen Studium des Prospekts zusammen mit den maßgeblichen Endgültigen Bedingungen beruhen, wobei zu bedenken ist, dass jede Zusammenfassung oder Beschreibung rechtlicher Bestimmungen, gesellschaftsrechtlicher Strukturen oder Vertragsverhältnisse, die in diesem Prospekt enthalten sind, nur der Information dient und nicht als Rechts- oder Steuerberatung betreffend die Auslegung oder Durchsetzbarkeit ihrer Bestimmungen oder Beziehungen angesehen werden sollte. Der Prospekt ersetzt nicht die in jedem individuellen Fall unerlässliche Beratung durch geeignete Berater des Anlegers.

Der vorliegende Prospekt dient ausschließlich der Information von potentiellen Anlegern. Bei den im Prospekt enthaltenen Informationen handelt es sich insbesondere weder um eine Empfehlung zum An- oder Verkauf oder zur Zeichnung von Schuldverschreibungen noch um eine Aufforderung bzw. eine Einladung zur Abgabe eines Angebots zur Zeichnung oder zum An- oder Verkauf derselben. Im Falle irgendwelcher Zweifel über den Inhalt oder die Bedeutung der im Prospekt enthaltenen Informationen ist eine befugte oder sachverständige Person zu Rate zu ziehen, die auf die Beratung beim Erwerb von Finanzinstrumenten spezialisiert ist.

Die unter diesem Prospekt begebenen Schuldverschreibungen der Emittentin werden von keiner Zulassungs-, Billigungs- oder Aufsichtsbehörde in Österreich oder einer Wertpapier-, Billigungs- oder Zulassungsstelle im Ausland noch in sonstiger Weise zum Kauf empfohlen.

Keine Person ist ermächtigt, Informationen oder Zusagen über die Emittentin und/oder die Schuldverschreibungen abzugeben, die nicht im Prospekt enthalten sind. Falls solche doch

erfolgen, darf niemand darauf vertrauen, dass diese von der Emittentin autorisiert worden sind.

Dieser Prospekt samt Nachträgen und Endgültigen Bedingungen (einschließlich allfälliger Annexe) darf weder ganz oder teilweise reproduziert noch weitervertrieben werden. **Jeder Anleger stimmt der eingeschränkten Verwendung mit Entgegennahme dieses Prospektes zu.** Ausschließlich die Emittentin sowie gegebenenfalls die sonstigen in diesem Prospekt samt Nachträgen und Endgültigen Bedingungen (einschließlich allfälliger Annexe) genannten Quellen haben die zur Erstellung dieser Dokumente benötigten Informationen zur Verfügung gestellt.

Verkaufsbeschränkungen

Mit Ausnahme von Österreich und allfälligen weiteren EWR-Mitgliedsstaaten, in die der Prospekt gültig notifiziert wurde darf dieser Prospekt in keinem Land veröffentlicht werden, in dem Vorschriften über die Registrierung, Zulassung oder sonstige Vorschriften im Hinblick auf ein öffentliches Angebot bestehen oder bestehen könnten, die einer Veröffentlichung oder einem Angebot der Schuldverschreibungen entgegen stehen könnten. Insbesondere darf der Prospekt nicht in die Vereinigten Staaten von Amerika verbracht werden.

Die unter diesem Prospekt begebenen Schuldverschreibungen sind und werden in Zukunft nicht nach den Vorschriften des U.S. Securities Act of 1933 (der "**Securities Act**") registriert und unterliegen als Inhaberpapiere bestimmten Voraussetzungen des U.S. Steuerrechtes. Abgesehen von bestimmten Ausnahmen, die im U.S. Steuerrecht festgelegt werden, dürfen die Schuldverschreibungen nicht innerhalb der Vereinigten Staaten von Amerika oder an U.S. Personen (wie im Securities Act definiert) angeboten, verkauft oder geliefert werden.

In keinem EWR-Mitgliedstaat, der die EU-Prospekt-Richtlinie umgesetzt hat, dürfen die Schuldverschreibungen öffentlich angeboten werden, außer

- (a) es wurde im Einklang mit den jeweils anwendbaren nationalen Umsetzungsvorschriften zur EU-Prospekt-Richtlinie vor oder gleichzeitig mit dem Angebotsbeginn ein von der Billigungsbehörde im Angebotsstaat gebilligter oder der im jeweiligen Mitgliedsstaat zuständigen Behörde notifizierter Prospekt (Nachtrag) ordnungsgemäß hinterlegt und veröffentlicht und die Gültigkeitsdauer des Prospekts von 12 Monaten ist noch nicht abgelaufen;
- (b) es handelt sich um ein Angebot, das sich ausschließlich an qualifizierte Anleger iSv Art. 2 Abs. 1 lit. e der Prospektrichtlinie richtet;
- (c) es handelt sich um ein Angebot von Wertpapieren mit einer Mindeststückelung oder einem Mindestzeichnungsbetrag von EUR 100.000; oder
- (d) es handelt sich um ein Angebot, das sonst keine Pflicht zur Veröffentlichung eines Prospektes durch die Emittentin gemäß Art. 3 der Prospektrichtlinie auslöst.

Unter einem "**öffentlichem Angebot**" der Schuldverschreibungen in einem Angebotsstaat, der EWR-Mitgliedstaat ist, ist eine Mitteilung an das Publikum in jedweder Form und auf

jedwede Art und Weise zu verstehen, die ausreichende Informationen über die Angebotsbedingungen und die anzubietenden Wertpapiere enthält, um einen Anleger in die Lage zu versetzen, sich für den Kauf oder die Zeichnung dieser Wertpapiere zu entscheiden, wobei Abweichungen von dieser Definition in den nationalen Umsetzungsbestimmungen zur Prospektrichtlinie miteingefasst sind.

Informationsquellen

Soweit in diesem Prospekt nichts anderes als Quellenangabe angegeben ist, wurden die hierin enthaltenen Daten und Informationen zur Emittentin dem geprüften konsolidierten Jahresabschluss der Emittentin zum 31.12.2014 und/oder dem ungeprüften konsolidierten Halbjahresfinanzbericht zum 30.6.2015 entnommen. Die Emittentin bestätigt, dass Angaben in diesem Prospekt, die von dritten Personen übernommen wurden, korrekt wiedergegeben werden und dass, soweit dies der Emittentin bekannt ist und sie dies aus den von der dritten Person veröffentlichten Informationen ableiten konnte, keine Tatsachen unterschlagen werden, die die wiedergegebenen Informationen unkorrekt oder irreführend gestalten würden.

Zukunftsgerichtete Aussagen

Dieser Prospekt enthält unter der Rubrik "Zusammenfassung", "Risikofaktoren" und an weiteren Stellen Aussagen, die zukunftsgerichtete Aussagen sind oder als solche gedeutet werden können. In manchen Fällen können diese zukunftsgerichteten Aussagen an der Verwendung von zukunftsgerichteten Ausdrücken, wie beispielsweise "glauben", "schätzen", "vorhersehen", "erwarten", "beabsichtigen", "abzielen", "können", "werden", "planen", "fortfahren" oder "sollen" oder im jeweiligen Fall deren negative Formulierungen oder Varianten oder eine vergleichbare Ausdrucksweise oder durch die Erörterung von Strategien, Plänen, Zielen, zukünftigen Ereignissen oder Absichten erkannt werden. Die in diesem Prospekt enthaltenen zukunftsgerichteten Aussagen schließen alle Themen ein, die keine historischen Tatsachen sind sowie Aussagen über die Absichten, Ansichten oder derzeitigen Erwartungen der Emittentin, die unter anderem das Ergebnis der Geschäftstätigkeit, die finanzielle Lage, die Liquidität, der Ausblick, das Wachstum, die Strategien sowie den Industriezweig und die Märkte, in denen die Emittentin tätig ist, betreffen (die **"zukunftsgerichteten Aussagen"**).

Die in diesem Prospekt enthaltenen zukunftsgerichteten Aussagen enthalten bestimmte Ziele. Diese Ziele meinen Ziele, die die Emittentin zu erreichen beabsichtigt, stellen jedoch keine Vorhersagen dar. Ihrer Natur nach umfassen zukunftsgerichtete Aussagen bekannte und unbekannte Risiken sowie Unsicherheiten, da sie sich auf Ereignisse und Umstände beziehen, die in der Zukunft eintreten oder nicht eintreten können. Zukunftsgerichtete Aussagen sind keine Zusicherungen einer künftigen Wertentwicklung. Potentielle Anleger sollten daher kein Vertrauen in diese zukunftsgerichteten Aussagen legen.

Viele Faktoren können dafür verantwortlich sein, dass sich die tatsächlichen Erträge, die Wertentwicklung oder die Erfolge der Emittentin wesentlich von künftigen Erträgen, Wertentwicklungen oder Erfolgen, die durch solche zukunftsgerichteten Aussagen ausgedrückt oder impliziert werden, unterscheiden. Diese Faktoren werden, soweit sie der

Emittentin bekannt sind und sie sie für wesentlich erachtet, unter "Risikofaktoren" genauer beschrieben.

Sollte ein Risiko oder sollten mehrere der in diesem Prospekt beschriebenen Risiken eintreten oder sollte sich eine der zugrunde liegenden Annahmen als unrichtig herausstellen, können die tatsächlichen Erträge wesentlich von den in diesem Prospekt als erwartet, vermutet oder geschätzt beschriebenen abweichen oder zur Gänze ausfallen. Die Emittentin beabsichtigt keine Aktualisierung der in diesem Prospekt enthaltenen Informationen nach dem Ende des Angebots.

ZUSTIMMUNG ZUR PROSPEKTVERWENDUNG

Die Emittentin erteilt allen Kreditinstituten als Finanzintermediäre, die im Sinne der Richtlinie 2013/36/EU in einem EWR-Mitgliedstaat zugelassen sind, ihren Sitz in dem betreffenden Mitgliedstaat haben und die zum Emissionsgeschäft oder zum Vertrieb von Schuldverschreibungen berechtigt sind sowie allen Wertpapierdienstleistungsunternehmen gemäß § 4 Wertpapieraufsichtsgesetz 2007 und Finanzdienstleistungsinstituten gemäß § 1 Abs 1a deutsches Kreditwesengesetz, die über die erforderlichen Berechtigungen verfügen (zusammen die "**Finanzintermediäre**"), ihre ausdrückliche Zustimmung, diesen Prospekt samt aller durch Verweis einbezogenen Dokumente und allfälliger Nachträge, für den Vertrieb von unter diesem Prospekt begebenen Schuldverschreibungen in Österreich und allen EWR-Mitgliedstaaten, in die der Prospekt gültig notifiziert wurde, zu verwenden. Insbesondere erteilt die Emittentin keine Zustimmung zur Verwendung des Prospektes in den Vereinigten Staaten von Amerika. Die Emittentin erklärt, dass sie die Haftung für den Inhalt des Prospekts einschließlich allfälliger Nachträge auch hinsichtlich einer späteren Weiterveräußerung oder endgültigen Platzierung der Schuldverschreibungen durch die Finanzintermediäre übernimmt. Für Handlungen oder Unterlassungen der Finanzintermediäre übernimmt die Emittentin keine Haftung. Finanzintermediäre dürfen den Prospekt nur im Einklang mit den nachfolgenden Bestimmungen und unter der Bedingung verwenden, dass sie auf ihrer Internetseite angeben, den Prospekt mit Zustimmung der Emittentin zu verwenden. Die Angebotsfrist, während der die spätere Weiterveräußerung oder endgültige Platzierung der Schuldverschreibungen durch Finanzintermediäre erfolgen kann, wird in den Endgültigen Bedingungen angegeben. Die Zustimmung zur Prospektverwendung entbindet ausdrücklich nicht von der Einhaltung der für das jeweilige Angebot geltenden Verkaufsbeschränkungen und sämtlicher jeweils anwendbarer Vorschriften. Der Finanzintermediär wird dadurch nicht von der Einhaltung der auf ihn anwendbaren gesetzlichen Vorschriften entbunden.

Die Emittentin weist insbesondere auf das Erfordernis hin, Anleger zum Zeitpunkt der Angebotsvorlage über die Bedingungen eines Angebots von Schuldverschreibungen zu unterrichten und auf der Internetseite des Finanzintermediärs anzugeben, dass er den Prospekt mit Zustimmung der Emittentin und gemäß den Bedingungen verwendet, an die die Zustimmung gebunden ist.

Die Zustimmung zur Prospektverwendung wird für die jeweilige Dauer der Gültigkeit des Prospekts erteilt. Ein jederzeitiger und fristloser Widerruf der hier enthaltenen Erklärung mit Wirkung für die Zukunft ohne Angaben von Gründen bleibt der Emittentin vorbehalten.

DURCH VERWEIS AUFGENOMMENE DOKUMENTE

Dieser Prospekt ist in Verbindung mit den folgenden Abschnitten der nachstehend bezeichneten Dokumente zu lesen, die bereits bei der FMA hinterlegt und veröffentlicht wurden oder gleichzeitig mit diesem Prospekt veröffentlicht werden und die durch Verweis in diesen Prospekt einbezogen sind und einen integrierenden Bestandteil dieses Prospektes bilden:

DOKUMENT/ÜBERSCHRIFT	SEITE(N) DES DOKUMENTS
Geprüfter konsolidierter Jahresabschluss der Emittentin für das Geschäftsjahr, das am 31.12.2014 geendet hat – (dem Geschäftsbericht entnommen) (der "Jahresabschluss 2014")	
Konzernerfolgsrechnung	44
Konzernbilanz	45
Entwicklung des Konzerneigenkapitals	45
Konzernkapitalflussrechnung	46
Anhang (Notes) zum Konzernabschluss	47-74
Bericht des unabhängigen Abschlussprüfers (Bestätigungsvermerk)	75
Geprüfter konsolidierter Jahresabschluss der Emittentin für das Geschäftsjahr, das am 31.12.2013 geendet hat – (dem Geschäftsbericht entnommen) (der "Jahresabschluss 2013")	
Konzernerfolgsrechnung	41
Konzernbilanz	42
Entwicklung des Konzerneigenkapitals	42
Konzernkapitalflussrechnung	43
Anhang (Notes) zum Konzernabschluss	44-70
Bericht des unabhängigen Abschlussprüfers (Bestätigungsvermerk)	71

Ungeprüfter konsolidierter Halbjahresfinanzbericht der Emittentin zum 30.6.2015 (der "Halbjahresfinanzbericht 2015")

Konzernerfolgsrechnung	5
Konzernbilanz	6
Entwicklung des Konzerneigenkapitals	6
Konzernkapitalflussrechnung	7
Ausgewählte Anhangangaben	8-13

Soweit eine durch Verweis in diesen Prospekt aufgenommene Information anderen in diesem Prospekt enthaltenen Informationen widerspricht, hat diese andere, direkt im Prospekt enthaltene Information Vorrang.

Sämtliche Informationen, die nicht oben angeführt, aber in den durch Verweis in den Prospekt einbezogenen Dokumenten enthalten sind, werden nur zu Informationszwecken bereitgestellt.

Jene Teile der oben angeführten Dokumente, die ausdrücklich angeführt sind, werden durch Verweis in diesen Prospekt einbezogen und bilden einen integrierten Bestandteil dieses Prospektes, mit der Einschränkung, dass Aussagen in solchen Dokumenten für die Zwecke dieses Prospektes angepasst oder ersetzt werden, soweit eine Aussage in diesem Prospekt eine solche frühere Aussage entweder ausdrücklich oder schlüssig anpasst oder ersetzt. Jede auf diese Art angepasste oder ersetzte Aussage gilt nur in dem Maße, in dem sie angepasst oder ersetzt wurde, als Teil dieses Prospektes.

Der Prospekt, etwaige Nachträge und die Endgültigen Bedingungen von Schuldverschreibungen, die unter diesem Prospekt begeben werden, werden in elektronischer Form auf der Website der Emittentin unter "www.hypo.at/eBusiness/hypo00e_template1/588648318645228613-589113666566129551_589115300264315965_589115626413395920-589115626413395920-NA-NA-NA.html" bereitgestellt. Papierversionen des Prospektes, etwaiger Nachträge, der Endgültigen Bedingungen und der durch Verweis in diesem Prospekt einbezogene Dokumente sind während üblicher Geschäftszeiten kostenlos am Hauptsitz der Emittentin an der Anschrift Landstraße 38, 4010 Linz, Österreich, erhältlich.

Die durch Verweis in diesem Prospekt einbezogenen Dokumente sind auch auf der Website der Emittentin unter "www.hypo.at" (Pfad: Über uns – Gesetzliche Veröffentlichungen – Finanzberichte) einsehbar.

ZUSAMMENFASSUNG

Diese Zusammenfassung besteht aus Elementen, die verschiedene Informations- und Veröffentlichungspflichten enthalten. Diese Elemente sind in die Abschnitte A bis E gegliedert. Diese Zusammenfassung enthält alle Elemente, die für Wertpapiere und Emittenten dieser Art vorgeschrieben sind. Da manche Elemente nicht erforderlich sind, können Lücken in der Nummerierung der Elemente auftreten. Auch wenn ein Element aufgrund der Art der Wertpapiere und des Emittenten für die Zusammenfassung vorgeschrieben ist, kann es sein, dass dazu keine passende Information gegeben werden kann. In diesem Fall ist in der Zusammenfassung eine kurze Beschreibung des Elements mit dem Hinweis "entfällt" enthalten.

A. Einleitung und Warnhinweise

- | | | |
|------------|--|--|
| A.1 | Warnhinweise | <p>Diese Zusammenfassung sollte als Prospekt einleitung verstanden werden.</p> <p>Ein Anleger sollte sich bei jeder Entscheidung, in Schuldverschreibungen zu investieren, auf diesen Prospekt (der "Prospekt") als Ganzes stützen.</p> <p>Ein Anleger, der wegen der in diesem Prospekt enthaltenen Angaben Klage einreichen will, muss nach den nationalen Rechtsvorschriften seines Mitgliedstaats möglicherweise für die Übersetzung des Prospekts aufkommen, bevor das Verfahren eingeleitet werden kann.</p> <p>Zivilrechtlich sind nur diejenigen Personen haftbar, die die Zusammenfassung vorgelegt und übermittelt haben, und dies auch nur für den Fall, dass die Zusammenfassung verglichen mit den anderen Teilen des Prospekts irreführend, unrichtig oder inkohärent ist oder verglichen mit den anderen Teilen dieses Prospekts wesentliche Angaben (Schlüsselinformationen), die in Bezug auf Anlagen in die Schuldverschreibungen für die Anleger eine Entscheidungshilfe darstellen, vermissen lassen.</p> |
| A.2 | Zustimmung der Emittentin zur Verwendung des Prospektes | <p>Die Oberösterreichische Landesbank Aktiengesellschaft (die "Emittentin" oder die "Anleiheschuldnerin" oder die "HYPO Oberösterreich") erteilt allen Kreditinstituten als Finanzintermediäre, die im Sinne der Richtlinie 2013/36/EU in einem EWR-Mitgliedstaat zugelassen sind, ihren Sitz in dem betreffenden Mitgliedstaat haben und die zum Emissionsgeschäft oder zum Vertrieb von Schuldverschreibungen berechtigt sind sowie allen Wertpapierdienstleistungsunternehmen gemäß § 4 Wertpapieraufsichtsgesetz 2007 und Finanzdienstleistungsinstituten gemäß § 1 Abs 1a deutsches</p> |

Kreditwesengesetz, die über die erforderlichen Berechtigungen verfügen (zusammen die "**Finanzintermediäre**"), ihre ausdrückliche Zustimmung, diesen Prospekt samt aller durch Verweis einbezogenen Dokumente und allfälliger Nachträge, für den Vertrieb von unter diesem Prospekt begebenen Schuldverschreibungen in Österreich und allen EWR-Mitgliedstaaten, in die der Prospekt gültig notifiziert wurde, zu verwenden. Die Zustimmung wird für die jeweilige Dauer der Gültigkeit des Prospekts erteilt. Ein jederzeitiger und fristloser Widerruf der hier enthaltenen Erklärung mit Wirkung für die Zukunft ohne Angaben von Gründen bleibt der Emittentin vorbehalten.

Insbesondere erteilt die Emittentin keine Zustimmung zur Verwendung des Prospektes in den Vereinigten Staaten von Amerika. Die Emittentin erklärt, dass sie die Haftung für den Inhalt des Prospekts einschließlich allfälliger Nachträge auch hinsichtlich einer späteren Weiterveräußerung oder endgültigen Platzierung der Schuldverschreibungen durch die Finanzintermediäre übernimmt. Für Handlungen oder Unterlassungen der Finanzintermediäre übernimmt die Emittentin keine Haftung.

Angebotsfrist, für die spätere Weiterveräußerung oder endgültige Platzierung

Die Angebotsfrist, während der die spätere Weiterveräußerung oder endgültige Platzierung der Schuldverschreibungen durch Finanzintermediäre erfolgen kann, wird in den für die jeweilige Serie von Schuldverschreibungen maßgeblichen endgültigen Bedingungen (die "**Endgültigen Bedingungen**") angegeben.

Sonstigen Bedingungen für die Verwendung des Prospekts

Finanzintermediäre dürfen den Prospekt nur im Einklang mit den nachfolgenden Bestimmungen und unter der Bedingung verwenden, dass sie auf ihrer Internetseite angeben, den Prospekt mit Zustimmung der Emittentin zu verwenden.

Die Zustimmung entbindet ausdrücklich nicht von der Einhaltung der für das jeweilige Angebot geltenden Verkaufsbeschränkungen und sämtlicher jeweils anwendbarer Vorschriften. Der Finanzintermediär wird dadurch nicht von der Einhaltung der auf ihn anwendbaren gesetzlichen Vorschriften entbunden.

Hinweis für Anleger

Die Emittentin weist insbesondere auf das Erfordernis hin, Anleger zum Zeitpunkt der Angebotsvorlage über die Bedingungen eines Angebots von Schuldverschreibungen

zu unterrichten und auf der Internetseite des Finanzintermediärs anzugeben, dass er den Prospekt mit Zustimmung der Emittentin und gemäß den Bedingungen verwendet, an die die Zustimmung gebunden ist.

B. Die Emittentin

B.1	Gesetzliche und kommerzielle Bezeichnung der Emittentin	Der juristische Name der Emittentin lautet "Oberösterreichische Landesbank Aktiengesellschaft". Der kommerzielle Name der Emittentin ist "Hypo Oberösterreich".
B.2	Sitz und Rechtsform der Emittentin, das für die Emittentin geltende Recht und Land ihrer Gründung	Die Emittentin hat ihren Sitz in Linz und ist eine Aktiengesellschaft, die österreichischem Recht unterliegt. Die Emittentin wurde in Österreich gegründet.
B.4b	Alle bereits bekannten Trends, die sich auf die Emittentin und die Branchen, in denen sie tätig ist, auswirken	<p>Mit dem Budgetbegleitgesetz 2011 wurde die Stabilitätsabgabe ("Bankensteuer") eingeführt, die von Kreditinstituten iSd Bankwesengesetzes (BWG) zu zahlen ist. Die Bankensteuer wurde zuletzt durch das Abgabenänderungsgesetz 2014 erhöht. Die Bemessungsgrundlage der Stabilitätsabgabe ist die durchschnittliche unkonsolidierte Bilanzsumme vermindert um bestimmte Bilanzposten.</p> <p>Die Emittentin ist eine österreichische Landes-Hypothekbank. Als österreichische Landes-Hypothekbank ist die Emittentin Mitgliedinstitut der Pfandbriefbank (Österreich) AG (die "Pfandbriefbank"), welche mittels Bundesgesetz konstituiert wurde. Die Mitglied institute haften gemäß § 2 Abs 1 Pfandbriefstelle-Gesetz ("PfBrStG") zur ungeteilten Hand für die Verbindlichkeiten der Pfandbriefbank. Die Gewährträger der Mitglied institute haften gemäß § 2 Abs 2 PfBrStG zur ungeteilten Hand für alle bis zum 2.4.2003 entstandenen Verbindlichkeiten der Pfandbriefbank. Für alle nach dem 2.4.2003 bis zum 1.4.2007 entstandenen Verbindlichkeiten haften die Gewährträger zur ungeteilten Hand nur dann, wenn die vereinbarten Laufzeiten nicht über den 30.09.2017 hinausgehen. Für alle nach dem 1.4.2007 entstandenen Verbindlichkeiten besteht keine Haftung der Gewährträger mehr.</p>

Die Pfandbriefbank hat auf dieser Grundlage Emissionen begeben und die Emissionserlöse an die jeweiligen Landes-Hypothekenbanken weitergeleitet. Für die Rückzahlung dieser Emissionen der Pfandbriefbank haften daher die jeweiligen Mitgliedsinstitute (Landes-Hypothekenbanken) und deren Gewährträger gemäß PfBrStG zur ungeteilten Hand. Dieses Haftungsverhältnis birgt somit das Risiko, einen nachteiligen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin zu bewirken.

Die Pfandbriefbank hat für die HETA Asset Resolution AG ("**HETA**") bestimmte Schuldverschreibungen (die "**HETA-Pfandbriefbank-Anleihen**") begeben und die Emissionserlöse daraus an die HETA weitergeleitet. Die FMA hat mit Mandatsbescheid vom 1.3.2015 ein Zahlungs-Moratorium über die HETA (das "**Moratorium**") erlassen.

Das bedeutet unter anderem, dass die HETA in Bezug auf die HETA-Pfandbriefbank-Anleihen die Zins- und Tilgungszahlungen aus den weitergeleiteten Emissionserlösen gegenüber der Pfandbriefbank nicht mehr bedienen darf. Daraus ergeben sich Verbindlichkeiten der Pfandbriefbank in Höhe von gesamt etwa EUR 1,2 Mrd. aus HETA-Pfandbriefbank-Anleihen ohne gleichzeitigen Deckungsanspruch gegenüber der HETA und somit im Ergebnis eine potentielle Deckungslücke in gleicher Höhe.

Aufgrund der gesetzlichen Haftungsbestimmungen sind die Landes-Hypothekenbanken und die Bundesländer gefordert, in eine Liquiditätsvorleistung zur Bedienung der Verpflichtungen der Pfandbriefbank (Pfandbriefstelle) zu treten. Bis zum Ablauf des Moratoriums sind etwa EUR 800 Mio. an über die Pfandbriefstelle begebenen HETA-Pfandbriefbank-Anleihen fällig, die anteilig von den oben Genannten zu tragen sind. Um diese Liquiditätsbereitstellung sicherzustellen, wurde die „Vereinbarung über die Erfüllung und Abwicklung der Solidarhaftung gemäß § 2 PfBrStG sowie die Abwicklung von Ausgleichsansprüchen im Innenverhältnis“, zwischen der Pfandbriefstelle der

österreichischen Landes-Hypothekenbanken, der Pfandbriefbank, den einzelnen Mitgliedsinstituten und dem Land Kärnten abgeschlossen. In Umsetzung dieser Vereinbarung wurden von der Emittentin bereits entsprechende Zahlungen geleistet. Für das aus der Solidarhaftung bestehende Risiko wurden von der Emittentin entsprechende bilanzielle Vorsorgen gebildet. Das Erfordernis der Vorsorge aus der Solidarhaftung wurde von der Emittentin zum Stichtag 30.6.2015 unter Berücksichtigung der oben genannten Vereinbarung überprüft und die Vorsorge in angemessenem Ausmaß erhöht. Die Höhe eines zu erwartenden Mittelabflusses sowie die Einbringlichkeit möglicher Ansprüche gegenüber der HETA und dem Land Kärnten sind mit Unsicherheiten behaftet.

Am 21.12.2015 veröffentlichte die FMA die Kapitalpufferverordnung ("**KP-V**"), welche die Festlegung und Anerkennung der antizyklischen Kapitalpufferrate gemäß § 23a Abs 3 BWG, über die Festlegung des Systemrisikopuffers gemäß § 23d Abs 3 BWG sowie über die nähere Ausgestaltung der Berechnungsgrundlagen gemäß § 23a Abs 3 Z 1 BWG und § 24 Abs 2 BWG (letzteres betrifft die Berechnung des maximalen ausschüttungsfähigen Betrages) festlegt. Die KP-V trat am 1.1.2016 in Kraft. Gemäß der KP-V beträgt ab dem 1.1.2016 die antizyklische Kapitalpufferquote für ein Kreditinstitut mit Sitz in Österreich für in Österreich belegene wesentliche Kreditrisikopositionen 0,00%. Wird von der zuständigen Aufsichtsbehörde eines anderen EU-Mitgliedstaats oder eines Drittlands eine nationale antizyklische Kapitalpufferquote von über 2,50% festgelegt, ist im Fall eines Kreditinstituts mit Sitz in Österreich eine antizyklische Kapitalpufferquote von 2,50% in ihrem EU-Mitgliedstaat oder Drittland belegene wesentliche Kreditrisikopositionen heranzuziehen. Außerdem setzt die KP-V die geänderte Empfehlung des Finanzmarktstabilitätsgremiums (FMSG) vom 7.9.2015 zur Vorschreibung eines Systemrisikopuffers um. Gemäß der K-PV schreibt die FMA der Hypo Oberösterreich eine Kapitalpufferquote für systemische Verwundbarkeit in Höhe von 1,00% vor.

Darüber hinaus sind der Emittentin keine Trends, Unsicherheiten, Nachfragen, Verpflichtungen oder Vorfälle bekannt geworden, die voraussichtlich die Aussichten der Emittentin zumindest im laufenden Geschäftsjahr wesentlich beeinflussen dürften.

B.5 Beschreibung der Gruppe der Emittentin und ihrer Stellung darin

In die HYPO Oberösterreich-Gruppe sind neben der Emittentin derzeit 7 Tochterunternehmen, an denen die Hypo Oberösterreich direkt oder indirekt mehr als 50 % der Stimmrechte hält, einbezogen. Von diesen Unternehmen haben alle 7 ihren Sitz im Inland. Vier wesentliche inländische assoziierte Unternehmen werden nach der Equity-Methode bewertet. 16 Tochterunternehmen und assoziierte Unternehmen mit untergeordneter Bedeutung für den Einblick in die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns werden von der Hypo Oberösterreich nicht konsolidiert.

B.9 Gewinnprognosen und –schätzungen

Entfällt; die Emittentin stellt keine Gewinnprognosen oder -schätzungen zur Verfügung.

B.10 Einschränkungen der Bestätigungsvermerke zu Finanzinformationen

Entfällt; es liegen keine Beschränkungen eines Bestätigungsvermerks zu historischen Finanzinformationen der Emittentin vor.

B.12 Ausgewählte wesentliche historische Finanzinformationen

in Millionen €	31.12.2014	31.12.2013
Bilanzsumme	9.400,5	8.614,4
Forderungen an Kunden	5.887,6	5.703,4
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1.550,5	1.452,5
Verbriefte Verbindlichkeiten	5.683,8	5.257,3
Eigenmittel gemäß CRR	431,4	436,5
davon Tier 1	346,7	289,8
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	49,1	69,3
Provisionsergebnis	13,7	13,5
Handelsergebnis	-0,3	-2,9
Verwaltungsaufwendungen	(-53,1)	(-50,6)
Jahresüberschuss vor Steuern	5,5	30,1
Kennzahlen	31.12.2014	31.12.2013
Cost-Income-Ratio (CIR)	78,2%	71,7%

Eigenmittelquote 13,4% 14,1%

Quelle: Geprüfter konsolidierter Jahresabschluss der Emittentin für das Geschäftsjahr 2014 (basierend auf dem Konzernabschluss nach International Financial Reporting Standards, IFRS)

in Millionen €	30.6.2015	31.12.2014
Bilanzsumme	9.012,1	9.400,5
Forderungen an Kunden	5.789,5	5.887,63
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1.582,5	1.550,5
Verbriefte Verbindlichkeiten	5.248,8	5.683,8
	30.6.2015	30.6.2014
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	25,7	34
Provisionsergebnis	7,1	6,7
Handelsergebnis	15,6	0,5
Verwaltungsaufwendungen	(-25,0)	(-23,4)
Jahresüberschuss vor Steuern	21,7	17,7
Kennzahlen		
Cost-Income-Ratio (CIR)	68,6%	61,9%

Quelle: Ungeprüfter konsolidierter Halbjahresfinanzbericht der Emittentin zum 30.6.2015

Erklärung zu den Aussichten der Emittentin seit dem Datum des letzten veröffentlichten geprüften Abschlusses

Die Emittentin erklärt, dass sich die Aussichten der Emittentin seit dem Datum des letzten veröffentlichten geprüften Abschlusses, das heißt seit dem 31.12.2014, nicht wesentlich verschlechtert haben.

Wesentliche Veränderungen bei Finanzlage oder Handelsposition der Emittentin

Seit dem 30.6.2015 gab es keine wesentlichen Veränderungen bei der Finanzlage oder der Handelsposition der Emittentin.

B.13 Ereignisse aus jüngster Zeit die für die Bewertung der Zahlungsfähigkeit der Emittentin in hohem

Siehe Punkt B.4b

Maße relevant sind

- B.14 Abhängigkeit von der Gruppe** Entfällt; die Emittentin ist von anderen Unternehmen der HYPO Oberösterreich-Gruppe nicht abhängig.
- B.15 Haupttätigkeiten** Die HYPO Oberösterreich ist spezialisiert auf langfristige Ausleihungen, insbesondere im Wohnbaubereich. Weiters hat sich die HYPO Oberösterreich auch auf den Bereich der Wertpapiergeschäfte fokussiert. Der Schwerpunkt der Emissionstätigkeit liegt bei Wohnbauanleihen sowie Inhaber- und Namenspfandbriefen.
- B.16 Beteiligungen oder Beherrschungsverhältnisse an der Emittentin** Die Emittentin hat die folgenden wesentlichen Gesellschafter mit den in Klammer angegebenen Beteiligungen am Grundkapital: OÖ Landesholding GmbH (indirekt: Land Oberösterreich) (50,57%) und Hypo Holding GmbH (indirekt: Raiffeisenlandesbank Oberösterreich AG, Oberösterreichische Versicherung AG und die Generali Holding Vienna AG) (48,59%).

Die OÖ Landesholding GmbH und die HYPO Holding GmbH sind direkt an der Emittentin beteiligt. Das Land Oberösterreich ist indirekt über die OÖ Landesholding GmbH an der Emittentin beteiligt. Die Raiffeisenlandesbank Oberösterreich AG, die Oberösterreichische Versicherung AG sowie die Generali Holding Vienna AG sind indirekt über die HYPO Holding GmbH an der Emittentin beteiligt. Als (indirekte) Mehrheitseigentümerin der HYPO Oberösterreich ist das Land Oberösterreich in der Lage Mehrheitsbeschlüsse zu fassen und die HYPO Oberösterreich zu kontrollieren.
- B.17 Ratings der Emittentin oder ihrer Schuldtitel** Die Emittentin ist von Standard & Poor's Credit Market Services Europe Ltd. (Niederlassung Deutschland) ("**Standard & Poor's**") geratet¹. Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dieses Prospekts stellt sich das Rating

¹ **Hinweis:** Standard & Poor's ist in der Europäischen Union niedergelassen und ist gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1060/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16.9.2009 über Ratingagenturen in der Fassung der Novelle durch die Verordnung (EG) Nr. 513/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11.3.2011 (die EU-Kreditratingagentur-Verordnung) registriert. Die Europäische Wertpapieraufsichtsbehörde (European Securities and Markets Authority, im Folgenden ESMA) veröffentlicht auf ihrer Internetseite (<http://www.esma.europa.eu/page/List-registered-and-certified-CRAs>) eine Liste von Ratingagenturen, die gemäß der EU-Kreditagentur-Verordnung zugelassen sind. Diese Liste wird innerhalb von 5 Arbeitstagen nach der Annahme einer Entscheidung gem Art 16, 17 oder 20 der EU-Kreditagentur-Verordnung aktualisiert. Die Europäische Kommission veröffentlicht solche Updates im Amtsblatt der Europäischen Union innerhalb von 30 Tagen nach einer solchen Aktualisierung.

für die Emittentin wie folgt dar:

	Rating durch Standard & Poor's ²
Langfristig	A
Ausblick	stabil
Kurzfristig	A-1

Quelle: Standard & Poor's Credit Market Services Europe Ltd.

C. Die Wertpapiere

- C.1 Art und Gattung, Wertpapierkennung** Die Emittentin begibt [nicht-nachrangige] [Tier-2] [Schuldverschreibungen] [Pfandbriefe] [Kommunalfpfandbriefe] [mit fixer Verzinsung] [mit variabler Verzinsung] [mit basiswertabhängiger Verzinsung] [Nullkupon-Schuldverschreibungen] [Steepener-Schuldverschreibungen] mit fixem Rückzahlungsbetrag, die die ISIN [●] tragen (die "**Schuldverschreibungen**").
- C.2 Währung der Wertpapieremission** Die Schuldverschreibungen lauten auf [**Festgelegte Währung einfügen**].
- C.5 Beschränkungen für die freie Übertragbarkeit** Entfällt; die Emissionsbedingungen enthalten keine Beschränkungen der freien Übertragbarkeit der Schuldverschreibungen.
- C.8 Mit den Wertpapieren verbundene Rechte** Die Anleihegläubiger haben insbesondere das Recht, [Zinszahlungen wie in C.9 angegeben und] den Rückzahlungsbetrag am Laufzeitende zu erhalten; eine vorzeitige Rückzahlung der Schuldverschreibungen ist nur zulässig, wenn dies in den Emissionsbedingungen ausdrücklich vorgesehen ist.
- Rangordnung** [**Im Fall von nicht-nachrangigen Schuldverschreibungen einfügen**]: Die Verpflichtungen aus den Schuldverschreibungen begründen unbesicherte und nicht-nachrangige Verbindlichkeiten der Anleiheschuldnerin, die untereinander und mit allen anderen unbesicherten und nicht-nachrangigen Verbindlichkeiten der Anleiheschuldnerin gleichrangig sind,

² **Hinweis:** Informationen zur Bedeutung der Ratings und zu den Einschränkungen, die im Zusammenhang damit beachtet werden müssen, können auf der Homepage von Standard & Poor's (http://www.standardandpoors.com/en_EU/web/guest) abgerufen werden.

ausgenommen solche, denen aufgrund zwingender gesetzlicher Vorschriften Vorrang zukommt.]

[Im Fall von Pfandbriefen einfügen: Die Schuldverschreibungen begründen direkte, unbedingte und nicht-nachrangige Verpflichtungen der Anleiheschuldnerin und haben den gleichen Rang untereinander. Die Schuldverschreibungen sind nach Maßgabe des österreichischen Pfandbriefgesetzes gedeckt und stehen im gleichen Rang mit allen anderen nicht-nachrangigen gegenwärtigen und zukünftigen Verbindlichkeiten der Anleiheschuldnerin aus Pfandbriefen. Pfandbriefe sind geeignete Anlagen für Mündelgeld gemäß § 217 Z 3 des österreichischen Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuches.]

[Im Fall von Kommunalpfandbriefen einfügen: Die Schuldverschreibungen begründen direkte, unbedingte und nicht-nachrangige Verpflichtungen der Anleiheschuldnerin und haben den gleichen Rang untereinander. Die Schuldverschreibungen sind nach Maßgabe des österreichischen Pfandbriefgesetzes gedeckt und stehen im gleichen Rang mit allen anderen nicht-nachrangigen gegenwärtigen und zukünftigen Verbindlichkeiten der Anleiheschuldnerin aus Kommunalpfandbriefen. Kommunalpfandbriefe (Öffentliche Pfandbriefe) sind geeignete Anlagen für Mündelgeld gemäß § 217 Z 3 des österreichischen Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuches.]

[Im Fall von Tier 2-Schuldverschreibungen einfügen: Die Schuldverschreibungen stellen Instrumente des Ergänzungskapitals (Tier 2) gemäß Art 63 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26.6.2013 über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 646/2012 (*Capital Requirements Regulation* – "CRR") ("Tier 2") dar und unterliegen jeweils den dortigen Bestimmungen und Beschränkungen.

Die Verpflichtungen aus den Schuldverschreibungen begründen unbesicherte und nachrangige Verbindlichkeiten der Anleiheschuldnerin, die untereinander und mit allen anderen unbesicherten und nachrangigen Verbindlichkeiten der Anleiheschuldnerin gleichrangig sind.]

Beschränkungen dieser Rechte

[Es steht der Emittentin frei, die Schuldverschreibungen an bestimmten Währückzahlungstagen (Call) vorzeitig zurückzuzahlen.]

[Die Emittentin kann die Schuldverschreibungen jederzeit vor

dem Endfälligkeitstag bei Vorliegen einer Rechtsänderung vorzeitig zurückzahlen.]

[Im Fall von Tier 2-Schuldverschreibungen einfügen: Die Emittentin kann die Schuldverschreibungen aus aufsichtsrechtlichen oder steuerlichen Gründen vorzeitig kündigen.

Im Falle der Liquidation oder der Insolvenz der Emittentin sind die Zahlungsverpflichtungen der Emittentin gemäß den Schuldverschreibungen nachrangig gegenüber nicht-nachrangigen Verbindlichkeiten der Emittentin, gleichrangig mit allen anderen nachrangigen Verbindlichkeiten der Emittentin, die nicht aufgrund ihrer Bedingungen nachrangig gegenüber den Schuldverschreibungen sind, sowie vorrangig gegenüber den Ansprüchen von Aktionären, Eigentümern von Instrumenten des harten Kernkapitals (*Common Equity Tier 1*) gemäß Artikel 28 der CRR sowie Inhabern von Instrumenten des zusätzlichen Kernkapitals (*Additional Tier 1*) gemäß Artikel 52 der CRR der Emittentin. Kein Anleihegläubiger ist berechtigt, mit Rückerstattungsansprüchen aus den Schuldverschreibungen gegen Forderungen der Emittentin aufzurechnen.

Eine in den Emissionsbedingungen möglicherweise vorgesehene Kündigung oder Rückzahlung von Tier 2-Schuldverschreibungen nach Wahl der Anleiheschuldnerin sowie eine Vorzeitige Kündigung aus aufsichtsrechtlichen oder steuerlichen Gründen vor dem Ende der Laufzeit der Schuldverschreibungen ist, soweit dies gesetzlich für die bankenaufsichtsrechtliche Anrechenbarkeit der Schuldverschreibungen erforderlich ist, nur zulässig, wenn, (i) die FMA oder eine Nachfolgebehörde oder jede andere Behörde, die für die Bankenaufsicht für Kapitaladäquanzzwecke der Emittentin verantwortlich ist, einer Rückzahlung der Schuldverschreibungen nach dieser Bestimmung vorweg zustimmt, sofern eine solche Zustimmung an dem für die Rückzahlung festgesetzten Tag zwingend erforderlich ist, (ii) die Anleiheschuldnerin nicht weniger als dreißig und nicht mehr als sechzig Tage vor der beabsichtigten Rückzahlung der Schuldverschreibungen die Anleihegläubiger von der Kündigung verständigt, wobei eine solche Kündigung unwiderruflich ist, und (iii) wenn dies gesetzlich zwingend vorgesehen ist, die Emittentin die Schuldverschreibungen durch Eigenmittelinstrumente zumindest gleicher Qualität ersetzt hat]

[Es kann zu einer Verlustbeteiligung der Anleihegläubiger kommen, die einen ganzen oder teilweisen Verlust des eingesetzten Kapitals nach sich ziehen kann.]

C.9 C.8 sowie
nominaler
Zinssatz

Die Schuldverschreibungen unterliegen keiner
Negativverpflichtung.

Alle Bescheinigungen, Mitteilungen, Gutachten,
Festsetzungen, Berechnungen, Quotierungen und
Entscheidungen, die von der Emittentin, der
Berechnungsstelle und/oder der Zahlstelle(n) für die Zwecke
der Schuldverschreibungen gemacht, abgegeben, getroffen
oder eingeholt werden, sind (sofern nicht ein offensichtlicher
Irrtum vorliegt) für die Emittentin und die Beauftragten Stellen
und die Anleihegläubiger bindend.

Die Schuldverschreibungen sehen keine ausdrücklichen
Verzugsfälle vor. Ansprüche gegen die Emittentin auf
Zahlungen auf die Schuldverschreibungen verjähren, sofern
sie nicht innerhalb von dreißig Jahren (im Falle des Kapitals)
[und innerhalb von drei Jahren (im Falle von Zinsen)] ab dem
Tag der Fälligkeit geltend gemacht werden.

[Es erfolgt keine laufende Verzinsung der
Schuldverschreibungen.]

**[Bei Schuldverschreibungen mit fixer Verzinsung
einfügen:** Die Schuldverschreibungen werden bezogen auf
ihren Nennbetrag jährlich mit einem Zinssatz von **[Zinssatz
einfügen]** % verzinst.]

**[Bei Schuldverschreibungen mit variabler Verzinsung
einfügen:** Die Schuldverschreibungen werden bezogen auf
ihren Nennbetrag mit dem Zinssatz (wie nachstehend definiert)
verzinst.

Der Zinssatz (der "**Zinssatz**") für jede Zinsperiode entspricht
(i) dem Angebotssatz oder dem arithmetischen Mittel der
Angebotssätze (ausgedrückt als Prozentsatz per annum) für
Einlagen in der Währung **[festgelegte Währung einfügen]** wie
auf der Bildschirmseite gegen 11:00 Uhr (Londoner Ortszeit im
Falle von LIBOR, oder Brüsseler Ortszeit im Falle EURIBOR)
(die "**festgelegte Zeit**") am Zinsfeststellungstag angezeigt, wie
von der Anleiheschuldnerin festgestellt zuzüglich oder abzüglich
(ii) der für die jeweilige Zinsperiode maßgeblichen Marge von
[Marge einfügen].]

**[Bei Schuldverschreibungen mit basiswertabhängiger
Verzinsung einfügen:** **Verzinsung.** Die
Schuldverschreibungen werden bezogen auf ihren
Nennbetrag mit dem Zinssatz (wie nachstehend definiert)
verzinst.

[Im Fall von Altiplano einfügen: Wenn an dem für die
jeweilige Zinsperiode maßgeblichen Beobachtungstag der

Beobachtungswert von zumindest einem Basiswert unter der Barriere (**[einfügen]**) liegt, entspricht der Zinssatz für diese Zinsperiode 0% p.a. Wenn an dem für die jeweilige Zinsperiode maßgeblichen Beobachtungstag der Beobachtungswert jedes der Basiswerte gleich hoch oder höher als die Barriere ist, entspricht der Zinssatz für diese Zinsperiode dem Altiplano Zinssatz (**[einfügen]**) (der "Zinssatz").]

[Im Fall von Range Accrual einfügen: An jedem Zinsermittlungstag stellt die Anleiheschuldnerin nachträglich für die unmittelbar vorhergehende Zinsperiode die Anzahl der Kalendertage innerhalb dieser Beobachtungsperiode fest, an denen der Beobachtungswert (**[einfügen]**) des Basiswerts (**[einfügen]**) weder die obere Barriere (**[einfügen]**) noch die untere Barriere (**[einfügen]**) erreicht oder durchbrochen hat (d.h. an jenen Tagen, an denen der Kurs innerhalb der beiden Barrieren lag).

Der Zinssatz (der "Zinssatz") wird gemäß folgender Formel errechnet:

$$\text{Zinssatz} = \text{RAZ} * \text{N} / \text{M}$$

wobei

"N" meint die Anzahl der Kalendertage innerhalb der maßgeblichen Beobachtungsperiode, an denen der Beobachtungswert des Basiswerts innerhalb der beiden Barrieren lag;

"M" meint die Anzahl der Geschäftstage in der maßgeblichen Zinsperiode; und

"RAZ" meint den Range Accrual Zinssatz von [●].]

[Im Fall von Digitaler Option einfügen: Wenn der Schlusskurs des Basiswerts am maßgeblichen Beobachtungstag auf oder über der Barriere (**[einfügen]**) liegt, entspricht der Zinssatz für die maßgebliche Zinsperiode dem Digitale Option Zinssatz (**[einfügen]**) in allen anderen Fällen entspricht der Zinssatz für die maßgebliche Zinsperiode 0% p.a. (der "Zinssatz").]

[Im Fall von Inflationsgebunden einfügen: An jedem Zinsermittlungstag stellt die Anleiheschuldnerin nachträglich für die unmittelbar vorhergehende Zinsperiode die Entwicklung des Basiswerts im Zeitraum zwischen 15 Monaten und 3 Monaten vor der Beginn der Zinsperiode fest. Der Zinssatz für den maßgeblichen Zinsermittlungstag (t) entspricht der prozentualen Entwicklung des Maßgeblichen Indexstandes zum Zeitpunkt 3 Monate vor Beginn der aktuellen Zinsperiode (t-3M) gegenüber dem Maßgeblichen Indexstand zum Zeitpunkt 15 Monate vor

Beginn der aktuellen Zinsperiode (t-15M), wobei er aber nicht negativ sein kann. Der Zinssatz (der "**Zinssatz**") wird gemäß folgender Formel errechnet, wobei der Zinssatz kaufmännisch auf zwei Nachkommastellen gerundet wird und nicht negativ sein kann:

$$Z = \left(\frac{\text{Index}(\text{Monat}_t) - \text{Index}(\text{Monat}_{(t-1)})}{\text{Index}(\text{Monat}_{(t-1)})} * P \right)$$

Wobei:

"**Z**" meint den Zinssatz *per annum*;

"**Index(Monat_t)**" meint den Maßgeblichen Indexstand 3 Monate vor dem Beginn der aktuellen Zinsperiode;

"**Index(Monat_(t-1))**" meint den Maßgeblichen Indexstand 15 Monate vor dem Beginn der aktuellen Zinsperiode;

"**Index**" meint – vorbehaltlich einer Anpassung gemäß den Emissionsbedingungen - den Unrevidierten harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) im Euroraum ohne Tabakwaren³ (HICP – all items excluding tobacco – Index (2005 = 100) Euro area;

"**P**" meint die Partizipationsrate (**[einfügen]**)

"**Indexstand**" ist jeder Stand des Index (unrevidiert; provisorisch) bezogen auf einen beliebigen Monat, wie er von der Indexberechnungsstelle in der Regel in der Mitte des Folgemonats ermittelt wird und wie er auf der Index-Bildschirmseite (**[einfügen]**) veröffentlicht wird; und

"**Maßgeblicher Indexstand**" ist jeder auf einen Bezugszeitpunkt bezogene unrevidierte (provisorische) Stand des Index, wie er von der Indexberechnungsstelle in der Regel in der Mitte des auf den Bezugszeitpunkt folgenden Monats ermittelt wird und wie er auf der Index-Bildschirmseite (**[einfügen]**) veröffentlicht wird. Nachfolgende Korrekturen werden nicht berücksichtigt.

³ Der unrevidierte harmonisierte Verbraucherpreisindex des Euroraums ohne Tabakwaren zählt zu den EU-Verbraucherpreisindizes, die gemäß der Verordnung (EG) Nr. 2494/95 vom 23.10.1995 nach einem harmonisierten Ansatz und einheitlichen Definitionen berechnet werden. Basisjahr ist das Jahr 2005. Der Euroraum erfasste zunächst Belgien, Deutschland, Irland, Spanien, Frankreich, Italien, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Portugal und Finnland. Griechenland gehört seit Januar 2001, Slowenien seit Januar 2007, Zypern und Malta seit Januar 2008, die Slowakei seit Januar 2009, Estland seit dem Januar 2011, Lettland seit dem Januar 2014 und Litauen seit dem Januar 2015 zum Euroraum. Neue Mitgliedstaaten werden anhand einer Kettenindexformel in den Index integriert. Der Index wird monatlich ermittelt und in der Regel in der Mitte des Folgemonats veröffentlicht.

Vorläufige Veröffentlichungen einer Schätzung des Maßgeblichen Indexstandes bleiben außer Betracht;

"**Indexberechnungsstelle**" ist die Europäische Kommission - Eurostat - vorbehaltlich einer Anpassung gemäß den Muster-Emissionsbedingungen.].

[Bei Steepener-Schuldverschreibungen einfügen: Verzinsung. Die Schuldverschreibungen werden bezogen auf ihren Nennbetrag mit dem Zinssatz (wie nachstehend definiert) verzinst.

Der Zinssatz (der "**Zinssatz**") für jede Zinsperiode entspricht dem Produkt des Zins-Partizipationsfaktors (**[einfügen]**) und der Differenz zwischen dem Swapsatz 1 (**[einfügen]**) und dem Swapsatz 2 (**[einfügen]**).]

[Bei Nullkupon-Schuldverschreibungen einfügen: Keine laufende Verzinsung. Es erfolgen keine laufenden Zinszahlungen auf die Schuldverschreibungen.].

Datum, ab dem die Zinsen zahlbar werden und Zinsfälligkeitstermine

[Entfällt; die Schuldverschreibungen haben keine Verzinsung.]

[Verzinsungsbeginn ist der **[Verzinsungsbeginn einfügen]** (der "**Verzinsungsbeginn**").

Der Zinsbetrag ist an jedem Zinszahlungstag (wie nachstehend definiert) zahlbar. "**Zinszahlungstag**" bedeutet **[jeden [Festgelegte Zinszahlungstage einfügen]]** [jeweils den Tag, der auf den Ablauf der Festgelegten Zinsperiode (**[einfügen]**) nach dem vorhergehenden Zinszahlungstag, oder im Fall des ersten Zinszahlungstags, nach dem Verzinsungsbeginn, folgt.]

Ist der Zinssatz nicht festgelegt, Beschreibung des Basiswerts, auf den er sich stützt

[Entfällt; die Schuldverschreibungen haben keine basiswertabhängige Verzinsung.]

[Der Zinssatz der Schuldverschreibungen stützt sich auf einen Basiswert. Bei dem Basiswert handelt es sich um **[ein(e)(n)]** **[hybriden]** Basiswertkorb aus **[Aktie(n)]** **[Index(-ices)]** **[Rohstoff(e)]** **[Währung(en)]** und zwar **[●].]**

Fälligkeits-termin und Vereinbarungen für die Darlehens-tilgung, einschließlich der Rückzahlungs-

Rückzahlung bei Endfälligkeit. Die Schuldverschreibungen werden, soweit sie nicht zuvor bereits ganz oder teilweise zurückgezahlt oder zurückgekauft wurden, am **[Fälligkeitstag einfügen]** (der "**Fälligkeitstag**") zu ihrem **[Rückzahlungsbetrag von [Rückzahlungsbetrag einfügen]** (der "**Rückzahlungsbetrag**") zurückgezahlt.

Die Tilgung der Schuldverschreibungen erfolgt bei Fälligkeit in der festgelegten Währung. Die Zahlung erfolgt, vorbehaltlich

	verfahren	geltender steuerlicher und sonstiger gesetzlicher Vorschriften, über die Zahlstelle zur Weiterleitung an die Clearing-Systeme oder nach deren Anweisung durch Gutschrift auf die jeweilige für den Inhaber der Schuldverschreibungen depotführende Stelle.
	Angabe der Rendite	[●] [Eine Rendite kann aufgrund der im Vorhinein nicht bestimmbar Erträge der Schuldverschreibungen nicht berechnet werden.]
	Name des Vertreters der Schuldtitel-inhaber	Grundsätzlich sind alle Rechte aus den Schuldverschreibungen durch jeden Anleihegläubiger selbst gegenüber der Emittentin geltend zu machen. Seitens der Emittentin ist keine organisierte Vertretung der Inhaber der Schuldverschreibungen (die " Anleihegläubiger ") vorgesehen. Gemäß den Bestimmungen des Kuratorengesetzes ist in bestimmten Fällen vom zuständigen Gericht ein Kurator für die jeweiligen Anleihegläubiger zu bestellen.
C.10	Derivative Komponente bei der Zinszahlung	[Entfällt; die Schuldverschreibungen schütten keine Zinsen aus bzw enthalten keine derivative Komponente bei der Zinszahlung.] [Siehe C.9]
C.11	Zulassung zum Handel	[In den maßgeblichen Endgültigen Bedingungen wird angegeben, ob eine Börseneinführung in den Amtlichen Handel oder in den Geregeltten Freiverkehr der Wiener Börse oder eine Einbeziehung der Schuldverschreibungen in den Handel an dem von der Wiener Börse als Multilaterales Handelssystem (Multilateral Trading Facility, " MTF ") geführten Dritten Markt erfolgen soll.]
C.15	Beeinflussung der Anlage durch das Basis-instrument	[Entfällt; die Schuldverschreibungen enthalten keine derivative Komponente.] [Bei Schuldverschreibungen mit basiswertabhängiger Verzinsung einfügen: Der auf Schuldverschreibungen mit basiswertabhängiger Verzinsung anwendbare Zinssatz ist von einem oder mehreren Basiswerten abhängig. Der Rückzahlungsbetrag der Schuldverschreibungen hingegen steht bereits am Begebungstag fest und ändert sich nicht. Der Marktwert der Schuldverschreibungen hängt unter anderem von der Einschätzung des Marktes über die Rendite der Schuldverschreibungen ab. Geht der Markt von einer Erhöhung der Rendite der Schuldverschreibungen aus, erhöht sich in der Regel auch der Marktwert der Schuldverschreibungen. Die Rendite der Schuldverschreibungen ist von der Differenz zwischen dem

Preis, zu dem die Schuldverschreibungen erworben werden, und dem Preis, zu dem sie verkauft werden bzw dem Rückzahlungsbetrag sowie dem Zinssatz der Schuldverschreibungen abhängig. Da die Schuldverschreibungen mit basiswertabhängiger Verzinsung ausgestattet sind, kommt der Veränderung des Basiswerts eine maßgebliche Bedeutung für die Veränderung des Marktwerts der Schuldverschreibungen mit basiswertabhängiger Verzinsung zu. Je nach der in den Endgültigen Bedingungen vorgesehenen Zuordnung zwischen Basiswert und Zinssatz (dazu gleich unten), ist bei einer Änderung des Marktwertes des Basiswertes grundsätzlich von einer Änderung des Marktwertes der Schuldverschreibungen mit basiswertabhängiger Verzinsung auszugehen.

Bei Schuldverschreibungen mit basiswertabhängiger Verzinsung bemisst sich die Höhe des auf eine Zinsperiode anwendbaren Zinssatzes nach der Entwicklung des Marktpreises eines oder mehrerer Basiswerte in einem bestimmten Zeitraum (die "**Basiswertperformance**"). Die Abhängigkeit zwischen der Basiswertperformance und dem Zinssatz (die "**Zuordnung**") kann dabei direkt, dh eine positive Veränderung des Marktwertes des Basiswerts im Beobachtungszeitraum führt zu einer positiven Veränderung des Zinssatzes und umgekehrt ("**direkte Zuordnung**"), oder indirekt, dh eine positive Veränderung des Marktwertes des Basiswerts im Beobachtungszeitraum führt zu einer negativen Veränderung des Zinssatzes und umgekehrt ("**indirekte Zuordnung**"), sein. Die Basiswertperformance kann sich weiters im selben Ausmaß auf die Veränderung des Zinssatzes auswirken, dh eine Basiswertperformance von 4% führt zu einer Erhöhung oder Reduktion des Zinssatzes um 4% (seines Wertes, dh z.B. von 4,00% auf 4,16%) ("**Proportionalität**"), oder in einem stärkeren Ausmaß ("**Überproportionalität**") oder auch in einem schwächeren Ausmaß ("**Unterproportionalität**"), wie jeweils in den maßgeblichen Emissionsbedingungen angegeben. Die Emissionsbedingungen können auch andere Strukturen vorsehen, wie zB, dass ein vorgegebener Zinssatz nur dann ausbezahlt wird, wenn an einem Beobachtungstag kein einziger Beobachtungswert eines Basiswertes unter einer Barriere lag (andernfalls.0 %) (Verzinsungsart Altiplano) oder zB dass Zinsen nur für Tage, in denen der Beobachtungswert des Basiswerts weder die von der Emittentin am Begebungstag festgelegte und in den Endgültigen Bedingungen angegebene obere Barriere noch die untere Barriere erreicht oder durchbrochen hat (d.h. für jene Tage,

		an denen der Kurs innerhalb der Bandbreite der beiden Barrieren lag) ausbezahlt werden (Verzinsungsart Range Accrual).
		[Siehe C.9]
C.16	Verfalltag oder Fälligkeits-termin der derivativen Wertpapiere — Ausübungsterm in oder letzter Referenztermin	<p>[Entfällt; die Schuldverschreibungen sind keine derivativen Wertpapiere.]</p> <p>[Entfällt; die Schuldverschreibungen enthalten keine solchen Termine, da nur die Höhe des Zinssatzes basiswertabhängig ist.]</p> <p>[Fälligkeitstag ist der [●].]</p>
C.17	Beschreibung des Abrechnungsverfahrens für die derivativen Wertpapiere	<p>[Entfällt; die Schuldverschreibungen sind keine derivativen Wertpapiere.]</p> <p>[Entfällt; die Schuldverschreibungen sind nur im Hinblick auf die Höhe des Zinssatzes basiswertabhängig.]</p> <p>Die Zahlung von Kapital [und Zinsen] erfolgt, vorbehaltlich geltender steuerlicher und sonstiger gesetzlicher Vorschriften, über die Zahlstelle(n) zur Weiterleitung an die Clearing-Systeme oder nach deren Anweisung durch Gutschrift auf die jeweilige für den Anleihegläubiger depotführende Stelle.</p> <p>Als Zahlstelle fungiert [die Oberösterreichische Landesbank Aktiengesellschaft, Landstraße 38, 4010 Linz.] [●].</p>
C.18	Beschreibung der Ertragsmodalitäten bei derivativen Wertpapieren	<p>[Entfällt; die Schuldverschreibungen sind keine derivativen Wertpapiere.]</p> <p>[Entfällt; die Schuldverschreibungen sind nur im Hinblick auf die Höhe des Zinssatzes basiswertabhängig.]</p>
C.19	Ausübungspreis oder endgültiger Referenzpreis des Basiswerts	<p>[Entfällt; die Schuldverschreibungen sind keine derivativen Wertpapiere.]</p> <p>[Entfällt; die Schuldverschreibungen sind nur im Hinblick auf die Höhe des Zinssatzes basiswertabhängig.]</p>
C.20	Basiswert	<p>[Entfällt; die Schuldverschreibungen sind keine derivativen Wertpapiere.]</p> <p>[Typ: [Basiswertkorb aus] [Aktie(n)] [Index(izes)] [Rohstoffe(n)] [Währung(en)]</p> <p>Bezeichnung: [einfügen]</p> <p>[Emittent:] [einfügen]</p>

[Sponsor:] **[einfügen]**

[ISIN:] **[einfügen]**

[Informationen zur historischen und fortlaufenden Wertentwicklung des Basiswerts und zu seiner Volatilität sind [auf der öffentlich zugänglichen Website [●]] [in den Geschäftsstellen von [Adresse/Telefonnummer einfügen]] erhältlich.]

[Informationen über [**Basiswert einfügen**] können [**Ort einfügen**] bezogen werden.]]

D. Risiken

D.2 Risiken der Emittentin

- Zahlungsverzug, Zahlungseinstellungen oder Bonitätsverschlechterungen von Kunden oder anderen Gegenparteien der Emittentin können zu Verlusten führen (Kreditausfallsrisiko)
- Es besteht die Gefahr, dass der Emittentin die Geldmittel zur Erfüllung ihrer Zahlungsverpflichtungen nicht in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen oder diese nur zu für die Emittentin schlechteren Konditionen beschafft werden können (Liquiditätsrisiko)
- Marktschwankungen können dazu führen, dass die Emittentin keinen ausreichenden Jahresgewinn erzielt, um Zahlungen auf die Schuldverschreibungen zu leisten
- Das Risiko aus Krediten an Kunden aus derselben Branche oder Region oder an assoziierte bzw verbundene Unternehmen der Emittentin kann die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin erheblich negativ beeinflussen (Konzentrationsrisiko)
- Risiko der Emittentin, aufgrund eines intensiven Wettbewerbs bzw einer sich verschärfenden Wettbewerbssituation Nachteile zu erleiden (Wettbewerbsrisiko)
- Risiko des nicht zeitgerechten Erkennens von wesentlichen Entwicklungen und Trends im Bankensektor
- Die Emittentin ist Risiken ausgesetzt, die sich aus der mangelnden Eignung oder dem Versagen interner Abläufe, von Menschen oder Systemen (insbesondere IT-

Systemen) oder aus externen – absichtlich oder versehentlich oder durch natürliche Umstände verursachten – Ereignissen ergeben (operationelles Risiko)

- Die Absicherungsstrategien der Emittentin könnten sich als unwirksam erweisen
- Die Emittentin ist Risiken der Zinsänderung ausgesetzt (Zinsänderungsrisiko).
- Risiken der Änderung des wirtschaftlichen und politischen Umfeldes oder rückläufiger Finanzmärkte
- Risiko, dass aufgrund von Änderungen der Marktpreise Verluste entstehen (Marktrisiko).
- Risiko von Vermögensschäden bei der Emittentin infolge von Geldentwertung (Inflationsrisiko).
- Die Emittentin unterliegt Risiken im Zusammenhang mit einer möglichen Deflation.
- Eine Änderung von Wechselkursen kann sich auf die Emittentin negativ auswirken (Wechselkursrisiko)
- Eine Aussetzung, Senkung oder Aufhebung eines Ratings der Emittentin könnte die Refinanzierungsbedingungen der Emittentin, insbesondere ihren Zugang zu den Fremdkapitalmärkten negativ beeinflussen
- Wirtschaftliche oder politische Entwicklungen und/oder ein Abschwung der Wirtschaft in den Hauptmärkten der HYPO Oberösterreich-Gruppe können wesentliche nachteilige Auswirkungen auf ihre Geschäftstätigkeit haben
- Zunehmender Wettbewerb kann den Druck auf die Gewinnmargen der Emittentin erhöhen
- Änderungen von Gesetzen oder Änderungen des aufsichtsrechtlichen Umfelds können negative Auswirkungen auf die Geschäftstätigkeit der Emittentin haben
- Die Emittentin ist möglicherweise nicht in der Lage, die Mindestanforderungen für Eigenmittel und abschreibungsfähige Verbindlichkeiten zu erfüllen
- Die Emittentin ist verpflichtet, Beiträge in den Einheitlichen Abwicklungsfonds und an *ex-ante* finanzierte Fonds der Einlagensicherungssysteme abzuführen; dies führt zu zusätzlichen finanziellen Belastungen der Emittentin und hat somit eine wesentliche Verschlechterung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin zur Folge
- Es besteht das Risiko, verstärkter rechtlicher und

öffentlicher Einflussnahme auf Kredit- und Finanzinstitute

- Risiko der Änderung steuerlicher Rahmenbedingungen, insbesondere betreffend die Stabilitätsabgabe und die Einführung der Finanztransaktionssteuer
- Interessenkonflikte und Doppelfunktionen der Mitglieder des Vorstandes sowie des Aufsichtsrats der Emittentin können zu Entscheidungen führen, die nicht im Interesse der Inhaber von Schuldverschreibungen liegen
- Die Emittentin wird durch eine Mehrheitseigentümerin kontrolliert, die Beschlüsse fassen kann, die nicht im Interesse der Anleihegläubiger liegen
- Die Einhaltung von Vorschriften im Zusammenhang mit Maßnahmen zur Verhinderung von Geldwäsche, Korruption und Terrorismusfinanzierung bringt erhebliche Kosten und Aufwendungen mit sich und die Nichteinhaltung dieser Vorschriften hat schwerwiegende rechtliche sowie reputationsmäßige Folgen.
- Laufende und künftige Gerichts- und Behördenverfahren können bei negativem Ausgang zu finanziellen und rechtlichen Belastungen der Emittentin führen
- Risiko, dass eine Verschlechterung des Geschäftsverlaufs der Hypo-Banken Österreich einen nachteiligen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin hat (Risiko auf Grund der Abhängigkeit vom Geschäftsverlauf der Hypo-Banken Österreich)

D.3 Risiken der Wertpapiere

- Schuldverschreibungen können ein ungeeignetes Investment sein - komplexe Finanzinstrumente sind nicht für alle Anleger geeignet, da sie ein im Vergleich zu nicht komplexen Finanzinstrumenten wesentlich höheres Verlustrisiko aufweisen
- Die Inhaber von Schuldverschreibungen sind dem Kreditrisiko der Emittentin ausgesetzt
- Nebenkosten im Zusammenhang mit dem Kauf und/oder Verkauf von Schuldverschreibungen und/oder der Depotführung können zu Kostenbelastungen führen, die die mit den Schuldverschreibungen verbundene Rendite maßgeblich reduzieren können
- Von einem Kauf der Schuldverschreibungen auf Kredit wird aufgrund des deutlich höheren Verlustrisikos abgeraten
- Keine Gewissheit eines liquiden Sekundärmarktes für die

Schuldverschreibungen

- Es besteht ein Risiko, dass der Handel mit den Schuldverschreibungen oder den Basiswerten ausgesetzt, unterbrochen oder beendet wird
- Anleihegläubiger unterliegen möglicherweise einem Wechselkursrisiko
- Eine Wiederveranlagung von Erträgen und Kapital der Schuldverschreibungen zu den Bedingungen, die für die Schuldverschreibungen gelten, ist ungewiss
- Anleihegläubiger sind dem Risiko nachteiliger Entwicklungen der Marktpreise ihrer Schuldverschreibungen ausgesetzt
- Bei einer Rückzahlung der Schuldverschreibungen vor Endfälligkeit sind die Anleihegläubiger dem Risiko ausgesetzt, dass ihre Kapitalanlage eine geringere Rendite als erwartet aufweist und eine Wiederveranlagung nur zu schlechteren Bedingungen möglich ist (Risiko vorzeitiger Rückzahlung)
- Es ist der Emittentin nicht verboten, weitere Verbindlichkeiten einzugehen, die im Vergleich zu den Verbindlichkeiten aus den Schuldverschreibungen vorrangig oder gleichrangig sind
- Anleger, die in Schuldverschreibungen investieren, gehen das Risiko ein, dass sich der Credit Spread (Zinsaufschlag) der Emittentin verändert (Credit Spread-Risiko)
- Steuerrechtliche Veränderungen können sowohl den Wert der Schuldverschreibungen als auch die Höhe der Zahlungen negativ beeinflussen
- Die Verbindlichkeiten aus den Schuldverschreibungen sind von keiner gesetzlichen Sicherungseinrichtung gedeckt
- Anleihegläubiger sind dem Risiko einer gesetzlichen Verlustbeteiligungspflicht ausgesetzt
- Bei einer zukünftigen Geldentwertung (Inflation) könnte sich die reale Rendite einer Anlage verringern (Inflationsrisiko)
- Die Schuldverschreibungen unterliegen österreichischem Recht, und Änderungen in den geltenden Gesetzen, Verordnungen oder aufsichtsrechtliche Vorschriften können negative Auswirkungen auf die Emittentin, die Schuldverschreibungen und die Anleger haben
- Schuldverschreibungen, bei denen die zu zahlenden Beträge unter Zugrundelegung einer Formel berechnet werden, unterliegen besonderen Risiken - Potenzielle Anleger sollten sicherstellen, dass sie die jeweilige Formel verstehen, und,

[

falls erforderlich, ihren/ihre persönlichen Berater zu Rate ziehen.]

- [• Die Inhaber von Schuldverschreibungen mit fixer Verzinsung und Schuldverschreibungen mit Perioden mit fixer Verzinsung sind dem Risiko ausgesetzt, dass der Wert der Schuldverschreibungen als Ergebnis einer Änderung des Marktzinssatzes fällt]
- [• Die Inhaber von Schuldverschreibungen mit variabler Verzinsung sind bedeutenden Zinsschwankungsrisiken ausgesetzt]
- [• Im Zusammenhang mit Schuldverschreibungen mit basiswertabhängiger Verzinsung bestehen besonders hohe Risiken und nur Anleger, die diese Risiken aufgrund eines genauen Studiums der Anleihebedingungen und ausreichender Kenntnisse im Bereich strukturierter Finanzprodukte erfassen können, sollten diese Schuldverschreibungen erwerben]
- [• Im Falle der Liquidation oder der Insolvenz der Emittentin sind nachrangige Schuldverschreibungen (Tier 2-Schuldverschreibungen) gegenüber nicht-nachrangigen Verbindlichkeiten nachrangig zu bedienen]
- [• Die Anrechenbarkeit der Tier 2-Schuldverschreibungen als regulatorisches Kapital kann sich verringern oder wegfallen, was negative Auswirkungen auf die Kapitalstruktur der Emittentin haben und zu einer vorzeitigen Rückzahlung der Schuldverschreibungen führen könnte]
- [• Inhaber von Schuldverschreibungen mit indexabhängiger Verzinsung sind dem Risiko einer nachteiligen Wertentwicklung des zugrundeliegenden Index ausgesetzt]
- [• Inhaber von Schuldverschreibungen mit rohstoffabhängiger Verzinsung sind dem Risiko der Wertentwicklung des zugrundeliegenden Rohstoffes (oder des Rohstoffkorbes) ausgesetzt]
- [• Zahlungen auf Schuldverschreibungen, bei denen die Verzinsung an den Wert von Aktien (oder Aktienkörben) gebunden ist, sind abhängig von der Wertentwicklung der zugrundeliegenden Aktien (oder Aktienkörbe)]
- [• Inhaber von Schuldverschreibungen, die von Währungen abhängig sind, sind dem Risiko der Wertentwicklung der zugrundeliegenden Währungen ausgesetzt]
- [• Inhaber von Schuldverschreibungen, die von hybriden Basiswertkörben abhängig sind, können einem wesentlich

- [
- höheren Risiko als Inhaber von Schuldverschreibungen, die nur von einem Basiswert (oder einer Art von Basiswerten) abhängig sind, ausgesetzt sein]
 - Interessenskonflikte können die den Schuldverschreibungen zu Grunde liegenden Basiswerte negativ beeinflussen]

E. Angebot

E.2b	Gründe für das Angebot und Zweckbestimmung der Erlöse	[Die Nettoerlöse aus der Begebung der Schuldverschreibungen werden von der Emittentin zur Gewinnerzielung und für ihre allgemeinen Refinanzierungsbedürfnisse verwendet.] [Einfügen]
E.3	Angebotskonditionen	<p>Das Angebot der Schuldverschreibungen unter diesem Programm unterliegt keinen Bedingungen. Die Endgültigen Bedingungen sind zusammen mit dem Prospekt zu lesen und enthalten, gemeinsam mit dem Prospekt, vollständige und umfassende Angaben über das Programm und die einzelnen Emissionen von Schuldverschreibungen.</p> <p>Die Gesamtsumme der Emissionen von Schuldverschreibungen unter diesem Prospekt ist betragsmäßig nicht beschränkt. Die Volumina der einzelnen Emissionen von Schuldverschreibungen ergeben sich aus den Endgültigen Bedingungen.</p> <p>Die Emittentin ist berechtigt, jederzeit ohne Zustimmung der Anleihegläubiger weitere Schuldverschreibungen mit gleicher Ausstattung (mit Ausnahme des Emissionspreises und, soweit anwendbar, des ersten Zinszahlungstags) in der Weise zu begeben, dass sie mit den bestehenden Schuldverschreibungen eine einheitliche Serie bilden.</p>
E.4	Interessenskonflikte	[Mögliche Interessenskonflikte können sich zwischen der Emittentin, der Zahlstelle und den Anleihegläubigern ergeben, insbesondere hinsichtlich bestimmter Ermessensentscheidungen die den vorgenannten Funktionen aufgrund der Emissionsbedingungen oder auf anderer Grundlage zustehen sowie durch die Zahlung marktüblicher Provisionen (die auch bereits im Emissionspreis der Schuldverschreibungen enthalten sein können) an Vertriebspartner durch die Emittentin. Diese Interessenskonflikte könnten einen negativen Einfluss auf die Anleihegläubiger haben.] [●]
	Interessen an dem Angebot	[Angaben zu etwaigen Interessen von an der Emission beteiligten natürlichen und juristischen Personen einfügen]

E.7 Kosten für die Anleger

[Entfällt, es bestehen keine Interessen von an der Emission beteiligten natürlichen und juristischen Personen]

[Entfällt; es werden den Anlegern keine Kosten in Rechnung gestellt.] [●]

RISIKOFAKTOREN

1. Allgemein

Dieses Kapitel beschreibt jene Risikofaktoren, die nach Ansicht der Emittentin mit dem Erwerb der Schuldverschreibungen verbunden sind. Potenzielle Anleger sollten alle Informationen berücksichtigen, die in diesem Prospekt und den jeweiligen Endgültigen Bedingungen sowie etwaigen Nachträgen enthalten sind.

Die Reihenfolge und die Ausführlichkeit der nachfolgend dargestellten Risikofaktoren sagt nichts über ihre Eintrittswahrscheinlichkeit oder die potenziellen wirtschaftlichen Auswirkungen im Falle ihres Eintritts aus. Zu beachten ist ferner, dass Risikofaktoren auch kumulativ vorliegen und sich gegenseitig verstärken können.

Dieser Prospekt kann die vor jeder Anlageentscheidung in jedem individuellen Fall unerlässliche Beratung durch die Hausbank, einen Anlage-, Rechts-, Steuer- oder sonstigen Berater nicht ersetzen. Potenzielle Anleger sollten vor einer Anlageentscheidung sicherstellen, dass sie die Funktionsweise der jeweiligen Schuldverschreibung und die damit verbundenen Risiken verstanden haben, dass der Erwerb der Schuldverschreibungen eine ihren Bedürfnissen und Verhältnissen entsprechende Anlage darstellt, und dass sie das Risiko des Verlusts des eingesetzten Kapitals einschließlich anfallender Transaktionskosten tragen können.

Falls einer oder mehrere der nachstehend angeführten Umstände eintreten, können Anleihegläubiger ihr Investment zur Gänze oder zum Teil verlieren.

Potenzielle Anleger sollten sich bewusst sein, dass die Schuldverschreibungen an Wert verlieren können und es gegebenenfalls zu einem Verlust der gesamten Investition (Totalverlust) kommen kann.

2. Risiken in Bezug auf die Emittentin

Die Emittentin ist im Rahmen ihrer Geschäftstätigkeit Risiken ausgesetzt, deren Realisierung dazu führen kann, dass sie ihren Verpflichtungen aus den unter diesem Prospekt begebenen Schuldverschreibungen nicht oder nicht fristgerecht nachkommen kann. Diese Risiken können zu Schwankungen der Umsätze und Erträge der Emittentin führen. Historische Finanzzahlen lassen keine Rückschlüsse auf künftige Zeiträume zu und können sich von einem Jahr auf das nächste wesentlich ändern.

Angehende Anleihegläubiger sollten beachten, dass die nachstehend beschriebenen Risiken nicht die einzigen Risiken sind, denen sich die Emittentin gegenüber sieht. Die Emittentin hat jene Risiken betreffend ihr Geschäft, ihre Geschäftstätigkeit, ihre Finanzlage und/oder ihre Aussichten beschrieben, welche sie als wesentlich ansieht und von welchen sie derzeit Kenntnis hat. Es können zusätzliche Risiken bestehen, die die Emittentin derzeit als nicht wesentlich ansieht und/oder von denen sie derzeit keine

Kenntnis hat, und jedes dieser Risiken könnte negative Auswirkungen auf ihre Ertrags- und Finanzlage und das Ergebnis ihrer Geschäftstätigkeit haben.

2.1 Zahlungsverzug, Zahlungseinstellungen oder Bonitätsverschlechterungen von Kunden oder anderen Gegenparteien der Emittentin können zu Verlusten führen (Kreditausfallsrisiko)

Die Emittentin ist einer Reihe von Gegenpartei- und Kreditausfallsrisiken ausgesetzt. Dritte, die der Emittentin Geld, Wertpapiere oder andere Vermögensgegenstände schulden, könnten ihre Verpflichtungen gegenüber der Emittentin wegen Zahlungsunfähigkeit, fehlender Liquidität, Bonitätsverschlechterungen, Wirtschaftsabschwüngen, operationellen Problemen, Wertverlusten von Immobilien oder aus anderen Gründen nicht erfüllen. Das Gegenparteiisiko zwischen Finanzinstituten ist als Ergebnis der Volatilität der Finanzmärkte in den letzten Jahren angestiegen. Aufgrund der engen wirtschaftlichen Verflechtungen großer Finanzinstitute untereinander und/oder mit anderen Teilnehmern des Finanz- und Kapitalmarkts besteht das Risiko, dass wirtschaftliche Schwierigkeiten eines großen Finanzinstituts oder die Nichterfüllung von Verbindlichkeiten durch ein großes Finanzinstitut zu einer den gesamten Finanz- und Kapitalmarkt negativ beeinflussenden Liquiditätsverknappung oder zu Verlusten oder zur Nichterfüllung der Verbindlichkeiten auch durch andere Finanz- und Kapitalmarktteilnehmer führen. Es besteht das Risiko, dass diese "systemischen" Risiken auch Finanzintermediäre (etwa Clearingstellen, Banken etc.) betreffen, mit denen die Emittentin täglich Geschäfte abwickelt. Auch ein angenommener Mangel an Bonität kann zu marktweiten Liquiditätsproblemen führen. Dieses "systemische Risiko" beeinträchtigt Banken und alle anderen Typen von Intermediären in der Finanzdienstleistungsindustrie.

Gemäß den Bestimmungen der International Financial Reporting Standards ("**IFRS**") berücksichtigt die Emittentin die Möglichkeit, dass Kunden oder Gegenparteien ihren Verpflichtungen nicht nachkommen, durch die Vornahme von Abschreibungen für eingetretene Ausfälle. Ein potenzieller Wertminderungsbedarf wird bei Vorliegen der Indikatoren Zahlungsverzug über einen bestimmten Zeitraum, Einleitung von Zwangsmaßnahmen, drohende Zahlungsunfähigkeit oder Überschuldung, Beantragung oder Eröffnung eines Insolvenzverfahrens oder Scheitern von Sanierungsmaßnahmen angenommen. Dieser angenommene Wertminderungsbedarf kann aus unterschiedlichen Gründen unrichtig sein. Ein unerwarteter Abschwung der allgemeinen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, unvorhergesehene politische Ereignisse oder ein Mangel an flüssigen Mitteln in der Wirtschaft können zu Kreditausfällen führen, die die Höhe der von der Emittentin getätigten Abschreibungen und die vom Risikomanagement angenommenen wahrscheinlichen Maximalverluste übersteigen. Da die Emittentin primär in Oberösterreich, anderen Teilen Österreichs und einigen angrenzenden Ländern tätig ist, ist sie vor allem dem Risiko eines allgemeinen Wirtschaftsabschwungs oder eines anderen Ereignisses, das die Kreditausfallswahrscheinlichkeit in dieser Region erhöht, ausgesetzt.

Wenn die Verluste aus den Ausfällen von Kunden und anderen Gegenparteien die Höhe der von der Emittentin getätigten Abschreibungen wesentlich übersteigen oder

eine Erhöhung dieser Abschreibungen erforderlich machen, hätte dies negative Auswirkungen auf die Ergebnisse der Emittentin und könnte zu einem die operative Tätigkeit einschränkenden Anstieg der Kapitalerfordernisse führen, und folglich die Fähigkeit der Emittentin zur Erfüllung ihrer Zahlungsverpflichtungen im Zusammenhang mit den Schuldverschreibungen und deren Marktwert beeinträchtigen.

2.2 Es besteht die Gefahr, dass der Emittentin die Geldmittel zur Erfüllung ihrer Zahlungsverpflichtungen nicht in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen oder diese nur zu für die Emittentin schlechteren Konditionen beschafft werden können (Liquiditätsrisiko)

Die Liquiditätssituation der Emittentin lässt sich durch eine Gegenüberstellung von Zahlungsausgängen und Zahlungseingängen darstellen. Durch eine Inkongruenz von Zahlungseingängen und Zahlungsausgängen (beispielsweise aufgrund verspäteter Rückzahlungen, unerwartet hoher Abflüsse von Finanzmitteln, des Scheiterns von Anschlussfinanzierungen oder wegen mangelnder Marktliquidität) kann es zu Liquiditätsengpässen oder -stockungen kommen, die dazu führen, dass die Emittentin Zahlungspflichten nicht mehr erfüllen kann und in Verzug gerät oder flüssige Mittel zu für die Emittentin schlechteren Konditionen anschaffen muss. Dies kann negative Auswirkungen auf die von der Emittentin erwirtschafteten Erträge haben und kann die Finanz- und Ertragslage der Emittentin negativ beeinflussen.

2.3 Marktschwankungen können dazu führen, dass die Emittentin keinen ausreichenden Jahresgewinn erzielt, um Zahlungen auf die Schuldverschreibungen zu leisten

Schwankungen an den Kapitalmärkten (Anleihe-, Aktienmärkten, etc.) können den Wert und die Liquidität der davon abhängigen Vermögensgegenstände der Emittentin beeinflussen und die Verbindlichkeiten der Emittentin erhöhen. Weiters ist der Wert der finanziellen Vermögenswerte der Emittentin Preisschwankungen an den jeweiligen Märkten ausgesetzt. Das Auftreten von Marktschwankungen kann negative Auswirkungen auf die durch das Geschäft der Emittentin erwirtschafteten Erträge haben und könnte weiters die Finanz- und Ertragslage der Emittentin negativ beeinflussen und dadurch die Fähigkeit der Emittentin, Zahlungen auf die Schuldverschreibungen zu tätigen, beeinträchtigen.

2.4 Das Risiko aus Krediten an Kunden aus derselben Branche oder Region oder an assoziierte bzw verbundene Unternehmen der Emittentin kann die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin erheblich negativ beeinflussen (Konzentrationsrisiko).

Die Emittentin ist aufgrund von Forderungen, die sie gegenüber Kreditnehmern eines bestimmten Wirtschaftszweiges oder innerhalb einer Region oder gegenüber nahestehenden Unternehmen (iSv IAS 24) hält in unterschiedlichem Ausmaß den nachteiligen Folgen der Konzentration oder den Wechselwirkungen innerhalb einer Branche, einer Region oder innerhalb der Gruppe nahestehender Unternehmen

ausgesetzt. Daraus kann sich ein erheblich nachteiliger Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin ergeben.

2.5 Risiko der Emittentin, aufgrund eines intensiven Wettbewerbs bzw einer sich verschärfenden Wettbewerbssituation Nachteile zu erleiden (Wettbewerbsrisiko).

Die Emittentin ist eine regionale Bank mit dem Fokus auf das Bankgeschäft mit Privat- und Firmenkunden. Der regionale Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit liegt in Oberösterreich. Die Emittentin ist in einem herausfordernden wirtschaftlichen Heimatmarkt (Oberösterreich) tätig. Intensiver Wettbewerb mit anderen Banken bzw eine sich verschärfende Wettbewerbssituation, insbesondere auf dem Heimatmarkt, kann die Geschäfts-, Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin erheblich nachteilig beeinflussen.

2.6 Risiko des nicht zeitgerechten Erkennens wesentlicher Entwicklungen und Trends im Bankensektor.

Die Führungskräfte der Emittentin treffen strategische Entscheidungen aufgrund wesentlicher Entwicklungen und Trends im Bankensektor. Es besteht jedoch das Risiko, dass selbst hochqualifizierte Führungskräfte und Mitarbeiter, die diese Entwicklungen verfolgen, analysieren und auch potentielle Risiken überprüfen wesentliche Entwicklungen und Trends im Bankensektor nicht zeitgerecht erkennen. Die Wettbewerbsfähigkeit der Emittentin hängt aber in einem hohen Maße von ihrer Fähigkeit zur raschen Anpassung ihrer Geschäftsbereiche an Branchentrends ab. Ein nicht zeitgerechtes Erkennen wesentlicher Entwicklungen und Trends im Bankensektor könnte sich daher nachteilig auf die Geschäfts-, Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin auswirken.

2.7 Die Emittentin ist Risiken ausgesetzt, die sich aus der mangelnden Eignung oder dem Versagen interner Abläufe, von Menschen oder Systemen (insbesondere IT-Systemen) oder aus externen – absichtlich oder versehentlich oder durch natürliche Umstände verursachten – Ereignissen ergeben (operationelles Risiko)

Die HYPO Oberösterreich-Gruppe ist verschiedenen Risiken ausgesetzt, die sich aus potenziellen Unzulänglichkeiten oder dem Versagen interner Kontrollen, Abläufe, Mitarbeiter oder Systeme oder externen – absichtlich oder versehentlich oder durch natürliche Umstände verursachten – Ereignissen ergeben und erhebliche Verluste bewirken können. Zu solchen operativen Risiken zählt das Risiko unerwarteter Verluste, die als Folge von Einzelereignissen entstehen, die wiederum Ergebnis fehlerhafter Informationssysteme, unzulänglicher organisatorischer Strukturen oder nicht funktionierender Kontrollmechanismen sein können. Diese Risiken beinhalten das Risiko höherer Kosten oder entgangener Gewinne auf Grund ungünstiger gesamtwirtschaftlicher oder branchenspezifischer Trends. Auch eine Rufschädigung der Emittentin auf Grund des Eintritts eines solchen Ereignisses fällt in diese

Risikokategorie.

Das operationelle Risiko ist Bestandteil aller Tätigkeiten der Emittentin und kann nicht eliminiert werden. Insbesondere sollten Investoren beachten, dass die Geschäftstätigkeit der Emittentin maßgeblich von funktionierenden Informations- und Datenverarbeitungssystemen abhängig ist. Ausfälle, Unterbrechungen und Sicherheitsmängel bei diesen Systemen kann zu Ausfällen oder Unterbrechungen ihres Risikomanagements sowie ihrer Buchhaltung, Verwahrung, Betreuung und/oder Kundenverwaltung führen. Falls die Informationssysteme der Emittentin einschließlich ihrer Sicherungssysteme auch nur für eine kurze Dauer ausfallen würden oder sich ihre Notfallpläne zur Fortführung der Geschäfte für den Ernstfall als unwirksam herausstellen, könnte sie Bedürfnisse ihrer Kunden nicht zeitnah befriedigen und dadurch einen Teil des Geschäfts verlieren. Gleichmaßen könnten durch eine vorübergehende Abschaltung des Informationssystems der Emittentin Kosten für die Wiederbeschaffung und Überprüfung der Informationen entstehen. Es kann nicht zugesichert werden, dass solche Ausfälle oder Unterbrechungen nicht vorkommen werden oder dass die Emittentin diesen Ausfällen oder Unterbrechungen in angemessener Weise begegnen kann. Dementsprechend kann das Auftreten solcher Ausfälle oder Unterbrechungen erhebliche negative Auswirkungen auf die Geschäftstätigkeit, die Finanz- und die Ertragslage der Emittentin haben. Weiters kann nicht zugesichert werden, dass die Einführung und Implementierung neuer Systeme und Verfahren die gewünschten Vorteile für das Geschäft der Hypo Oberösterreich bringen und es dabei nicht zu Fehlern oder Betriebsunterbrechungen kommt, die wesentlich nachteilige Auswirkungen auf ihr Geschäft, ihre Finanzlage und ihre Betriebsergebnisse haben könnten (IT-Risiko).

Des Weiteren ist die wirtschaftliche Entwicklung der Emittentin wesentlich von ihrer Fähigkeit abhängig, bestehende Mitarbeiter zu binden und weitere Personen, die die notwendigen Qualifikationen und das notwendige Erfahrungsniveau im Bankwesen verfügen, zu finden und anzuwerben. Der durch andere Finanzinstitutionen steigende Wettbewerb am Arbeitsmarkt in Hauptmärkten der Hypo Oberösterreich kann es auch für die Emittentin schwieriger machen, qualifizierte Führungskräfte und Mitarbeiter in Schlüsselpositionen zu gewinnen und zu halten und dies kann in Zukunft zu steigenden Lohnkosten führen. Wenn ferner Obergrenzen oder weitere Beschränkungen (zB durch weitere Änderungen der CRD IV) für Gehälter oder Bonuszahlungen, die an Führungskräfte der Hypo Oberösterreich bezahlt werden, eingeführt werden, könnte ihre Fähigkeit zur Anwerbung und Bindung von qualitativ hochwertigem Personal beschränkt werden und dies könnte zum Verlust von qualifiziertem Personal führen. Wenn die Emittentin nicht in der Lage ist, neue Talente in den Hauptmärkten zu rekrutieren und zu binden oder wenn der Wettbewerb für qualifizierte Mitarbeiter die Lohnkosten erhöht, könnte dies erhebliche negative Auswirkungen auf die Vermögens-, die Finanz- und Ertragslage der Emittentin haben.

Eine mangelnde Beherrschung derartiger Risiken kann die Fähigkeit der Emittentin zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen im Zusammenhang mit den Schuldverschreibungen, die unter diesem Programm begeben werden, beeinträchtigen.

2.8 Die Absicherungsstrategien der Emittentin könnten sich als unwirksam erweisen.

Die Emittentin verwendet eine Reihe von Instrumenten und Strategien, um sich gegen Risiken abzusichern. Unvorhergesehene Marktentwicklungen können einen maßgeblichen Einfluss auf die Effektivität von Absicherungsstrategien haben. Instrumente zur Absicherung von Zins- und Währungsrisiken können zu Verlusten führen, wenn die ihnen zugrunde liegenden Finanzinstrumente verkauft werden oder Wertberichtigungen erforderlich werden. Erträge und Verluste von ineffizienten Absicherungsmaßnahmen können die Volatilität der Ergebnisse der Bank erhöhen, was sich erheblich nachteilig auf die Geschäfts-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin auswirken könnte.

2.9 Die Emittentin ist Risiken der Zinsänderung ausgesetzt

Die Emittentin nimmt Zinsen aus Krediten und anderen Vermögensbestandteilen ein und zahlt Zinsen an ihre Anleihegläubiger und andere Gläubiger. Wenn der Marktzinssatz fällt, sinken typischerweise die von der Emittentin durch ihre Kredite und anderen Vermögensbestandteile erworbenen Zinsen sowie die an Anleihegläubiger und andere Gläubiger bezahlten Beträge. Ein Rückgang der Zinserträge kann die Finanz- und Ertragslage der Emittentin negativ beeinflussen und dadurch die Fähigkeit der Emittentin, Zahlungen auf die Schuldverschreibungen zu tätigen, beeinträchtigen.

2.10 Risiken der Änderung des wirtschaftlichen und politischen Umfeldes oder rückläufiger Finanzmärkte

Neben dem wirtschaftlichen und politischen Umfeld in Österreich haben als Ergebnis der Globalisierung auch die Entwicklung der Weltwirtschaft und der globalen Finanzmärkte einen wesentlichen Einfluss auf die Nachfrage nach den von der Emittentin angebotenen Dienstleistungen und Finanzprodukten und damit auch auf die Geschäfts-, Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin.

Seit 2010 stellt die Eskalation der Staatsschulden einiger Euroländer eine neuerliche Belastung für die Finanzmärkte – allen voran der Staatsanleihenmärkte – dar. In der Folge gewann die Krise aufgrund der enormen Spannungen innerhalb der Europäischen Währungsunion rund um die Verschuldungssituation eine neue Dimension. Die Schuldenkrise hat auch die Realwirtschaft erreicht, wodurch eine Rezession im EURO-Raum einsetzte. Mit dem griechischen Schuldenschnitt im Jahr 2012 trat ein Kreditereignis ein und Kreditausfallsversicherungen wurden zur Zahlung fällig. Die Dauer und weiteren Folgen der Staatsschuldenkrise sind in ihrem Umfang noch nicht abschätzbar, jedenfalls sind diese wesentlich von der Realisierung von Budgetsanierungen und einer verstärkten Lösungskompetenz der EU-Politik (Stichwort: EU - Krisenmechanismus) abhängig. Die internationalen Finanzmärkte stehen weiterhin unter dem Einfluss der europäischen Staatsschuldenkrise. Obwohl geld- und finanzpolitische Maßnahmen stabilisierend wirkten, bleiben die Risiken für die Finanzmarktstabilität auf hohem Niveau. Die Sparmaßnahmen, die von einigen Ländern eingeführt wurden, haben verbunden mit dem eingeschränkten Zugang zu

Refinanzierungsmitteln zu geringerem oder negativem BIP-Wachstum und hohen Arbeitslosenraten geführt und könnten auch zukünftig weitere negative Auswirkungen auf die Wirtschaftssysteme dieser Länder haben.

Seit September 2012 kam es zu einer Zunahme der weltweiten Interventionen von Zentralbanken und Regierungen zur Verhinderung einer weiteren Verschlechterung des Wirtschaftswachstums. Ab Jänner 2014 hat das US Federal Reserve System (Fed) das Programm zum Kauf von Staatsanleihen (bekannt als "**Quantitative Easing**" oder "**QE**") durch die Reduzierung des Kaufvolumens auf monatlich USD 75 Mrd (von monatlich USD 85 Mrd) reduziert. Das QE wurde im Oktober 2014 beendet. Die Beendigung oder die Reduzierung (*Tapering*) ähnlicher Programme (oder die Erwartung, dass solche Programme beendet oder reduziert werden könnten) könnte – ebenso wie die eingeleitete Zinswende der Fed – wiederum zu mehr Unbeständigkeit der Finanzmärkte führen und das Wirtschaftswachstum negativ beeinflussen.

Die Europäische Zentralbank ("**EZB**") veröffentlichte einen Plan zum unbegrenzten Kauf von Staatsanleihen notleidender Länder wie Italien und Spanien teilweise im Austausch gegen die Annahme formeller Sparpakete. Diese sog "Outright Monetary Transactions" der EZB trugen zur Stabilisierung in all diesen Ländern der Eurozone bei, allerdings sind die Langzeitauswirkungen ungewiss. Im Oktober 2014 veröffentlichte die EZB Details ihrer Programme zum Ankauf forderungsbesicherter Wertpapiere (*asset-backed securities purchase programme* – "**ABSPP**") und gedeckter Schuldverschreibungen (*covered bonds purchase programme* – "**CBPP3**"). Die Programme, die 2014 begonnen haben und auf zwei Jahre ausgelegt waren, sollen die Übertragung geldpolitischer Impulse fördern und die Bereitstellung von Krediten im Euroraum unterstützen und so die Geldpolitik weiter lockern. Diese Programme stießen teilweise auf Kritik bestimmter Zentralbanken im Euroraum, da die EZB beim Ankauf von Kreditverbriefungen geringerer Qualität übersteuerte Preise zahlen könnte und durch den Ankauf Kreditrisiken aus den Bilanzen von Kreditinstituten ohne angemessenen Ausgleich auf die EZB (und damit den Steuerzahler) übertragen würde. Anfang 2015 kündigte der EZB-Rat ein erweitertes Programm zum Ankauf von Vermögenswerten (*expanded asset purchase programme*) an. Ziel des Programms ist die Gewährleistung von Preisstabilität. Das Programm sieht vor, dass die EZB zusätzlich zu ihren bestehenden Programmen zum Ankauf von Vermögenswerten des privaten Sektors Staatsanleihen ankauft, um den Risiken einer zu lang anhaltenden Phase niedriger Inflation zu begegnen. Dieser Beschluss des EZB-Rats fiel in einer Situation, in der sich die meisten Indikatoren für die gegenwärtige und erwartete Inflation im Euroraum historischen Tiefständen angenähert hatten. Nach Ansicht der EZB bestand die Gefahr, dass mögliche Zweitrundeneffekte auf die Lohn- und Preisfestsetzung die mittelfristige Preisentwicklung negativ beeinflussen. Die Ankäufe von Vermögenswerten sollen in einem Umfeld, in dem die Leitzinsen der EZB ihre Untergrenze erreicht haben, monetäre Anreize für die Wirtschaft schaffen und die gelockerten monetären und finanziellen Bedingungen sollen es Unternehmen und privaten Haushalten ermöglichen, günstiger Finanzmittel aufnehmen zu können. Dies soll Investitionen und Konsum stützen und letztlich dazu beitragen, dass sich die Teuerungsraten wieder dem Niveau von 2 % annähern. Das Programm wird das ABSPP und das CBPP3 einschließen. Insgesamt sind monatliche Ankäufe von

Vermögenswerten in Höhe von EUR 60 Mrd vorgesehen. Dieses Ankaufprogramm wurde im Dezember 2015 von der EZB bis mindestens März 2017 verlängert und soll in jedem Fall so lange erfolgen, bis der EZB-Rat eine nachhaltige Korrektur der Inflationsentwicklung erkennt, die im Einklang steht mit seinem Ziel, mittelfristig Inflationsraten von unter, aber nahe 2 % zu erreichen. Die Auswirkungen dieser und anderer Maßnahmen sind ungewiss; sie können den erwarteten Nutzen für die jeweiligen Volkswirtschaften erreichen oder auch nicht.

Das anhaltende historisch niedrige Zinsniveau in Verbindung mit dem erforderlichen Aufbau zusätzlicher Eigenmittel sowie die verhältnismäßig hohen steuerlichen Belastungen für Banken dämpfen die Ertragsmöglichkeiten und erhöhen den Kostendruck. Aus diesem Grund bleiben Verbesserungen der Struktur und der Effizienz von Kreditinstituten von besonderer Bedeutung im Bankensektor. Zudem können eine nachteilige Änderung des wirtschaftlichen oder politischen Umfeldes in Österreich sowie eine erneute und/oder verschärfte nachteilige Entwicklung der Weltwirtschaft und der globalen Finanzmärkte die Emittentin und ihre Vertragspartner bzw die Nachfrage nach den von der Emittentin angebotenen Dienstleistungen und Finanzprodukten jederzeit nachteilig beeinflussen und sich damit nachteilig auf die Geschäfts-, Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin auswirken.

2.11 Risiko, dass aufgrund von Änderungen der Marktpreise Verluste entstehen (Marktrisiko).

Die Bedingungen auf den Finanzmärkten haben einen wesentlichen Einfluss auf die Geschäftstätigkeit der Emittentin. Änderungen und Schwankungen des Marktzinsniveaus (die "Zinsvolatilität") sowie Änderungen und Schwankungen an den Devisen-, Aktien-, Waren- oder anderen Märkten können sich nachteilig auf die Geschäftsergebnisse der Emittentin auswirken. Zu nachteiligen Entwicklungen an den Finanzmärkten kann es nicht nur aus rein wirtschaftlichen Gründen sondern auch durch Kriege, Terroranschläge, Naturkatastrophen oder ähnlichen Ereignissen kommen. Entwicklungen an den Finanzmärkten können unter anderem zu erhöhten Kosten für die Kapital- und Liquiditätsausstattung der Emittentin und zu Abwertungserfordernissen hinsichtlich bestehender Vermögenspositionen wie insbesondere von der Emittentin gehaltenen Beteiligungen führen. Die Verwirklichung dieses Marktrisikos kann darüber hinaus nachteilige Auswirkungen auf die Nachfrage nach den von der Emittentin angebotenen Dienstleistungen und Finanzprodukten und damit auf die Geschäfts-, Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin haben.

2.12 Risiko von Vermögensschäden bei der Emittentin infolge von Geldentwertung (Inflationsrisiko).

Die Gefahr von Vermögensschäden infolge von Geldentwertung (Inflationsrisiko) ist vor allem dann gegeben, wenn die tatsächliche Inflation stärker ausfällt als die erwartete Inflation. Das Inflationsrisiko wirkt sich vor allem auf den Realwert des vorhandenen Vermögens der Emittentin aus und auf den realen Ertrag, der durch das Vermögen der Emittentin erwirtschaftet werden kann. Demnach kann es bei einer höheren als der

erwarteten Inflationsrate zu einer nachteiligen Beeinflussung der Wertentwicklung des Vermögens der Emittentin kommen.

2.13 Die Emittentin unterliegt Risiken im Zusammenhang mit einer möglichen Deflation.

Unter einer Deflation versteht man Preissenkungen, die auf fehlender Nachfrage beruhen. Eine Deflation führt typischerweise dazu, dass Unternehmen nicht mehr investieren, weil Investitionen keinen Gewinn mehr versprechen und Konsumenten ihre Konsumausgaben möglichst nach hinten schieben. In diesem Fall kann eine Deflation zu einer schweren Wirtschaftskrise und hoher Arbeitslosigkeit in den betroffenen Märkten führen.

In einer deflationären Phase ist die Gefahr einer selbsterhaltenden bzw sogar selbstverstärkenden Tendenz sehr groß: Sinkende Preise und Einkommen führen zu einer merklichen Kaufzurückhaltung der Konsumenten. Die sinkende Nachfrage wiederum bewirkt eine niedrigere Auslastung der Produktionskapazitäten oder gar Insolvenzen und damit weiter sinkende Preise und Einkommen. Aufgrund der negativen Auswirkungen auf die Gläubiger, zB Banken, schränken diese ihre Kreditvergabe ein, was die Geldmenge vermindert und Wirtschaftswachstum erschwert. Dies kann nachteilige Auswirkungen auf die Geschäfts-, Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin haben.

2.14 Eine Änderung von Wechselkursen kann sich auf die Emittentin negativ auswirken (Wechselkursrisiko)

Unter dem Wechselkursrisiko versteht man die Unsicherheit über die zukünftige Entwicklung von Wechselkursen von Währungen. Gemeint ist einerseits das Risiko der Erhöhung von Verbindlichkeiten in Fremdwährung, und auf der anderen Seite die Verringerung von Forderungen in Fremdwährung durch eine Änderung der Wechselkurse.

Unerwartete nachteilige Änderungen der Wechselkurse zu bestimmten Währungen können negative Auswirkungen auf die durch das Geschäft der Emittentin erwirtschafteten Erträge haben, die Finanz- und Ertragslage der Emittentin negativ beeinflussen und dadurch die Fähigkeit der Emittentin, Zahlungen auf die Schuldverschreibungen zu tätigen, beeinträchtigen.

2.15 Eine Aussetzung, Senkung oder Aufhebung eines Ratings der Emittentin könnte die Refinanzierungsbedingungen der Emittentin, insbesondere ihren Zugang zu den Fremdkapitalmärkten, negativ beeinflussen

Ein Rating ist eine Stellungnahme einer Ratingagentur über die Kreditwürdigkeit eines Emittenten, dh eine Prognose oder ein Indikator eines möglichen Kreditausfalles aufgrund von Insolvenz, Zahlungsverzug oder unvollständigen Zahlungen an die Investoren. Es ist keine Empfehlung zum Kauf, Verkauf oder zum Halten von Wertpapieren. Derartige Ratings wurden von Ratingagenturen erstellt, die in der

Europäischen Gemeinschaft etabliert und nach den Vorschriften der Verordnung (EG) Nr. 1060/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. September 2009 über Ratingagenturen, geändert durch die Verordnung (EU) Nr. 513/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11.5.2011 sowie durch die Richtlinie 2011/61/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Juni 2011, registriert wurden.

Die Emittentin ist von Standard & Poor's Credit Market Services Europe Ltd. (Niederlassung Deutschland) ("**Standard & Poor's**") geratet⁴. Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dieses Prospekts stellt sich das Rating für die Emittentin wie folgt dar:

	Rating durch Standard & Poor's ⁵
Langfristig	A
Ausblick	stabil
Kurzfristig	A-1

Eine Senkung des Ratings kann zu einer Beschränkung des Zugangs zu Finanzmitteln und folglich zu höheren Refinanzierungskosten führen. Ein Rating könnte auch durch die Solidität oder wahrgenommene Solidität anderer Finanzinstitute negativ beeinflusst werden. Sollte eine Ratingagentur ein Rating der Republik Österreich aussetzen, senken oder aufheben oder ungünstige Berichte oder Prognosen für die Republik Österreich veröffentlichen, wie im Falle der Herabstufung des Ratings Österreichs durch S&P im Jänner 2012, könnte dies darüber hinaus die Finanzierungskosten der Emittentin erhöhen.

Jede Senkung eines Ratings der Emittentin könnte negative Auswirkungen auf deren Liquidität und Wettbewerbssituation haben, das Vertrauen in die Emittentin untergraben, ihre Kosten für die Geldaufnahme erhöhen, ihren Zugang zur Mittelaufbringung und zu den Kapitalmärkten oder die Anzahl an Gegenparteien, die gewillt sind, mit der Emittentin Transaktionen einzugehen, limitieren und würde folglich

⁴ **Hinweis:** Standard & Poor's ist in der Europäischen Union niedergelassen und ist gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1060/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16.9.2009 über Ratingagenturen in der Fassung der Novelle durch die Verordnung (EG) Nr. 513/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11.3.2011 (die EU-Kreditratingagentur-Verordnung) registriert. Die Europäische Wertpapieraufsichtsbehörde (European Securities and Markets Authority, im Folgenden ESMA) veröffentlicht auf ihrer Internetseite (<http://www.esma.europa.eu/page/List-registered-and-certified-CRAs>) eine Liste von Ratingagenturen, die gemäß der EU-Kreditagentur-Verordnung zugelassen sind. Diese Liste wird innerhalb von 5 Arbeitstagen nach der Annahme einer Entscheidung gem Art 16, 17 oder 20 der EU-Kreditagentur-Verordnung aktualisiert. Die Europäische Kommission veröffentlicht solche Updates im Amtsblatt der Europäischen Union innerhalb von 30 Tagen nach einer solchen Aktualisierung.

⁵ **Hinweis:** Informationen zur Bedeutung der Ratings und zu den Einschränkungen, die im Zusammenhang damit beachtet werden müssen, können auf der Homepage von Standard & Poor's (http://www.standardandpoors.com/en_EU/web/guest) abgerufen werden.

wesentliche nachteilige Auswirkungen auf ihre Geschäftstätigkeit, Finanz- sowie Ertragslage haben.

2.16 Wirtschaftliche oder politische Entwicklungen und/oder ein Abschwung der Wirtschaft in den Hauptmärkten der HYPO Oberösterreich-Gruppe können wesentliche nachteilige Auswirkungen auf die Geschäftstätigkeit der HYPO Oberösterreich-Gruppe haben

Die Geschäftstätigkeit der Emittentin und ihrer konsolidierten Tochterunternehmen konzentriert sich primär auf Oberösterreich, das restliche Österreich und die angrenzenden Nachbarländer. Folglich ist die HYPO Oberösterreich-Gruppe besonders den politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen, die das Wachstum des Bankenmarkts oder die Kreditwürdigkeit ihrer Kunden und anderen Gegenparteien in diesen Märkten beeinträchtigen, ausgesetzt. Heimatmarkt der HYPO Oberösterreich-Gruppe ist das Bundesland Oberösterreich. Daher ist die Geschäftstätigkeit der HYPO Oberösterreich-Gruppe in hohem Maße volkswirtschaftlichen und anderen Faktoren, die das Wachstum im Oberösterreichischen Bankenmarkt und die Kreditwürdigkeit der Oberösterreichischen Privat- und Firmenkunden der Emittentin beeinflussen, ausgesetzt. Als Beispiele für diese Faktoren können unter anderem ein wirtschaftlicher Abschwung (Rezession), eine Deflation, Hyper-Inflation, Arbeitslosigkeit, Terrorgefahr, Finanzkrisen, erhöhte Rohölpreise oder fallende Immobilienpreise genannt werden. Wenn einer oder mehrere dieser Faktoren in einem oder mehreren Märkten, auf denen die HYPO Oberösterreich-Gruppe aktiv ist, eintritt, würde das die Geschäftstätigkeit, die Ertrags- und die Finanzlage der HYPO Oberösterreich-Gruppe negativ beeinflussen.

2.17 Zunehmender Wettbewerb kann den Druck auf die Gewinnmargen der Emittentin erhöhen

Banken wie die Emittentin sind einem intensiven Wettbewerb ausgesetzt. Es wird erwartet, dass dieser Wettbewerb künftig weiter wachsen wird. Der Trend zur Konsolidierung in der weltweiten Finanzdienstleistungsindustrie, der aufgrund der Finanz- und Wirtschaftskrise angestiegen ist, ruft Wettbewerber mit einer weitreichenden Palette an Produkten und Dienstleistungen, einem erhöhten Zugang zu Kapital und größeren Effektivität und Preissetzungsmacht hervor. Neben nationalen Mitbewerbern können daher auch internationale Banken in Österreich, wo der Markt für Finanzdienstleister, insbesondere Banken, bereits eng ist, auftreten und die Gewinnmargen der Emittentin weiter unter Druck setzen. Erhöhter Wettbewerb in den Märkten, in denen die HYPO Oberösterreich-Gruppe tätig ist, kann einen negativen Effekt auf das Finanz- und Geschäftsergebnis der HYPO Oberösterreich-Gruppe haben.

2.18 Änderungen von Gesetzen oder Änderungen des aufsichtsrechtlichen Umfelds können negative Auswirkungen auf die Geschäftstätigkeit der Emittentin haben

Die Geschäftstätigkeit der Emittentin unterliegt sowohl nationalen und supranationalen

Gesetzen und Regulativen als auch der Aufsicht der jeweiligen Aufsichtsbehörden in den Jurisdiktionen, in denen die Emittentin tätig ist. Durch Änderungen der jeweiligen rechtlichen und aufsichtsrechtlichen Rahmenbedingungen (zB stärkere Regulierung oder Einschränkung bestimmter Geschäfte, zB im Rahmen der Einführung neuer Mindesteigenmittelvorschriften oder Änderungen der Bilanzierungsregeln), einschließlich Änderungen der Rechtsprechung und Verwaltungspraxis, kann die Geschäftstätigkeit und die Zahlungsfähigkeit der Emittentin beeinträchtigt werden.

- **Basel III und CRD IV-Paket**

Im Juni 2011 bzw Jänner 2013 veröffentlichte der Basler Ausschuss für Bankenaufsicht (*Basel Committee on Banking Supervision* – "**BCBS**") sein (endgültiges) als Basel III bekanntes internationales aufsichtsrechtliches Rahmenwerk für Kreditinstitute.

Die Basel III-Bestimmungen wurden auf europäischer Ebene ua insbesondere durch eine Richtlinie ("Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 über den Zugang zur Tätigkeit von Kreditinstituten und die Beaufsichtigung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen, zur Änderung der Richtlinie 2002/87/EG und zur Aufhebung der Richtlinien 2006/48/EG und 2006/49/EG") (*Capital Requirements Directive IV* – "**CRD IV**") sowie eine unmittelbar anwendbare Verordnung ("Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 648/2012") (*Capital Requirements Regulation* – "**CRR**") umgesetzt.

CRD IV und CRR (die jeweils am 27.06.2013 veröffentlicht wurden) umfassen insbesondere folgende Themen: Neudefinition der (qualitativen) Eigenmittelanforderungen, Erhöhung der (quantitativen) Eigenmittelanforderungen, Neuberechnung von Kontrahentenrisiken, sowie Einführung von (quantitativen) Liquiditätsanforderungen sowie eines maximalen Leverage (Verhältnis von Kapital zu Risikopositionen (Verschuldungsquote – *Leverage Ratio*), (über die Mindesteigenmittelerfordernisse hinausgehenden) Kapitalpuffern und Sonderregelungen für systemrelevante Institute.

Basel III und CRD IV/CRR erhöhen weiter die Qualität und Quantität von aufsichtsrechtlich erforderlichem Kapital (Eigenmittel) und die Mindesteigenmittel für derivative Positionen führen neue Liquiditätsvorschriften sowie eine Leverage Ratio ein.

Die CRR (eine EU-Verordnung, die in den EU-Mitgliedsstaaten ohne nationale Umsetzung unmittelbar anwendbar ist) sowie das österreichische Bundesgesetz zur Umsetzung der CRD IV in österreichisches Recht, welches insbesondere Änderungen des BWG beinhaltet, traten am 1.1.2014 in Kraft.

Zusammen mit der Umsetzung der Basel III-Vorschriften verfolgt die EU durch die CRR das Ziel eines "einheitlichen Regelwerks" (*Single Rule Book*) innerhalb der EU, wodurch nationale Unterschiede, insbesondere durch Ausübung nationaler Wahlrechte und divergierende Interpretationen durch die

Mitgliedstaaten reduziert bzw beseitigt werden sollen.

Die Umsetzung von Basel III auf internationaler (insbesondere europäischer) und nationaler Ebene bringt für die Emittentin Mehrbelastungen mit sich, die sich auf ihre Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage nachteilig auswirken können.

Darüber hinaus können Untersuchungen und Verfahren von zuständigen Aufsichtsbehörden nachteilige Auswirkungen auf die Geschäftstätigkeit der Emittentin und ihrer Beteiligungsgesellschaften haben.

- **Änderungen in der Anerkennung von Eigenmitteln**

Aufgrund der aufsichtsrechtlichen Änderungen werden verschiedene Eigenmittelinstrumente, die in der Vergangenheit emittiert wurden, ihre aufsichtsrechtliche Anrechenbarkeit als Eigenmittel verlieren oder als Eigenmittel geringerer Qualität eingestuft werden. Weitere Anpassungen der aufsichtsrechtlichen Anforderungen an die Eigenmittelausstattung durch die zuständigen Aufsichtsbehörden sind zu erwarten.

- **Strengere und geänderte Rechnungslegungsstandards**

Potenzielle Änderungen der Rechnungslegungsstandards, sowie strengere oder weitergehende Anforderungen, Vermögenswerte zum Fair Value (beizulegender Zeitwert) zu erfassen, könnten sich auf den Kapitalbedarf der Emittentin und der Hypo Oberösterreich-Gruppe auswirken. Außerdem könnte dies einen wesentlichen Einfluss darauf haben, wie die Emittentin ihre Finanzlage und ihre Geschäfts- und Finanzergebnisse aufzeichnet und berichtet.

- **Gesetz zur Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten**

Am 12.6.2014 wurde eine Richtlinie zur Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten ("Richtlinie 2014/59/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 zur Festlegung eines Rahmens für die Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen und zur Änderung der Richtlinie 82/891/EWG des Rates, der Richtlinien 2001/24/EG, 2002/47/EG, 2004/25/EG, 2005/56/EG, 2007/36/EG, 2011/35/EU, 2012/30/EU und 2013/36/EU sowie der Verordnungen (EU) Nr. 1093/2010 und (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates") (*Bank Recovery and Resolution Directive - "BRRD"*) im Amtsblatt der EU veröffentlicht. In Österreich wurde die BRRD durch das Sanierungs- und Abwicklungsgesetz ("**BaSAG**") umgesetzt, das am 1.1.2015 in Kraft trat (vgl dazu näher den Risikofaktor "Anleihegläubiger sind dem Risiko einer gesetzlichen Verlustbeteiligungspflicht ausgesetzt.").

- **Der einheitliche Abwicklungsmechanismus für europäische Banken**

Der einheitliche Abwicklungsmechanismus (*Single Resolution Mechanism - "SRM"*), der im Januar 2016 operativ gestartet ist, stellt neben dem einheitlichen Aufsichtsmechanismus (SSM) und dem gemeinsamen Einlagensicherungssystem ein Element der Bankenunion dar. Dieser dient zur Zentralisierung der Schlüsselkompetenzen und -ressourcen um bei Zusammenbruch eines Kreditinstituts in den teilnehmenden Mitgliedstaaten

eingzugreifen. Der SRM ergänzt den SSM und hat das Ziel zu gewährleisten, dass falls ein Kreditinstitut, das dem SSM unterliegt, ernste Schwierigkeiten hat, dessen Abwicklung effizient mit minimalen Kosten für die Steuerzahler und die Realwirtschaft bewältigt werden kann. Die Interaktion und Kooperation zwischen den Abwicklungs- und Aufsichtsbehörden ist ein zentrales Element des SRM. Der SSM wird zur Unterstützung des SRM bei der Überprüfung der Abwicklungspläne herangezogen, um eine Duplizierung der Aufgaben zu vermeiden.

Grundlage des SRM sind zwei Rechtsinstrumente: (i) eine SRM-Verordnung, die die wichtigsten Aspekte des Mechanismus regelt und weitgehend die Regelungen der BRRD über die Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten wiederholt; und (ii) eine zwischenstaatliche Vereinbarung über bestimmte spezifische Aspekte des einheitlichen Abwicklungsfonds (*Single Resolution Fund* – "SRF").

Die EU-Mitgliedstaaten, die Mitglieder der Bankenunion sind, müssen einen einheitlichen Abwicklungsfonds innerhalb eines Zeitraums von acht Jahren mit einer Zielausstattung von mind. 1% der abgedeckten Einlagen einrichten. Während dieses Übergangszeitraums soll der durch die SRM-Verordnung geschaffene Abwicklungsfonds nationale Kompartimente für die einzelnen teilnehmenden Mitgliedstaaten umfassen. Die Mittelausstattung dieser Kompartimente soll über einen Zeitraum von acht Jahren schrittweise vergemeinschaftet werden, beginnend mit einer 40%igen Vergemeinschaftung im ersten Jahr (dh 2016).

- **Regelungen für OTC Derivate gemäß EMIR**

Die am 4.7.2012 angenommene Verordnung zu OTC Derivaten, Zentralen Gegenparteien und Transaktionsregister (bekannt als *European Market Infrastructure Regulation* -- "EMIR") trat am 16.8.2012 in der EU in Kraft. Unter EMIR müssen bestimmte außerbörsliche, standardisierte OTC-Derivat-Geschäfte, die früher in den meisten Fällen direkt (dh *over the counter* -- OTC) zwischen den finanziellen Gegenparteien abgeschlossen wurden, über eine Zentrale Gegenpartei (*central counterparty*, "CCP") abgewickelt werden. Zusätzlich führt EMIR bestimmte Berichtspflichten und Risikominderungsstechniken, einschließlich Regelungen betreffend Margining und Finanzsicherheiten, ein, was im Ergebnis zu höheren Kosten für Derivatgeschäfte führt. Dementsprechend hat diese Rechtsvorschrift zu Veränderungen geführt, die Auswirkungen auf die Profitabilität der Geschäftstätigkeit der Emittentin haben, Anpassungen ihrer Handelspraktiken erfordern und die Kosten, einschließlich der Compliance- und IT-Kosten, erhöhen.

- **Kapitalpuffer**

Am 21.12.2015 veröffentlichte die FMA die Kapitalpufferverordnung ("KP-V"), welche die Festlegung und Anerkennung der antizyklischen Kapitalpufferrate gemäß § 23a Abs 3 BWG, über die Festlegung des Systemrisikopuffers gemäß § 23d Abs 3 BWG sowie über die nähere Ausgestaltung der Berechnungsgrundlagen gemäß § 23a Abs 3 Z 1 BWG und § 24 Abs 2 BWG

(letzteres betrifft die Berechnung des maximalen ausschüttungsfähigen Betrages) festlegt. Die KP-V trat am 1.1.2016 in Kraft. Gemäß der KP-V beträgt ab dem 1.1.2016 die antizyklische Kapitalpufferquote für ein Kreditinstitut mit Sitz in Österreich für in Österreich belegene wesentliche Kreditrisikopositionen 0,00%. Wird von der zuständigen Aufsichtsbehörde eines anderen EU-Mitgliedstaats oder eines Drittlands eine nationale antizyklische Kapitalpufferquote von über 2,50% festgelegt, ist im Fall eines Kreditinstituts mit Sitz in Österreich eine antizyklische Kapitalpufferquote von 2,50% in ihrem EU-Mitgliedstaat oder Drittland belegene wesentliche Kreditrisikopositionen heranzuziehen. Außerdem setzt die KP-V die geänderte Empfehlung des Finanzmarktstabilitätsgremiums (FMSG) vom 7.9.2015 zur Vorschreibung eines Systemrisikopuffers um. Gemäß der K-PV schreibt die FMA der Hypo Oberösterreich eine Kapitalpufferquote für systemische Verwundbarkeit in Höhe von 1,00% vor.

In Zukunft können strengere und/oder neue aufsichtsrechtliche Anforderungen verabschiedet werden und das aufsichtsrechtliche Umfeld entwickelt und verändert sich weiterhin in vielen Märkten, in denen die Emittentin tätig ist. Der Inhalt und Umfang solcher (neuen oder geänderten) Gesetze und Vorschriften sowie der Art und Weise, in der sie verabschiedet, durchgesetzt oder interpretiert werden, können die Refinanzierungskosten der Emittentin erhöhen und könnte nachteilige Auswirkungen auf die Geschäftstätigkeiten, die Finanz-, die Ertragslage und Zukunftsaussichten der Emittentin haben.

Aus diesen Gründen benötigt die Emittentin in Zukunft zusätzliche Eigenmittel. Solches Kapital, sei es in Form von zusätzlichen Geschäftsanteilen oder anderem Kapital, das als Eigenmittel anerkannt wird, kann möglicherweise nicht bzw nicht zu annehmbaren Konditionen zur Verfügung stehen. Ferner können solche aufsichtsrechtlichen Entwicklungen die Emittentin daran hindern, bestehende Geschäftssegmente ganz oder teilweise weiterzuführen, Art oder Umfang der von der Emittentin durchgeführten Transaktionen einschränken oder Zinsen und Gebühren, die sie für Kredite und andere Finanzprodukte verrechnet, begrenzen oder diesbezüglich Änderungen erzwingen. Zusätzlich können für die Emittentin wesentlich höhere Compliance-Kosten und erhebliche Beschränkungen bei der Wahrnehmung von Geschäftschancen entstehen. Es ist ungewiss, ob die Emittentin in der Lage sein wird, ihre Kapitalquoten ausreichend und/oder rechtzeitig zu erhöhen. Es kann auch nicht ausgeschlossen werden, dass die Emittentin in zukünftige Stresstests der EBA und/oder Bewertungen der EZB einbezogen wird und dabei schlechte Ergebnisse erzielt. Wenn die Emittentin nicht in der Lage ist, ihre Kapitalquoten ausreichend zu erhöhen, kann es zu Herabstufungen ihres Ratings und einer Erhöhung ihrer Refinanzierungskosten kommen, was erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die Geschäftstätigkeit, die Finanz- und die Ertragslage der Emittentin haben kann.

2.19 Die Emittentin ist möglicherweise nicht in der Lage, die Mindestanforderungen für Eigenmittel und abschreibungsfähige Verbindlichkeiten zu erfüllen

Im Einklang mit der BRRD / dem BaSAG muss jedes Institut sicherstellen, dass es

jederzeit (auf Einzelinstituts- und konsolidierter Ebene) Mindestanforderungen für Eigenmittel und abschreibungsfähige Verbindlichkeiten erfüllt. Diese Mindestanforderungen sind von der Abwicklungsbehörde festzusetzen und aus dem Betrag der Eigenmittel und der abschreibungsfähigen Verbindlichkeiten - ausgedrückt als Prozentanteil der gesamten Verbindlichkeiten und Eigenmittel des Instituts - zu berechnen.

Es besteht das Risiko, dass die Emittentin möglicherweise nicht in der Lage ist, diese Mindestanforderungen für Eigenmittel und abschreibungsfähige Verbindlichkeiten zu erfüllen, was die Möglichkeit der Emittentin, Zahlungen auf die Schuldverschreibungen zu leisten, wesentlich nachteilig beeinflussen könnte.

2.20 Die Emittentin ist verpflichtet, Beiträge an den Einheitlichen Abwicklungsfonds und an *ex-ante* finanzierte Fonds der Einlagensicherungssysteme abzuführen; dies führt zu zusätzlichen finanziellen Belastungen der Emittentin und hat somit eine wesentliche Verschlechterung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin zur Folge.

Der Einheitliche Abwicklungsmechanismus (*Single Resolution Mechanism - SRM*) sieht die Errichtung eines einheitlichen Abwicklungsfonds (*Single Resolution Fund - SRF*) vor, an den alle Kreditinstitute in den teilnehmenden EU-Mitgliedstaaten Beiträge abführen müssen.

Außerdem gibt es erstmals seit der Einführung der Einlagensicherungssysteme (*Deposit Guarantee Schemes - DGS*) im Jahr 1994, Finanzierungsanforderungen für die Einlagensicherungssysteme in der Richtlinie ("Richtlinie 2014/49/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. April 2014 über Einlagensicherungssysteme" (*Directive on Deposit Guarantee Schemes – "DGSD"*)). Grundsätzlich beträgt die Zielgröße der *ex ante* finanzierten Fonds der Einlagensicherungssysteme 0,8% der gedeckten Einlagen, die von den Kreditinstituten bis zum Endtermin (3.7.2024) eingezogen werden. Gemäß dem Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungsgesetz (ESAEG), das die DGSD in Österreich umsetzt, ist der Einlagensicherungsfonds daher bis 3.7.2024 (Endtermin) aufzubauen.

Neben diesen *ex ante* Beiträgen, werden die Kreditinstitute gegebenenfalls zusätzliche (*ex post*) zu leistende Beiträge in einem bestimmten Ausmaß leisten müssen, welches aber begrenzt sein wird, um die Prozyklizität und die Verschlechterung der finanziellen Situation der gesunden Kreditinstitute zu vermeiden.

In der Vergangenheit erforderten die verpflichtenden Einlagensicherungssysteme in Österreich keine *ex ante* zu leistenden Beiträge, sondern sie haben die Mitglieder der Einlagensicherungssysteme nur zu *ex post* zu leistenden Beiträgen verpflichtet, nachdem die Einlage eines Mitglieds nicht mehr gedeckt war (schützendes Ereignis). Daher führt die Umsetzung der DGSD in österreichisches Recht, die *ex ante* Beiträge vorsieht, zu zusätzlichen finanziellen Belastungen für die Emittentin.

Die Errichtung des einheitlichen Abwicklungsfonds sowie die *ex ante* zu leistenden Beiträge der Einlagensicherungssysteme führen zu zusätzlichen finanziellen Belastungen für die Emittentin und haben daher erhebliche negative Auswirkungen auf die finanzielle Position der Emittentin und ihre Vermögens-, Finanz- und Ertragslage.

2.21 Es besteht das Risiko, verstärkter rechtlicher und öffentlicher Einflussnahme auf Kredit- und Finanzinstitute.

Jüngere Entwicklungen auf den globalen Märkten haben zu einer verstärkten Einflussnahme von staatlichen und behördlichen Stellen auf den Finanzsektor und die Tätigkeiten von Kredit- und Finanzinstituten geführt. Insbesondere staatliche und behördliche Stellen in der EU und in Österreich schufen zusätzliche Möglichkeiten zur Kapitalaufbringung und Finanzierung für Kredit- und Finanzinstitute (einschließlich der Emittentin) und implementieren weitere Maßnahmen, inklusive verstärkter Kontrollmaßnahmen im Bankensektor und zusätzlicher Kapitalanforderungen (für Details zu Basel III siehe den entsprechenden Risikofaktor). Wo die öffentliche Hand direkt in Kredit- oder Finanzinstitute investiert, ist es möglich, dass sie auch auf Geschäftsentscheidungen der betroffenen Institute Einfluss nimmt. Es ist unklar, wie sich diese verstärkte Einflussnahme auf die Kredit- und Finanzinstitute einschließlich der Emittentin auswirkt. Dies könnte dazu führen, dass der Marktpreis der Schuldverschreibungen sinkt oder Zahlungen aus den Schuldverschreibungen verringert werden oder ausbleiben.

2.22 Risiko der Änderung steuerlicher Rahmenbedingungen, insbesondere betreffend die Stabilitätsabgabe und die Einführung einer Finanztransaktionssteuer

Die zukünftige Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin ist unter anderem auch abhängig von der Besteuerung der Emittentin. Jede zukünftige Änderung der Gesetzeslage, der Rechtsprechung oder der steuerlichen Verwaltungspraxis kann die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin nachteilig beeinflussen.

Die Emittentin unterliegt der Stabilitätsabgabe nach dem Stabilitätsabgabegesetz. Bemessungsgrundlage der Stabilitätsabgabe ist die durchschnittliche unkonsolidierte Bilanzsumme jenes Geschäftsjahres, das im Jahr vor dem Kalenderjahr endet, für das die Stabilitätsabgabe zu entrichten ist. Diese wird allenfalls vermindert um gesicherte Einlagen, gezeichnetes Kapital und Rücklagen, bestimmte Verpflichtungen von sich in Abwicklung oder Restrukturierung befindlichen Kreditinstituten, bestimmte Verbindlichkeiten, für die die Republik Österreich die Haftung übernommen hat sowie Verbindlichkeiten auf Grund bestimmter Treuhandgeschäfte. Die Höhe der Stabilitätsabgabe beträgt 0,09% für jene Teile der Bemessungsgrundlage, die einen Betrag von EUR 1 Mrd überschreiten und EUR 20 Mrd nicht überschreiten, und 0,11% für jene Teile, die einen Betrag von EUR 20 Mrd überschreiten. Hinzu kommt für die Kalenderjahre bis einschließlich 2017 ein Sonderbeitrag zur Stabilitätsabgabe. Im Ergebnis kommt es für die Emittentin zu einer Belastung für das Geschäftsjahr 2014 in Höhe von EUR 3,86 Mio und für das 1. Halbjahr 2015 von EUR 4,04 Mio.

Der Vorschlag der Europäischen Kommission für eine "Richtlinie des Rates über die Umsetzung einer Verstärkten Zusammenarbeit im Bereich der Finanztransaktionssteuer" sieht vor, dass elf EU-Mitgliedstaaten, nämlich Österreich, Belgien, Estland, Frankreich, Deutschland, Griechenland, Italien, Portugal, die Slowakische Republik, Slowenien und Spanien ("**Teilnehmende Mitgliedstaaten**") eine Finanztransaktionssteuer ("**FTS**") auf bestimmte Finanztransaktionen einheben sollen, sofern zumindest eine an der Transaktion beteiligte Partei im Hoheitsgebiet eines Teilnehmenden Mitgliedstaates ansässig ist und ein im Hoheitsgebiet eines Teilnehmenden Mitgliedstaates ansässiges Finanzinstitut eine Transaktionspartei ist, die entweder für eigene oder fremde Rechnung oder im Namen einer Transaktionspartei handelt (Ansässigkeitsprinzip). Zusätzlich enthält der Vorschlag eine Regelung, wonach ein Finanzinstitut bzw eine Person, die kein Finanzinstitut ist, dann als in einem Teilnehmenden Mitgliedstaat ansässig gelten, wenn sie Parteien einer Finanztransaktion über bestimmte Finanzinstrumente sind, die im Hoheitsgebiet dieses Teilnehmenden Mitgliedstaates ausgegeben werden (Ausgabepprinzip). Gemäß einer Veröffentlichung des Rates der Europäischen Union vom 8.12.2015 sollen anfänglich Aktien und Derivate besteuert werden. Alle Teilnehmenden Mitgliedstaaten mit Ausnahme von Estland sind zu den Kernpunkten der Steuerbemessungsgrundlage, jedoch nicht zu den jeweiligen Steuersätzen übereingekommen. Es ist ungewiss, ob die FTS in der vorgeschlagenen Fassung überhaupt eingeführt werden wird. Die vorgeschlagene FTS hat einen sehr weiten Anwendungsbereich und könnte in ihrer derzeitigen Form unter bestimmten Umständen auf gewisse Vereinbarungen in Schuldverschreibungen anwendbar sein. Sollte die FTS eingeführt werden, besteht aufgrund höherer Kosten für die Investoren das Risiko, dass die FTS zu weniger Transaktionen führt und dadurch die Erträge der Emittentin negativ beeinflussen könnte. Künftigen Inhabern von Schuldverschreibungen wird geraten, ihre eigenen Experten hinsichtlich der FTS zu konsultieren.

2.23 Interessenkonflikte und Doppelfunktionen können zu Entscheidungen führen, die nicht im Interesse der Inhaber von Schuldverschreibungen liegen

Die Mitglieder des Vorstandes sowie des Aufsichtsrats der Emittentin haben innerhalb der HYPO Oberösterreich-Gruppe, bei der Raiffeisenlandesbank Oberösterreich Aktiengesellschaft und bei anderen Gesellschaften zahlreiche weitere Funktionen inne. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass sich aus Doppelfunktionen von Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern der Emittentin in anderen Organisationen und Gesellschaften Interessenkonflikte ergeben, die zu Entscheidungen führen, die nicht im Interesse der Emittentin und der Inhaber der Schuldverschreibungen ("**Anleihegläubiger**") liegen.

2.24 Die Emittentin wird durch eine Mehrheitseigentümerin kontrolliert, die Beschlüsse fassen kann, die nicht im Interesse der Anleihegläubiger liegen

Das Land Oberösterreich hält über die OÖ Landesholding GmbH, die zu 100 % im Eigentum des Landes Oberösterreich steht, indirekt 50,57 % der Aktien der Emittentin. Mit dieser Mehrheit kann die Mehrheitseigentümerin, unter Umständen im

Zusammenwirken mit HYPO Holding GmbH, im Einklang mit dem Aktiengesetz wichtige Beschlussfassungen der Hauptversammlung der Emittentin kontrollieren und Beschlüsse fassen, die nicht im Interesse der Anleihegläubiger liegen.

2.25 Die Einhaltung von Vorschriften im Zusammenhang mit Maßnahmen zur Verhinderung von Geldwäsche, Korruption und Terrorismusfinanzierung bringt erhebliche Kosten und Aufwendungen mit sich und die Nichteinhaltung dieser Vorschriften hat schwerwiegende rechtliche sowie reputationsmäßige Folgen.

Die Emittentin unterliegt rechtlichen Vorschriften im Zusammenhang mit Maßnahmen zur Verhinderung von Geldwäsche, Korruption und Terrorismusfinanzierung. Diese Vorschriften wurden in den letzten Jahren strenger und werden sich in Zukunft (insbesondere durch die 4. Geldwäsche-Richtlinie) weiter verschärfen und könnten strikter durchgesetzt werden. Die Einhaltung von Vorschriften im Zusammenhang mit Maßnahmen zur Verhinderung von Geldwäsche, Korruption und Terrorismusfinanzierung kann erhebliche Kosten und technische Aufwendungen für Banken und andere Finanzinstitute mit sich bringen. Die Emittentin kann weder die Einhaltung aller anwendbaren Vorschriften im Zusammenhang mit Maßnahmen zur Verhinderung von Geldwäsche, Korruption und Terrorismusfinanzierung garantieren noch, dass die gruppenweiten Standards zur Verhinderung von Geldwäsche, Korruption und Terrorismusfinanzierung von jedem ihrer Mitarbeiter in jedem Fall eingehalten werden. Jeder Verstoß gegen Vorschriften im Zusammenhang mit Maßnahmen zur Verhinderung von Geldwäsche, Korruption und Terrorismusfinanzierung und sogar vermeintliche Verstöße gegen solche Vorschriften können schwerwiegende rechtliche, finanzielle sowie reputationsmäßige Konsequenzen haben und die Geschäfts-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin erheblich nachteilig beeinflussen.

2.26 Laufende und künftige Gerichts- und Behördenverfahren können bei negativem Ausgang zu finanziellen und rechtlichen Belastungen der Emittentin führen.

Die Emittentin führt im Rahmen ihres üblichen Geschäftsverlaufes zivilgerichtliche und verwaltungsrechtliche Verfahren vor diversen Gerichten und staatlichen Behörden. Die Emittentin bildet für die von ihr geführten zivilgerichtlichen und verwaltungsrechtlichen Verfahren Rückstellungen entsprechend ihrer Einschätzung des Prozessrisikos bzw der Prozessaussichten. Der Ausgang eines anhängigen Gerichts- oder Behördenverfahrens kann jedoch nicht vorhergesagt werden. Ein negativer Ausgang laufender oder künftiger Gerichts- oder Behördenverfahren könnte wesentliche nachteilige Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin haben.

2.27 Risiko, dass eine Verschlechterung des Geschäftsverlaufs der Landeshypo-Banken Österreich einen nachteiligen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin hat (Risiko auf Grund der Abhängigkeit vom Geschäftsverlauf der Hypo-Banken Österreich)

Die Emittentin ist eine österreichische Landes-Hypothekenbank. Als österreichische Landes-Hypothekenbank ist die Emittentin Mitgliedinstitut der Pfandbriefbank (Österreich) AG (die "**Pfandbriefbank**"), welche mittels Bundesgesetz konstituiert wurde. Die Mitglied institute haften gemäß § 2 Abs 1 Pfandbriefstelle-Gesetz ("**PfBrStG**") zur ungeteilten Hand für die Verbindlichkeiten der Pfandbriefbank. Die Gewährträger der Mitglied institute haften gemäß § 2 Abs 2 PfBrStG zur ungeteilten Hand für alle bis zum 2.4.2003 entstandenen Verbindlichkeiten der Pfandbriefbank. Für alle nach dem 2.4.2003 bis zum 1.4.2007 entstandenen Verbindlichkeiten haften die Gewährträger zur ungeteilten Hand nur dann, wenn die vereinbarten Laufzeiten nicht über den 30.9.2017 hinausgehen. Für alle nach dem 1.4.2007 entstandenen Verbindlichkeiten besteht keine Haftung der Gewährträger mehr.

Die Pfandbriefbank hat auf dieser Grundlage Emissionen begeben und die Emissionserlöse an die jeweiligen Landes-Hypothekenbanken weitergeleitet. Für die Rückzahlung dieser Emissionen der Pfandbriefbank haften daher die jeweiligen Mitglied institute (Landes-Hypothekenbanken) und deren Gewährträger gemäß PfBrStG zur ungeteilten Hand. Dieses Haftungsverhältnis birgt somit das Risiko, einen nachteiligen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin zu bewirken.

Die Pfandbriefbank hat für die HETA Asset Resolution AG ("**HETA**") bestimmte Schuldverschreibungen (die "**HETA-Pfandbriefbank-Anleihen**") begeben und die Emissionserlöse daraus an die HETA weitergeleitet. Die FMA hat mit Mandatsbescheid vom 1.3.2015 ein Zahlungs-Moratorium über die HETA (das "**Moratorium**") erlassen.

Das bedeutet unter anderem, dass die HETA in Bezug auf die HETA-Pfandbriefbank-Anleihen die Zins- und Tilgungszahlungen aus den weitergeleiteten Emissionserlösen gegenüber der Pfandbriefbank nicht mehr bedienen darf. Daraus ergeben sich Verbindlichkeiten der Pfandbriefbank in Höhe von gesamt etwa EUR 1,2 Mrd. aus HETA-Pfandbriefbank-Anleihen ohne gleichzeitigen Deckungsanspruch gegenüber der HETA und somit im Ergebnis eine potentielle Deckungslücke in gleicher Höhe.

Aufgrund der gesetzlichen Haftungsbestimmungen sind die Landes-Hypothekenbanken und die Bundesländer gefordert, in eine Liquiditätsvorleistung zur Bedienung der Verpflichtungen der Pfandbriefbank (Pfandbriefstelle) zu treten. Bis zum Ablauf des Moratoriums sind etwa EUR 800 Mio. an über die Pfandbriefstelle begebenen HETA-Pfandbriefbank-Anleihen fällig, die anteilig von den oben Genannten zu tragen sind. Um diese Liquiditätsbereitstellung sicherzustellen, wurde die „Vereinbarung über die Erfüllung und Abwicklung der Solidarhaftung gemäß § 2 PfBrStG sowie die Abwicklung von Ausgleichsansprüchen im Innenverhältnis“, zwischen der Pfandbriefstelle der österreichischen Landes-Hypothekenbanken, der Pfandbriefbank, den einzelnen Mitglied instituten und dem Land Kärnten

abgeschlossen. In Umsetzung dieser Vereinbarung wurden von der Emittentin bereits entsprechende Zahlungen geleistet. Für das aus der Solidarhaftung bestehende Risiko wurden von der Emittentin entsprechende bilanzielle Vorsorgen gebildet. Das Erfordernis der Vorsorge aus der Solidarhaftung wurde von der Emittentin zum Stichtag 30.06.2015 unter Berücksichtigung der oben genannten Vereinbarung überprüft und die Vorsorge in angemessenem Ausmaß erhöht. Die Höhe eines zu erwartenden Mittelabflusses sowie die Einbringlichkeit möglicher Ansprüche gegenüber der HETA und dem Land Kärnten sind mit Unsicherheiten behaftet.

All dies könnte sich negativ auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin auswirken.

3. Risiken in Bezug auf die Schuldverschreibungen

Die Entscheidung jedes potentiellen Anlegers, Schuldverschreibungen zu zeichnen, sollte sich an seinen persönlichen Lebens- und Einkommensverhältnissen, seinen Anlageerwartungen und der langfristigen Bindung des eingezahlten Kapitals orientieren. Die Anleger sollen sich darüber im Klaren sein, ob die Schuldverschreibungen ihre Bedürfnisse abdecken. Wenn Anleger die Schuldverschreibungen, die mit ihnen verbundenen Risiken oder ihre Ausstattung nicht verstehen oder das damit verbundene Risiko nicht abschätzen können, sollten sie fachkundige Beratung einholen und erst dann über ein Investment in Schuldverschreibungen entscheiden.

Jeder potenzielle Anleger, der eine Anlage in Schuldverschreibungen beabsichtigt, muss die Eignung dieser Kapitalanlage unter Berücksichtigung seiner eigenen Umstände bestimmen. Insbesondere sollte jeder potenzielle Anleger:

- (i) über ausreichend Sachkenntnis und Erfahrung verfügen, um eine qualifizierte Bewertung der jeweiligen Schuldverschreibungen, der Chancen und Risiken einer Anlage in die jeweiligen Schuldverschreibungen sowie der in diesem Prospekt oder gegebenenfalls einem Nachtrag enthaltenen oder der durch Verweis einbezogenen Angaben vorzunehmen;
- (ii) Zugang zu geeigneten Analyseinstrumenten haben und mit deren Nutzung vertraut sein, um eine Anlage in die jeweiligen Schuldverschreibungen sowie die Auswirkungen einer derartigen Anlage auf das Gesamtanlageportfolio mit Rücksicht auf seine persönliche Vermögenslage prüfen zu können;
- (iii) ausreichend finanzielle Mittel und Liquidität zur Verfügung haben, um sämtliche Risiken einer Anlage in die jeweiligen Schuldverschreibungen tragen zu können, auch in Fällen, in denen Kapital oder Zinsen in einer oder mehreren Währungen zahlbar sind oder die Währung für die Zahlung von Kapital- oder Zinsbeträgen eine andere als die Währung des potenziellen Anlegers ist;

- (iv) die Emissionsbedingungen der jeweiligen Schuldverschreibungen genau verstehen und mit den Reaktionen etwaiger maßgeblicher Indizes und (Finanz-) Märkte vertraut sein; und
- (v) in der Lage sein, (selbst oder mit Hilfe eines Finanzberaters), mögliche Szenarien für wirtschaftliche Entwicklungen, Zinsen und sonstige Faktoren zu prüfen, die seine Anlage und seine Fähigkeit, die jeweiligen Risiken zu tragen, beeinträchtigen können.

3.1 Schuldverschreibungen können ein ungeeignetes Investment sein - komplexe Finanzinstrumente sind nicht für alle Anleger geeignet, da sie ein im Vergleich zu nicht komplexen Finanzinstrumenten wesentlich höheres Verlustrisiko aufweisen

Bei manchen Schuldverschreibungen handelt es sich um komplexe Finanzinstrumente, die von Anlegern gekauft werden können, um Risiken zu reduzieren oder Renditen bei gleichzeitiger Übernahme eines wohl verstandenen, maßvollen und angemessenen Risikos in das Gesamtportfolio zu steigern. Ein potenzieller Anleger sollte nur dann in komplexe Finanzinstrumente darstellende Schuldverschreibungen investieren, wenn er die Fachkenntnis besitzt, zu prüfen, wie sich die Schuldverschreibungen unter veränderten Bedingungen wertmäßig entwickeln werden, welche Auswirkungen sich daraus für den Wert der Schuldverschreibungen ergeben können und welche Auswirkungen diese Anlage auf das Gesamtanlageportfolio des potenziellen Anlegers haben wird. Anleger, die ohne eine solche Prüfung in Schuldverschreibungen, die komplexe Finanzinstrumente darstellen, investieren, laufen Gefahr, ihr Investment zum Teil oder ganz (Totalausfall) zu verlieren, da sie die möglichen Auswirkungen verschiedener Einflüsse auf ihre Schuldverschreibungen nicht (richtig) abschätzen können.

3.2 Anleihegläubiger sind dem Kreditrisiko der Emittentin ausgesetzt

Jeder Anleihegläubiger trägt das Risiko einer möglichen Verschlechterung der finanziellen Situation der Emittentin bis zur Insolvenz. Die Schuldverschreibungen (ausgenommen Tier 2 Schuldverschreibungen, die ein noch höheres Risiko bergen) begründen unmittelbare, nicht-nachrangige und, mit Ausnahme der durch einen Deckungsstock besicherten Pfandbriefe und Kommunalpfandbriefe, unbesicherte Verbindlichkeiten der Emittentin, die im Fall der Liquidation, der Insolvenz der Emittentin oder einem Verfahren zur Abwendung einer Insolvenz der Emittentin untereinander und mit allen sonstigen gegenwärtigen und künftigen unbesicherten und nicht nachrangigen Verbindlichkeiten der Emittentin gleichrangig sind, ausgenommen solche Verbindlichkeiten, denen aufgrund zwingender gesetzlicher Vorschriften, wie etwa § 46 Insolvenzordnung zu Masseforderungen (zB Kosten des Insolvenzverfahrens), Vorrang zukommt. Die Realisierung des Insolvenzrisikos hätte zur Folge, dass die Emittentin ihren Zahlungs- und/oder Lieferverpflichtungen aus den Schuldverschreibungen gegenüber den Inhabern nicht oder nur teilweise nachkommen könnte.

3.3 Nebenkosten im Zusammenhang mit dem Kauf und/oder Verkauf von Schuldverschreibungen und/oder der Depotführung können zu Kostenbelastungen führen, die die mit den Schuldverschreibungen verbundene Rendite maßgeblich reduzieren können

Kommissionen und andere Transaktionskosten, die im Zusammenhang mit dem Kauf und/oder Verkauf von Schuldverschreibungen und/oder der Führung des zur Verwahrung des die Schuldverschreibungen verbriefendes Wertpapiers erforderlichen Wertpapierdepots entstehen, können insbesondere bei einem Investment von geringen Summen in die Schuldverschreibungen zu Kostenbelastungen führen, die die mit diesen Schuldverschreibungen verbundene Rendite maßgeblich reduzieren können.

3.4 Von einem Kauf der Schuldverschreibungen auf Kredit wird aufgrund des Risikos deutlich höherer Verluste abgeraten

Anleger, die den Erwerb von Schuldverschreibungen über Fremdmittel finanzieren, werden darauf hingewiesen, dass die laufenden Ausschüttungen auf die Schuldverschreibungen, insofern solche bei den Schuldverschreibungen überhaupt vorgesehen sind, unter dem Zinssatz des aufgenommenen Kredites liegen können. Auch der Totalverlust des eingesetzten Kapitals ist möglich. Anleger dürfen sich daher nicht darauf verlassen, dass Kreditverbindlichkeiten (samt Zinsen) mit Erträgen aus den Schuldverschreibungen oder aus dem Verkaufserlös der Schuldverschreibungen rückgeführt werden können. Dadurch erhöht sich die maximale Höhe eines möglichen Verlusts erheblich. Von kreditfinanzierten Ankäufen der Schuldverschreibungen wird abgeraten.

3.5 Keine Gewissheit eines liquiden Sekundärmarktes für die Schuldverschreibungen

Die Emittentin hat sich zwar dazu bereiterklärt, durch das Stellen von An- und Verkaufsangeboten für die Schuldverschreibungen einen Sekundärmarkt bereitzuhalten, sie ist dazu aber nicht verpflichtet und kann ihre diesbezügliche Tätigkeit jederzeit einstellen. Es besteht keine Gewissheit, dass ein liquider Sekundärmarkt für die Schuldverschreibungen entstehen wird, oder sofern er entsteht, dass er fortbestehen wird. Die Emittentin übernimmt keine Verpflichtung, die Liquidität der Schuldverschreibungen zu gewährleisten oder die Zulassung der Schuldverschreibungen an einem geregelten Markt anzustreben. Für den Fall, dass sich ein Sekundärmarkt für die Schuldverschreibungen entwickelt, ist weder die Preisentwicklung der Schuldverschreibungen noch die Liquidität des Sekundärmarktes absehbar.

Anleihegläubiger müssen daher damit rechnen, dass sie die von ihnen gehaltenen Schuldverschreibungen aufgrund mangelnder Liquidität am entsprechenden Markt, insbesondere bei Veräußerung der Schuldverschreibungen während der Laufzeit, nicht oder nicht zum gewünschten Zeitpunkt bzw. nicht zu einem fairen Marktpreis veräußern können.

3.6 Es besteht ein Risiko, dass der Handel mit den Schuldverschreibungen oder den Basiswerten ausgesetzt, unterbrochen oder beendet wird

Notieren die Schuldverschreibungen auf einem oder mehreren geregelten Märkten oder sind sie in den Handel in einem Multilateralen Handelssystem einbezogen, kann die Notierung bzw. Einbeziehung der Schuldverschreibungen – abhängig von den an der jeweiligen Börse geltenden Regelungen – von der jeweiligen Börse oder einer zuständigen Regulierungsbehörde aus verschiedenen Gründen, insbesondere auch der Verletzung von Kurslimits, bei Verstößen gegen gesetzliche Bestimmungen, beim Auftreten operativer Probleme der Börse oder, ganz allgemein, wenn dies zur Aufrechterhaltung eines funktionierendes Markts oder zur Wahrung der Anlegerinteressen für erforderlich gehalten wird, ausgesetzt oder unterbrochen werden. Weiters kann der Handel mit den Schuldverschreibungen auf Grund einer Entscheidung der Börse, einer Regulierungsbehörde oder auf Antrag der Emittentin beendet werden. Wird der Handel mit einem Basiswert der Schuldverschreibungen ausgesetzt, unterbrochen oder eingestellt, wird im Allgemeinen auch der Handel mit den entsprechenden Schuldverschreibungen ausgesetzt, unterbrochen oder eingestellt und bestehende Order für den Verkauf oder Kauf solcher Schuldverschreibungen werden üblicherweise storniert. Die Anleger sollten beachten, dass die Emittentin keinen Einfluss auf Handelsaussetzungen oder –unterbrechungen hat (ausgenommen den Fall, dass der Handel mit den Schuldverschreibungen auf Grund einer Entscheidung der Emittentin eingestellt wird) und dass die Anleger die damit verbundenen Risiken auf jeden Fall tragen müssen. Insbesondere kann der Fall eintreten, dass Anleger bei Aussetzung, Unterbrechung oder Einstellung des Handels ihre Schuldverschreibungen unter Umständen nicht verkaufen können und dass die Börsenkurse der Schuldverschreibungen deren Marktwert nicht entsprechend widerspiegeln. Weiters kann eine Aussetzung, Unterbrechung oder Einstellung des Handels mit Basiswerten der Schuldverschreibungen eine Aussetzung, Unterbrechung oder Einstellung des Handels mit den Schuldverschreibungen verursachen und außerdem zu einer künstlichen oder falschen Bewertung der Schuldverschreibungen führen. Schließlich sollten Anleger beachten, dass selbst im Falle einer Aussetzung, einer Unterbrechung oder einer Einstellung des Handels mit Schuldverschreibungen oder Basiswerten derartige Maßnahmen unter Umständen weder ausreichend, noch adäquat oder zeitgerecht erfolgen, um Kursstörungen zu verhindern oder die Interessen der Anleger zu wahren; wird der Handel mit Schuldverschreibungen etwa nach der Veröffentlichung von kursrelevanten Informationen, die sich auf solche Schuldverschreibungen beziehen, ausgesetzt, kann der Marktwert der Schuldverschreibungen bereits negativ beeinflusst worden sein. Alle diese Risiken hätten, sollten sie schlagend werden, eine wesentliche negative Auswirkung auf die Anleger.

3.7 Anleihegläubiger unterliegen möglicherweise einem Wechselkursrisiko

Inhaber von Schuldverschreibungen, die auf eine fremde Währung lauten sind nachteiligen Änderungen von Wechselkursen ausgesetzt, welche die Rendite der Schuldverschreibungen negativ beeinflussen können.

3.8 Eine Wiederveranlagung von Erträgen und Kapital der Schuldverschreibungen zu den Bedingungen, die für die Schuldverschreibungen gelten, ist ungewiss

Für die Anleihegläubiger besteht das Risiko, dass sie die möglichen Erträge oder das allenfalls zurückbezahlte Kapital aus den Schuldverschreibungen nicht zu denselben oder günstigeren Bedingungen wieder veranlagen können, wie das in den Schuldverschreibungen veranlagte Kapital.

3.9 Anleihegläubiger sind dem Risiko nachteiliger Entwicklungen der Marktpreise ihrer Schuldverschreibungen ausgesetzt

Das Marktpreisrisiko ist eines der zentralen Risiken der Schuldverschreibungen. Der Marktpreis der Schuldverschreibungen, damit auch ihr Wert, ändert sich typischerweise täglich. Er wird durch eine Vielzahl von Faktoren, wie den Wert und die Volatilität eines allenfalls maßgeblichen Basiswerts und die noch verbleibende Zeit bis zum Rückzahlungstag, gesamtwirtschaftliche Entwicklungen (insbesondere hinsichtlich der Marktzinssätze), der Politik von Zentralbanken, dem Inflationsniveau oder einer nicht vorhandenen oder besonders niedrigen bzw. besonders hohen Nachfrage nach den betreffenden Schuldverschreibungen, aber auch von anderen Faktoren, wie etwa der Bonität der Emittentin bestimmt. Die Bedeutung der einzelnen Faktoren ist allerdings nicht direkt quantifizierbar und schwankt im Zeitablauf. Insbesondere die Erwerber von festverzinslichen Schuldverschreibungen sind einem Zinsänderungsrisiko in Form eines Kursverlustes ausgesetzt, wenn das Marktzinsniveau steigt. Dieses Risiko wirkt sich grundsätzlich umso stärker aus, je deutlicher der Marktzinssatz ansteigt.

Der Preis, zu dem Anleihegläubiger Schuldverschreibungen vor Fälligkeit verkaufen können, kann erheblich unter dem Emissionspreis, dem vom Anleihegläubiger bezahlten Kaufpreis oder dem erwarteten Preis liegen; falls Anleger zu diesem Preis Schuldverschreibungen verkaufen, erleiden sie Verluste. Der historische Marktwert der Basiswerte kann nicht als Indikator für die zukünftige Entwicklung der Basiswerte während der Laufzeit der Schuldverschreibungen angesehen werden.

3.10 Bei einer Rückzahlung der Schuldverschreibungen vor Endfälligkeit sind die Anleihegläubiger dem Risiko ausgesetzt, dass ihre Kapitalanlage eine geringere Rendite als erwartet aufweist und eine Wiederveranlagung nur zu schlechteren Bedingungen möglich ist (Risiko vorzeitiger Rückzahlung)

Die Laufzeit von Schuldverschreibungen kann in besonderen Fällen durch eine vorzeitige Kündigung durch die Emittentin nach Maßgabe der Emissionsbedingungen unvorhergesehen verkürzt werden. In diesem Fall trägt der Anleihegläubiger das Risiko, dass seine Renditeerwartungen aufgrund der kürzeren Laufzeit nicht mehr erfüllt werden können. Der Anleihegläubiger sollte daher nicht auf die Werthaltigkeit der Schuldverschreibungen im Rückzahlungszeitpunkt vertrauen.

3.11 Es ist der Emittentin nicht verboten, weitere Verbindlichkeiten einzugehen, die im Vergleich zu den Verbindlichkeiten aus den Schuldverschreibungen vorrangig oder gleichrangig sind

Die Höhe von im Vergleich zu den Schuldverschreibungen vorrangigem oder gleichrangigem Kapital, das die Emittentin aufnehmen darf, ist nicht begrenzt. Die Aufnahme weiterer Verbindlichkeiten kann den Betrag, den die Anleihegläubiger im Falle der Insolvenz oder eines die Insolvenz abwehrenden Verfahrens zurückerhalten, reduzieren und die Wahrscheinlichkeit, dass die Emittentin keine Zahlungen auf die Schuldverschreibungen leistet, erhöhen.

Nicht-nachrangige Verbindlichkeiten der Emittentin können auch von Ereignissen stammen, die in der Bilanz der Emittentin keinen Niederschlag finden, wie beispielsweise die Ausstellung von abstrakten Garantieverprechen oder das Schlagendwerden anderer nicht-nachrangiger Eventualverbindlichkeiten. Ansprüche aus solchen Garantieverprechen oder aus anderen nicht-nachrangigen Eventualverbindlichkeiten werden zu nicht-nachrangigen Verbindlichkeiten der Emittentin, die im Falle eines Insolvenzverfahrens der Emittentin oder eines Verfahrens zur Abwendung der Insolvenz gleichrangig mit den Rückzahlungsansprüchen aus den Schuldverschreibungen sind.

3.12 Anleger, die in Schuldverschreibungen investieren, gehen das Risiko ein, dass sich der Credit Spread (Zinsaufschlag) der Emittentin verändert (Credit Spread-Risiko)

Unter dem Credit Spread versteht man den Aufschlag, den die Emittentin dem Inhaber einer Schuldverschreibung zur Abgeltung des übernommenen Kreditrisikos bezahlen muss. Credit Spreads werden als Aufschläge auf die aktuellen risikolosen Zinsen oder als Kursabschläge angeboten und verkauft.

Zu den Faktoren, die Credit Spreads beeinflussen, zählen unter anderem die Bonität und das Rating der Emittentin, die Wahrscheinlichkeit eines Zahlungsausfalls, die Recovery Rate (Wiederbeschaffungsquote), die verbleibende Laufzeit der Schuldverschreibung sowie Verpflichtungen auf Grund von Besicherungen oder Garantien bzw. Erklärungen hinsichtlich bevorzugter Bedienung oder Nachrangigkeit. Die Liquiditätsslage, das allgemeine Zinsniveau, die allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklungen und die Währung, auf die die maßgebliche Verbindlichkeit lautet, können ebenfalls einen negativen Einfluss entfalten.

Für Anleger besteht das Risiko, dass der Credit Spread der Emittentin ansteigt, was den Marktwert der Schuldverschreibungen sinken lassen würde.

3.13 Steuerrechtliche Veränderungen können sowohl den Wert der Schuldverschreibungen als auch die Höhe der Zahlungen negativ beeinflussen

Die konkrete Steuerrechtslage (Gesetze, Verwaltungspraxis der Abgabenbehörden sowie Judikatur) kann maßgeblich den Verlauf der wirtschaftlichen Entwicklung der

Emittentin beeinflussen und damit auch den Marktpreis der Schuldverschreibungen sowie die von den Anleihegläubigern erzielten Ausschüttungen auf das mit der Zeichnung der Schuldverschreibungen investierte Kapital negativ beeinflussen. Anleihegläubiger sind daher dem Risiko einer negativen Beeinflussung des Marktpreises der Schuldverschreibungen und der Höhe der auf sie geleisteten Zahlungen durch steuerrechtliche Veränderungen ausgesetzt.

Die Höhe der Ausschüttung nach Steuern hängt maßgeblich von der individuellen steuerrechtlichen Situation des Anleihegläubigers ab. Die diesbezüglichen Ausführungen im Prospekt basieren auf den derzeit gültigen Steuergesetzen, der höchstgerichtlichen Rechtsprechung sowie der Verwaltungspraxis der Abgabenbehörden. Zukünftige Änderungen durch den Gesetzgeber, die Höchstgerichte oder die Abgabenbehörden können die dargestellte steuerliche Behandlung negativ beeinflussen oder verändern. Die grundsätzlichen steuerrechtlichen Ausführungen in diesem Prospekt stellen weder eine allgemeine noch eine individuelle steuerliche Beratung dar und können eine solche auch nicht ersetzen. Es wird empfohlen, vor der Zeichnung der Schuldverschreibungen eine individuelle Steuerberatung in Anspruch zu nehmen.

3.14 Die Verbindlichkeiten aus den Schuldverschreibungen sind von keiner gesetzlichen Sicherungseinrichtung gedeckt

Die durch die Schuldverschreibungen verbrieften Ansprüche und Forderungen sind nicht von einer gesetzlichen Sicherungseinrichtung (Einlagensicherung bzw. Anlegerentschädigung) gesichert. Die Emittentin ist zwar Mitglied bei der gesetzlich vorgesehenen Sicherungseinrichtung des Verbands der österreichischen Landes-Hypothekenbanken, allerdings sind Forderungen aus Schuldverschreibungen von der Sicherung durch die Sicherungseinrichtung ausdrücklich ausgeschlossen. Im Falle einer Insolvenz der Emittentin können die Anleihegläubiger daher nicht mit einer Rückzahlung des eingesetzten Kapitals (allenfalls samt ausstehender Zinszahlungen) von dritter Seite rechnen.

3.15 Anleihegläubiger sind dem Risiko einer gesetzlichen Verlustbeteiligungspflicht ausgesetzt

Am 12.6.2014 wurde die Richtlinie zur Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten ("Richtlinie 2014/59/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 zur Festlegung eines Rahmens für die Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen und zur Änderung der Richtlinie 82/891/EWG des Rates, der Richtlinien 2001/24/EG, 2002/47/EG, 2004/25/EG, 2005/56/EG, 2007/36/EG, 2011/35/EU, 2012/30/EU und 2013/36/EU sowie der Verordnungen (EU) Nr. 1093/2010 und (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates") (*Bank Recovery and Resolution Directive - "BRRD"*) veröffentlicht.

Ziel der BRRD ist es, bestimmten Behörden einheitliche und wirksame Instrumente und Befugnisse an die Hand zu geben, um Banken Krisen durch Präventivmaßnahmen

abzuwenden, die Finanzstabilität zu erhalten und das Risiko, dass der Steuerzahler für Insolvenzverluste aufkommen muss, so gering wie möglich zu halten.

In Österreich wurde die BRRD durch das Sanierungs- und Abwicklungsgesetz ("**BaSAG**") umgesetzt. Das BaSAG trat am 1.1.2015 in Kraft und sieht die Anwendung des Instruments der Gläubigerbeteiligung bereits mit Inkrafttreten des BaSAG (somit ab 1.1.2015) vor.

Die Abwicklungsbehörden (in Österreich die FMA) erhalten die Befugnis Herabschreibungs- und Umwandlung anzuordnen, um sicherzustellen, dass unter anderem die relevanten Kapitalinstrumente zum Zeitpunkt der Nicht-Tragfähigkeit (wie unten definiert) des emittierenden Instituts vollständig Verluste absorbieren und das Instrument der Gläubigerbeteiligung (*bail-in tool*) anzuwenden mit dem Ziel, die Eigenmittel des maßgeblichen Instituts wieder herzustellen, um es in die Lage zu versetzen, sein Geschäft auf einer going-concern Basis weiterzuführen. Dementsprechend können die Abwicklungsbehörden verpflichtet werden anzuordnen, solche Kapitalinstrumente dauerhaft abschreiben oder sie zur Gänze in Posten des harten Kernkapitals (*Common Equity Tier 1 items* – "**CET 1**") (wie zB Stammaktien oder andere Beteiligungsinstrumente) umwandeln zu lassen, und zwar zum Zeitpunkt der Nicht-Tragfähigkeit und bevor etwaige Abwicklungsmaßnahmen (außer die Abwicklungsbehörde entscheidet das Instrument der Gläubigerbeteiligung anzuwenden) ergriffen wurden ("*Non-Viability Loss Absorption*" - "**Nicht-Tragfähigkeit Verlustbeteiligung**"). Die Abwicklungsbehörden sollen die Abschreibung in Bezug auf die Nicht-Tragfähigkeit Verlustbeteiligung derart ausüben, dass (i) CET 1 zuerst proportional zu den relevanten Verlusten abgeschrieben werden und (ii) danach, sofern CET 1 nicht ausreichend vorhanden ist, um die Verluste abzudecken, den Nennwert an Instrumenten des zusätzlichen Kernkapitals (*Additional Tier 1 instruments* – "**AT1**"), (iii) danach, sofern CET 1 und AT 1 nicht ausreichend vorhanden ist, um die Verluste abzudecken, den Nennwert an Instrumenten des Ergänzungskapitals (*Tier 2 instruments* – "**Tier 2**") und im Falle eines Instruments der Gläubigerbeteiligung ebenfalls; (iv) danach, wenn CET 1, AT 1 und Tier 2 nicht ausreichend vorhanden ist, um die Verluste abzudecken, andere nachrangige Schuldverschreibungen (gemäß der Hierarchie der Forderungen in gewöhnlichen Insolvenzverfahren), und (v) falls immer noch nicht ausreichend, die übrigen Verbindlichkeiten einschließlich bestimmter nicht-nachrangiger Verbindlichkeiten (gemäß der Hierarchie der Forderungen in gewöhnlichen Insolvenzverfahren) dauerhaft auf null reduziert werden. Wenn das Instrument der Gläubigerbeteiligung angewendet wird, um das Kapital des Instituts wieder herzustellen, erfolgt die Umwandlung von Schuldtitel in CET 1 in derselben Reihenfolge.

Zur Sicherheit soll durch diese Maßnahmen (sowohl beim Instrument der Gläubigerbeteiligung als auch beim Herabschreibungs- und Umwandlungsinstrument) kein Gläubiger in einer schlechteren Position sein, als in einem ordentlichen Insolvenzverfahren ("**Keine Schlechterstellung von Gläubigern Prinzip**" – "*no creditor worse off principle*").

Für die Zwecke der Nicht-Tragfähigkeit Verlustbeteiligung ist der Zeitpunkt der Nicht-Tragfähigkeit der Zeitpunkt, an dem die folgenden Voraussetzungen erfüllt sind:

1. Die zuständige Behörde oder die Abwicklungsbehörde stellt fest, dass die Institution die Voraussetzungen für die Abwicklung bereits erfüllt bzw voraussichtlich erfüllen wird, dh:
 - (a) die Voraussetzungen für eine Konzessionsrücknahme liegen vor oder es liegen objektive Anhaltspunkte dafür vor, dass dies in naher Zukunft der Fall sein wird, beispielsweise (aber nicht abschließend) aufgrund der Tatsache, dass das Institut Verluste erlitten hat oder voraussichtlich erleiden wird, durch die seine gesamten Eigenmittel oder ein wesentlicher Teil seiner Eigenmittel aufgebraucht wird;
 - (b) die Vermögenswerte des Instituts unterschreiten die Höhe seiner Verbindlichkeiten oder es liegen objektive Anhaltspunkte dafür vor, dass dies in naher Zukunft der Fall sein wird;
 - (c) das Institut ist nicht in der Lage, seine Schulden oder sonstigen Verbindlichkeiten bei Fälligkeit zu begleichen oder es liegen objektive Anhaltspunkte dafür vor, dass dies in naher Zukunft der Fall sein wird;
 - (d) eine außerordentliche finanzielle Unterstützung aus öffentlichen Mitteln wird benötigt, es sei denn, die außerordentliche finanzielle Unterstützung aus öffentlichen Mitteln erfolgt in bestimmten Formen zur Abwendung einer schweren Störung der Volkswirtschaft und zur Wahrung der Finanzstabilität; und
2. unter Berücksichtigung zeitlicher Zwänge und anderer relevanter Umstände besteht nach vernünftigem Ermessen keine Aussicht, dass der Ausfall des Instituts innerhalb eines angemessenen Zeitrahmens durch alternative Maßnahmen der Privatwirtschaft, darunter Maßnahmen im Rahmen von institutsbezogenen Sicherungssystemen, oder anderer Aufsichtsmaßnahmen, darunter Frühinterventionsmaßnahmen oder die Herabschreibung oder Umwandlung von relevanten Kapitalinstrumenten gemäß § 70 BaSAG, die in Bezug auf das Institut getroffen werden, abgewendet werden kann; und
3. im Fall der Anwendung des Instruments der Gläubigerbeteiligung, Abwicklungsmaßnahmen sind im öffentlichen Interesse erforderlich.

Die gesamte oder teilweise Abschreibung oder Umwandlung des Nominalbetrages von Instrumenten, einschließlich etwaiger unter den nachrangigen Schuldverschreibungen angefallener, aber noch nicht ausgezahlter Zinsen, stellen gemäß dem Instrument der Gläubigerbeteiligung oder den Herabschreibungs- und Umwandlungsbefugnissen keinen Ausfall nach den Bestimmungen des relevanten Kapitalinstruments dar. Dementsprechend wären sämtliche so abgeschriebenen Beträge unwiderruflich verloren und die aus solchen Kapitalinstrumenten resultierenden Rechte der Gläubiger

wären erloschen, unabhängig davon, ob die finanzielle Lage des Kreditinstituts wiederhergestellt wird oder nicht.

Folglich können die Schuldverschreibungen Gegenstand der Herabschreibungen oder der Umwandlung in CET 1 im Falle des maßgeblichen Auslösungsereignisses sein, wodurch Anleihegläubiger ihr Investment in die Schuldverschreibungen ganz oder teilweise verlieren könnten. Die Anwendung einer solchen Befugnis oder bereits die Erwägung oder der Vorschlag einer solchen Befugnis könnte daher den Marktpreis der Schuldverschreibungen wesentlich nachteilig beeinflussen.

Neben den oben dargestellten Abwicklungsinstrumenten könnte die Emittentin auch Gegenstand nationaler Insolvenzverfahren sein.

3.16 Bei einer zukünftigen Geldentwertung (Inflation) könnte sich die reale Rendite einer Anlage verringern (Inflationsrisiko)

Das Inflationsrisiko bezeichnet die Möglichkeit, dass der Wert von Vermögenswerten wie den Schuldverschreibungen oder den Einnahmen daraus sinkt, wenn die Kaufkraft einer Währung auf Grund von Inflation schrumpft. Durch Inflation verringert sich der Wert eines möglichen Ertrags. Übersteigt die Inflationsrate die auf die Schuldverschreibungen geleisteten Zahlungen, wird die Rendite der Schuldverschreibungen negativ und Anleihegläubiger erleiden Verluste. Anleihegläubiger sind dem Risiko einer Wertminderung möglicher Erträge aus Schuldverschreibungen durch Inflation ausgesetzt.

3.17 Die Schuldverschreibungen unterliegen österreichischem Recht, und Änderungen in den geltenden Gesetzen, Verordnungen oder aufsichtsrechtlichen Vorschriften können negative Auswirkungen auf die Emittentin, die Schuldverschreibungen und die Anleger haben

Die Emissionsbedingungen der Schuldverschreibungen unterliegen österreichischem Recht. Anleger sollten daher beachten, dass das geltende österreichische Recht unter Umständen nicht einen ähnlichen oder adäquaten Schutz bietet wie das Recht anderer Rechtsordnungen. Des Weiteren kann hinsichtlich der Auswirkungen einer etwaigen gerichtlichen Entscheidung oder einer Änderung österreichischen Rechts (oder des in Österreich anwendbaren Rechts) bzw. der nach dem Prospektdatum üblichen Verwaltungspraxis keine Zusicherung gegeben oder Aussage getroffen werden. Anleihegläubiger sind daher dem Risiko für sie nachteiliger Bestimmungen des österreichischen Rechts und/oder einer für sie nachteiligen Rechtsänderung ausgesetzt.

4. Risiken in Zusammenhang mit bestimmten Ausstattungsmerkmalen

4.1 Schuldverschreibungen, bei denen die zu zahlenden Beträge unter Zugrundelegung einer Formel berechnet werden, unterliegen besonderen Risiken

In Bezug auf eine Emission von Schuldverschreibungen kann eine Formel Anwendung finden, anhand derer die zu zahlenden Zinsen berechnet werden. Zudem kann die Formel im Hinblick auf die in regelmäßigen Abständen voraussichtlich zu zahlenden Zinsen komplexe Ergebnisse und unter bestimmten Umständen einen Anstieg oder Rückgang dieser Beträge zur Folge haben. Potenzielle Anleger sollten sicherstellen, dass sie die jeweilige Formel verstehen, und, falls erforderlich, ihren/ihre persönlichen Berater zu Rate ziehen.

4.2 Risiken in Zusammenhang mit Schuldverschreibungen mit fixer Verzinsung

Die Inhaber von Schuldverschreibungen mit fixer Verzinsung und Schuldverschreibungen mit Perioden mit fixer Verzinsung sind dem Risiko ausgesetzt, dass der Wert der Schuldverschreibungen als Ergebnis einer Änderung des Marktzinssatzes fällt

Inhaber von Schuldverschreibungen mit fixer Verzinsung sind dem Risiko ausgesetzt, dass der Wert dieser Schuldverschreibungen aufgrund einer Änderung des Marktzinssatzes fällt. Während der nominelle Zinssatz von Schuldverschreibungen mit fixer Verzinsung während der Laufzeit dieser Schuldverschreibungen fix ist, verändert sich der tatsächliche Zinssatz für Emissionen mit gleicher Laufzeit typischerweise täglich. Wenn sich der Marktzinssatz ändert, ändert sich typischerweise auch der Wert von Schuldverschreibungen mit fixer Verzinsung, aber in die andere Richtung. Wenn der Marktzinssatz steigt, fällt der Marktwert fixverzinsten Schuldverschreibungen typischerweise, bis die Rendite dieser Schuldverschreibungen etwa gleich hoch wie der Marktzinssatz ist.

4.3 Risiken in Zusammenhang mit Schuldverschreibungen mit variabler Verzinsung

Die Inhaber von Schuldverschreibungen mit variabler Verzinsung sind bedeutenden Zinsschwankungsrisiken ausgesetzt

Schuldverschreibungen mit variabler Verzinsung neigen zur Volatilität. Inhaber von Schuldverschreibungen mit variabler Verzinsung sind dem Risiko schwankender Zinsniveaus und unsicherer Zinserträge ausgesetzt. Schwankende Zinsniveaus machen es unmöglich, die Ertragskraft von variabel verzinsten Schuldverschreibungen im Vorhinein zu bestimmen. Bei Schuldverschreibungen mit variabler Verzinsung, die Niedrigstwerte (Mindestzinssatz) aufweisen, kann der Marktpreis volatiler sein als der Marktpreis von Schuldverschreibungen, die dieses Merkmal nicht aufweisen. Die Auswirkung eines Zins-Partizipationsfaktors, der kleiner als eins ist, ist, dass der Anleihegläubiger von einer für ihn vorteilhaften Zinsentwicklung nur anteilig profitieren

können wird. Die Rendite könnte daher bedeutend niedriger sein, als jene von ähnlichen Schuldverschreibungen mit variabler Verzinsung ohne einen solchen Zins-Partizipationsfaktor.

4.4 Risiken in Zusammenhang mit Schuldverschreibungen mit basiswertabhängiger Verzinsung

4.4.1 Verzinsungsart "Altiplano"

Schuldverschreibungen, die die Verzinsungsart "Altiplano" aufweisen ("**Altiplano-Produkte**"), schließen Anleihegläubiger vom Erhalt einer Zinszahlung aus, wenn an dem für die jeweilige Zinsperiode maßgeblichen Beobachtungstag der Beobachtungswert auch nur eines der für die Schuldverschreibungen maßgeblichen Basiswerte unter einer von der Emittentin am Begebungstag bestimmten und in den Emissionsbedingungen näher beschriebenen Barriere liegt. Wenn an dem für die jeweilige Zinsperiode maßgeblichen Beobachtungstag der Beobachtungswert jedes der Basiswerte gleich hoch oder höher als die Barriere ist, so entspricht der Zinssatz für die maßgebliche Zinsperiode einem vorher festgelegten Zinssatz.

Anleger, die ein Investment in Schuldverschreibungen, die eine Altiplano Verzinsung aufweisen erwägen, sollten sich darüber im Klaren sein, dass die für den Anleger vorteilhaften Umstände nur dann eintreten, wenn der Marktpreis keines der Basiswerte an dem für die jeweilige Zinsperiode maßgeblichen Beobachtungstag die Barriere unterschritten hat. Anleger, die in Schuldverschreibungen mit der Verzinsungsart Altiplano investieren, sind dem Risiko ausgesetzt, dass die für sie vorteilhaften Umstände nicht eintreten, weil auch nur ein einziger Basiswert die am Beobachtungstag die Barriere unterschritten hat und sie dann unter Umständen gar keine Zinszahlungen erhalten.

4.4.2 Verzinsungsart "Range Accrual"

Schuldverschreibungen, die die Verzinsungsart "Range Accrual" aufweisen ("**Range Accrual-Produkte**"), sind sehr riskante Investments. Bei Range Accrual-Produkten fallen Zinsen nur für Tage an, in denen der Beobachtungswert des Basiswerts weder die von der Emittentin am Begebungstag festgelegte und in den Endgültigen Bedingungen angegebene obere Barriere noch die untere Barriere erreicht oder durchbrochen hat (d.h. für jene Tage, an denen der Kurs innerhalb der Bandbreite der beiden Barrieren lag). Potentielle Anleger sollten die Emissionsbedingungen der Range Accrual-Produkte genau studieren und sich über die Funktionsweise der Range Accrual Verzinsungsart genau informieren; besonderen Wert sollten Anleger dabei auf die für die Beobachtung des Basiswerts maßgeblichen Zeitpunkte/-spannen und die Auswirkungen einer Änderung des Beobachtungswerts des Basiswerts über die Bandbreite hinaus legen. Inhaber von Range Accrual-Produkten haben für jede Zinsberechnungsperiode das Risiko zu tragen, dass für jeden Kalendertag innerhalb der Beobachtungsperiode, an dem der Beobachtungswert des Basiswerts (auch nur ein einziges Mal) eine der beiden Barrieren verletzt, keine Zinsen anfallen.

4.4.3 Verzinsungsart "Digitale Optionen"

Die Höhe des Zinssatzes für eine Zinsperiode hängt bei Schuldverschreibungen, die die Verzinsungsart "digitale Optionen" aufweisen ("**Digitale Optionen-Produkte**") davon ab, ob der Schlusskurs des Basiswerts am maßgeblichen Beobachtungstag auf oder über einer bestimmten Barriere (dh ein von der Emittentin am Begebungstag festgelegtes Kursniveau) liegt. Liegt der Schlusskurs des Basiswerts auf oder über der Barriere, so entspricht der Zinssatz für die maßgebliche Zinsperiode einem vorher festgelegten Zinssatz. Liegt der Kurs des Basiswerts unter der Barriere, werden für die maßgebliche Zinsperiode keine Zinsen ausbezahlt.

Anleger, die ein Investment in Schuldverschreibungen – ausgestattet mit einer digitalen Option – erwägen, sind dem Risiko ausgesetzt, dass sie für Zinsperioden, bei denen der Schlusskurs des Basiswerts am maßgeblichen Beobachtungstag unter der maßgeblichen Barriere liegt, keine Zinszahlung erhalten (selbst wenn der Schlusskurs an allen übrigen Tagen über der Barriere lag).

4.5 Risiken in Zusammenhang mit Tier 2-Schuldverschreibungen

4.5.1 Im Falle der Liquidation oder der Insolvenz der Emittentin sind Tier 2-Schuldverschreibungen gegenüber nicht-nachrangigen Verbindlichkeiten nachrangig zu bedienen

Die Verpflichtungen der Emittentin aus den nachrangigen Schuldverschreibungen begründen unbesicherte und nachrangige Verpflichtungen. Im Falle der Liquidation oder der Insolvenz der Emittentin sind derartige Verpflichtungen gegenüber den Forderungen sämtlicher nicht-nachrangiger Gläubiger der Emittentin nachrangig, sodass in einem solchen Fall Beträge auf Grund der Verpflichtungen unter diesen Schuldverschreibungen erst dann zahlbar werden, wenn die Forderungen aller nicht-nachrangigen Gläubiger der Emittentin bereits zur Gänze erfüllt wurden, d.h. dass die Anleihegläubiger von Tier 2-Schuldverschreibungen erst und nur insoweit befriedigt werden, als der Emittentin nach der Befriedigung der Anleihegläubiger nicht-nachrangiger Schuldverschreibungen und allen anderen nicht-nachrangigen Forderungen noch liquide Mittel zur Verfügung stehen, was insbesondere bei Insolvenz der Emittentin meist zu einem Totalausfall für den Anleihegläubiger führt. Anleihegläubiger sind daher dem Risiko ausgesetzt, dass der Emittentin nach Befriedigung ihrer nicht-nachrangigen Gläubiger kein ausreichendes Vermögen mehr für die Rückzahlung der Tier 2-Schuldverschreibungen verbleibt. Forderungen der Emittentin können weder mit auf Grund der nachrangigen Schuldverschreibungen bestehenden Zahlungsverpflichtungen der Emittentin aufgerechnet werden, noch können von der Emittentin oder einem Dritten in Bezug auf die durch die nachrangigen Schuldverschreibungen verbrieften Verbindlichkeiten vertragliche Sicherheiten gestellt werden. Eine Einschränkung der Nachrangigkeit oder Änderung der Laufzeit der nachrangigen Schuldverschreibungen mittels einer späteren Vereinbarung ist nicht möglich. Nachrangige Verbindlichkeiten können im Verhältnis zueinander mit unterschiedlicher Nachrangigkeit ausgestattet sein (zB Instrumente des Ergänzungskapitals gegenüber Instrumenten des zusätzlichen Kernkapitals).

Die Beurteilung der aufsichtsrechtlichen Anrechenbarkeit von Tier 2-Schuldverschreibungen der Emittentin als Eigenmittelbestandteile ist nicht Gegenstand des Billigungsverfahrens der FMA; es besteht daher das Risiko, dass nachrangige Schuldverschreibungen der Emittentin nicht als Eigenmittelbestandteile der Emittentin angerechnet werden können.

4.5.2 Die Anrechenbarkeit der Tier 2-Schuldverschreibungen als regulatorisches Kapital kann sich verringern oder wegfallen, was negative Auswirkungen auf die Kapitalstruktur der Emittentin haben und zu einer vorzeitigen Rückzahlung der Schuldverschreibungen führen könnte

Die Tier 2-Schuldverschreibungen stellen nach Ansicht der Emittentin Instrumente des Ergänzungskapitals (*Tier 2*) iSd Art 63 CRR dar. Es ist aber nicht auszuschließen, dass sich die aufsichtsrechtliche Einstufung der nachrangigen Schuldverschreibungen als Ergänzungskapital ändert und dies zu ihrem (gänzlichen oder teilweisen) Ausschluss aus den Eigenmitteln oder ihrer Neueinstufung als Eigenmittel geringerer Qualität führt. Sollte dies der Fall sein, kann dies negative Auswirkungen auf die Kapitalausstattung der Emittentin haben.

Weiters ist die Emittentin in solchen Fällen unter gewissen Voraussetzungen (insbesondere der vorherigen Erlaubnis der zuständigen Behörde) berechtigt, die Schuldverschreibungen zu kündigen und vorzeitig zurückzuzahlen. In diesem Fall sind Anleger, die in nachrangige Schuldverschreibungen investiert haben, dem Risiko ausgesetzt, dass jener Betrag, den sie aufgrund der vorzeitigen Rückzahlung zurückbezahlt erhalten, nicht in einer Weise reinvestiert werden kann, dass daraus die gleiche Rendite erwächst wie unter den getilgten Schuldverschreibungen.

5. Risiken in Zusammenhang mit den Basiswerten derivativer Schuldverschreibungen

5.1 Inhaber von Schuldverschreibungen mit indexabhängiger Verzinsung sind dem Risiko einer nachteiligen Wertentwicklung des zugrundeliegenden Index ausgesetzt

Schuldverschreibungen mit indexabhängiger Verzinsung sind Schuldverschreibungen, bei denen die Höhe der Verzinsung nicht im Vorhinein feststeht, sondern von der Entwicklung des Marktpreises eines Index (oder eines Indexkorbes) abhängt, der selbst wiederum erhebliche Kredit-, Zinssatz- oder andere Risiken beinhaltet. Inhaber von Schuldverschreibungen mit indexabhängiger Verzinsung sind Unsicherheiten in Bezug auf die Verzinsung ausgesetzt. Die Rendite einer in Bezug auf die Verzinsung indexierten Schuldverschreibung kann negativ sein und ein Anleihegläubiger kann den Wert seiner Anlage ganz (Totalverlust) oder teilweise verlieren. Je volatil(er) der (einer der) maßgebliche(n) Index(-izes) ist, desto größer ist die Ungewissheit in Bezug auf die Verzinsung.

Indexabhängige Schuldverschreibungen werden von der maßgeblichen Indexberechnungsstelle (bzw. bei Indexkörben von den maßgeblichen Indexberechnungsstellen) weder gesponsert noch anderweitig unterstützt. Indexberechnungsstellen geben weder ausdrücklich noch konkludent irgendeine Zusicherung oder Garantie hinsichtlich der Folgen ab, die sich aus der Verwendung des maßgeblichen Index und/oder dem Wert des maßgeblichen Index zu einem bestimmten Zeitpunkt ergeben. Die Zusammensetzung und Berechnung eines jeden Index geschieht durch die maßgebliche Indexberechnungsstelle ohne Rücksichtnahme auf die Emittentin oder die Anleihegläubiger. Indexberechnungsstellen übernehmen auch keine Verpflichtung oder Haftung im Zusammenhang mit der Verwaltung, dem Vertrieb oder dem Handel der Schuldverschreibungen.

5.2 Inhaber von Schuldverschreibungen mit rohstoffabhängiger Verzinsung sind dem Risiko der Wertentwicklung des zugrundeliegenden Rohstoffes (oder des Rohstoffkorbes) ausgesetzt

Schuldverschreibungen mit rohstoffabhängiger Verzinsung sind Schuldverschreibungen, bei denen die Verzinsung nicht im Vorhinein feststeht. Rohstoffabhängige Schuldverschreibungen können sich auf einen oder mehrere Rohstoffe (Rohstoffkörbe) beziehen und sie werden zu einem rohstoffabhängigen Zinssatz verzinst. Dieser Zinsbetrag wird unter Bezugnahme auf den oder die entsprechenden Rohstoffe berechnet. Veränderungen des Wertes der maßgeblichen Rohstoffe, d.h. des maßgeblichen Rohstoffpreises am maßgeblichen Markt (wie in den maßgeblichen Endgültigen Bedingungen beschrieben) wirken sich auf den Wert der rohstoffabhängigen Schuldverschreibungen aus. Die Höhe der Kapitalrückzahlung, die von der Emittentin zu zahlen ist, kann erheblich unter dem Emissionspreis oder dem vom Anleihegläubiger bezahlten Kaufpreis liegen mit der Folge, dass der Anleihegläubiger sein eingesetztes Kapital verliert.

5.3 Zahlungen auf Schuldverschreibungen, bei denen die Verzinsung an den Wert von Aktien (oder Aktienkörben) gebunden ist, sind abhängig von der Wertentwicklung der zugrundeliegenden Aktien (oder Aktienkörbe)

Ein Investment in Schuldverschreibungen mit aktienabhängiger Verzinsung kann ähnliche Risiken aufweisen, wie jene, die mit einer direkten Anlage in den (die) den Schuldverschreibungen unterliegenden Basiswert(e) verbunden sind und Anleger sollten, insbesondere im Hinblick auf die Volatilität an den internationalen Aktienmärkten, dementsprechende Beratung einholen.

Schuldverschreibungen mit aktienabhängiger Verzinsung sind Schuldverschreibungen, bei denen die Verzinsung nicht im Vorhinein feststeht und die von der Wertentwicklung eines Aktienwertes oder eines Aktienkorbes an den maßgeblichen Märkten abhängt.

Aktienabhängige Schuldverschreibungen werden von den Emittenten der Basiswerte in keiner Art und Weise gefördert, unterstützt oder verkauft. Die Emittenten der maßgeblichen Basiswerte geben keine ausdrückliche oder konkludente Zusicherung oder Garantie hinsichtlich der zukünftigen Entwicklung der Basiswerte. Die Emittenten

der Basiswerte sind nicht verpflichtet, die Interessen der Emittentin oder diejenigen der Anleihegläubiger in irgendeiner Form zu berücksichtigen. Die Emittenten der Basiswerte sind nicht an dem aus den Schuldverschreibungen resultierenden Erlösen beteiligt. Sie sind auch nicht für die Ermittlung des Preises, die Wahl des Zeitpunktes und den Umfang einer Emission von Schuldverschreibungen verantwortlich und haben daran auch nicht mitgewirkt. Der Erwerb der Schuldverschreibungen berechtigt weder zum Erhalt von Informationen von Emittenten der Basiswerte, die Ausübung von Stimmrechten oder den Erhalt von Dividenden aus Aktien.

5.4 Inhaber von Schuldverschreibungen, die von Währungen abhängig sind, sind dem Risiko der Wertentwicklung der zugrundeliegenden Währungen ausgesetzt

Schuldverschreibungen, deren Verzinsung von der Entwicklung einer Währung oder eines Währungskorbes abhängt, können dieselben komplexen Risiken aufweisen, wie ein direktes Investment in die maßgeblichen Basiswerte, und jeder Anleger sollte sich dementsprechend beraten lassen. Weiters sollten Anleger beachten, dass ein Investment in solche Schuldverschreibungen nicht identisch mit einem direkten Investment in die maßgeblichen Basiswerte oder ein Instrument, welches direkt an die maßgeblichen Basiswerte gebunden ist, ist. Preisbewegungen der maßgeblichen Basiswerte beeinflussen den Wert der maßgeblichen Basiswerte. Hinsichtlich der zukünftigen Entwicklung der maßgeblichen Basiswerte gibt es keine Sicherheit.

5.5 Inhaber von Schuldverschreibungen, deren Verzinsung von hybriden Basiswertkörben abhängig sind, können einem wesentlich höheren Risiko als Inhaber von Schuldverschreibungen, die nur von einem Basiswert (oder einer Art von Basiswerten) abhängig sind, ausgesetzt sein

Schuldverschreibungen, deren Verzinsung von der Entwicklung eines Basiswertkorbes, der sich aus Basiswerten unterschiedlicher Art (zB ein Index und zwei Aktienwerte) zusammensetzt ("**hybride Basiswertkörbe**") abhängt, weisen komplexe Risiken auf, die die Risiken eines direkten Investments in die Bestandteile des hybriden Basiswertkorbes oder eines Investments in mehrere Schuldverschreibungen, deren Rückzahlung von der Entwicklung von Bestandteilen dieses hybriden Basiswertkorbes abhängen deutlich übersteigen kann und jeder Anleger sollte sich dementsprechend beraten lassen.

5.6 Interessenskonflikte können die den Schuldverschreibungen zu Grunde liegenden Basiswerte negativ beeinflussen

Im normalen Verlauf ihrer Geschäftstätigkeit stehen die Emittentin und/oder ihre verbundenen Unternehmen möglicherweise mit Emittenten der Basiswerte, deren jeweiligen verbundenen Unternehmen oder Garanten oder Dritten, die Verpflichtungen gegenüber den Emittenten der Basiswerte oder deren jeweiligen verbundenen Unternehmen oder Garanten haben, nicht nur in Geschäftsbeziehungen, sondern wickeln mit diesen Transaktionen ab, gehen Bankgeschäfte jeder Art und Investmentbankgeschäfte ein oder stehen anderweitig in Geschäftskontakt, so als ob

die Schuldverschreibungen nicht existent wären, und zwar unabhängig davon, ob sich die vorgenannten Handlungen nachteilig auf den Emittenten der Basiswerte, deren verbundene Unternehmen oder Garanten auswirken.

Die Emittentin kann von Zeit zu Zeit an Transaktionen im Zusammenhang mit den Basiswerten beteiligt sein, die den Marktwert, die Liquidität oder den Wert der Schuldverschreibungen beeinflussen und sich gegebenenfalls nachteilig auf die Interessen der Anleihegläubiger auswirken können.

Interessenkonflikte können sich auch zwischen der Berechnungsstelle und den Anleihegläubigern ergeben, insbesondere hinsichtlich bestimmter im Ermessen der Berechnungsstelle liegender Bestimmungen und Entscheidungen, die diese nach Maßgabe der Emissionsbedingungen zu treffen hat.

ANGABEN ZUR EMITTENTIN

1. Verantwortliche Personen

1.1 Für die im Basisprospekt gemachten Angaben verantwortliche Personen

Für die inhaltliche Richtigkeit der Angaben zur Emittentin ist die Oberösterreichische Landesbank Aktiengesellschaft, Landstraße 38, 4010 Linz, eingetragen im Firmenbuch zu FN 157656 y (die "**Emittentin**" oder die "**Anleiheschuldnerin**" oder "**HYPO Oberösterreich**") verantwortlich.

1.2 Erklärung der für den Basisprospekt verantwortlichen Personen

Die Hypo Oberösterreich hat die erforderliche Sorgfalt walten lassen, um sicherzustellen, dass die in diesem Prospekt gemachten Angaben ihres Wissens nach richtig sind und keine Tatsachen weggelassen wurden, die die Aussagen des Prospekts wahrscheinlich verändern können.

2. Abschlussprüfer

2.1 Name und Anschrift der Abschlussprüfer

Die KPMG Austria GmbH, Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft, 4020 Linz, Kudlichstr. 41, hat durch Mag. Martha Kloibmüller und Mag. Ernst Pichler als Wirtschaftsprüfer in Übereinstimmung mit den International Financial Reporting Standards und den ergänzend nach § 59 a BWG anzuwendenden bank- und unternehmensrechtlichen Vorschriften den Konzernjahresabschluss für das Geschäftsjahr 2014 zum 31.12.2014 geprüft und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

Die KPMG Austria GmbH, Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft, 4020 Linz, Kudlichstr. 41, hat durch Mag. Ulrich Pawlowski und Mag. Ernst Pichler als Wirtschaftsprüfer in Übereinstimmung mit den International Financial Reporting Standards und den ergänzend nach § 59 a BWG anzuwendenden bank- und unternehmensrechtlichen Vorschriften den Konzernjahresabschluss für das Geschäftsjahr 2013 zum 31.12.2013 geprüft und jeweils mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

Die KPMG Austria GmbH ist Mitglied der Kammer der Wirtschaftstreuhandler.

2.2 Wechsel Abschlussprüfer

Während des von den historischen Finanzinformationen abgedeckten Zeitraums gab es keinen Wechsel des Abschlussprüfers.

3. Risikofaktoren

Siehe Kapitel "Risikofaktoren" auf den Seiten 34 ff dieses Prospekts.

4. Angaben über die Emittentin

4.1 Geschäftsgeschichte und Geschäftsentwicklung der Emittentin

Die Emittentin wurde am 23.7.1890 mit Beschluss des Landtages des Erzherzogtums Österreich ob der Enns mit der Bezeichnung "Oberösterreichische Landes-Hypothekenanstalt" gegründet. Den Geschäftsbetrieb nahm die HYPO Oberösterreich am 1.2.1891 auf. Im Jahr 1997 wurde die HYPO Oberösterreich in eine Aktiengesellschaft nach österreichischem Recht eingebracht. Seitdem firmiert sie unter dem Namen "Oberösterreichische Landesbank Aktiengesellschaft". Nach außen tritt sie unter der Marke HYPO Oberösterreich auf.

Die Hypo Oberösterreich ist spezialisiert auf langfristige Ausleihungen, insbesondere im Wohnbaubereich.

Die Hypo Oberösterreich hat sich auch auf den Bereich der Wertpapiergeschäfte fokussiert. Der Schwerpunkt der Emissionstätigkeit liegt bei Inhaber- und Namenspfandbriefen.

4.2 Juristischer und kommerzieller Name der Emittentin

Der juristische Name der Emittentin lautet „Oberösterreichische Landesbank Aktiengesellschaft“. Die kommerziellen Namen der Emittentin lauten "HYPO Oberösterreich" und "Oberösterreichische Landesbank AG".

4.3 Ort der Registrierung der Emittentin und ihre Registrierungsnummer

Die Emittentin ist beim Landesgericht Linz als zuständiges Handelsgericht unter der FN 157656 y im Firmenbuch eingetragen.

4.4 Datum der Gründung

Die Emittentin wurde am 23.7.1890 auf unbestimmte Zeit gegründet.

4.5 Sitz und Rechtsform der Emittentin

Die Emittentin hat die Rechtsform einer Aktiengesellschaft nach dem Recht der Republik Österreich und ihren Sitz in Linz. Ihre Geschäftsanschrift lautet A-4010 Linz, Landstraße 38. Die Telefonnummer der Emittentin lautet: +43 (0) 732 7639-0. Die Emittentin ist in und entsprechend der Rechtsordnung der Republik Österreich tätig.

4.6 Wichtige Ereignisse aus jüngster Zeit in der Geschäftstätigkeit der Emittentin

Die Emittentin ist eine österreichische Landes-Hypothekenbank. Als österreichische Landes-Hypothekenbank ist die Emittentin Mitgliedinstitut der Pfandbriefbank (Österreich) AG (die "**Pfandbriefbank**"), welche mittels Bundesgesetz konstituiert wurde. Die Mitglied institute haften gemäß § 2 Abs 1 Pfandbriefstelle-Gesetz ("**PfBrStG**") zur ungeteilten Hand für die Verbindlichkeiten der Pfandbriefbank. Die Gewährträger der Mitglied institute haften gemäß § 2 Abs 2 PfBrStG zur ungeteilten Hand für alle bis zum 2.4.2003 entstandenen Verbindlichkeiten der Pfandbriefbank. Für alle nach dem 2.4.2003 bis zum 1.4.2007 entstandenen Verbindlichkeiten haften die Gewährträger zur ungeteilten Hand nur dann, wenn die vereinbarten Laufzeiten nicht über den 30.9.2017 hinausgehen. Für alle nach dem 1.4.2007 entstandenen Verbindlichkeiten besteht keine Haftung der Gewährträger mehr.

Die Pfandbriefbank hat auf dieser Grundlage Emissionen begeben und die Emissionserlöse an die jeweiligen Landes-Hypothekenbanken weitergeleitet. Für die Rückzahlung dieser Emissionen der Pfandbriefbank haften daher die jeweiligen Mitglied institute (Landes-Hypothekenbanken) und deren Gewährträger gemäß PfBrStG zur ungeteilten Hand. Dieses Haftungsverhältnis birgt somit das Risiko, einen nachteiligen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin zu bewirken.

Die Pfandbriefbank hat für die HETA Asset Resolution AG ("**HETA**") bestimmte Schuldverschreibungen (die "**HETA-Pfandbriefbank-Anleihen**") begeben und die Emissionserlöse daraus an die HETA weitergeleitet. Die FMA hat mit Mandatsbescheid vom 1.3.2015 ein Zahlungs-Moratorium über die HETA (das "**Moratorium**") erlassen.

Das bedeutet unter anderem, dass die HETA in Bezug auf die HETA-Pfandbriefbank-Anleihen die Zins- und Tilgungszahlungen aus den weitergeleiteten Emissionserlösen gegenüber der Pfandbriefbank nicht mehr bedienen darf. Daraus ergeben sich Verbindlichkeiten der Pfandbriefbank in Höhe von gesamt etwa EUR 1,2 Mrd. aus HETA-Pfandbriefbank-Anleihen ohne gleichzeitigen Deckungsanspruch gegenüber der HETA und somit im Ergebnis eine potentielle Deckungslücke in gleicher Höhe.

Aufgrund der gesetzlichen Haftungsbestimmungen sind die Landes-Hypothekenbanken und die Bundesländer gefordert, in eine Liquiditätsvorleistung zur Bedienung der Verpflichtungen der Pfandbriefbank (Pfandbriefstelle) zu treten. Bis zum Ablauf des Moratoriums sind etwa EUR 800 Mio. an über die Pfandbriefstelle begebenen HETA-Pfandbriefbank-Anleihen fällig, die anteilig von den oben Genannten zu tragen sind. Um diese Liquiditätsbereitstellung sicherzustellen, wurde die „Vereinbarung über die Erfüllung und Abwicklung der Solidarhaftung gemäß § 2 PfBrStG sowie die Abwicklung von Ausgleichsansprüchen im Innenverhältnis“, zwischen der Pfandbriefstelle der österreichischen Landes-Hypothekenbanken, der Pfandbriefbank, den einzelnen Mitglied instituten und dem Land Kärnten abgeschlossen. In Umsetzung dieser Vereinbarung wurden von der Emittentin bereits entsprechende Zahlungen geleistet. Für das aus der Solidarhaftung bestehende Risiko wurden von der Emittentin entsprechende bilanzielle Vorsorgen gebildet. Das Erfordernis der Vorsorge aus der Solidarhaftung wurde von der Emittentin zum Stichtag 30.06.2015 unter Berücksichtigung der oben genannten Vereinbarung überprüft und die

Vorsorge in angemessenem Ausmaß erhöht. Die Höhe eines zu erwartenden Mittelabflusses sowie die Einbringlichkeit möglicher Ansprüche gegenüber der HETA und dem Land Kärnten sind mit Unsicherheiten behaftet.

Mit dem Budgetbegleitgesetz 2011 wurde die Stabilitätsabgabe ("**Bankensteuer**") eingeführt, die von Kreditinstituten iSd Bankwesengesetzes (BWG) zu zahlen ist. Die Bankensteuer wurde zuletzt durch das Abgabenänderungsgesetz 2014 erhöht. Die Bemessungsgrundlage der Stabilitätsabgabe ist die durchschnittliche unkonsolidierte Bilanzsumme vermindert um bestimmte Bilanzposten.

Am 21.12.2015 veröffentlichte die FMA die Kapitalpufferverordnung ("**KP-V**"), welche die Festlegung und Anerkennung der antizyklischen Kapitalpufferrate gemäß § 23a Abs 3 BWG, über die Festlegung des Systemrisikopuffers gemäß § 23d Abs 3 BWG sowie über die nähere Ausgestaltung der Berechnungsgrundlagen gemäß § 23a Abs 3 Z 1 BWG und § 24 Abs 2 BWG (letzteres betrifft die Berechnung des maximalen ausschüttungsfähigen Betrages) festlegt. Die KP-V trat am 1.1.2016 in Kraft. Gemäß der KP-V beträgt ab dem 1.1.2016 die antizyklische Kapitalpufferquote für ein Kreditinstitut mit Sitz in Österreich für in Österreich belegene wesentliche Kreditrisikopositionen 0,00%. Wird von der zuständigen Aufsichtsbehörde eines anderen EU-Mitgliedstaats oder eines Drittlands eine nationale antizyklische Kapitalpufferquote von über 2,50% festgelegt, ist im Fall eines Kreditinstituts mit Sitz in Österreich eine antizyklische Kapitalpufferquote von 2,50% in ihrem EU-Mitgliedstaat oder Drittland belegene wesentliche Kreditrisikopositionen heranzuziehen. Außerdem setzt die KP-V die geänderte Empfehlung des Finanzmarktstabilitätsgremiums (FMSG) vom 7.9.2015 zur Vorschreibung eines Systemrisikopuffers um. Gemäß der K-PV schreibt die FMA der Hypo Oberösterreich eine Kapitalpufferquote für systemische Verwundbarkeit in Höhe von 1,00% vor.

5. Geschäftsüberblick

5.1 Haupttätigkeitsbereiche

5.1.1 Haupttätigkeit der Emittentin

Die HYPO Oberösterreich ist spezialisiert auf langfristige Ausleihungen, insbesondere im Wohnbaubereich.

Die HYPO Oberösterreich hat sich auch auf den Bereich der Wertpapiergeschäfte fokussiert. Der Schwerpunkt der Emissionstätigkeit liegt bei Wohnbauanleihen sowie Inhaber- und Namenspfandbriefen.

Gemäß ihrer Bankkonzession ist sie zum Betrieb folgender Bankgeschäfte berechtigt:

§ 1 Abs. 1 Z 1 BWG: Die Entgegennahme fremder Gelder zur Verwaltung oder als Einlage (Einlagengeschäft);

§ 1 Abs. 1 Z 2 BWG: Die Durchführung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs und des Abrechnungsverkehrs in laufender Rechnung für andere (Girogeschäft);

§ 1 Abs. 1 Z 3 BWG: Der Abschluss von Geldkreditverträgen und die Gewährung von Gelddarlehen (Kreditgeschäft);

§ 1 Abs. 1 Z 4 BWG: Der Kauf von Schecks und Wechseln, insbesondere die Diskontierung von Wechseln (Diskontgeschäft);

§ 1 Abs. 1 Z 5 BWG: Die Verwahrung und Verwaltung von Wertpapieren für andere (Depotgeschäft);

§ 1 Abs. 1 Z 6 BWG: Die Ausgabe und Verwaltung von Zahlungsmitteln wie Kreditkarten und Reiseschecks;

§ 1 Abs. 1 Z 7 BWG: Der Handel auf eigene oder fremde Rechnung mit

(a) ausländischen Zahlungsmitteln (Devisen- und Valutengeschäft);

(b) Geldmarktinstrumenten;

(c) Finanzterminkontrakten (Futures) einschließlich gleichwertigen Instrumenten mit Barzahlung und Kauf- und Verkaufsoptionen auf die in lit. a und d bis f genannten Instrumente einschließlich gleichwertigen Instrumenten mit Barzahlung (Termin- und Optionsgeschäft);

(d) Zinsterminkontrakten, Zinsausgleichsvereinbarungen (Forward Rate Agreements, FRA), Zins- und Devisenswaps sowie Swaps auf Substanzwerte oder auf Aktienindices ("equity swaps");

(e) Wertpapieren (Effektengeschäft); und

(f) von lit. b bis e abgeleiteten Instrumenten;

sofern der Handel nicht für das Privatvermögen erfolgt.

§ 1 Abs. 1 Z 8 BWG: Die Übernahme von Bürgschaften, Garantien und sonstigen Haftungen für andere, sofern die übernommene Verpflichtung auf Geldleistungen lautet (Garantiegeschäft);

§ 1 Abs. 1 Z 9 BWG: Die Ausgabe von Pfandbriefen, Kommunalschuldverschreibungen und fundierten Bankschuldverschreibungen und die Veranlagung des Erlöses nach den hierfür geltenden besonderen Rechtsvorschriften (Wertpapieremissionsgeschäft) - ausgenommen die Ausgabe von fundierten Bankschuldverschreibungen;

§ 1 Abs. 1 Z 10 BWG: Die Ausgabe anderer festverzinslicher Wertpapiere zur Veranlagung des Erlöses in anderen Bankgeschäften (sonstiges Wertpapieremissionsgeschäft);

§ 1 Abs. 1 Z 11 BWG: Die Teilnahme an der Emission Dritter eines oder mehrerer der in Z 7 lit. b bis f genannten Instrumente und die diesbezüglichen Dienstleistungen (Loroemissionsgeschäft);

§ 1 Abs. 1 Z 15 BWG: Das Finanzierungsgeschäft durch Erwerb von Anteilsrechten und deren Weiterveräußerung (Kapitalfinanzierungsgeschäft);

§ 1 Abs. 1 Z 16 BWG: Der Ankauf von Forderungen aus Warenlieferungen oder Dienstleistungen, die Übernahme des Risikos der Einbringlichkeit solcher Forderungen - ausgenommen die Kreditversicherung - und im Zusammenhang damit der Einzug solcher Forderungen (Factoringgeschäft);

§ 1 Abs. 1 Z 17 BWG: Der Betrieb von Geldmaklergeschäften im Interbankenmarkt

§ 1 Abs. 1 Z 18 BWG: Die Vermittlung von Geschäften nach

- (a) Z 1, ausgenommen durch Unternehmen der Vertragsversicherung;
- (b) Z 3, ausgenommen die im Rahmen der Gewerbe der Immobilienmakler und der Vermittlung von Personalkrediten, Hypothekarkrediten und Vermögensberatung vorgenommene Vermittlung von Hypothekar- und Personalkrediten;
- (c) Z 7 lit. a, soweit diese das Devisengeschäft betrifft; und
- (d) Z 8.

5.1.2 Wichtige neue Produkte und/oder Dienstleistungen

Die Emittentin verfügt über keine wichtigen neuen Produkte und/oder Dienstleistungen.

5.1.3 Wichtige Märkte

Die HYPO Oberösterreich ist eine Universalbank, die ihren geographischen Schwerpunkt in Oberösterreich hat. Sie verfügt überdies über eine Zweigniederlassung in Wien. Eine Aufschlüsselung der Gesamtumsätze nach Art der Tätigkeit und geographischem Markt ist daher nicht notwendig.

5.1.4 Grundlage für Angaben zur Wettbewerbsposition

Trifft nicht zu.

6. Organisationsstruktur

6.1. Gruppe, Stellung der Emittentin innerhalb dieser Gruppe

Die HYPO Oberösterreich-Gruppe besteht aus der Emittentin und derzeit 7 Tochterunternehmen, an denen die Hypo Oberösterreich direkt oder indirekt mehr als 50 % der Stimmrechte hält und die ihren Sitz im Inland haben. 4 wesentliche inländische assoziierte Unternehmen werden nach der Equity-Methode bewertet. 16 Tochterunternehmen und assoziierte Unternehmen mit untergeordneter Bedeutung für den Einblick in die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns wurden nicht konsolidiert.

6.2 Abhängigkeit innerhalb dieser Gruppe

Die Emittentin ist von keinen anderen Einheiten innerhalb der HYPO Oberösterreich-Gruppe abhängig.

7. Trend Informationen

7.1 Erklärung betreffend negative Veränderungen seit dem letzten Jahresabschluss

Zu den bilanziellen Vorsorgen der Emittentin aufgrund des Zahlungs-Moratoriums der FMA über die HETA siehe Punkt 4.6. oben.

Darüber hinaus gab es seit dem 31.12.2014 keine wesentlichen negativen Veränderungen in den Aussichten der Emittentin.

7.2 Informationen über die Beeinflussung der Aussichten der Emittentin im laufenden Geschäftsjahr

Außer den in Punkt 4.6 genannten wichtigen Ereignissen sind der Emittentin seit dem Ende des letzten Geschäftsjahres keine Trends, Unsicherheiten, Nachfrage, Verpflichtungen oder Vorfälle bekannt, die voraussichtlich die Aussichten der Emittentin zumindest im laufenden Geschäftsjahr wesentlich beeinflussen dürften.

8. Gewinnprognosen oder -schätzungen

Die Emittentin stellt keine Gewinnprognosen oder -schätzungen zur Verfügung.

9. Verwaltungs-, Geschäftsführungs- und Aufsichtsorgane

9.1 Mitglieder der Verwaltungs-, Geschäftsführungs- und Aufsichtsorgane

Die nachfolgenden Tabellen enthalten auch die Angaben zu allen Unternehmen und Gesellschaften, bei denen Mitglieder des Aufsichtsrates und des Vorstandes der Hypo

Oberösterreich während der letzten fünf Jahre Mitglieder der Verwaltungs-, Geschäftsführung- oder Aufsichtsorgane oder Partner waren.

Alle derzeit im Amt befindlichen Organmitglieder sind unter der Adresse der Hypo Oberösterreich, A-4010 Linz, Landstraße 38, erreichbar.

Es bestehen keine verwandtschaftlichen Beziehungen zwischen den in den nachfolgenden Tabellen angeführten Personen. Kein Mitglied des Vorstandes oder des Aufsichtsrats der Emittentin

- ist oder war während der letzten 5 Jahre neben den unten offen gelegten Tätigkeiten Mitglied des Verwaltungs-, Geschäftsführungs- oder Aufsichtsorgans oder Partner einer Gesellschaft oder eines Unternehmens außerhalb der Tochtergesellschaften der Emittentin;
- wurde während der letzten 5 Jahre in Bezug auf betrügerische Straftaten schuldig gesprochen;
- war während der letzten 5 Jahre als Mitglied des Verwaltungs-, Geschäftsführungs- oder Aufsichtsorgans oder als Mitglied des oberen Managements einer Gesellschaft in die Insolvenz, oder die Insolvenzverwaltung oder Liquidation einer solchen Gesellschaft involviert;
- war von öffentlichen Anschuldigungen und/oder Sanktionen von Seiten der gesetzlichen Behörden oder der Regulierungsbehörden (einschließlich Berufsverbände) betroffen;
- wurde jemals von einem Gericht für die Mitgliedschaft in einem Verwaltungs-, Geschäftsführungs- oder Aufsichtsorgan eines Emittenten als untauglich angesehen; sowie
- wurde während der letzten 5 Jahre von einem Gericht für die Tätigkeit im Management oder für die Führung der Geschäfte eines Emittenten als untauglich angesehen.

Sämtliche Vorstände haben einschlägige Erfahrung im Banken- und Finanzierungsbereich.

9.1.1. Vorstand

Dr. Andreas Mitterlehner Vorstandsvorsitzender

Funktion	Gesellschaft	Position aufrecht
Vizepräsident	Verband der österreichischen Landes- Hypothekenbanken	Ja

AR	Hypo-Banken-Holding Gesellschaft m.b.H.	Ja
AR	Hypo-Haftungs-Gesellschaft m.b.H	Ja
AR Vors	Hypo-Wohnbaubank Aktiengesellschaft	Ja
AR Stv Vors	EBS Wohnungsgesellschaft mbH Linz	Ja
AR Stv Vors	WAG Wohnungsanlagen Gesellschaft m.b.H.	Ja
AR	SALZBURGER LANDES- HYPOTHEKENBANK AKTIENGESELLSCHAFT	Ja
AR	EurothermenResort Bad Schallerbach GmbH	Ja
GF	Raiffeisenlandesbank Oberösterreich Invest GmbH	Ja
AR	Pfandbriefbank (Österreich) AG	Ja
AR	Hypo-Bildung GmbH	Nein
AR Vors	Hypo Immobilien Anlagen Aktiengesellschaft (GmbH)	Nein
AR	Oberösterreichische Kreditgarantiegesellschaft m.b.H.	Nein

Mag. Thomas Wolfsgruber
Mitglied des Vorstandes

Funktion	Gesellschaft	Position aufrecht
AR	Salzburger UnternehmensbeteiligungsgesmbH	Nein
AR Stv Vors	Hypo Immobilien Anlagen Aktiengesellschaft	Nein
AR	Salzburger Kreditgarantiegesellschaft mbH	Nein
AR	SALZBURGER LANDES- HYPOTHEKENBANK AKTIENGESELLSCHAFT	Ja
AR	Oberösterreichische	Ja

	Kreditgarantiegesellschaft mbH	
--	--------------------------------	--

Mag. Sonja Ausserer-Stockhamer
Vorstandsvorsitzende Stellvertreterin

(Quelle: Eigene Darstellung der Emittentin basierend auf aktuellen Firmenbuchdaten und eigenen Erhebungen der Emittentin unter den Vorstandsmitgliedern)

Gemäß § 10 der Satzung der Emittentin besteht der Vorstand aus zwei bis drei Mitgliedern. Die Emittentin wird gemäß § 11 ihrer Satzung durch zwei Vorstandsmitglieder gemeinsam oder durch eines von ihnen gemeinsam mit einem Gesamtprokuristen vertreten.

9.1.2 Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat der Emittentin besteht aus folgenden 15 Mitgliedern. Die wesentlichen Funktionen der Mitglieder des Aufsichtsrates außerhalb der Emittentin sind:

Mag. Othmar Nagl
Vorsitzender des Aufsichtsrates

Funktion	Gesellschaft	Position aufrecht
Vorstand	Oberösterreichische Versicherung Aktiengesellschaft	Ja
Vorstand/ Obmann-Stv.	„BVS“ – Brandverhütungsstelle für Oberösterreich, registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung	Ja
Vorstand	Oberösterreichische Wechselseitige Versicherung Vermögensverwaltung	Ja
Geschäfts- führer	M!Serv Marketing Services GmbH	Ja
Geschäfts- führer	OÖ Fonds-Beta Beteiligungs- und Finanzierungs GmbH	Ja
Geschäfts- führer	OÖV-Holding Gesellschaft m.b.H.	Ja
Geschäfts- führer	VEC Versicherungs-Experten-Center Gesellschaft m.b.H.	Ja
AR-Vors.Stv.	ATHOS Immobilien Aktiengesellschaft	Ja
AR	KEPLER-FONDS Kapitalanlagegesellschaft m.b.H.	Ja

AR	M.O.F. Beta Immobilien AG	Ja
AR	M.O.F. Immobilien AG	Ja
AR	SALZBURGER LANDES- HYPOTHEKENBANK AKTIENGESELLSCHAFT	Ja
AR	Valida Holding AG	Ja

Dr. Heinrich Schaller
(Stellvertreter des Vorsitzenden)

Funktion	Gesellschaft	Position aufrecht
Vorst Vors	OÖ Wohnbau Privatstiftung	Ja
Vorst Mitglied	Privatstiftung der Raiffeisenlandesbank OÖ AG	Ja
Vorst Vors	Raiffeisenlandesbank OÖ AG	Ja
Vorst Mitglied	Raiffeisenverbandes Oberösterreich e. Gen.	Ja
Vorst Mitglied	Raiffeisen-Einlagensicherung Oberösterreich reg. Genossenschaft mit beschränkter Haftung	Ja
Vorst Mitglied	Österreichische Raiffeisen- Einlagensicherung eGen.	Ja
AR Vors	Privat Bank AG der Raiffeisenlandesbank Oberösterreich	Ja
AR Vors	SALZBURGER LANDES- HYPOTHEKENBANK AKTIENGESELLSCHAFT	Ja
AR Vors	OÖ Wohnbau Gesellschaft für den Wohnungsbau gemeinnützige GmbH	Ja
AR Vors	OÖ Wohnbau gemeinnützige Wohnbau und Beteiligung GmbH	Ja
AR Vors Stv	Raiffeisen-Kredit-Garantiegesellschaft m.b.H.	Ja
AR Vors Stv	Raiffeisen Zentralbank Österreich AG	Ja

AR Vors Stv	Raiffeisen Bank International AG	Ja
AR Vors Stv	Voestalpine AG	Ja
AR Vors Stv	Saline Austria Aktiengesellschaft	Ja
AR Vors Stv	Energie AG Oberösterreich	Ja
AR Vors Stv	Österreichischen Salinen Aktiengesellschaft	Ja
AR Vors Stv	AMAG Austria Metall AG	Ja
AR Mitglied	VIVATIS Holding AG	Ja
GF	R-Landesbanken-Beteiligung GmbH	Ja
GF	Raiffeisen-Landesbanken-Holding GmbH	Ja
GF	Raiffeisenbankengruppe OÖ Verbund eingetragene Genossenschaft	Ja
GF	RLB Holding registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung OÖ	Ja
GF	Raiffeisenlandesbank Oberösterreich Invest GmbH	Ja
AR Vors Stv	EXAA Abwicklungsstelle für Energieprodukte AG	Nein
Vorst	CEESEG Aktiengesellschaft	Nein
Vorst	Wiener Börse AG	Nein
AR Vors	gbv services gemeinnützige GmbH	Nein
AR Mitglied	Central European Gas Hub GmbH	Nein

**Mag. Rene Lindner
(Stellvertreter des Vorsitzenden)**

Funktion	Gesellschaft	Position aufrecht
Gesellschafter, GF	Hengstschläger Lindner und Partner Rechtsanwälte GmbH	Ja
GF	BCV Komplementär GmbH	Ja
GF	Gruberstrasse 21 Vermietungs GmbH	Ja

Gesellschafter	HENGSTSCHLÄGER LINDNER RECHTSANWALTSPARTNERSCHAFT	Nein
Kommanditist	HENGSTSCHLÄGER KOMMUNIKATIONS-AGENTUR KEG	Nein
Vors Stv	VERITAS-PRIVATSTIFTUNG	Nein
GF	Irouschek GmbH	Nein
Funktionsträger	Heinrich Irouschek GmbH & Co.KG	Nein

Dr. Gerhard Wildmoser

Funktion	Gesellschaft	Position aufrecht
Gesellschafter	„Mitropa“ Institut für Wirtschafts- und Sozialforschung Gesellschaft m.b.H.	Ja
Gesellschafter	ECOQUEST Market Research & Consulting GmbH	Ja
Gesellschafter, GF	Wildmoser/Koch & Partner Rechtsanwälte GmbH	Ja
Gesellschafter	EVW Energieversorgung GmbH	Ja
Gesellschafter	EVG Energieversorgung GmbH	Ja
Gesellschafter, GF	WILDMOSER GmbH	Ja
Vorst Vors	DIAMOND Privatstiftung,	Ja
Vorst Vors	MACULAN Privatstiftung	Ja
Vorst	Privatstiftung für die Standorterhaltung in Oberösterreich	Ja
Vorst	Vorstand Oberösterreichischer Verband selbständiger Wirtschaftstreibender Privatstiftung	Ja
Vorst	Traunstein Privatstiftung	Ja
Vorst Vors	wotoo Medien Privatstiftung	Ja
AR Vors	Asamer Familienholding GmbH	Ja

AR Vors	QuadraCir AG	Ja
AR Vors	Invest Unternehmensbeteiligungs Aktiengesellschaft	Ja
AR Vors	Ottakringer Holding AG	Ja
AR Vors	Schachermayer-Grosshandelsgesellschaft m.b.H.	Ja
AR Vors	MTB Beteiligungs AG	Ja
AR Vors Stv	ISOROC Holding AG	Ja
AR Vors Stv	VIVATIS Holding AG	Ja
AR Mitglied	Software Competence Center Hagenberg GmbH	Ja
AR Mitglied	Linz Center of Mechatronics GmbH	Ja
GF	Menz Beratungs- und Beteiligungs GmbH	Ja
GF	wootoo Medien Beteiligungs GmbH	Ja
Vorst	KATO Privatstiftung	Nein
AR Mitglied	ALPINE Bau GmbH	Nein
AR Mitglied	New Energy AG	Nein
AR Vors	ACCENTUS Beteiligungs AG,	Nein
Kommanditist	Koch, Rothner & Co KG	Nein
AR Mitglied	ISOROC Holding AG	Nein
AR Mitglied	Invest Unternehmensbeteiligungs AG	Nein
AR Mitglied	FACC Operations GmbH.	Nein
AR Mitglied	MTB Beteiligungen AG	Nein
Gesellschafter	BAUMAT Handel mit Bausystemen GmbH in Liquidation	Nein
Gesellschafter	Leitl Industriebeteiligungs GmbH	Nein
GF	ICR GmbH	Nein

Kommanditist	„Austria“ Industrie- und Handelsgesellschaft m.b.H. & Co. KG.	Nein
AR Mitglied	Schachermayer Industrie- u. Handelsgesellschaft m.b.H. (Ungarn)	Ja

Dr. Georg Starzer

Funktion	Gesellschaft	Position aufrecht
Vorst	Raiffeisenlandesbank Oberösterreich Aktiengesellschaft	Ja
Vorst	Privatstiftung der Raiffeisenlandesbank Oberösterreich Aktiengesellschaft	Ja
Vorst	RB Linz-Traun Verwaltungsgenossenschaft registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung	Ja
AR Vors	EBS Wohnungsgesellschaft mbH Linz	Ja
AR Vors	WAG Wohnungsanlagen Gesellschaft m.b.H.	Ja
AR Vors Stv	Gemeinnützige Industrie-Wohnungsaktiengesellschaft	Ja
AR Vors Stv	SALZBURGER LANDES-HYPOTHEKENBANK AKTIENGESELLSCHAFT	Ja
AR Mitglied	Oberösterreichische Versicherung AG	Ja
AR Mitglied	Design Center Linz Betriebsgesellschaft m.b.H.	Ja
AR Mitglied	Valida Holding AG	Nein
AR Vors	Gemeinnützige Wohnbau- Gesellschaft m.b.H. in Enns	Nein
AR Vors Stv	Gesellschaft für den Wohnungsbau, Gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Nein
AR Mitglied	Privat Bank AG der Raiffeisenlandesbank Oberösterreich	Nein

AR Vors	OÖ Wohnbau gemeinnützige Wohnbau und Beteiligungs GmbH.	Nein
AR Vors Stv	gbv servicesgemeinnützige GmbH	Nein
AR Vors Stv	KMU Beteiligungs AG der Raiffeisenlandesbank OÖ	Nein

Ing. Volkmar Angermeier

Funktion	Gesellschaft	Position aufrecht
Vorst	OÖ. Obst- und Gemüseverwertungsgenossenschaft (EFKO)	Ja
Vorst Vors	Raiffeisenbank Region Eferding reg. Gen.m.b.H.	Ja
Vorst	Raiffeisenbankengruppe OÖ Verbund eingetragene Genossenschaft	Ja
Vorst	Raiffeisenverband OÖ registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung	Ja
Vorst	RLB Holding registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung OÖ	Ja
Vorst	Raiffeisen-Einlagensicherung Oberösterreich registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung	Ja
AR Mitglied	PRIVAT BANK AG der Raiffeisenlandesbank OÖ	Ja
AR Vors Stv	Raiffeisenlandesbank OÖ AG	Ja
AR Mitglied	Raiffeisen-Kredit-Garantiesellschaft m.b.H.	Ja
AR Mitglied	OÖ Wohnbau gemeinnützige Wohnbau und Beteiligung GmbH, 4020 Linz	Ja
Mitglied Kuratorium	Diakoniewerk Gallneukirchen	Ja
AR Mitglied	gbv services gemeinnützige gmbH	Nein
Obmann Stv	RBG OÖ Struktur e.Gen	Nein

Mag. Dr. Peter Baier

Funktion	Gesellschaft	Position aufrecht
Gesellschafter	Fa. BAIER & BAIER	Ja
Vorstand, Stifter	APB Privatstiftung	Ja

Mag. Karin Jenatschek, MBA**Mag. Jasmine Chansri****Mag. Markus Vockenhuber**

Funktion	Gesellschaft	Position aufrecht
Vorst Mitglied	Privatstiftung der Raiffeisenlandesbank OÖ AG	Ja
Vorst Mitglied	Raiffeisenlandesbank OÖ AG	Ja
AR Vors Stv	OÖ Kreditgarantiegesellschaft m.b.H.	Ja
AR Vors Stv	OÖ UnternehmensbeteiligungsgesmbH	Ja
AR Vors Stv	Raiffeisen KMU Beteiligungs AG, 4020 Linz	Ja
AR Mitglied	PRIVAT Bank AG der Raiffeisenlandesbank OÖ	Ja
GF	Raiffeisen-Kredit-Garantiegesellschaft mbH	Ja
Vorst Mitglied	S.M. Wild Privatstiftung	Nein
AR Mitglied	OÖ Wohnbau gemeinnützige Wohnbau und Beteiligung GmbH, 4020 Linz	Nein
AR Mitglied	OÖ Wohnbau Gesellschaft für den Wohnungsbau gemeinnützige GmbH	Nein
AR Vors Stv	Salinen Austria AG	Nein
AR Mitglied	Österreichische Salinen AG	Nein
AR Mitglied	Invest Unternehmensbeteiligungs AG	Nein
AR Mitglied	<i>FACC AG, 4910 Ried im Innkreis</i>	Nein

AR Mitglied	gbv services gemeinnützige Gmbh	Nein
-------------	---------------------------------	------

Boris Nemec

(vom Betriebsrat entsandt)

Funktion	Gesellschaft	Position aufrecht
AR Mitglied	OÖ Landesholding GmbH	Ja

Kurt Dobersberger

(vom Betriebsrat entsandt)

Jürgen Gadomski MBA

(vom Betriebsrat entsandt)

Sabine Schützing

(vom Betriebsrat entsandt)

Andrea Koppe MBA

(vom Betriebsrat entsandt)

(Quelle: Eigene Darstellung der Emittentin basierend auf aktuellen Firmenbuchdaten und eigenen Erhebungen der Emittentin unter den Aufsichtsratsmitgliedern)

9.1.3 Staatskommissäre

Sofern gesetzlich nichts anderes bestimmt ist, hat der Bundesminister für Finanzen bei Kreditinstituten deren Bilanzsumme eine Milliarde Euro übersteigt einen Staatskommissär und dessen Stellvertreter für eine Funktionsperiode von längstens fünf Jahren mit der Möglichkeit der Wiederbestellung zu bestellen. Nach früherer Rechtslage wurden Staatskommissäre und ihre Stellvertreter – so auch für die Emittentin – auf unbestimmte Zeit bestellt.

Gegenwärtig wurden vom Bundesminister für Finanzen folgende Personen als Staatskommissäre in die Emittentin entsandt:

Name	Funktionsantritt	Stellung
SC Mag. Helga Berger	1.1.2016	Staatskommissärin
Mag. Christoph Kreutler	1.12.2000	Stellvertreter
(Quelle: Eigene Darstellung der Emittentin)		

Ihnen kommen im Hinblick auf die Emittentin folgende Rechte und Pflichten zu:

Teilnahmerecht. Der Staatskommissär und dessen Stellvertreter sind von der Emittentin zu den Hauptversammlungen, zu den Sitzungen des Aufsichtsrates, der

Prüfungsausschüsse sowie zu entscheidungsbefugten Ausschüssen des Aufsichtsrates rechtzeitig einzuladen. Auf ihren Antrag ist ihnen jederzeit das Wort zu erteilen. Alle Niederschriften über diese Sitzungen der angeführten Organe sind dem Staatskommissär und seinem Stellvertreter zu übersenden.

Einspruchsrecht. Der Staatskommissär oder im Falle von dessen Verhinderung dessen Stellvertreter haben gegen Beschlüsse der oben genannten Organe, durch die sie gesetzliche oder sonstige Vorschriften oder Bescheide des Bundesministers für Finanzen oder der FMA für verletzt erachten, unverzüglich Einspruch zu erheben und hiervon der FMA zu berichten. Im Einspruch haben sie anzugeben, gegen welche Vorschriften nach ihrer Ansicht der Beschluss verstößt. Beschlüsse, die außerhalb einer Sitzung oder im Ausland gefasst werden, sind sogleich dem Staatskommissär und dessen Stellvertreter mitzuteilen. In einem solchen Fall können der Staatskommissär oder im Falle von dessen Verhinderung sein Stellvertreter Einspruch nur schriftlich binnen zwei Bankarbeitstagen nach Zustellung des Beschlusses erheben.

Wirkung des Einspruchs. Durch den Einspruch wird die Wirksamkeit des Beschlusses bis zur aufsichtsbehördlichen Entscheidung aufgeschoben. Die Emittentin kann binnen einer Woche, gerechnet vom Zeitpunkt des Einspruches, die Entscheidung der FMA beantragen. Wird nicht binnen einer Woche nach Einlangen des Antrages entschieden, tritt der Einspruch außer Kraft. Wird der Einspruch bestätigt, so ist die Vollziehung des Beschlusses unzulässig.

Einsichtsrecht. Dem Staatskommissär und dessen Stellvertreter steht das Recht zu, in die Schriftstücke und Datenträger der Emittentin Einsicht zu nehmen, soweit es für die Erfüllung ihrer Aufgaben, insbesondere der Überwachung der Einhaltung der gesetzlichen oder sonstigen Vorschriften und Bescheide des Bundesministers für Finanzen und der FMA erforderlich ist. Unterlagen, die den Sitzungsteilnehmern der oben genannten Organe zur Verfügung stehen, sind ihnen spätestens zwei Bankarbeitstage vor der Sitzung zu übermitteln; und

Berichtspflicht. Der Staatskommissär und dessen Stellvertreter haben ihnen bekannt gewordene Tatsachen, auf Grund derer die Erfüllung der Verpflichtungen der Emittentin gegenüber ihren Gläubigern und insbesondere die Sicherheit der ihm anvertrauten Vermögenswerte nicht mehr gewährleistet ist, unverzüglich der Finanzmarktaufsicht mitzuteilen und jährlich einen schriftlichen Bericht über ihre Tätigkeit zu übermitteln.

9.2 Potentielle Interessenkonflikte

Die Mitglieder des Vorstandes und des Aufsichtsrats der Emittentin üben wesentliche Organfunktionen und sonstige leitende Funktionen (zB als Vorstand, Aufsichtsrat, Geschäftsführer, Geschäftsleiter, Prokurist) in anderen Gesellschaften in- und außerhalb des österreichischen Hypothekenbankensektors aus. Aus dieser Tätigkeit können sich potentielle Interessenkonflikte mit ihrer Organfunktion bei der Emittentin ergeben. Derartige Interessenkonflikte bei den Organmitgliedern können insbesondere

dann auftreten, wenn diese über Maßnahmen zu entscheiden haben, bei welchen die Interessen der Emittentin von jenen anderer Banken und/oder Gesellschaften des österreichischen Hypothekenbankensektors abweichen (zB bei Veräußerung wichtiger Vermögensgegenstände, gesellschaftsrechtlichen Maßnahmen, wie Spaltungen, Verschmelzungen oder Kapitalerhöhungen, Übernahmen, der Genehmigung des Jahresabschlusses, Gewinnausschüttung, Beteiligungen, etc.). Die Emittentin erklärt, dass ihr derzeit keine konkreten Interessenkonflikte bekannt sind.

Es bestehen keine Vereinbarungen oder Abmachungen mit den Hauptaktionären, Kunden, Lieferanten oder sonstigen Personen, aufgrund deren eine in Punkt 9.1 genannte Person zum Mitglied eines Verwaltungs-, Geschäftsführungs- oder Aufsichtsorgans bzw. zum Mitglied des oberen Managements bestellt wurde.

Keine der in Punkt 9.1 genannten Personen hält Wertpapiere der Emittentin, die sie zur Ausübung des Stimmrechtes in der Hauptversammlung der Emittentin berechtigen bzw. die in solche Wertpapiere umgewandelt werden können. Entsprechend bestehen auch keine Verkaufsbeschränkungen.

10. Hauptaktionäre

10.1 Hauptaktionäre

Das Grundkapital der Emittentin beträgt EUR 14.663.590,00 und ist in 2.017.000 Stückaktien geteilt, wovon 2.000.000 Stamm-Stückaktien und 17.000 stimmrechtslose Vorzugs-Stückaktien sind. Jede Stückaktie ist in gleichem Umfang am Grundkapital der Emittentin beteiligt. Der auf die Stückaktie entfallende rechnerische Betrag am Grundkapital beträgt gerundet EUR 7,27.

Indirekter Eigentümer der Hypo Oberösterreich ist zu 50,57 % das Land Oberösterreich. Die Anteile werden über die Oberösterreichische Landesholding GmbH, die zu 100 % im Eigentum des Landes Oberösterreich steht, gehalten. 48,59 % der Anteile hält der Hypo Oberösterreich die HYPO Holding GmbH, an der die Raiffeisenlandesbank Oberösterreich Aktiengesellschaft, die Generali Holding Vienna AG sowie die Oberösterreichische Versicherungs AG beteiligt sind. Im Ergebnis ergibt dies durchgerechnet folgende Beteiligung an der Oberösterreichischen Landesbank AG: Raiffeisenlandesbank Oberösterreich Aktiengesellschaft 38,57 %, Generali Holding Vienna AG 3,04 % und Oberösterreichische Versicherung AG 6,98 %.

Die Mitarbeiterinnen sind über stimmrechtslose Vorzugsaktien mit 0,84 % am Grundkapital der Emittentin beteiligt

10.2 Vereinbarung betreffend die Kontrolle der Emittentin

Der Emittentin sind keine Vereinbarungen bekannt, deren Ausübung zu einem späteren Zeitpunkt zu einer Veränderung bei der Kontrolle der Emittentin führen könnte.

11. Finanzinformationen über die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin

11.1 Historische Finanzinformationen

Die in Übereinstimmung mit den International Financial Reporting Standards (IFRS) und den ergänzend nach § 59a BWG anzuwendenden bank- und unternehmensrechtlichen Vorschriften erstellten geprüften konsolidierten Jahresabschlüsse der Emittentin zum 31.12.2014 und zum 31.12.2013 sowie der Halbjahresfinanzbericht zum 30.6.2015 sind durch Verweis in diesen Prospekt aufgenommen und können auf der Homepage der Emittentin (www.hypo.at) unter dem folgenden Pfad eingesehen werden: "Über uns" – "Gesetzliche Veröffentlichungen" – "Geschäftsberichte".

Die geprüften konsolidierten Jahresabschlüsse der Emittentin zum 31.12.2014 und zum 31.12.2013 sowie der Halbjahresfinanzbericht zum 30.6.2015 sind bei der Finanzmarktaufsichtsbehörde hinterlegt.

11.2 Jahresabschluss

Siehe Punkt 11.1 oben.

11.3 Prüfung der historischen jährlichen Finanzinformationen

11.3.1 Erklärung über die Prüfung der historischen Finanzinformationen

Die historischen Finanzinformationen wurden von den jeweils darin angeführten Abschlussprüfern geprüft.

11.3.2 Angabe sonstiger Informationen

Abgesehen von den im Kapitel 11.1. "Historische Finanzinformationen" angeführten Informationen wurden in diesen Basisprospekt keine sonstigen von den Abschlussprüfern geprüften Informationen aufgenommen.

11.3.3 Andere Quellen von Finanzdaten

Mit Ausnahme von Daten aus den in diesen Prospekt durch Verweis aufgenommenen geprüften konsolidierten Jahresabschlüsse der Emittentin zum 31.12.2014 und zum 31.12.2013 und aus dem ungeprüften konsolidierten Halbjahresfinanzbericht der Emittentin zum 30.6.2015 enthält das Registrierungsformular keine Finanzdaten, die nicht dem geprüften Jahresabschluss oder dem ungeprüften konsolidierten Halbjahresfinanzbericht der Emittentin entnommen wurden.

11.4 Alter der jüngsten Finanzinformationen

Die letzten geprüften Finanzinformationen datieren vom 31.12.2014 und sind damit jünger als 18 Monate.

11.5 Zwischenfinanzinformationen- und sonstige Finanzinformationen

11.5.1 Veröffentlichte Interims-Finanzinformationen

Der konsolidierte Halbjahresfinanzbericht der Emittentin zum 30.6.2015 ist durch Verweis in diesen Prospekt aufgenommen und kann auf der Homepage der Emittentin unter www.hypo.at unter folgendem Pfad eingesehen werden: "Über uns" – "Gesetzliche Veröffentlichungen" – "Finanzberichte". Der Halbjahresfinanzbericht der Emittentin zum 30.6.2015 wurde weder von einem Wirtschaftsprüfer geprüft noch einer prüferischen Durchsicht unterzogen.

11.5.2 Zwischenabschluss

Siehe den in diesen Prospekt durch Verweis aufgenommenen ungeprüften konsolidierten Halbjahresfinanzbericht der Emittentin zum 30.6.2015.

11.6 Gerichts- und Schiedsgerichtsverfahren

Soweit in diesem Prospekt nichts anderes angegeben ist, gab es gegen die Emittentin keine staatlichen Interventionen, Gerichts- oder Schiedsgerichtsverfahren, die im Zeitraum der letzten 12 Monate bestanden bzw. abgeschlossen wurden, oder die sich erheblich auf die Finanzlage oder die Rentabilität der Emittentin und/oder die HYPO Oberösterreich-Gruppe auswirken bzw. ausgewirkt haben. Nach Kenntnis der Emittentin sind solche Verfahren auch nicht anhängig, eingeleitet oder droht deren Einleitung.

11.7 Wesentliche Veränderungen in der Finanzlage der Emittentin

Es gab seit dem 30.6.2015 keine wesentlichen Veränderung in der Finanzlage der HYPO Oberösterreich-Gruppe.

12. Wesentliche Verträge

Die Emittentin hat außerhalb ihrer normalen Geschäftstätigkeit keine wesentlichen Verträge abgeschlossen, die dazu führen könnten, dass jedwedes Mitglied der HYPO Oberösterreich-Gruppe eine Verpflichtung oder ein Recht erlangt, die bzw. das für die Fähigkeit des Emittentin, ihren Verpflichtungen gegenüber den Anleihegläubigern in Bezug auf die Schuldverschreibungen nachzukommen, von wesentlicher Bedeutung ist.

13. Angaben von Seiten Dritter, Erklärungen von Seiten Sachverständiger und Interessenerklärungen

13.1 Sachverständigen-Berichte

In diesen Prospekt wurden keine Erklärungen oder Berichte von Personen aufgenommen, die als Sachverständige handeln.

13.2 Angaben von Seiten Dritter

In diesen Prospekt wurden mit Ausnahme der Informationen zu Ratings von Standard & Poor's keine Erklärungen oder Berichte von Seiten Dritter aufgenommen. Die Emittentin bestätigt, dass diese Informationen korrekt wiedergegeben wurden und dass – soweit es der Emittentin bekannt ist und sie aus den von dieser dritten Partei übermittelten Informationen ableiten konnte – keine Fakten unterschlagen wurden, die die reproduzierten Informationen unkorrekt oder irreführend gestalten würden.

14. Einsehbare Dokumente

Während der Gültigkeitsdauer des Prospekts können die Kopien der folgenden Dokumente am Sitz der Emittentin, 4010 Linz, Landstraße 38, eingesehen werden:

- dieser Prospekt;
- die Satzung der Emittentin; und
- die geprüften konsolidierten Jahresabschlüsse der Emittentin zum 31.12.2014 und zum 31.12.2013 und den ungeprüften konsolidierten Halbjahresfinanzbericht der Emittentin zum 30.6.2015.

WERTPAPIERBESCHREIBUNG

Die unter diesem Prospekt begeben Schuldverschreibungen werden gemäß den jeweils anwendbaren Muster-Emissionsbedingungen (samt Ergänzungen, soweit anwendbar) und den Endgültigen Bedingungen begeben.

1. Verantwortliche Personen

1.1 Für die im Prospekt gemachten Angaben verantwortliche Personen

Für die inhaltliche Richtigkeit der Angaben der Wertpapierbeschreibung ist die Hypo Oberösterreich, Landstraße 38, 4010 Linz, eingetragen im Firmenbuch zu FN 157656 y verantwortlich.

1.2 Erklärung der für den Prospekt verantwortlichen Personen

Die Hypo Oberösterreich hat die erforderliche Sorgfalt walten lassen, um sicherzustellen, dass die in diesem Prospekt gemachten Angaben ihres Wissens nach richtig sind und keine Tatsachen weggelassen wurden, die die Aussagen des Prospekts wahrscheinlich verändern können.

2. Risikofaktoren

Siehe Kapitel "Risikofaktoren" auf Seiten 34 ff dieses Prospekts.

3. Zentrale Angaben

3.1 Interessen von an der Emission/dem Angebot beteiligten Personen

Im normalen Verlauf ihrer Geschäftstätigkeit stehen die Emittentin und/oder ihre verbundenen Unternehmen möglicherweise mit Emittenten der Basiswerte, deren verbundenen Unternehmen oder Garanten oder Dritten, die Verpflichtungen gegenüber den Emittenten der Basiswerte oder deren verbundenen Unternehmen oder Garanten haben, nicht nur in Geschäftsbeziehungen, sondern wickeln mit diesen Transaktionen ab, gehen Bankgeschäfte jeder Art und Investmentbankgeschäfte ein oder stehen anderweitig in Geschäftskontakt, so als ob die Schuldverschreibungen nicht existent wären, und zwar unabhängig davon, ob sich die vorgenannten Handlungen nachteilig auf den Emittenten der Basiswerte, dessen verbundene Unternehmen oder Garanten auswirken.

Die Emittentin ist möglicherweise von Zeit zu Zeit an Transaktionen im Zusammenhang mit den Basiswerten beteiligt, die den Marktpreis oder die Liquidität der Schuldverschreibungen beeinflussen und sich gegebenenfalls nachteilig auf die Interessen der Anleihegläubiger auswirken können.

Mögliche Interessenskonflikte können sich zwischen der Anleiheschuldnerin, der Zahlstelle, der Berechnungsstelle und den Anleihegläubigern ergeben, insbesondere hinsichtlich bestimmter Ermessensentscheidungen die den vorgenannten Funktionen aufgrund der Emissionsbedingungen oder auf anderer Grundlage zustehen. Diese Interessenskonflikte könnten einen negativen Einfluss auf die Anleihegläubiger haben.

Im Falle einer Übernahme der Schuldverschreibungen durch eine oder mehrere Banken erhalten die übernehmenden Banken für die Übernahme und die Platzierung der Schuldverschreibungen gegebenenfalls eine Provision, über die die Endgültigen Bedingungen informieren. Etwaige weitere Interessen der Emittentin oder anderer an der Emission beteiligter Personen werden gegebenenfalls in den Endgültigen Bedingungen dargestellt.

Die Emittentin und/oder ihre Gruppengesellschaften können am Tag der Emission von Schuldverschreibungen und danach über Informationen verfügen, welche die Schuldverschreibungen oder die Basiswerte betreffen, deren Wert maßgeblich beeinflussen und nicht öffentlich verfügbar sind.

3.2 Gründe für das Angebot und Zweckbestimmung der Erlöse

Die Nettoerlöse aus der Begebung der Schuldverschreibungen werden, sofern in den Endgültigen Bedingungen nichts anderes angegeben ist, von der Emittentin zur Gewinnerzielung und für ihre allgemeinen Refinanzierungsbedürfnisse verwendet.

In den Endgültigen Bedingungen werden auch der Nettobetrag der Erlöse der Emission und der geschätzten Gesamtkosten der Emission sowie gegebenenfalls die geschätzten Gesamtkosten für die Zulassung zum Handel dargestellt.

4. Angaben über die anzubietenden bzw zum Handel zuzulassenden Schuldverschreibungen

4.1 Angaben über die Schuldverschreibungen

4.1.1 (i) Art und Gattung

Die Schuldverschreibungen sind entweder Schuldtitel im Sinne der Art 8 oder 16 der Prospektverordnung oder derivative Schuldverschreibungen im Sinne der Art 15 der Prospektverordnung.

Die Emittentin beabsichtigt, unter diesem Programm (i) nicht-nachrangige, (ii) nachrangige Schuldverschreibungen, die Instrumente des Ergänzungskapitals (Tier 2) gemäß Art 63 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26.6.2013 über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 646/2012 (*Capital Requirements Regulation* – "**CRR**") ("**Tier 2**") darstellen,

(iii) Pfandbriefe und (iv) Kommunalpfandbriefe (zum Rang der Schuldverschreibungen, siehe Punkt 4.1.6 unten) jedweder Art zu begeben, einschließlich Schuldverschreibungen mit fixer Verzinsung, variabler Verzinsung, basiswertabhängiger Verzinsung, Nullkupon-Schuldverschreibungen und Steepener-Schuldverschreibungen mit fixem Rückzahlungsbetrag (die "**Anleihen**" oder die "**Schuldverschreibungen**") und diese Schuldverschreibungen privat oder öffentlich anzubieten. Die Basiswerte der Schuldverschreibungen können Aktien, Indizes, Rohstoffe, Währungen, oder Körbe der vorstehenden Basiswerte oder daraus gebildete hybride Basiswertkörbe sein. Die Schuldverschreibungen sehen ausschließlich Erfüllung durch Zahlung eines Barbetrages vor.

4.1.1 (ii) ISIN

Die ISIN (*International Securities Identification Number*) oder eine andere Kennziffer der Schuldverschreibungen ist in den jeweiligen Endgültigen Bedingungen (auf dem Deckblatt und in der Zeile "ISIN, WKN") enthalten.

4.1.2 Erläuterung zur Wertentwicklung für derivative Schuldverschreibungen

Der Marktwert von Schuldverschreibungen hängt unter anderem von der Einschätzung des Marktes über die Rendite der Schuldverschreibungen ab. Geht der Markt von einer Erhöhung der Rendite der Schuldverschreibungen aus, erhöht sich in der Regel auch der Marktwert der Schuldverschreibungen. Geht der Markt von einer Verringerung der Rendite der Schuldverschreibungen aus, verringert sich in der Regel auch der Marktwert der Schuldverschreibungen; der Marktwert kann in diesem Fall auch auf null sinken. Weiters besteht bei einem Absinken des Marktwertes der Schuldverschreibungen auch das Risiko wesentlicher negativer Auswirkungen auf die Liquidität der Schuldverschreibungen, dh es besteht das Risiko, dass Anleihegläubiger weitere Verluste aus den Schuldverschreibungen nicht durch einen Verkauf der Schuldverschreibungen vermeiden können.

Die Rendite der Schuldverschreibungen ist von der Differenz zwischen dem Preis, zu dem die Schuldverschreibungen erworben werden, und dem Preis, zu dem sie verkauft werden bzw dem Rückzahlungsbetrag sowie dem Zinssatz der Schuldverschreibungen abhängig.

Basiswertabhängige Verzinsung. Bei Schuldverschreibungen mit basiswertabhängiger Verzinsung bemisst sich die Höhe des auf eine Zinsperiode anwendbaren Zinssatzes nach der Entwicklung des Marktpreises eines oder mehrerer Basiswerte in einem bestimmten Zeitraum (die "**Basiswertperformance**"). Die Abhängigkeit zwischen der Basiswertperformance und dem Zinssatz (die "**Zuordnung**") kann dabei direkt, dh eine positive Veränderung des Marktwertes des Basiswerts im Beobachtungszeitraum führt zu einer positiven Veränderung des Zinssatzes und umgekehrt ("**direkte Zuordnung**"), oder indirekt, dh eine positive Veränderung des Marktwertes des Basiswerts im Beobachtungszeitraum führt zu einer negativen Veränderung des Zinssatzes und umgekehrt ("**indirekte Zuordnung**"), sein. Die Basiswertperformance kann sich

weitere im selben Ausmaß auf die Veränderung des Zinssatzes auswirken, dh eine Basiswertperformance von 4% führt zu einer Erhöhung oder Reduktion des Zinssatzes um 4% (seines Wertes, dh z.B. von 4,00% auf 4,16%) ("**Proportionalität**"), oder in einem stärkeren Ausmaß ("**Überproportionalität**") oder auch in einem schwächeren Ausmaß ("**Unterproportionalität**"), wie jeweils in den maßgeblichen Emissionsbedingungen angegeben. Die Emissionsbedingungen können auch andere Strukturen vorsehen, wie zB, dass ein vorgegebener Zinssatz nur dann ausbezahlt wird, wenn an einem Beobachtungstag kein einziger Beobachtungswert eines Basiswertes unter einer Barriere lag (andernfalls 0 %) (Verzinsungsart Altiplano) oder zB dass Zinsen nur für Tage, in denen der Beobachtungswert des Basiswerts weder die von der Emittentin am Begebungstag festgelegte und in den Endgültigen Bedingungen angegebene obere Barriere noch die untere Barriere erreicht oder durchbrochen hat (d.h. für jene Tage, an denen der Kurs innerhalb der Bandbreite der beiden Barrieren lag) ausbezahlt werden (Verzinsungsart Range Accrual).

Der Rückzahlungsbetrag der Schuldverschreibungen steht bereits am Begebungstag fest und ändert sich nicht. Der Marktwert dieser Schuldverschreibungen neigt typischerweise weniger zu Schwankungen ("**Volatilität**") als der Marktwert von Schuldverschreibungen mit basiswertabhängigem Tilgungsbetrag.

4.1.3 Rechtsvorschriften

Der vorliegende Basisprospekt wurde nach dem derzeit geltenden Recht der Republik Österreich erstellt.

Für sämtliche Rechtsverhältnisse aus den unter diesem Angebotsprogramm begebenen Schuldverschreibungen gilt österreichisches Recht unter Ausschluss der Regelungen des internationalen Privatrechts, soweit diese zur Anwendung eines ausländischen Rechts führen würden. Erfüllungsort ist Linz.

Ausschließlich zuständig für sämtliche im Zusammenhang mit den Schuldverschreibungen entstehenden Klagen oder sonstigen Verfahren ist, soweit rechtlich zulässig, das für Handelssachen in Linz zuständige Gericht, wobei sich die Emittentin vorbehält, eine Klage bei jedem ansonsten zuständigen Gericht einzubringen. Verbraucher im Sinne des Konsumentenschutzgesetzes können ihre Ansprüche auch bei allen anderen zuständigen Gerichten geltend machen.

4.1.4(i) Stückelung, Form und Verbriefung, Verwahrung und Übertragung

Jede Serie der Schuldverschreibungen wird zur Gänze durch eine veränderbare Sammelurkunde gemäß § 24 lit b Depotgesetz, BGBl Nr. 424/1969 idgF ohne Zinsscheine verbrieft, welche die Unterschriften der erforderlichen Anzahl zeichnungsberechtigter Vertreter der Emittentin trägt.

Ein Anspruch auf Einzelverbriefung oder Ausfolgung einzelner Schuldverschreibungen (effektiver Stücke) oder Zinsscheine ist ausgeschlossen.

4.1.4(ii) Name und Anschrift des die Buchungsunterlagen führenden Instituts

Jede Sammelurkunde wird nach Maßgabe der Endgültigen Bedingungen entweder von der Emittentin oder von einem oder im Namen des Clearing-Systems verwahrt, bis sämtliche Verbindlichkeiten der Emittentin aus den Schuldverschreibungen erfüllt sind.

4.1.5 Währung der Schuldverschreibungen

Die Schuldverschreibungen lauten auf Euro oder eine andere Währung, wie in den Endgültigen Bedingungen bezeichnet.

4.1.6 Rang der Schuldverschreibungen

Im Hinblick auf den Rang können die Schuldverschreibungen als nicht-nachrangige Schuldverschreibungen, Pfandbriefe, Kommunalpfandbriefe oder Tier 2-Schuldverschreibungen ausgestaltet sein.

Nicht-nachrangig. Nicht-nachrangige Schuldverschreibungen begründen unbesicherte und nicht nachrangige Verbindlichkeiten, die untereinander und mit allen anderen unbesicherten und nicht nachrangigen Verbindlichkeiten der Anleiheschuldnerin gleichrangig sind, ausgenommen solche, denen aufgrund zwingender gesetzlicher Vorschriften Vorrang zukommt.

Pfandbriefe. Pfandbriefe begründen direkte, unbedingte und nicht-nachrangige Verpflichtungen der Anleiheschuldnerin, haben den gleichen Rang untereinander und sind nach Maßgabe des österreichischen Pfandbriefgesetzes durch eine gesonderte Deckungsmasse besichert, die hauptsächlich aus erstrangigen Hypotheken auf bestimmte Liegenschaften besteht. Im Falle eines Konkurses der Emittentin haben die Inhaber der Pfandbriefe ein unmittelbares Vorzugsrecht, aus der Deckungsmasse befriedigt zu werden.

Kommunalpfandbriefe. Kommunalpfandbriefe begründen direkte, unbedingte und nicht-nachrangige Verpflichtungen der Anleiheschuldnerin und haben den gleichen Rang untereinander und sind nach Maßgabe des österreichischen Pfandbriefgesetzes durch ein Sondervermögen (Deckungsstock) besichert, das hauptsächlich aus Kreditforderungen gegen Gebietskörperschaften und staatliche Behörden des Europäischen Wirtschaftsraums und der Schweiz oder Forderungen, die von einer dieser Gebietskörperschaften oder staatliche Behörden garantiert sind, bestehen. Im Falle der Insolvenz der Emittentin haben die Inhaber von Kommunalschuldverschreibungen ein direktes Recht auf Befriedigung aus dem Deckungsstock.

Tier 2-Schuldverschreibungen. Tier 2-Schuldverschreibungen stellen Instrumente des Ergänzungskapitals gemäß Art 63 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26.6.2013 über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 646/2012 (*Capital Requirements Regulation* – "**CRR**") ("**Tier 2**") dar und unterliegen jeweils den dortigen Bestimmungen und Beschränkungen. Die Verpflichtungen aus den Schuldverschreibungen begründen unbesicherte und nachrangige Verbindlichkeiten der Anleiheschuldnerin, die untereinander und mit allen anderen unbesicherten und nachrangigen Verbindlichkeiten der Anleiheschuldnerin gleichrangig sind. Im Falle der Liquidation oder der Insolvenz der Anleiheschuldnerin sind die Zahlungsverpflichtungen der Anleiheschuldnerin gemäß den Schuldverschreibungen nachrangig gegenüber nicht-nachrangigen Verbindlichkeiten der Anleiheschuldnerin, gleichrangig mit allen anderen nachrangigen Verbindlichkeiten der Anleiheschuldnerin, die nicht aufgrund ihrer Bedingungen nachrangig gegenüber den Schuldverschreibungen sind, sowie vorrangig gegenüber Ansprüchen der Aktionäre der Anleiheschuldnerin. Kein Anleihegläubiger ist berechtigt, mit Rückerstattungsansprüchen aus den Schuldverschreibungen gegen Forderungen der Anleiheschuldnerin aufzurechnen.

4.1.7 An die Schuldverschreibungen gebundene Rechte

Die mit den Schuldverschreibungen verbundenen Rechte ergeben sich aus den für die jeweilige Begebung von Schuldverschreibungen maßgeblichen Emissionsbedingungen, insbesondere können diese Folgendes umfassen:

- Zinszahlungen gemäß den Emissionsbedingungen zu erhalten, sofern solche anfallen (im Fall von *Nullkupon-Schuldverschreibungen* erfolgen keine laufenden Zinszahlungen);
- den Rückzahlungsbetrag zu erhalten;
- eine vorzeitige Rückzahlung der Schuldverschreibungen ist (außer bei Vorliegen einer Rechtsänderung) nur zulässig, wenn dies in den Emissionsbedingungen ausdrücklich vorgesehen ist;

Grundsätzlich sind alle Rechte aus den Schuldverschreibungen durch den einzelnen Anleihegläubiger selbst oder den von ihm bestellten Rechtsvertreter gegenüber der Emittentin direkt geltend zu machen. Seitens der Emittentin ist keine organisierte Vertretung der Anleihegläubiger vorgesehen. Generell gilt jedoch, dass gemäß den Bestimmungen des Kuratorengesetzes in bestimmten Fällen vom zuständigen Gericht ein Kurator für die jeweiligen Anleihegläubiger zu bestellen ist.

Die Beschränkungen der mit den Schuldverschreibungen verbundenen Rechte umfassen, abhängig von der Ausgestaltung der Emissionsbedingungen, insbesondere:

- es steht der Emittentin frei, die Schuldverschreibungen an bestimmten Wahlrückzahlungstagen (Call) vorzeitig zurückzuzahlen;
- die Emittentin kann die Schuldverschreibungen jederzeit vor dem Endfälligkeitstag bei Vorliegen einer Rechtsänderung vorzeitig zurückzahlen;
- die Emittentin kann *Tier 2-Schuldverschreibungen* aus aufsichtsrechtlichen oder steuerlichen Gründen vorzeitig zurückzahlen;
- die Zahlungsverpflichtungen der Anleiheschuldnerin aus *Tier 2-Schuldverschreibungen* sind im Fall der Liquidation oder der Insolvenz der Anleiheschuldnerin nachrangig gegenüber nicht-nachrangigen Verbindlichkeiten der Anleiheschuldnerin, gleichrangig mit allen anderen nachrangigen Verbindlichkeiten der Anleiheschuldnerin, die nicht aufgrund ihrer Bedingungen nachrangig gegenüber den Schuldverschreibungen sind, sowie vorrangig gegenüber den Ansprüchen von Aktionären, Eigentümern von Instrumenten des harten Kernkapitals (*Common Equity Tier 1*) gemäß Artikel 28 der CRR sowie Inhabern von Instrumenten des zusätzlichen Kernkapitals (*Additional Tier 1*) gemäß Artikel 52 der CRR der Emittentin und kein Anleihegläubiger ist berechtigt, mit Rückerstattungsansprüchen aus den Schuldverschreibungen gegen Forderungen der Anleiheschuldnerin aufzurechnen; und
- eine in den Emissionsbedingungen möglicherweise vorgesehene Kündigung oder Rückzahlung von *Tier 2-Schuldverschreibungen* nach Wahl der Anleiheschuldnerin sowie eine Vorzeitige Kündigung aus aufsichtsrechtlichen oder steuerlichen Gründen vor dem Ende der Laufzeit der Schuldverschreibungen ist, soweit dies gesetzlich für die bankenaufsichtsrechtliche Anrechenbarkeit der Schuldverschreibungen erforderlich ist, nur zulässig, wenn, (i) die FMA oder eine Nachfolgebehörde oder jede andere Behörde, die für die Bankenaufsicht für Kapitaladäquanzzwecke der Emittentin verantwortlich ist, einer Rückzahlung der Schuldverschreibungen nach dieser Bestimmung vorweg zustimmt, sofern eine solche Zustimmung an dem für die Rückzahlung festgesetzten Tag zwingend erforderlich ist, (ii) die Anleiheschuldnerin nicht weniger als dreißig und nicht mehr als sechzig Tage vor der beabsichtigten Rückzahlung der Schuldverschreibungen die Anleihegläubiger von der Kündigung verständigt, wobei eine solche Kündigung unwiderruflich ist, und (iii) wenn dies gesetzlich zwingend vorgesehen ist, die Emittentin die Schuldverschreibungen durch Eigenmittelinstrumente zumindest gleicher Qualität ersetzt hat.
- Es kann zu einer Verlustbeteiligung der Anleihegläubiger kommen, die einen ganzen oder teilweisen Verlust des eingesetzten Kapitals nach sich ziehen kann.
- die Schuldverschreibungen unterliegen keiner Negativverpflichtung;
- alle Bescheinigungen, Mitteilungen, Gutachten, Festsetzungen, Berechnungen, Quotierungen und Entscheidungen, die von der Anleiheschuldnerin, der Berechnungsstelle und/oder der Zahlstelle(n) für die Zwecke der

Schuldverschreibungen gemacht, abgegeben, getroffen oder eingeholt werden, sind (sofern nicht ein offensichtlicher Irrtum vorliegt) für die Anleiheschuldnerin und die Beauftragten Stellen und die Anleihegläubiger bindend.

- die Emissionsbedingungen sehen keine ausdrücklichen Verzugsfälle vor; Ansprüche gegen die Emittentin auf Zahlungen hinsichtlich der Schuldverschreibungen verjähren, sofern sie nicht innerhalb von 30 Jahren (im Falle des Kapitals) und innerhalb von drei Jahren (im Falle von Zinsen) ab dem Tag der Fälligkeit geltend gemacht werden;
- Es erfolgt keine laufende Verzinsung der Schuldverschreibungen

4.1.8 Angaben zur Verzinsung

(i) Nominaler Zinssatz

Im Hinblick auf die Art der Verzinsung der Schuldverschreibungen, die die Emittentin unter diesem Programm begeben kann, ist zwischen den folgenden Verzinsungsarten zu unterscheiden.

Schuldverschreibungen fixer Verzinsung. Schuldverschreibungen mit fixer Verzinsung werden, wie in den Emissionsbedingungen angegeben, entweder mit einem Zinssatz oder mit einem Festzinsbetrag verzinst. Im Falle einer Verzinsung mit einem Zinssatz ist dieser als Prozentsatz bezogen auf den Nennbetrag angegebene Zinssatz über die gesamte Laufzeit der Schuldverschreibungen anwendbar. Im Falle eines Festzinsbetrags werden die Schuldverschreibungen über die gesamte Laufzeit mit dem jährlichen Festzinsbetrag, der als Festbetrag in der maßgeblichen Währung angegeben wird, verzinst.

Schuldverschreibungen mit variabler Verzinsung. Sofern die Schuldverschreibungen in den Emissionsbedingungen als "Schuldverschreibungen mit variabler Verzinsung" bezeichnet sind, handelt es sich bei den maßgeblichen Schuldverschreibungen um "**variabel verzinsliche Schuldverschreibungen**". Der Zinssatz variabel verzinslicher Schuldverschreibungen entspricht der Zinsberechnungsbasis zuzüglich oder abzüglich (je nach Vorzeichen) der Marge wie in den Emissionsbedingungen angegeben und ist in jedem Fall größer oder gleich null. Die Bestimmungen zur Zinsberechnungsbasis finden sich in § 3(3) der Emissionsbedingungen.

Schuldverschreibungen mit basiswertabhängiger Verzinsung. Der nominale Zinssatz von Schuldverschreibungen mit basiswertabhängiger Verzinsung ist von der Entwicklung des Marktpreises eines oder mehrerer Basiswerte abhängig, der allenfalls gemäß den Emissionsbedingungen angepasst wird. Die Formeln zur Errechnung des Zinssatzes finden sich in den Emissionsbedingungen.

Nullkupon-Schuldverschreibungen. Auf Nullkupon-Schuldverschreibungen erfolgen keine periodischen Zinszahlungen.

Steepener-Schuldverschreibungen. Steepener-Schuldverschreibungen werden mit einem Zinssatz begeben, der sich aus dem Produkt eines in den Endgültigen Bedingungen angegebenen Zins-Partizipationsfaktor und der Differenz zwischen zwei Swapsätzen errechnet, die auf der vereinbarten Bildschirmseite eines Informationsanbieters angezeigt werden.

(ii) Bestimmungen zur Zinsschuld

Berechnung. Außer bei Schuldverschreibungen mit jährlichem Festzinsbetrag wird der auf die Schuldverschreibungen zahlbare Zinsbetrag (der "**Zinsbetrag**") zu oder baldmöglichst nach jedem Zeitpunkt, an dem der Zinssatz zu bestimmen ist bzw rechtzeitig vor dem maßgeblichen Zinszahlungstag, von der Berechnungsstelle berechnet.

Zinsbetrag. Der Zinsbetrag wird ermittelt, indem der Zinssatz und der Zinstagequotient (wie in § 3 der Emissionsbedingungen) auf die einzelnen Nennbeträge der Schuldverschreibungen angewendet werden, wobei der resultierende Betrag auf die kleinste Einheit der festgelegten Währung auf- oder abgerundet wird, wobei 0,5 solcher Einheiten aufgerundet werden.

Mitteilung. Ausgenommen bei Schuldverschreibungen mit fixer Verzinsung wird die Anleiheschuldnerin veranlassen, dass der Zinssatz, der Zinsbetrag für die jeweilige Zinsperiode, die jeweilige Zinsperiode und der betreffende Zinszahlungstag den Anleihegläubigern von der Berechnungsstelle gemäß § 11 der Emissionsbedingungen baldmöglichst nach deren Bestimmung mitgeteilt wird.

Zu den detaillierten Bestimmungen siehe § 3 der Emissionsbedingungen.

(iii) Datum, ab dem die Zinsen zahlbar werden

Die Schuldverschreibungen werden ab dem in den Emissionsbedingungen angegebenen Verzinsungsbeginn (einschließlich) verzinst. Die Nullkupon-Schuldverschreibungen werden nicht verzinst.

(iv) Zinsfälligkeitstermine

Der endfällige Zinsbetrag ist an jedem Zinszahlungstag wie in den maßgeblichen Emissionsbedingungen definiert zahlbar.

(v) Gültigkeitsdauer der Ansprüche auf Zins- und Kapitalrückzahlungen

Gemäß § 7 der Emissionsbedingungen verjähren Ansprüche gegen die Emittentin auf Zahlungen hinsichtlich der Schuldverschreibungen, sofern sie nicht innerhalb von dreißig Jahren (im Falle des Kapitals) und innerhalb von drei Jahren (gegebenenfalls im Falle von Zinsen) ab dem Tag der Fälligkeit geltend gemacht werden.

(vi) Angabe der Art des Basiswerts

Siehe unten Punkt 4.2.2.

(vii) Beschreibung des Basiswerts, auf den er sich stützt

Siehe unten Punkt 4.2.2.

(viii) und der Methode, die zur Verknüpfung der beiden Werte verwendet wird

Siehe dazu Punkt 4.1.2 oben.

(ix) Hinweis darauf, wo Informationen über die vergangene und künftige Wertentwicklung des Basiswerts und dessen Volatilität erhältlich sind.

Siehe unten Punkt 4.2.2.

(x) Beschreibung aller etwaigen Ereignisse, die eine Störung des Markts oder der Abrechnung bewirken und den Basiswert beeinflussen

Siehe unten Punkt 4.2.3.

(xi) Anpassungsregeln in Bezug auf Ereignisse, die den Basiswert betreffen

Nicht-indexabhängige Verzinsung. Während der Laufzeit der Schuldverschreibungen kann es zu Änderungen bei der Bestimmung oder Berechnung der maßgeblichen Basiswerte kommen, die weder von der Anleiheschuldnerin noch von den Anleihegläubigern zu vertreten sind oder beeinflusst werden können. Diese Ereignisse würden, wenn keine Anpassung der maßgeblichen Basiswerte erfolgen würde, zu einer Änderung der ursprünglich in den Schuldverschreibungen vorgesehenen wirtschaftlichen Leistungsbeziehung führen. Je nachdem, wie und wann diese Ereignisse eintreten, könnte dies zum Vorteil oder Nachteil der Anleiheschuldnerin oder der Anleihegläubiger sein. Um von externen Faktoren und Handlungen unabhängig zu sein, und um die ursprünglich vereinbarte Leistungsbeziehung auch nach Eintritt eines solchen Ereignisses zu gewährleisten, stellen die nachfolgenden Regelungen sicher, dass bei Eintritt eines solchen externen Ereignisses eine Anpassung des Basiswertes nach sachlichen Kriterien erfolgt.

Falls mit Wirkung für die Zeit vor oder zum Laufzeitende ein Anpassungsereignis (wie oben definiert) hinsichtlich des Basiswertes oder eines oder mehrerer im Korb enthaltener Basiswerte eintritt, wird die Anleiheschuldnerin dies unverzüglich gemäß § 11 der Emissionsbedingungen bekanntmachen. Die Schuldverschreibungen werden durch die Anleiheschuldnerin angepasst, um die Anleihegläubiger der Schuldverschreibungen wirtschaftlich so zu stellen, wie sie ohne dieses Anpassungsereignis stehen würden. Bei börsennotierten Basiswerten wird die Anleiheschuldnerin in der Regel Anpassungsmaßnahmen treffen, die den an der jeweiligen Börse, an der die Basiswerte notieren, im Zusammenhang mit diesem Anpassungsereignis getroffenen Maßnahmen entsprechen. Wenn es an der maßgeblichen Terminbörse Optionen auf die Basiswerte notieren, kommt der Anleiheschuldnerin dabei kein Ermessen zu, vielmehr wird sie Anpassungsmaßnahmen treffen, die den an der maßgeblichen Terminbörse im Zusammenhang mit diesem Anpassungsereignis getroffenen Maßnahmen

entsprechen.

Indexabhängige Verzinsung. Bei Schuldverschreibungen mit basiswertabhängiger Verzinsung, die einen (oder mehrere) Index(-izes) als Basiswert haben, gilt folgende Regelung: Während der Laufzeit der Schuldverschreibungen kann es zu Änderungen bei der Bestimmung oder Berechnung der maßgeblichen Basiswerte kommen, die weder von der Anleiheschuldnerin noch von den Anleihegläubigern zu vertreten sind oder beeinflusst werden können. Diese Ereignisse würden, wenn keine Anpassung der maßgeblichen Basiswerte erfolgen würde, zu einer Änderung der ursprünglich in den Schuldverschreibungen vorgesehenen wirtschaftlichen Leistungsbeziehung führen. Je nachdem, wie und wann diese Ereignisse eintreten, könnte dies zum Vorteil oder Nachteil der Anleiheschuldnerin oder der Anleihegläubiger sein. Um von externen Faktoren und Handlungen unabhängig zu sein, und um die ursprünglich vereinbarte Leistungsbeziehung auch nach Eintritt eines solchen Ereignisses zu gewährleisten, stellen die nachfolgenden Regelungen sicher, dass bei Eintritt eines solchen externen Ereignisses eine Anpassung des maßgeblichen Basiswertes nach sachlichen Kriterien erfolgt.

Wenn der Basiswert

- (i) anstatt von der ursprünglichen Indexberechnungsstelle (die "**Indexberechnungsstelle**") von einer Nachfolge-Indexberechnungsstelle (die "**Nachfolge-Indexberechnungsstelle**") berechnet und veröffentlicht wird, oder
- (ii) durch einen Ersatzindex (der "**Ersatzindex**") ersetzt wird, der die gleiche oder annähernd die gleiche Berechnungsformel und/oder Berechnungsmethode für die Berechnung des Basiswertes verwendet,

wird der Basiswert, wie von der Nachfolge-Indexberechnungsstelle berechnet und veröffentlicht oder, je nachdem, der Ersatzindex herangezogen. Jede Bezugnahme in den Emissionsbedingungen auf die Indexberechnungsstelle oder den Basiswert gilt, sofern es der Zusammenhang erlaubt, als Bezugnahme auf die Nachfolge-Indexberechnungsstelle oder den Ersatzindex.

Wenn vor dem Laufzeitende die Indexberechnungsstelle eine wesentliche Änderung in der Berechnungsformel oder der Berechnungsmethode oder eine sonstige wesentliche Modifikation des jeweiligen Index vornimmt, ausgenommen solche Änderungen, welche für die Bewertung und Berechnung des betreffenden Index aufgrund von Änderungen oder Anpassungen der in dem betreffenden Index enthaltenen Komponenten vorgesehen sind, oder andere gleichwertige Standardanpassungen, wird die Anleiheschuldnerin dies unverzüglich gemäß § 11 der Emissionsbedingungen bekanntmachen und die Anleiheschuldnerin wird die Berechnung ausschließlich in der Weise vornehmen, dass sie anstatt des veröffentlichten Kurses des jeweiligen Basiswertes einen solchen Kurs heranziehen wird, der sich unter Anwendung der ursprünglichen Berechnungsformel und der ursprünglichen Berechnungsmethode sowie unter Berücksichtigung ausschließlich solcher Komponenten, welche in dem jeweiligen Index vor der Änderung der Berechnung enthalten waren, ergibt. Wenn die Indexberechnungsstelle eine lediglich geringfügige Änderung mathematischer Natur

der Berechnungsformel und/oder der Berechnungsmethode hinsichtlich des jeweiligen Index vornimmt, wird die Anleiheschuldnerin diese Änderung übernehmen und eine entsprechende Anpassung der Berechnungsformel und/oder Berechnungsmethode vornehmen.

(xii) Name der Berechnungsstelle

Als Berechnungsstelle fungiert die Emittenten, sofern in den Endgültigen Bedingungen nichts anderes angegeben ist.

(xiii) wenn das Wertpapier bei der Zinszahlung eine derivative Komponente aufweist, klare und umfassende Erläuterung, die den Anlegern verständlich macht, wie der Wert ihrer Anlage durch den Wert des Basisinstruments/der Basisinstrumente beeinflusst wird, insbesondere in Fällen, in denen die Risiken am offensichtlichsten sind.

Siehe Punkt 4.1.2 oben.

4.1.9 (i) Fälligkeitstermin

Schuldverschreibungen werden zu ihrem in den Endgültigen Bedingungen definierten Rückzahlungsbetrag an dem in den Endgültigen Bedingungen definierten Fälligkeitstag zurückgezahlt.

4.1.9 (ii) Tilgungsmodalitäten

Die Tilgung der Schuldverschreibungen erfolgt bei Fälligkeit in der festgelegten Währung. Die Zahlung erfolgt, vorbehaltlich geltender steuerlicher und sonstiger gesetzlicher Vorschriften, über die Zahlstelle zur Weiterleitung an die Clearing-Systeme oder nach deren Anweisung durch Gutschrift auf die jeweilige für den Inhaber der Schuldverschreibungen depotführende Stelle.

Eine vorzeitige Kündigung und/oder Rückzahlung durch die Emittentin ist bei Vorliegen einer Rechtsänderung sowie dann möglich, wenn dies in den Endgültigen Bedingungen ausdrücklich angeführt ist. Eine vorzeitige Rückzahlung nach Wahl der Anleihegläubiger ist möglich, wenn dies in den Endgültigen Bedingungen ausdrücklich vorgesehen ist.

4.1.10 (i) Rendite

Die Rendite (bestimmt durch Ausgabekurs, gegebenenfalls Zinssatz, Laufzeit und Tilgungszahlung; siehe die folgenden Ausführungen) wird bei fix verzinsten nicht-derivativen Schuldverschreibungen und Nullkupon-Schuldverschreibungen im Vorhinein in den Endgültigen Bedingungen angegeben, wobei davon ausgegangen wird, dass die Schuldverschreibungen bis zum Laufzeitende gehalten werden und die Verzinsung (soweit anwendbar) sowie der Rückzahlungsbetrag im Vorhinein feststehen. Allfällige zusätzlich zum Ausgabepreis/-kurs anfallende Nebenkosten

(beispielsweise Zeichnungsspesen) sowie laufende Nebenkosten (beispielsweise Depotgebühren) finden in die Berechnung der Emissionsrendite keinen Eingang.

Für variabel verzinsten Schuldverschreibungen und für Schuldverschreibungen mit basiswertabhängiger Verzinsung kann keine Rendite berechnet werden, daher entfällt in diesen Fällen die Angabe einer Rendite in den Endgültigen Bedingungen.

4.1.10 (ii) Methode zur Berechnung der Rendite

Eine allenfalls in den Endgültigen Bedingungen angegebene Rendite wird am Begebungstag auf Basis des Emissionspreises berechnet und stellt keine Indikation für eine Rendite in der Zukunft dar. Die Rendite wird mit Hilfe der ICMA Methode berechnet. Die ICMA Methode ermittelt die Effektivverzinsung von Schuldverschreibungen unter Berücksichtigung der täglichen Stückzinsen.

4.1.11 Vertretung von Anleihegläubigern

Grundsätzlich sind alle Rechte aus Emissionen durch den einzelnen Inhaber der Schuldverschreibungen selbst oder den von ihm bestellten Rechtsvertreter gegenüber der Emittentin direkt, an deren Sitz zu den üblichen Geschäftsstunden, sowie in schriftlicher Form (eingeschriebene Postsendung) oder im ordentlichen Rechtsweg geltend zu machen.

Seitens der Emittentin ist keine organisierte Vertretung der Anleihegläubiger vorgesehen.

Generell gilt jedoch, dass zur Wahrung der Ausübung der Rechte von Anleihegläubigern von auf Inhaber lautenden oder durch Indossament übertragbaren (Teil-)Schuldverschreibungen inländischer Emittenten und bestimmter anderer Schuldverschreibungen, wenn deren Rechte wegen Mangels einer gemeinsamen Vertretung gefährdet oder die Rechte der Emittentin in ihrem Gange gehemmt würden, insbesondere im Insolvenzfall der Emittentin, nach den Bestimmungen des Kuratorengesetzes 1874 und des Kuratorenergänzungsgesetzes 1877 ("**KuratorenG**") vom zuständigen Gericht ein Kurator für die jeweiligen Schuldverschreibungsgläubiger zu bestellen ist. Diese Regelungen können durch Vereinbarung oder Emissionsbedingungen nicht aufgehoben oder verändert werden, es sei denn, es ist eine für die Anleihegläubiger gleichwertige gemeinsame Interessensvertretung vorgesehen.

4.1.12 Beschlüsse, die die Grundlage für die Schaffung der Schuldverschreibungen bilden

Begebungen von Schuldverschreibungen werden von der Emittentin auf Grundlage der jeweils geltenden Pouvoirregelung begeben.

4.1.13 Angabe des erwarteten Emissionstermins der Schuldverschreibungen

Der erwartete Emissionstermin der Schuldverschreibungen wird in den Endgültigen

Bedingungen angegeben.

4.1.14 Übertragbarkeit der Schuldverschreibungen

Die Schuldverschreibungen lauten auf den Inhaber und sind frei übertragbar.

4.1.15 (i) Verfalltermin der derivativen Wertpapiere

Der Fälligkeitstag der Schuldverschreibungen ist, ebenso wie die Fälligkeitstage aller anderen Zahlungen, in den Endgültigen Bedingungen und/oder den Emissionsbedingungen angeführt.

4.1.15 (ii) Ausübungstermin oder letzter Referenztermin

Die Fälligkeit der Schuldverschreibungen ist in den Endgültigen Bedingungen und/oder den Emissionsbedingungen angeführt.

4.1.16 Abrechnungsverfahren

Sämtliche Zahlungen gemäß den Schuldverschreibungen erfolgen, vorbehaltlich geltender steuerlicher und sonstiger gesetzlicher Vorschriften, über die Zahlstelle zur Weiterleitung an die Clearing-Systeme oder nach deren Anweisung durch Gutschrift auf die jeweilige für den Anleihegläubiger depotführende Stelle.

Als Zahlstelle fungiert die Oberösterreichische Landesbank Aktiengesellschaft, Landstraße 38, 4010 Linz, oder eine (oder mehrere) andere in den Endgültigen Bedingungen bezeichnete Zahlstelle(n).

4.1.17 (i) Beschreibung der Ertragsmodalitäten bei derivativen Wertpapieren

Die Ertragsmodalitäten finden sich in § 3 (Verzinsung), § 4 (Rückzahlung) der Emissionsbedingungen sowie in den Ergänzende Emissionsbedingungen für Schuldverschreibungen mit basiswertabhängiger Verzinsung (§§ 3a-3c).

4.1.17 (ii) Zahlungs- oder Liefertermin

Die Zahlungs- und Liefertermin ergeben sich aus den Emissionsbedingungen.

4.1.17 (iii) Berechnungsweise

Der Rückzahlungsbetrag wird wie in den Emissionsbedingungen angegeben errechnet.

4.1.18 Besteuerung in Österreich

Dieser Abschnitt zur Besteuerung enthält eine kurze Zusammenfassung des Verständnisses der Emittentin betreffend einige wichtige Grundsätze, die im

Zusammenhang mit dem Erwerb, dem Halten und der Veräußerung der Schuldverschreibungen in Österreich bedeutsam sind. Die Zusammenfassung erhebt nicht den Anspruch, sämtliche steuerliche Überlegungen vollständig wiederzugeben und geht auch nicht auf besondere Sachverhaltsgestaltungen ein, die für einzelne potenzielle Anleger von Bedeutung sein können. Die folgenden Ausführungen sind genereller Natur und hierin nur zu Informationszwecken enthalten. Sie sollen keine rechtliche oder steuerliche Beratung darstellen und auch nicht als solche ausgelegt werden. Diese Zusammenfassung basiert auf den derzeit gültigen österreichischen Steuergesetzen, der höchstgerichtlichen Rechtsprechung sowie den Richtlinien der Finanzverwaltung und deren jeweiliger Auslegung, die alle Änderungen unterliegen können. Solche Änderungen können auch rückwirkend eingeführt werden und die beschriebenen steuerlichen Folgen nachteilig beeinflussen. Potenziellen Anlegern wird empfohlen, wegen der steuerlichen Folgen des Kaufs, des Haltens sowie der Veräußerung der Schuldverschreibungen ihre rechtlichen und steuerlichen Berater zu konsultieren. Das steuerliche Risiko aus den Schuldverschreibungen (insbesondere aus einer allfälligen Qualifizierung als steuerliches Eigenkapital statt Fremdkapital) trägt der Anleger. Im Folgenden wird angenommen, dass die Schuldverschreibungen an einen in rechtlicher und tatsächlicher Hinsicht unbestimmten Personenkreis angeboten werden.

Die Emittentin übernimmt keine Verantwortung für die Einbehaltung von Steuern an der Quelle.

Allgemeine Hinweise

Natürliche Personen, die in Österreich einen Wohnsitz und/oder ihren gewöhnlichen Aufenthalt gemäß § 26 Bundesabgabenordnung (BAO) haben, unterliegen mit ihrem Welteinkommen der Einkommensteuer in Österreich (unbeschränkte Einkommensteuerpflicht). Natürliche Personen, die weder Wohnsitz noch gewöhnlichen Aufenthalt in Österreich haben, unterliegen nur mit bestimmten Inlandseinkünften der Steuerpflicht in Österreich (beschränkte Einkommensteuerpflicht).

Körperschaften, die in Österreich ihre Geschäftsleitung und/oder ihren Sitz gemäß § 27 BAO haben, unterliegen mit ihrem Welteinkommen der Körperschaftsteuer in Österreich (unbeschränkte Körperschaftsteuerpflicht). Körperschaften, die weder Geschäftsleitung noch Sitz in Österreich haben, unterliegen nur mit bestimmten Inlandseinkünften der Steuerpflicht in Österreich (beschränkte Körperschaftsteuerpflicht).

Sowohl in Fällen der unbeschränkten als auch der beschränkten Einkommen- oder Körperschaftsteuerpflicht in Österreich kann Österreichs Besteuerungsrecht durch Doppelbesteuerungsabkommen eingeschränkt werden.

Einkommensbesteuerung von Schuldverschreibungen

Gemäß § 27 Abs 1 Einkommensteuergesetz (EStG) gelten als Einkünfte aus Kapitalvermögen:

- Einkünfte aus der Überlassung von Kapital gemäß § 27 Abs 2 EStG, dazu gehören Dividenden und Zinsen;
- Einkünfte aus realisierten Wertsteigerungen gemäß § 27 Abs 3 EStG, dazu gehören Einkünfte aus der Veräußerung, Einlösung und sonstigen Abschichtung von Wirtschaftsgütern, deren Erträge Einkünfte aus der Überlassung von Kapital sind, einschließlich Einkünfte aus Nullkuponanleihen und Stückzinsen; und
- Einkünfte aus Derivaten gemäß § 27 Abs 4 EStG, dazu gehören Differenzausgleiche, Stillhalterprämien und Einkünfte aus der Veräußerung oder sonstigen Abwicklung von Termingeschäften wie Optionen, Futures und Swaps sowie sonstigen derivativen Finanzinstrumenten wie Indexzertifikaten.

Auch die Entnahme und das sonstige Ausscheiden der Schuldverschreibungen aus einem Depot sowie Umstände, die zu einer Einschränkung des Besteuerungsrechtes Österreichs im Verhältnis zu anderen Staaten führen, wie zB der Wegzug aus Österreich, gelten im Allgemeinen als Veräußerung (§ 27 Abs 6 EStG).

In Österreich unbeschränkt steuerpflichtige natürliche Personen, die die Schuldverschreibungen in ihrem Privatvermögen halten, unterliegen gemäß § 27 Abs 1 EStG mit Einkünften aus Kapitalvermögen daraus der Einkommensteuer. Inländische Einkünfte aus Kapitalvermögen aus den Schuldverschreibungen – das sind im Allgemeinen Einkünfte, die über eine inländische auszahlende oder depotführende Stelle ausbezahlt werden – unterliegen der Kapitalertragsteuer (KESt) zum besonderen Steuersatz von 27,5 %. Über den Abzug von KESt hinaus besteht keine Einkommensteuerpflicht (Endbesteuerung nach § 97 Abs 1 EStG). Ausländische Einkünfte aus Kapitalvermögen aus den Schuldverschreibungen müssen in der Einkommensteuererklärung des Anlegers angegeben werden und unterliegen der Besteuerung zum besonderen Steuersatz von 27,5 %. In beiden Fällen besteht auf Antrag die Möglichkeit, dass sämtliche einem besonderen Steuersatz gemäß § 27a Abs 1 EStG unterliegenden Einkünfte zum niedrigeren progressiven Einkommensteuertarif veranlagt werden (Regelbesteuerungsoption gemäß § 27a Abs 5 EStG). § 27 Abs 8 EStG sieht unter anderem folgende Beschränkungen betreffend den Verlustausgleich vor: negative Einkünfte aus realisierten Wertsteigerungen bzw Derivaten dürfen weder mit Zinserträgen aus Geldeinlagen und nicht verbrieften sonstigen Forderungen bei Kreditinstituten (ausgenommen Ausgleichzahlungen und Leihegebühren) noch mit Zuwendungen von Privatstiftungen, ausländischen Stiftungen oder sonstigen Vermögensmassen, die mit einer Privatstiftung vergleichbar sind, ausgeglichen werden; Einkünfte, die einem besonderen Steuersatz gemäß § 27a Abs 1 EStG unterliegen, dürfen nicht mit Einkünften ausgeglichen werden, die dem progressiven Einkommensteuersatz unterliegen (dies gilt auch bei Inanspruchnahme der Regelbesteuerungsoption); nicht ausgeglichene Verluste aus Kapitalvermögen dürfen nicht mit Einkünften aus anderen Einkunftsarten ausgeglichen werden.

Die österreichische depotführende Stelle ist gemäß § 93 Abs 6 EStG verpflichtet, unter Einbeziehung aller bei ihr geführten Depots negative Kapitaleinkünfte automatisch mit positiven Kapitaleinkünften auszugleichen. Werden zunächst negative und zeitgleich oder später positive Einkünfte erzielt, sind die negativen Einkünfte mit diesen positiven Einkünften auszugleichen. Werden zunächst positive und später negative Einkünfte erzielt, ist die für die positiven Einkünfte einbehaltene KESt gutzuschreiben, wobei die Gutschrift höchstens 27,5 % der negativen Einkünfte betragen darf. In bestimmten Fällen ist kein Ausgleich möglich. Die depotführende Stelle hat dem Steuerpflichtigen eine Bescheinigung über jeden Verlustausgleich zu erteilen.

In Österreich unbeschränkt steuerpflichtige natürliche Personen, die die Schuldverschreibungen in ihrem Betriebsvermögen halten, unterliegen gemäß § 27 Abs 1 EStG mit Einkünften aus Kapitalvermögen daraus der Einkommensteuer. Inländische Einkünfte aus Kapitalvermögen aus den Schuldverschreibungen unterliegen der KESt zum besonderen Steuersatz von 27,5 %. Während die KESt Endbesteuerungswirkung bezüglich Einkünften aus der Überlassung von Kapital entfaltet, müssen Einkünfte aus realisierten Wertsteigerungen und Einkünfte aus Derivaten in der Einkommensteuererklärung des Anlegers angegeben werden (nichtsdestotrotz ist der besondere Steuersatz von 27,5 % anwendbar). Ausländische Einkünfte aus Kapitalvermögen aus den Schuldverschreibungen müssen immer in der Einkommensteuererklärung des Anlegers angegeben werden (in der Regel ist der besondere Steuersatz von 27,5 % anwendbar). In beiden Fällen besteht auf Antrag die Möglichkeit, dass sämtliche einem besonderen Steuersatz gemäß § 27a Abs 1 EStG unterliegenden Einkünfte zum niedrigeren progressiven Einkommensteuertarif veranlagt werden (Regelbesteuerungsoption gemäß § 27a Abs 5 EStG). Gemäß § 6 Z 2 lit c EStG sind Abschreibungen auf den niedrigeren Teilwert und Verluste aus der Veräußerung, Einlösung und sonstigen Abschichtung von Wirtschaftsgütern und Derivaten iSd § 27 Abs 3 und 4 EStG, die dem besonderen Steuersatz von 27,5 % unterliegen, vorrangig mit positiven Einkünften aus realisierten Wertsteigerungen von solchen Wirtschaftsgütern und Derivaten sowie mit Zuschreibungen solcher Wirtschaftsgüter zu verrechnen. Ein verbleibender negativer Überhang darf nur zu 55 % ausgeglichen werden.

In Österreich unbeschränkt steuerpflichtige Kapitalgesellschaften unterliegen gemäß § 7 Abs 2 Körperschaftsteuergesetz (KStG) mit Einkünften iSd § 27 Abs 1 EStG aus den Schuldverschreibungen der Körperschaftsteuer von 25 %. Inländische Einkünfte iSd § 27 Abs 1 EStG aus den Schuldverschreibungen unterliegen der KESt zum besonderen Steuersatz von 27,5 %. Ein Steuersatz von 25 % kann jedoch gemäß § 93 Abs 1a EStG vom Abzugsverpflichteten angewendet werden, wenn der Schuldner der KESt eine Körperschaft ist. Die KESt kann auf die Körperschaftsteuer angerechnet werden. Unter den Voraussetzungen des § 94 Z 5 EStG kommt es von vornherein nicht zum Abzug von KESt. Verluste aus der Veräußerung der Schuldverschreibungen sind grundsätzlich mit anderen Einkünften ausgleichsfähig.

Privatstiftungen nach dem Privatstiftungsgesetz, welche die Voraussetzungen des § 13 Abs 3 und 6 KStG erfüllen und die Schuldverschreibungen nicht in einem Betriebsvermögen halten, unterliegen gemäß § 13 Abs 3 Z 1 iVm § 22 Abs 2 KStG mit Zinsen, Einkünften aus realisierten Wertsteigerungen und Einkünften aus (unter anderem, verbrieften) Derivaten der Zwischenbesteuerung von 25 %. Diese entfällt im Allgemeinen in jenem Umfang, in dem im Veranlagungszeitraum KEST-pflichtige Zuwendungen an Begünstigte getätigt werden. Inländische Einkünfte aus Kapitalvermögen aus den Schuldverschreibungen unterliegen grundsätzlich der KEST zum besonderen Steuersatz von 27,5 %. Ein Steuersatz von 25 % kann jedoch gemäß § 93 Abs 1a EStG vom Abzugsverpflichteten angewendet werden, wenn der Schuldner der KEST eine Körperschaft ist. Die KEST kann auf die anfallende Steuer angerechnet werden. Unter den Voraussetzungen des § 94 Z 12 EStG kommt es nicht zum Abzug von KEST.

In Österreich beschränkt steuerpflichtige natürliche Personen und Kapitalgesellschaften unterliegen mit Einkünften aus Kapitalvermögen aus den Schuldverschreibungen dann der Einkommen- bzw Körperschaftsteuer, wenn sie eine Betriebsstätte in Österreich haben und die Schuldverschreibungen dieser Betriebsstätte zurechenbar sind (§ 98 Abs 1 Z 3 EStG (iVm § 21 Abs 1 Z 1 KStG)). In Österreich beschränkt steuerpflichtige natürliche Personen unterliegen auch mit Zinsen im Sinne des EU-Quellensteuergesetzes (EU-QuStG, siehe unten) aus den Schuldverschreibungen der Besteuerung, wenn KEST einzubehalten ist (dies gilt, unter anderem, nicht für natürliche Personen, die in den Anwendungsbereich des EU-QuStG fallen; § 98 Abs 1 Z 5 lit b EStG).

EU-Quellensteuer

Das EU-QuStG sieht – in Umsetzung der Richtlinie 2003/48/EG des Rates vom 3. Juni 2003 im Bereich der Besteuerung von Zinserträgen – vor, dass Zinsen, die eine inländische Zahlstelle an einen wirtschaftlichen Eigentümer, der eine natürliche Person ist, zahlt oder zu dessen Gunsten einzieht, der EU-Quellensteuer in Höhe von 35 % unterliegen, sofern er seinen Wohnsitz in einem anderen Mitgliedstaat der EU (oder in bestimmten abhängigen und assoziierten Gebieten, zu denen derzeit Anguilla, Aruba, die British Virgin Islands, Curaçao, Guernsey, die Isle of Man, Jersey, Montserrat, Sint Maarten sowie die Turks and Caicos Islands gehören) hat. Gemäß § 10 EU-QuStG ist die EU-Quellensteuer nicht zu erheben, wenn der wirtschaftliche Eigentümer der Zahlstelle eine vom Wohnsitzfinanzamt des Mitgliedstaats seines steuerlichen Wohnsitzes auf seinen Namen ausgestellte Bescheinigung vorlegt, die Name, Anschrift, Steuer- oder sonstige Identifizierungsnummer oder in Ermangelung einer solchen Geburtsdatum und -ort des wirtschaftlichen Eigentümers, Name und Anschrift der Zahlstelle, die Kontonummer des wirtschaftlichen Eigentümers oder in Ermangelung einer solchen das Kennzeichen des Wertpapiers enthält. Eine solche Bescheinigung gilt für einen Zeitraum von maximal drei Jahren.

Betreffend die Frage, ob auch Indexzertifikate der EU-Quellensteuer unterliegen, unterscheidet die österreichische Finanzverwaltung zwischen Indexzertifikaten mit

und ohne Kapitalgarantie, wobei eine Kapitalgarantie bei Zusicherung der Rückzahlung eines Mindestbetrages des eingesetzten Kapitals oder auch bei der Zusicherung von Zinsen besteht. Die genaue steuerliche Behandlung von Indexzertifikaten hängt in weiterer Folge vom jeweiligen Basiswert des Indexzertifikats ab.

Gemäß der Richtlinie (EU) 2015/2016 des Rates vom 10. November 2015 zur Aufhebung der Richtlinie 2003/48/EG wurde die Richtlinie 2003/48/EG im Allgemeinen mit Wirkung ab 1. Jänner 2016 aufgehoben. Aufgrund detaillierter Übergangsbestimmungen soll Österreich diese jedoch im Allgemeinen bis zum 31. Dezember 2016 anwenden.

Steuerabkommen Österreich/Schweiz und Österreich/Liechtenstein

Das Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die Zusammenarbeit in den Bereichen Steuern und Finanzmarkt und das Abkommen zwischen der Republik Österreich und dem Fürstentum Liechtenstein über die Zusammenarbeit im Bereich der Steuern sehen vor, dass schweizerische bzw. liechtensteinische Zahlstellen im Fall von in Österreich ansässigen betroffenen Personen (das sind im Wesentlichen natürliche Personen im eigenen Namen und als nutzungsberechtigte Personen von Vermögenswerten, die von einer Sitzgesellschaft gehalten werden) auf, unter anderem, Zinserträge, Dividendenerträge und Veräußerungsgewinne aus Vermögenswerten, die auf einem Konto oder Depot bei der schweizerischen bzw. liechtensteinischen Zahlstelle verbucht sind, eine der österreichischen Einkommensteuer entsprechende Steuer in Höhe von 25 % bzw. 27,5 % zu erheben haben. Dasselbe gilt für solche Einkünfte aus von einer liechtensteinischen Zahlstelle verwalteten Vermögenswerten im Fall von in Österreich ansässigen betroffenen Personen (das sind im Wesentlichen natürliche Personen als nutzungsberechtigte Personen von Vermögenswerten einer transparenten Vermögensstruktur). Diese Steuer hat Abgeltungswirkung, soweit das EStG für die der Steuer unterliegenden Erträge Abgeltungswirkung vorsieht. Die Steuerabkommen finden jedoch keine Anwendung auf Zinserträge, die erfasst sind von den Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft bzw. dem Fürstentum Liechtenstein betreffend die Richtlinie 2003/48/EG des Rates im Bereich der Besteuerung von Zinserträgen. Der Steuerpflichtige hat die Möglichkeit, anstatt der Erhebung der Abgeltungssteuer zur freiwilligen Meldung zu optieren, indem er die schweizerische bzw. liechtensteinische Zahlstelle ermächtigt, der zuständigen österreichischen Behörde die Erträge eines Kontos oder Depots zu melden, wodurch diese in die Veranlagung einbezogen werden müssen.

Erbschafts- und Schenkungssteuer

Österreich erhebt keine Erbschafts- oder Schenkungssteuer.

Bestimmte unentgeltliche Zuwendungen an privatrechtliche Stiftungen und damit vergleichbare Vermögensmassen unterliegen jedoch der Stiftungseingangssteuer

nach dem Stiftungseingangssteuergesetz (StiftEG), wenn der Zuwendende und/oder der Erwerber im Zeitpunkt der Zuwendung einen Wohnsitz, den gewöhnlichen Aufenthalt, den Sitz oder den Ort der Geschäftsleitung in Österreich haben. Ausnahmen von der Steuerpflicht bestehen bezüglich Zuwendungen von Todes wegen von Kapitalvermögen im Sinn des § 27 Abs 3 und 4 EStG (ausgenommen Anteile an Kapitalgesellschaften), wenn auf die daraus bezogenen Einkünfte ein besonderer Einkommensteuersatz gemäß § 27a Abs 1 EStG anwendbar ist. Die Steuerbemessungsgrundlage ist der gemeine Wert des zugewendeten Vermögens abzüglich Schulden und Lasten zum Zeitpunkt der Vermögensübertragung. Der Steuersatz beträgt generell 2,5 %, in speziellen Fällen jedoch 25 %. Sonderregelungen gelten für Vermögensübertragungen an Vermögensstrukturen im Anwendungsbereich des Steuerabkommens Österreich/Liechtenstein.

Zusätzlich besteht eine Anzeigepflicht für Schenkungen von Bargeld, Kapitalforderungen, Anteilen an Kapitalgesellschaften und Personenvereinigungen, Betrieben, beweglichem körperlichen Vermögen und immateriellen Vermögensgegenständen, wenn der Geschenkgeber und/oder der Geschenknehmer einen Wohnsitz, den gewöhnlichen Aufenthalt, den Sitz oder die Geschäftsleitung im Inland haben. Nicht alle Schenkungen sind von der Anzeigepflicht umfasst: Im Fall von Schenkungen unter Angehörigen besteht ein Schwellenwert von EUR 50.000 pro Jahr; in allen anderen Fällen ist eine Anzeige verpflichtend, wenn der gemeine Wert des geschenkten Vermögens innerhalb von fünf Jahren EUR 15.000 übersteigt. Darüber hinaus sind unentgeltliche Zuwendungen an Stiftungen iSd StiftEG wie oben beschrieben von der Anzeigepflicht ausgenommen. Eine vorsätzliche Verletzung der Anzeigepflicht kann zur Einhebung einer Strafe von bis zu 10 % des gemeinen Werts des geschenkten Vermögens führen.

Außerdem kann die unentgeltliche Übertragung der Schuldverschreibungen gemäß § 27 Abs 6 Z 2 EStG den Anfall von Einkommensteuer auf Ebene des Übertragenden auslösen (siehe oben).

4.2 Angaben über die zugrunde liegenden Basiswerte

Unter "**Basiswert**" werden jene Referenzgrößen verstanden, auf welche die Berechnung einer Zahlung auf derivative Wertpapiere, wie die Schuldverschreibungen mit basiswertabhängiger Verzinsung Bezug nimmt. Diese Basiswerte können Aktien, Indizes, Rohstoffe, Währungen, Körbe der vorstehenden Basiswerte oder daraus gebildete hybride Basiswertkörbe sein. Eine detaillierte Nennung und Beschreibung des/der jeweiligen Basiswerts(e) erfolgt in den jeweils maßgeblichen Endgültigen Bedingungen.

4.2.1 Endgültiger Referenzpreis des Basiswerts

Bei Schuldverschreibungen mit basiswertabhängiger Verzinsung ist der für die Berechnung des jeweiligen Zinssatzes maßgebliche Referenzpreis des Basiswerts (der

Beobachtungswert) in § 3c der Emissionsbedingungen festgelegt.

4.2.2 Erklärung zur Art des Basiswerts

Der Typ des Basiswerts und Einzelheiten darüber, wo Angaben über den Basiswert eingeholt werden können, sind in den Endgültigen Bedingungen enthalten. Die mit den Basiswerten verbundenen Risiken sind im Kapitel "Risikofaktoren" beschrieben.

Informationen über die vergangene und künftige Wertentwicklung des Basiswerts und seiner Volatilität können auf der Homepage der jeweils maßgeblichen Feststellungsstelle, oder im Falle dass der Basiswert ein (oder mehrere) Index ist, der Indexberechnungsstelle, gegebenenfalls auf der Homepage der Emittentin, auf freien Börseinformationsseiten und bei kostenpflichtigen Informationssystemen (wie zB Reuters, Bloomberg) bezogen werden, sofern derartige Informationen dort zur Verfügung stehen.

Handelt es sich bei dem Basiswert um ein Wertpapier, können der Namen des Wertpapieremittenten und die ISIN (International Security Identification Number) oder ein ähnlicher Sicherheitsidentifikationscode den Endgültigen Bedingungen entnommen werden. Handelt es sich bei dem Basiswert um einen Index, werden die Bezeichnung des Index (oder Indexkorbes) und eine Angabe des Ortes, wo Informationen zu diesem Index (oder Indexkorb) zu finden sind, in den Endgültigen Bedingungen festgelegt. Handelt es sich bei dem Basiswert um einen Zinssatz, wird eine Beschreibung des Zinssatzes in die Endgültigen Bedingungen aufgenommen. Fällt der Basiswert nicht unter eine der vorgenannten Kategorien, werden gleichwertige Informationen in den Endgültigen Bedingungen enthalten sein. Im Falle eines Korbes von Basiswerten werden die entsprechenden Gewichtungen jedes einzelnen Basiswerts im Korb in den Endgültigen Bedingungen beschrieben.

4.2.3 Beschreibung von Marktstörungen

Die Emissionsbedingungen enthalten Bestimmungen zu etwaigen Störungen des Marktes und/oder der Abrechnung, und Bestimmungen über die daran allenfalls geknüpften Konsequenzen.

4.2.4 Anpassungsregelungen

Die Emissionsbedingungen enthalten Bestimmungen zur Vorgangsweise bei etwaigen Vorfällen, welche den Wert des Basiswerts beeinflussen können und zu einer Anpassung des Basiswerts führen können.

5. Bedingungen und Voraussetzungen für das Angebot

5.1 Konditionen, Angebotsstatistiken, erwarteter Zeitplan und erforderliche Maßnahmen zur Zeichnung des Angebots

5.1.1 Angebotskonditionen

Das Angebot der Schuldverschreibungen unterliegt keinen Bedingungen. Die Endgültigen Bedingungen sind zusammen mit diesem Prospekt zu lesen und enthalten, gemeinsam mit dem Prospekt, vollständige und umfassende Angaben über das Programm und die einzelnen Emissionen von Schuldverschreibungen.

5.1.2 Gesamtvolumen

Die Gesamtsumme der Emissionen von Schuldverschreibungen unter diesem Prospekt ist betragsmäßig nicht beschränkt. Die Volumina der einzelnen Emissionen von Schuldverschreibungen ergeben sich aus den Endgültigen Bedingungen.

Die Emittentin ist berechtigt, jederzeit ohne Zustimmung der Anleihegläubiger weitere Schuldverschreibungen mit gleicher Ausstattung (mit Ausnahme des Emissionspreises und, soweit anwendbar, des ersten Zinszahlungstags) in der Weise zu begeben, dass sie mit den bestehenden Schuldverschreibungen eine einheitliche Serie bilden.

5.1.3 (i) Angebotsfrist

Das Programm sieht dauernde und/oder wiederholte Emissionen von Schuldverschreibungen vor. Bei Daueremissionen entspricht die Angebotsfrist der Laufzeit, wobei der Emissionspreis laufend angepasst werden kann. Die Emittentin kann auch eine Angebotsfrist in den Endgültigen Bedingungen bestimmen.

5.1.3 (ii) Zeichnungsverfahren

Die Einladung zur Angebotstellung gegenüber Ersterwerbern erfolgt durch die Emittentin sowie etwaige Vertriebspartner. Die Anbotstellung zur Zeichnung der Schuldverschreibungen hat durch die Anleger zu erfolgen. Die Emittentin behält sich die (gänzliche oder teilweise) Annahme der Zeichnungsangebote vor.

5.1.4 Reduzierung von Zeichnungen, Erstattung von Beträgen

Eine Reduzierung der Zeichnungen ist grundsätzlich nicht vorgesehen. Der Emittentin steht aber das Recht zur Verkürzung der Zeichnungen in ihrem freien Ermessen zu; falls die Emittentin von diesem Recht Gebrauch macht, werden von den Anlegern zu viel bezahlte Beträge diesen im Wege der Zahlstelle rückerstattet werden.

5.1.5 Mindest-/Höchstzeichnungsbeträge

Die Stückelung der Schuldverschreibungen und/oder allfällige Mindest- oder Höchstzeichnungsbeträge ergeben sich aus den Endgültigen Bedingungen.

5.1.6 Bedienung und Lieferung

Sofern in den Endgültigen Bedingungen nichts anderes festgelegt ist, erfolgt die Zahlung des Emissionspreises auf Basis des zwischen dem Anleger und der Emittentin abzuschließenden Zeichnungsvertrages über den Erwerb der Schuldverschreibungen. Die Lieferung erfolgt gegen oder, wenn in den Endgültigen Bedingungen angegeben, frei von Zahlung zu den marktüblichen Fristen.

5.1.7 Termin für die Ergebnisse des Angebotes

Die Ergebnisse eines Angebotes von Schuldverschreibungen werden nach Ablauf der jeweils anwendbaren Zeichnungsfrist durch die Emittentin der Verwahrungsstelle und der Börse, an der die Schuldverschreibungen allenfalls notiert sind, offen gelegt.

5.1.8 Vorzugsrechte, Übertragbarkeit der Zeichnungsrechte und nicht ausgeübte Zeichnungsrechte

Nicht anwendbar.

5.2 Plan für die Verbreitung der Schuldverschreibungen und deren Zuteilung

5.2.1 (i) Angabe der verschiedenen Anlegerkategorien, denen die Schuldverschreibungen angeboten werden,

Grundsätzlich erfolgt die Einladung zur Angebotsstellung an keine bestimmte oder begrenzte Zielgruppe. Es gibt daher keine verschiedenen Kategorien von Anlegern, ausgenommen wenn in den Endgültigen Bedingungen etwas anderes bestimmt ist.

5.2.1 (ii) werden die Papiere gleichzeitig an den Märkten zweier oder mehrerer Staaten angeboten und ist eine bestimmte Tranche einigen dieser Märkte vorbehalten, so ist diese Tranche anzugeben.

Entfällt. Ein Angebot an den Märkten zweier oder mehrerer Staaten unter Vorbehalt einer bestimmten Tranche an Schuldverschreibungen für bestimmte Märkte ist nicht vorgesehen.

5.2.2 Zuteilung

Eine Kürzung der Zeichnungsanträge ist nicht vorgesehen (siehe oben Punkt 5.1.4). Es kommt kein Verfahren zur Meldung des den Zeichnern zugeteilten Betrags zur

Anwendung. Eine Angabe, ob eine Aufnahme des Handels vor dem Meldeverfahren möglich ist, entfällt dementsprechend.

5.3 Preisfestsetzung

5.3.1 (i) Angabe des Preises, zu dem die Schuldverschreibungen voraussichtlich angeboten werden, oder

Siehe Endgültige Bedingungen.

5.3.1 (ii) Methode, nach der der Preis festgesetzt wird, und Verfahren für seine Bekanntgabe

Der Emissionspreis der Schuldverschreibungen wird von der Emittentin unter Berücksichtigung verschiedener preisrelevanter Faktoren wie zB Kurs des zugrunde liegenden Basiswerts, des aktuellen Zinsniveaus, künftig erwarteter Dividenden sowie sonstiger produktspezifischer Kriterien festgesetzt. Zusätzlich kann der Emissionspreis auch einen Ausgabeaufschlag beinhalten, welcher Provisionen für die Emittentin oder sonstige im Zusammenhang mit der Begebung und Absicherung der Schuldverschreibungen entstehende Nebenkosten abdecken soll.

Der anfängliche Emissionspreis wird bei Daueremissionen in oder gemäß den Endgültigen Bedingungen festgelegt, die weiteren Emissionspreise werden nach billigem Ermessen der jeweiligen Marktlage angepasst.

5.3.1 (iii) Kosten und Steuern, die speziell dem Zeichner oder Käufer in Rechnung gestellt werden

Kosten und Spesen, die im mittelbaren Erwerb anfallen, unterliegen nicht dem Einfluss der Emittentin.

5.4 Platzierung und Übernahme

5.4.1 Angebot/Übernahmesyndikat

Es sind derzeit keine Koordinatoren und/oder Platzeure für die Emittentin bei der Emission der Schuldverschreibungen tätig. Allenfalls künftig bestellte Koordinatoren und/oder Platzeure werden in den Endgültigen Bedingungen offen gelegt.

5.4.2 Zahl-, und Verwahrstellen

Soweit nicht anderweitig in den Endgültigen Bedingungen genannt, handelt die Oberösterreichische Landesbank Aktiengesellschaft, Landstraße 38, 4010 Linz, als Zahlstelle und Berechnungsstelle.

Die Emittentin ist berechtigt, jederzeit die Bestellung einer beauftragten Stelle zu ändern oder zu beenden und/oder zusätzliche oder andere beauftragten Stellen zu bestellen, wobei diese im EWR sein werden.

Jede beauftragte Stelle handelt ausschließlich als Beauftragte der Emittentin und übernimmt keinerlei Verpflichtungen gegenüber den Anleihegläubigern und es wird kein Auftrags- oder Treuhandverhältnis zwischen ihr und den Anleihegläubigern begründet.

Soweit gesetzlich zulässig, übernehmen die beauftragten Stellen keine Haftung für irgendeinen Irrtum oder eine Unterlassung oder irgendeine darauf beruhende nachträgliche Korrektur in der Berechnung oder Veröffentlichung irgendeines Betrags oder einer Festlegung in Bezug auf die Schuldverschreibungen, sei es auf Grund von Fahrlässigkeit oder aus sonstigen Gründen.

Jede Sammelurkunde wird nach Maßgabe der Endgültigen Bedingungen von der Emittentin oder von einem oder im Namen des in den Endgültigen Bedingungen angegebenen Clearing-Systems verwahrt, bis sämtliche Verbindlichkeiten der Emittentin aus den Schuldverschreibungen erfüllt sind.

5.4.3 Übernahmezusage

Die Schuldverschreibungen werden nicht fest übernommen oder auf Basis einer Vereinbarung "zu den bestmöglichen Bedingungen" vertrieben, ausgenommen die Endgültigen Bedingungen sehen anderes vor.

5.4.4 Datum des Übernahmevertrages

Wenn ein Übernahmevertrag geschlossen wird, wird das Datum desselben in den Endgültigen Bedingungen offen gelegt.

5.4.5 Berechnungsstelle

Siehe die Angaben bei Punkt 5.4.2.

6. Zulassung zum Handel und Handelsregeln

6.1 (i) Zulassung zum Handel

Die Emittentin wird gegebenenfalls ein Antrag auf Zulassung des Programms zum Amtlichen Handel und/oder Geregelten Freiverkehr der Wiener Börse beantragen. Weiters kann auch die Einbeziehung der Schuldverschreibungen in den Handel an dem von der Wiener Börse als Multilaterales Handelssystem (*Multilateral Trading Facility*, "MTF") geführten Dritten Markt beantragt werden. Ein Antrag auf Zulassung kann auch unterbleiben. In den maßgeblichen Endgültigen Bedingungen wird angegeben, ob eine Börseneinführung in den Amtlichen Handel oder in den Geregelten Freiverkehr der Wiener Börse oder eine Einbeziehung der Schuldverschreibungen in den Handel im Dritten Markt erfolgen soll. Die Schuldverschreibungen können börsen- und außerbörslich fortlaufend gehandelt werden. Über eine allfällige Zulassung entscheidet die Wiener Börse.

6.1 (ii) Termin der Zulassung zum Handel

Soweit anwendbar, werden die Termine, zu denen die Schuldverschreibungen voraussichtlich zum Handel zugelassen werden in den Endgültigen Bedingungen angegeben

6.2 Bereits zugelassene vergleichbare Schuldverschreibungen

Vergleichbare Schuldverschreibungen notieren derzeit im Geregeltten Freiverkehr der Wiener Börse und im Geregeltten Markt der Luxemburger Börse.

6.3 Intermediäre im Sekundärhandel

Es sind derzeit keine Intermediäre für die Emittentin im Sekundärhandel tätig. Allfällige künftige Intermediäre werden in den Endgültigen Bedingungen bestimmt.

7. Zusätzliche Angaben

7.1 Funktionen von an der Emission beteiligten Beratern

Es sind derzeit keine Berater für die Emittentin bei der Begebung der Schuldverschreibungen tätig.

7.2 Prüfungsbericht der Abschlussprüfer zu Informationen in der Wertpapierbeschreibung

Nicht anwendbar.

7.3 Sachverständigen-Erklärung/-Bericht

Es sind keine Sachverständigen für die Emittentin bei der Begebung der Schuldverschreibungen tätig.

7.4 Angaben von Seiten Dritter

Die Wertpapierbeschreibung enthält keine Angaben von Seiten Dritter.

7.5 (i) Kreditrating der Emittentin

Angaben zum Rating der Emittentin finden sich in den Risikofaktoren auf Seite 43.

7.5 (ii) Rating der Schuldverschreibungen

Angaben zu einem allfälligen Rating der Schuldverschreibungen finden sich in den maßgeblichen Endgültigen Bedingungen.

7.6 Veröffentlichung nach erfolgter Emission

Die Emittentin beabsichtigt keine Veröffentlichung nach erfolgter Begebung (ausgenommen Veröffentlichungen gemäß den Emissionsbedingungen oder aufgrund anwendbarer Gesetze oder Verordnungen).

GLOSSAR UND ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

Zur leichteren Lesbarkeit finden sich nachstehend bestimmte Abkürzungen und Definitionen, die in diesem Prospekt verwendet werden. Die Leser dieses Prospekts sollten immer die vollständige Beschreibung eines in diesem Prospekt enthaltenen Ausdrucks verwenden.

BEGRIFF	BEDEUTUNG IN DIESEM PROSPEKT
" Altiplano-Produkte "	meint Schuldverschreibungen, die den Anleger vom Erhalt einer Zinszahlung ausschließen, wenn zu einem bestimmten Beobachtungstag der Beobachtungswert auch nur eines der für die Schuldverschreibungen maßgeblichen Basiswerte unter einer von der Emittentin am Begebungstag bestimmten Barriere liegt. Wenn am maßgeblichen Beobachtungstag der Beobachtungswert jedes der Basiswerte gleich hoch oder höher als die Barriere ist, so entspricht der Zinssatz für die maßgebliche Zinsperiode einem vorher festgelegten Zinssatz.
" Amortisationsbetrag "	meint den vorgesehenen Rückzahlungsbetrag der Schuldverschreibung am Endfälligkeitstag im Fall von Nullkupon Schuldverschreibungen
" Anleihegläubiger "	meint die Inhaber von Schuldverschreibungen
" Anleihen "	meint die von der Emittentin unter diesem Programm begebenen (i) nicht-nachrangigen, (ii) nachrangigen Schuldverschreibungen (Tier 2-Schuldverschreibungen), (iii) Pfandbriefe und (iv) Kommunalpfandbriefe jedweder Art, einschließlich Schuldverschreibungen mit fixer Verzinsung, variabler Verzinsung, basiswertabhängiger Verzinsung, Nullkupon-Schuldverschreibungen und Steepener-Schuldverschreibungen, die jeweils mit fixem Rückzahlungsbetrag ausgestattet sein können.
" Anleiheschuldnerin "	meint die Oberösterreichische Landesbank Aktiengesellschaft, Landstraße 38, 4010 Linz, eingetragen im Firmenbuch zu FN 157656 y
" Anpassungsereignis "	meint jedes Ereignis in Bezug auf den betreffenden Basiswert, bei dessen Eintritt die Maßgebliche Terminbörse eine Anpassung des Preises, des Wertes, der Kontraktgröße oder der Anzahl oder sonstigen Ausstattung der auf den betreffenden Basiswert gehandelten Optionskontrakte vornimmt oder vornehmen würde, wenn Optionskontrakte auf den betreffenden Basiswert an der Maßgeblichen Terminbörse gehandelt würden

"AR Mitglied"	meint Aufsichtsratsmitglied
"AR Vors"	meint Aufsichtsratsvorsitzender
"AR Vors Stv"	meint stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender
"AT 1"	meint Additional Tier 1 iSd CRR
"Bail-In"	meint die Verlustbeteiligung von Gläubigern
"bail-in-tool"	meint die Ausübung der Abschreibungs- und Umwandlungsbefugnisse (i) zur Rekapitalisierung eines Kreditinstituts in einem Umfang, der ausreichend ist, um es wieder in die Lage zu versetzen, den Zulassungsbedingungen zu genügen und die Tätigkeiten auszuüben, für die es zugelassen ist, oder (ii) zur Umwandlung in Eigenkapital – oder Reduzierung des Nennwerts – der auf ein Brückeninstitut übertragenen Forderungen oder Schuldtitel mit dem Ziel, Kapital für das Brückeninstitut bereitzustellen
"Barriere"	meint ein von der Emittentin am Begebungstag festgelegtes Kursniveau
"Basiswerte"	sind jene Referenzgrößen, auf welche die Berechnung einer Zahlung auf derivative Wertpapiere (insbesondere die Schuldverschreibungen mit basiswertabhängiger Verzinsung) Bezug nimmt
"BCBS"	meint den Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht (<i>Basel Committee on Banking Supervision</i>)
"Beauftragte Stellen"	meint die Zahlstelle und die Berechnungsstelle
"Begebungstag"	meint den Tag, an dem die Emittentin gemäß den Bestimmungen der Muster-Emissionsbedingungen Schuldverschreibungen begibt (wie in § 1 (1) der Muster-Emissionsbedingungen definiert)
"Beobachtungswert"	meint – wenn in den Endgültigen Bedingungen nichts anderes festgelegt ist – den Schlusskurs des Basiswertes, wie er am Beobachtungstag von der Feststellungsstelle, oder wenn der Basiswert ein (oder mehrere) Index (Indizes) ist, von der Indexberechnungsstelle, festgestellt und veröffentlicht wird
"Berechnungsstelle"	meint die in § 8 der Muster- Emissionsbedingungen angegebene Berechnungsstelle

"Bildschirmseite"	meint im Hinblick auf Schuldverschreibungen mit variabler Verzinsung die gemäß den maßgeblichen Endgültigen Bedingungen für die Feststellung der Zinsberechnungsbasis maßgebliche Bildschirmseite (zB eine Reuters Seite)
"Börsegeschäftstage"	meint solche Tage, an denen a) planmäßig der Beobachtungs- bzw Schlusskurs des betreffenden Basiswertes berechnet und veröffentlicht wird, und b) planmäßig ein Handel an der Maßgeblichen Terminbörse vorgesehen ist
"BWG"	meint das Bankwesengesetz (BGBl Nr 532/1993 idgF)
"CET 1"	meint Instrumente des harten Kernkapitals (<i>Common Equity Tier 1</i>) gemäß Art 28 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26.6.2013 über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 646/2012 (<i>Capital Requirements Regulation – "CRR"</i>)
"Clearing System"	meint das Clearing System wie in § 1 (4) der Muster-Emissionsbedingungen definiert
"CRD IV"	meint die Richtlinie 2013/36/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 über den Zugang zur Tätigkeit von Kreditinstituten und die Beaufsichtigung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen, zur Änderung der Richtlinie 2002/87/EG und zur Aufhebung der Richtlinien 2006/48/EG und 2006/49/EG idgF
"CRR"	meint die Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 646/2012 idgF
"Digitale Produkte"	Optionen- meint Schuldverschreibungen mit einer Verzinsungsart bei der die Höhe des Zinssatzes für eine Zinsperiode davon abhängt, ob der Schlusskurs des Basiswerts am maßgeblichen Beobachtungstag auf oder über einer bestimmten Barriere (dh ein von der Emittentin am Begebungstag festgelegtes Kursniveau) liegt. Liegt der Schlusskurs des Basiswerts auf oder über der Barriere, so entspricht der Zinssatz für die maßgebliche Zinsperiode einem vorher festgelegten Zinssatz. Liegt der Kurs des Basiswerts unter der Barriere, werden für die maßgebliche Zinsperiode keine Zinsen ausbezahlt
"EB"	meint Endgültige Bedingungen

"Emissionsbedingungen"	meint die Muster-Emissionsbedingungen zusammen mit den Endgültigen Bedingungen
"Emittentin"	meint die Anleiheschuldnerin
"Endgültige Bedingungen"	meint die endgültigen Bedingungen einer Serie von Schuldverschreibungen im Sinne von Artikel 26 (5) der Prospektverordnung
"Ersatzindex"	meint einen Index, durch den ein Index, der Basiswert ist, ersetzt wird und der die gleiche oder annähernd die gleiche Berechnungsformel und/oder Berechnungsmethode für die Berechnung des Basiswertes verwendet,
"Ersatzkurs"	meint den in § 3c der Ergänzende Emissionsbedingungen für Schuldverschreibungen mit basiswertabhängiger Verzinsung beschriebenen Ersatzkurs
"EStG"	meint das Einkommensteuergesetz 1988 (BGBl Nr 400/1988 idgF)
"EU"	meint die Europäische Union
"Fälligkeitstag"	meint den Tag, an dem die Schuldverschreibungen zu ihrem Rückzahlungsbetrag zurückgezahlt bzw getilgt werden
"festgelegte Währung"	meint die Währung, in der die Schuldverschreibungen von der Emittentin am Begebungstag begeben werden (wie in § 1 (1) der Muster-Emissionsbedingen definiert)
"festgelegte Zeit"	meint den Zeitpunkt, zu dem der Zinssatz auf der jeweiligen Bildschirmseite angezeigt wird
"Feststellungsstelle"	meint im Hinblick auf Schuldverschreibungen mit basiswertabhängiger Verzinsung die in den Endgültigen Bedingungen bestimmte Stelle.
"Finanzintermediäre"	meint Kreditinstitute, die im Sinne der Richtlinie 2013/36/EU in einem EWR-Mitgliedstaat zugelassen sind, ihren Sitz in dem betreffenden Mitgliedstaat haben und die zum Emissionsgeschäft oder zum Vertrieb von Schuldverschreibungen berechtigt sind
"FMA"	meint die österreichische Finanzmarktaufsichtsbehörde
"Geschäftstag"	meint jeden Tag (außer einem Samstag und einem Sonntag) an dem (a) die Banken im (oder in den) maßgeblichen Finanzzentrum (oder -zentren) für Geschäfte (einschließlich

	Devisenhandelsgeschäfte und Fremdwährungseinlagengeschäfte) geöffnet sind und, falls die festgelegte Währung Euro ist, (b) alle für die Abwicklung von Zahlungen in Euro wesentlichen Teile des Trans-European Automated Real-Time Gross Settlement Express Transfer Systems ("TARGET2") in Betrieb sind
"Gruppe"	meint die Emittentin und ihre konsolidierten Tochtergesellschaften
"Halbjahresfinanzbericht 2015"	meint den ungeprüften konsolidierten Halbjahresfinanzbericht der Emittentin zum 30.6.2015
"Handels- oder Notierungssystem"	meint ein System, bei dem Preise eines Basiswerts aufgrund von Handelsaktivitäten oder Quotierungen von Marktteilnehmern zustande kommen
"Hybrider Basiswertkorb"	meint einen Basiswertkorb, der sich aus Basiswerten unterschiedlicher Art zusammensetzt (zB ein Index und zwei Aktien)
"HYPO Oberösterreich"	meint die Anleiheschuldnerin
"HYPO Oberösterreich-Gruppe"	meint die Gruppe
"IFRS"	meint die International Financial Reporting Standards
"Index"	meint im Fall von Schuldverschreibungen mit inflationsgebundenem Zinssatz – vorbehaltlich einer Anpassung gemäß den Emissionsbedingungen - den Unrevidierten harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) im Euroraum ohne Tabakwaren (HICP – all items excluding tobacco – Index (2005 = 100) Euro area
"Index(Monat_t)"	meint im Fall von Schuldverschreibungen mit inflationsgebundenem Zinssatz den Maßgeblichen Indexstand 3 Monate vor dem Beginn der aktuellen Zinsperiode
"Index(Monat_{t-1})"	meint im Fall von Schuldverschreibungen mit inflationsgebundenem Zinssatz den Maßgeblichen Indexstand 15 Monate vor dem Beginn der aktuellen Zinsperiode
"Indexberechnungsstelle"	meint im Fall von Schuldverschreibungen mit inflationsgebundenem Zinssatz die Europäische Kommission - Eurostat - vorbehaltlich einer Anpassung gemäß den maßgeblichen Emissionsbedingungen

"Indexstand"	meint im Fall von Schuldverschreibungen mit inflationsgebundenem Zinssatz jeden Stand des Index (unrevidiert; provisorisch) bezogen auf einen beliebigen Monat, wie er von der Indexberechnungsstelle in der Regel in der Mitte des Folgemonats ermittelt wird und wie er auf der Index-Bildschirmseite veröffentlicht wird
"ISDA"	meint die International Swaps and Derivatives Association
"ISIN"	meint die International Securities Identification Number
"IT-Systeme"	meint Informationstechnologiesysteme
"Jahresabschluss 2014"	meint den geprüften konsolidierten Jahresabschluss der Emittentin für das Geschäftsjahr, das am 31.12.2014 geendet hat – (dem Geschäftsbericht entnommen)
"Jahresabschluss 2013"	meint den geprüften konsolidierten Jahresabschluss der Emittentin für das Geschäftsjahr, das am 31.12.2013 geendet hat – (dem Geschäftsbericht entnommen)
"KESt"	meint die Kapitalertragsteuer
"KMG"	meint das Kapitalmarktgesetz (Bundesgesetz über das öffentliche Anbieten von Wertpapieren und anderen Kapitalveranlagungen und über die Aufhebung des Wertpapier-Emissionsgesetzes, BGBl Nr 625/1991 idgF)
"KStG"	meint das Körperschaftsteuergesetz 1988 (BGBl. Nr. 401/1988 idgF)
"KuratorenG"	meint das Kuratorenengesetzes 1874 (Gesetz betreffend die gemeinsame Vertretung der Rechte der Besitzer von auf Inhaber lautenden oder durch Indossament übertragbaren Teilschuldverschreibungen und die bürgerliche Behandlung der für solche Teilschuldverschreibungen eingeräumten Hypothekarkredite, RGBl 1874/49 idgF) und das Kuratorenergänzungsgesetzes 1877 (Gesetz, womit ergänzende Bestimmungen betreffend die Vertretung der Besitzer von Pfandbriefen oder von auf Inhaber lautenden oder durch Indossament übertragbaren Teilschuldverschreibungen erlassen werden, RGBl 1877/111 idgF)
"M"	meint die Anzahl der Geschäftstage in der maßgeblichen Zinsperiode
"Marktstörung"	meint ein Ereignis oder eine Situationen, das oder die nach

Feststellung der Emittentin wesentlich für die Bewertung eines Basiswerts oder von Absicherungsmaßnahmen der Emittentin in Bezug auf die Schuldverschreibungen ist (wie in den Ergänzenden Emissionsbedingungen für Schuldverschreibungen mit basiswertabhängiger Verzinsung definiert)

"Marktwert"	meint in Bezug auf eine Schuldverschreibung der angemessene Marktwert (<i>fair market value</i>) dieses Wertpapiers
"Marktzinsniveau"	meint Zinssätze auf den Geld- und Kapitalmärkten für vergleichbare Schuldverschreibungen
"Maßgeblicher Indexstand"	meint im Fall von Schuldverschreibungen mit inflationsgebundenem Zinssatz jeder auf einen Bezugszeitpunkt bezogene unrevidierte (provisorische) Stand des Index, wie er von der Indexberechnungsstelle in der Regel in der Mitte des auf den Bezugszeitpunkt folgenden Monats ermittelt wird und wie er auf der Index-Bildschirmseite veröffentlicht wird
"Maßgebliche Terminbörse"	meint die Terminbörse mit dem größten Handelsvolumen von Optionskontrakten, die auf den Basiswert gehandelt werden oder die in den Endgültigen Bedingungen als solche bezeichnete Börse
"Maximalzinssatz"	meint den für eine bestimmte Zinsperiode festgelegten, höchsten anwendbaren Zinssatz
"Mindestzinssatz"	meint den für eine bestimmte Zinsperiode festgelegten, niedrigsten anwendbaren Zinssatz
"MTF"	meint ein Multilaterales Handelssystem (<i>Multilateral Trading Facility</i>)
"Multi-Exchange Index"	meint in Index, der aus Wertpapieren besteht, die an unterschiedlichen Börsen notieren
"Muster-Emissionsbedingungen"	die Bedingungen für die verschiedenen, in unterschiedlichen Varianten unter diesem Programm begebenen, Kategorien von Wertpapieren
"N"	meint im Fall von Range Accrual-Produkten die Anzahl der Kalendertage innerhalb der maßgeblichen Beobachtungsperiode, an denen der Beobachtungswert des Basiswerts innerhalb der beiden Barrieren lag
"Nachfolge-Indexberechnungs-	meint die die Stelle, die den Index anstelle der ursprünglichen Indexberechnungsstelle berechnet und veröffentlicht

stelle"

"Nachtrag/äge"

meint einen oder mehrere Nachträge zum Prospekt

"Nennbetrag"

meint den Nennbetrag wie in § 1 (1) der Muster-Emissionsbedingungen definiert

"Notifizierung"

meint die Übermittlung von Bescheinigungen durch die FMA an eine zuständige Behörde eines EWR-Mitgliedstaates über die Billigung des Prospekts, aus denen hervorgeht, dass der Prospekt gemäß der Prospekt-Richtlinie erstellt wurde

"Nicht-Tragfähigkeit"

meint einen der Fälle, bei dem nach dem RDD Entwurf das Schuldabschreibungs-Instrument zur Anwendung gelangen würde, nämlich, wenn die relevanten Kapitalinstrumente auf Einzel- und konsolidierter Basis oder auf konsolidierter Basis für Eigenkapitalzwecke anerkannt sind und die zuständige Aufsichtsbehörde feststellt, dass die konsolidierte Gruppe nur dann weiter existenzfähig ist, wenn bei diesen Instrumenten von der Abschreibungsbefugnis Gebrauch gemacht wird

"Obmann Stv"

meint stellvertretender Obmann

"Öffentliches Angebot"

meint eine Mitteilung an das Publikum in jedweder Form und auf jedwede Art und Weise, die ausreichende Informationen über die Angebotsbedingungen und die anzubietenden Wertpapiere enthält, um einen Anleger in die Lage zu versetzen, sich für den Kauf oder die Zeichnung dieser Wertpapiere zu entscheiden, wobei Abweichungen von dieser Definition in den nationalen Umsetzungsbestimmungen zur Prospektrichtlinie miteingefasst sind.

"Option"

meint jede der Muster-Emissionsbedingungen für eine Variante verfügt im Hinblick auf die Verzinsung über weitere Optionen, die in den Endgültigen Bedingungen ausgewählt werden

"P"

meint im Fall von Schuldverschreibungen mit inflationsgebundenem Zinssatz die Partizipationsrate

"Programm"

meint das Angebotsprogramm zur Begebung von strukturierten Schuldverschreibungen der Oberösterreichische Landesbank Aktiengesellschaft, das Gegenstand dieses Prospekts ist

"Prospekt"

meint diesen Basisprospekt für das Programm

"Prospekt-Richtlinie"

meint die Richtlinie 2003/71/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4.11.2003 in der geltenden Fassung

"Prospektverordnung"	meint die Verordnung (EG) Nr. 809/2004 der Europäischen Kommission vom 29.4.2004 in der geltenden Fassung
"Range Accrual-Produkte"	meint Schuldverschreibungen mit einer Verzinsungsart bei der Zinsen nur für Tage anfallen, in denen der Beobachtungswert des Basiswerts weder die von der Emittentin am Begebungstag festgelegte und in den Endgültigen Bedingungen angegebene obere Barriere noch die untere Barriere erreicht oder durchbrochen hat (d.h. für jene Tage, an denen der Kurs innerhalb der Bandbreite der beiden Barrieren lag)
"RAZ"	meint im Fall von Range Accrual-Produkten den Range Accrual Zinssatz
"Rechtsänderung"	meint in den Emissionsbedingungen, dass aufgrund (A) des Inkrafttretens von Änderungen der Gesetze oder Verordnungen (einschließlich aber nicht beschränkt auf Steuergesetze) oder (B) der Änderungen der Auslegung von gerichtlichen oder behördlichen Entscheidungen, die für die entsprechenden Gesetze oder Verordnungen relevant sind (einschließlich der Aussagen der Steuerbehörden) (X) das Halten, der Erwerb oder die Veräußerung der auf die Schuldverschreibungen bezogenen Basiswerte rechtswidrig geworden ist, oder (Y) die Kosten, die mit den Verpflichtungen unter den Schuldverschreibungen verbunden sind, wesentlich gestiegen sind (einschließlich aber nicht beschränkt auf Erhöhungen der Steuerverpflichtungen, der Senkung von steuerlichen Vorteilen oder anderen negativen Auswirkungen auf die steuerrechtliche Behandlung), falls solche Änderungen an oder nach dem Begebungstag wirksam werden.
"Referenzbanken"	meint diejenigen Banken, deren Angebotssätze vom Informationsanbieter der Bildschirmseite zur Ermittlung des maßgeblichen Angebotssatzes zu dem Zeitpunkt benutzt wurden, als solch ein Angebot letztmals auf der Bildschirmseite angezeigt wurde
"relevanter Markt"	meint im Hinblick auf eine bestimmte Serie von Schuldverschreibungen mit variabler Verzinsung jenen Markt, der im Falle der Nichtverfügbarkeit des Angebotssatzes auf der maßgeblichen Bildschirmseite für die Bestimmung des Angebotssatzes mittels Referenzbanken, maßgeblich ist.
"Risikofaktoren"	meint die in diesem Prospekt ab Seite 34 beschriebenen Risiken, die eine Anlage in die Schuldverschreibungen beinhaltet
"Rückzahlungsbetrag"	meint den Betrag, zu dem die Schuldverschreibungen am

	Fälligkeitstag zurückgezahlt werden
"RWA"	meint Risikogewichtete Aktiva (<i>Risk Weighted Assets</i>)
"Sammelurkunde"	meint eine auf Inhaber lautende Dauersammelurkunde, durch die jede Serie von Schuldverschreibungen verbrieft wird
"Schlusskurs"	meint den Kurs des Basiswertes, wie er am Laufzeitende von der Feststellungsstelle, oder im Falle dass der Basiswert ein (oder mehrere) Index (Indizes) ist, von der Indexberechnungsstelle, festgestellt und veröffentlicht wird
"Schuldabschreibungs-Instrument"	meint das Instrument, mit dem die zuständigen Aufsichtsbehörden nach dem RRD-Entwurf bei Erfüllung bestimmter Voraussetzungen das Grundkapital eines Kreditinstituts abschreiben zu können und bestimmte Kapitalinstrumente (nämlich die Eigenmittelinstrumente des Kreditinstituts) abschreiben oder in Eigenkapital des Kreditinstituts umwandeln zu können
"Schuldverschreibungen"	meint die Anleihen
"Securities Act"	meint den United States Securities Act of 1933 (idgF)
"Serie"	meint eine Serien von Schuldverschreibungen
"Standard & Poor's"	meint Standard & Poor's Credit Market Services Europe Ltd. (Niederlassung Deutschland)
"Steuern"	meint Steuern, Abgaben, Festsetzungen oder behördlichen Gebühren jedweder Art
"Swapsatz-Quotierung"	meint das rechnerische Mittel der nachgefragten und angebotenen Sätze für den jährlichen Fixzinszahlungsstrom (berechnet auf einer 30/360 Tagesberechnungsbasis) einer fixed-for-floating Euro Zinsswap-Transaktion, (x) die eine dem maßgeblichen Swapsatz entsprechende Laufzeit hat und am Beginn der Zinsperiode, für der Swapsatz maßgeblich ist beginnt, (y) die auf einen Betrag lautet, der dem einer repräsentativen einzelnen Transaktion in dem relevanten Markt zur relevanten Zeit eines anerkannten Händlers mit guter Bonität im Swap-Markt entspricht, und (z) deren variabler Zahlungsstrom auf dem für Swapsatz-Quotierungen maßgeblichen Zinssatz beruht (berechnet auf einer Actual/360 Tage-Berechnungsbasis)
"TARGET2"	meint das Trans-European Automated Real-Time Gross

Settlement Express Transfer Systems

"TARGET Geschäftstag"	meint einen Tag, an dem das TARGET2 System betriebsbereit ist
"Tier 2"	meint Instrumente gemäß Art 63 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26.6.2013 über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 646/2012 (<i>Capital Requirements Regulation</i> – " CRR ") (" Tier 2 ")
"Üblicher Börsenschluss"	meint den in den Ergänzenden Emissionsbedingungen für Schuldverschreibungen mit basiswertabhängiger Verzinsung (§ 3a) definierten Zeitpunkt
"Variante"	meint eine der im Hinblick auf ihre Verzinsung unterschiedliche Ausgestaltungsmöglichkeiten der Schuldverschreibungen
"Vereinigte Staaten"	meint die Vereinigten Staaten von Amerika (einschließlich deren Bundesstaaten und des District of Columbia) sowie deren Territorien (einschließlich Puerto Rico, U.S. Virgin Islands, Guam, American Samoa, Wake Island und Northern Mariana Islands)
"Verzinsungsbeginn"	meint den Zeitpunkt, ab dem die Schuldverschreibungen bezogen auf ihren Nennbetrag bis zum Verzinsungsende verzinst werden
"Verzinsungsende"	meint den Zeitpunkt, zu dem der Zinslauf der Schuldverschreibungen endet
"Volatilität"	meint die Schwankungsbreite von Werten (zB Aktienkursen)
"Vorzeitiger Rückzahlungsbetrag"	meint, wenn ein solcher vorhanden ist, den Nennbetrag der Schuldverschreibungen (wenn nicht in EB anders definiert)
"Vorzeitiger Rückzahlungstag"	meint den Vorzeitiger Rückzahlungstag wie in § 4 (4) der Muster-Emissionsbedingungen definiert
"Währung"	meint die in den Endgültigen Bedingungen festgelegte Währung, auf die eine Serie von Schuldverschreibungen lautet
"Wahrückzahlungsbetrag"	meint den Wahrückzahlungsbetrag wie in § 4 (7) der Muster-Emissionsbedingungen definiert
"Wahrückzahlungstag (Call)"	meint den Wahrückzahlungstag (Call) wie in § 4 (2) der Muster-Emissionsbedingungen definiert

"Wahrückzahlungstag (Put)"	meint den Wahrückzahlungstag (Put) wie in § 4 (5) der Muster-Emissionsbedingen definiert
"Z"	meint im Fall von Schuldverschreibungen mit inflationsgebundenem Zinssatz den Zinssatz <i>per annum</i> ;
"Zahlstelle"	meint die in § 8 der Muster-Emissionsbedingungen angegebene Zahlstelle
"Zeitpunkt der Notierung"	meint in Bezug auf einen Basiswert den in den Ergänzenden Emissionsbedingungen für Schuldverschreibungen mit basiswertabhängiger Verzinsung (§ 3a) definierten Zeitpunkt
"Zinsberechnungsbasis"	meint den Angebotssatz oder das arithmetische Mittel der Angebotssätze (ausgedrückt als Prozentsatz <i>per annum</i>) für Einlagen in der Währung wie auf der Bildschirmseite gegen 11:00 Uhr (Londoner Ortszeit im Falle von LIBOR, oder Brüsseler Ortszeit im Falle EURIBOR) am Zinsfeststellungstag angezeigt, wie von der Anleiheschuldnerin festgestellt
"Zinsbetrag"	meint den auf die Schuldverschreibungen zahlbaren Betrag an Zinsen
"Zinsberechnungszeitraum"	meint einen beliebigen Zeitraum im Hinblick auf die Berechnung des Zinsbetrages auf eine Schuldverschreibung
"Zinsperiode"	meint den Zeitraum ab dem Verzinsungsbeginn (einschließlich) bis zum ersten Zinszahlungstag (ausschließlich) und jeden weiteren Zeitraum von einem Zinszahlungstag (einschließlich) bis zum folgenden Zinszahlungstag (ausschließlich)
"Zinstagequotient"	meint im Hinblick auf die Berechnung des Zinsbetrages auf eine Schuldverschreibung für einen Zinsberechnungszeitraum das Verhältnis einer bestimmten Anzahl von Tagen im Zinsberechnungszeitraum zur Anzahl der Tage der Zinsperiode
"Zinssatz"	meint den jeweiligen Zinssatz in Prozent <i>per annum</i> mit dem die jeweilige Serie von Schuldverschreibungen verzinst ist
"Zinszahlungstag"	meint den Tag, an dem die Zinsen zahlbar sind
"zukunftsgerichtete Aussagen"	meint die in diesem Prospekt enthaltenen zukunftsgerichteten Aussagen, die nicht historische Tatsachen sind

UNTERFERTIGUNG DES PROSPEKTS

Die Emittentin mit Sitz in Linz und der Geschäftsanschrift Landstraße 38, 4010 Linz, eingetragen im Firmenbuch unter der FN 157656 y, übernimmt die Haftung für die in diesem Prospekt enthaltenen Informationen und erklärt, die erforderliche Sorgfalt angewendet zu haben, um sicherzustellen, dass die in diesem Prospekt genannten Angaben ihres Wissens nach richtig sind und keine Tatsachen ausgelassen worden sind, die die Aussage des Prospekts wahrscheinlich verändern können.

Oberösterreichische Landesbank Aktiengesellschaft
als Emittentin gemäß § 8 KMG

Linz, am

Dr. Andreas Mitterlehner

[als kollektiv zeichnungsberechtigtes Mitglied des Vorstandes]

Mag. Thomas Wolfsgruber

[als kollektiv zeichnungsberechtigtes Mitglied des Vorstandes]

EMISSIONSBEDINGUNGEN

Die nachfolgenden Muster-Emissionsbedingungen der Schuldverschreibungen (die "**Muster-Emissionsbedingungen**") sind in zwei Ausgestaltungsvarianten (Optionen) aufgeführt:

Option 1 umfasst die Muster-Emissionsbedingungen der nicht-nachrangigen und nachrangigen Schuldverschreibungen (Tier 2-Schuldverschreibungen), Pfandbriefe und Kommunalpfandbriefe jedweder Art, einschließlich Schuldverschreibungen mit fixer Verzinsung, variabler Verzinsung, basiswertabhängiger Verzinsung, Nullkupon- Schuldverschreibungen und Steepener-Schuldverschreibungen;

Option 2 umfasst die Ergänzenden Emissionsbedingungen für Schuldverschreibungen mit basiswertabhängiger Verzinsung; und

Die Muster-Emissionsbedingungen für jede Option enthalten bestimmte weitere Optionen, die durch Verweise auf die Endgültigen Bedingungen gekennzeichnet sind.

In den Endgültigen Bedingungen wird die Emittentin festlegen, welche der Optionen 1 und/oder 2 der Muster-Emissionsbedingungen (einschließlich der jeweils enthaltenen bestimmten weiteren Optionen) für die einzelne Serie von Schuldverschreibungen zur Anwendung kommt, indem die betreffenden Angaben wiederholt und die Verweise durch konkrete Angaben ersetzt oder die entsprechende Option ausgewählt wird.

Soweit die Emittentin zum Zeitpunkt der Billigung des Prospektes keine Kenntnis von bestimmten Angaben hatte, die auf eine Serie von Schuldverschreibungen anwendbar sind, enthält dieser Prospekt Verweise auf die Endgültigen Bedingungen, die in den Endgültigen Bedingungen ergänzt werden.

[Die nachfolgenden Muster-Emissionsbedingungen sind gemeinsam mit dem Teil 1 der Endgültigen Bedingungen, die die Muster-Emissionsbedingungen jeder Serie von Schuldverschreibungen ergänzen und konkretisieren, zu lesen.] Die [Muster-Emissionsbedingungen und die] Endgültigen Bedingungen bilden [zusammen] die Emissionsbedingungen der jeweiligen Serie von Schuldverschreibungen. [Die Verweise in den auf die Schuldverschreibungen anwendbaren Bestimmungen dieser Muster-Emissionsbedingungen gelten als durch die in den Endgültigen Bedingungen enthaltenen Angaben ausgefüllt, als ob die Verweise in den betreffenden Bestimmungen durch diese Angabe ausgefüllt wären, alternative oder wählbare Bestimmungen dieser Muster-Emissionsbedingungen, die in den Endgültigen Bedingungen nicht ausgefüllt oder gestrichen sind, gelten als aus diesen Muster-Emissionsbedingungen gestrichen; sämtliche auf die Schuldverschreibungen nicht anwendbare Bestimmungen dieser Muster-Emissionsbedingungen (einschließlich der Anweisungen und Anmerkungen) gelten als aus diesen Muster-Emissionsbedingungen gestrichen.]

Kopien der Emissionsbedingungen sind auf der Website der Emittentin unter www.hypo.at oder kostenlos am Sitz der Emittentin während der üblichen Geschäftszeiten verfügbar.

Anhänge

- Anhang 1:** Muster-Emissionsbedingungen der nicht-nachrangigen und nachrangigen Schuldverschreibungen (Tier 2-Schuldverschreibungen), Pfandbriefe und Kommunalpfandbriefe jedweder Art, einschließlich Schuldverschreibungen mit fixer Verzinsung, variabler Verzinsung, basiswertabhängiger Verzinsung, Nullkupon-Schuldverschreibungen und Steepener-Schuldverschreibungen;
- Anhang 2:** Ergänzende Emissionsbedingungen für Schuldverschreibungen mit basiswertabhängiger Verzinsung
- Anhang 3:** Muster der Endgültigen Bedingungen

Muster-Emissionsbedingungen der nicht-nachrangigen und nachrangigen Schuldverschreibungen (Tier 2-Schuldverschreibungen), Pfandbriefe und Kommunalpfandbriefe jedweder Art, einschließlich Schuldverschreibungen mit fixer Verzinsung, variabler Verzinsung oder basiswertabhängiger Verzinsung, Nullkupon- und Steepener-Schuldverschreibungen

Emissionsbedingungen

der Schuldverschreibungen, Pfandbriefe und Kommunalpfandbriefe jedweder Art, einschließlich Schuldverschreibungen mit fixer Verzinsung, variabler Verzinsung, basiswertabhängiger Verzinsung, Nullkupon-Schuldverschreibungen und Steepener-Schuldverschreibungen

der

Oberösterreichischen Landesbank Aktiengesellschaft

**begeben unter dem
Programm zur Begebung von
strukturierten Schuldverschreibungen**

§ 1

Währung. Stückelung. Form. Zeichnung. Sammelurkunden. Verwahrung

- (1) **Währung. Stückelung. Form.** Diese Serie von Schuldverschreibungen (die "**Schuldverschreibungen**") wird von der Oberösterreichischen Landesbank Aktiengesellschaft (die "**Anleiheschuldnerin**") gemäß diesen Emissionsbedingungen (die "**Emissionsbedingungen**") in [**festgelegte Währung (EB Ziffer 4) einfügen**] (die "**Währung**") [**im Falle einer Daueremission (EB Ziffer 6), einfügen:** als Daueremission ab dem] [**im Falle keiner Daueremission einfügen:** am] [**Begebungstag (EB Ziffer 6) einfügen**] (der "**Begebungstag**") begeben. Die Serie von Schuldverschreibungen ist eingeteilt in Stückelungen mit dem Nennbetrag (oder den Nennbeträgen) von [**Nennbetrag (oder Nennbeträge) (EB Ziffer 2) einfügen**] (jeweils ein "**Nennbetrag**") und weist einen Gesamtnennbetrag von [**bis zu**] [**Gesamtnennbetrag (EB Ziffer 3) einfügen**] auf. Die Schuldverschreibungen lauten auf den Inhaber (der "**Anleihegläubiger**").
- (2) **Zeichnung.** Die Zeichnung erfolgt zum Emissionspreis, der [zum Begebungstag] [**Emissionspreis (EB Ziffer 5) einfügen**] (der "**Emissionspreis**") beträgt [**im Falle einer Daueremission einfügen:** und danach laufend an die Marktgegebenheiten

angepasst wird] [im Ausmaß von zumindest einem Stück oder,] [wenn dieser bestimmt ist,] [**Im Falle eines Mindestzeichnungsbetrags einfügen:** mindestens zu [**Mindestzeichnungsbetrag (EB Ziffer 5) einfügen**]] [**Im Falle eines Höchstzeichnungsbetrags einfügen:** und/oder höchstens zu [**Höchstzeichnungsbetrag (EB Ziffer 5) einfügen**]].

- (3) **Sammelurkunde.** Jede Serie der Schuldverschreibungen wird zur Gänze durch eine veränderbare Sammelurkunde (die "**Sammelurkunde**") gemäß § 24 lit b Depotgesetz, BGBl Nr. 424/1969 idgF ohne Zinsscheine verbrieft, welche die Unterschriften der erforderlichen Anzahl zeichnungsberechtigter Vertreter der Anleiheschuldnerin trägt. Ein Anspruch auf Einzelverbriefung oder Ausfolgung einzelner Schuldverschreibungen oder Zinsscheine ist ausgeschlossen.
- (4) **Verwahrung.** Die Sammelurkunden werden bei der [**Verwahrstelle (EB Ziffer 22 (i)) einfügen**] (die "**Verwahrstelle**") für das Clearing-System [**Clearing-System (EB Ziffer 22 (ii)) einfügen**] (das "**Clearing-System**") hinterlegt, bis sämtliche Verbindlichkeiten der Anleiheschuldnerin aus den Schuldverschreibungen erfüllt sind.

§ 2 Status

[Für nicht-nachrangige Schuldverschreibungen (EB Ziffer 1) einfügen:

Die Verpflichtungen aus den Schuldverschreibungen begründen unbesicherte und nicht nachrangige Verbindlichkeiten der Anleiheschuldnerin, die untereinander und mit allen anderen unbesicherten und nicht nachrangigen Verbindlichkeiten der Anleiheschuldnerin gleichrangig sind, ausgenommen solche, denen aufgrund zwingender gesetzlicher Vorschriften Vorrang zukommt.]

[Für Pfandbriefe (EB Ziffer 1) einfügen:

Die Schuldverschreibungen begründen direkte, unbedingte und nicht-nachrangige Verpflichtungen der Anleiheschuldnerin und haben den gleichen Rang untereinander.

Die Schuldverschreibungen sind nach Maßgabe des österreichischen Pfandbriefgesetzes gedeckt und stehen im gleichen Rang mit allen anderen nicht nachrangigen gegenwärtigen und zukünftigen Verbindlichkeiten der Anleiheschuldnerin aus Pfandbriefen.]

[Für Kommunalpfandbriefe (EB Ziffer 1) einfügen:

Die Schuldverschreibungen begründen direkte, unbedingte und nicht-nachrangige Verpflichtungen der Anleiheschuldnerin und haben den gleichen Rang untereinander.

Die Schuldverschreibungen sind nach Maßgabe des österreichischen Pfandbriefgesetzes gedeckt und stehen im gleichen Rang mit allen anderen nicht nachrangigen gegenwärtigen und zukünftigen Verbindlichkeiten der Anleiheschuldnerin aus Kommunalpfandbriefen (Öffentlichen Pfandbriefen).]

[Für Tier 2 Schuldverschreibungen (EB Ziffer 1) einfügen:

- (1) Die Verpflichtungen aus den Schuldverschreibungen begründen direkte unbesicherte und nachrangige Verbindlichkeiten der Anleiheschuldnerin und haben den gleichen Rang untereinander und zumindest den gleichen Rang mit allen anderen nachrangigen Verbindlichkeiten der Anleiheschuldnerin, ausgenommen nachrangige Verbindlichkeiten, welche gemäß ihren Bedingungen als nachrangig gegenüber den Schuldverschreibungen bezeichnet werden.
- (2) Die Schuldverschreibungen stellen Instrumente des Ergänzungskapitals ("**Tier 2**") gemäß Artikel 63 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 646/2012 (*Capital Requirements Regulation* – "**CRR**") dar und haben eine Mindestlaufzeit von fünf Jahren.
- (2) Im Falle der Liquidation oder der Insolvenz der Anleiheschuldnerin stehen die Zahlungsverpflichtungen der Anleiheschuldnerin gemäß den Schuldverschreibungen im Rang nach den nicht-nachrangigen Anleihegläubigern der Anleiheschuldnerin, aber zumindest im gleichen Rang mit allen anderen nachrangigen Verbindlichkeiten der Anleiheschuldnerin, die nicht aufgrund ihrer Bedingungen nachrangig gegenüber den Schuldverschreibungen sind, sowie vorrangig gegenüber Ansprüchen von Aktionären, Eigentümern von (anderen) Instrumenten des harten Kernkapitals (*Common Equity Tier 1*) gemäß Artikel 28 der CRR sowie Inhabern von Instrumenten des zusätzlichen Kernkapitals (*Additional Tier 1*) gemäß Artikel 52 der CRR der Emittentin und alle anderen nachrangigen Verbindlichkeiten der Anleiheschuldnerin, die gemäß ihren Bedingungen als nachrangig gegenüber den Schuldverschreibungen sind.
- (4) Forderungen der Anleiheschuldnerin dürfen nicht gegen Rückzahlungspflichten der Anleiheschuldnerin gemäß diesen Schuldverschreibungen aufgerechnet werden und für die Schuldverschreibungen dürfen keine vertraglichen Sicherheiten durch die Anleiheschuldnerin oder einen Dritten bestellt werden. Durch nachträgliche Vereinbarung darf weder die Nachrangigkeit gemäß diesem § 2 eingeschränkt werden, noch darf die Fälligkeit der Schuldverschreibungen, geändert werden.]

§ 3

Verzinsung

[Für Schuldverschreibungen mit fixer Verzinsung (EB Ziffer 10) einfügen:

- (1) **[Zinssatz] [Festzinsbetrag]**. Die Schuldverschreibungen werden bezogen auf ihren Nennbetrag [jährlich][halbjährlich][vierteljährlich][**anderen Verzinsungszeitraum (EB Ziffer 10) einfügen**] mit **[Im Falle eines Zinssatzes (EB Ziffer 10) einfügen:** dem Zinssatz von **[Zinssatz (EB Ziffer 10) einfügen]** (der "**Zinssatz**") **[Im Falle eines Festzinsbetrags (EB Ziffer 10) einfügen:** mit dem jährlichen Festzinsbetrag von **[Festzinsbetrag (EB Ziffer 10) einfügen]** (der "**Festzinsbetrag**") ab dem **[Verzinsungsbeginn (EB Ziffer 7) einfügen]** (einschließlich) (der "**Verzinsungsbeginn**") bis zum Fälligkeitstag (wie in § 4 (1) definiert) (ausschließlich) verzinst.

- (2) **Zinszahlungen.** Der Zinsbetrag (wie in [] definiert) ist [an jedem Zinszahlungstag (wie in [] definiert)] **[Im Falle von Festgelegten Zinszahlungstagen einfügen: am [Festgelegte Zinszahlungstage (EB Ziffer 14) einfügen]** (jeweils ein "Zinszahlungstag")] zahlbar.]

[Für Schuldverschreibungen mit variabler Verzinsung (EB Ziffer 11) einfügen:

- (1) **Verzinsung.** Die Schuldverschreibungen werden bezogen auf ihren Nennbetrag ab dem **[Verzinsungsbeginn (EB Ziffer 7) einfügen]** (der "Verzinsungsbeginn") (einschließlich) bis zum ersten Zinszahlungstag (ausschließlich) und anschließend von jedem Zinszahlungstag (einschließlich) bis zum unmittelbar folgenden Zinszahlungstag (ausschließlich) mit dem Zinssatz (wie nachstehend definiert) verzinst. Der Zinsbetrag (wie in [] definiert) ist an jedem Zinszahlungstag (wie in [] definiert).
- (2) **Zinszahlungen.** Der Zinssatz (der "Zinssatz") für jede Zinsperiode (wie in [] definiert) entspricht der Zinsberechnungsbasis (wie nachstehend definiert), **[zuzüglich]** **[abzüglich]** **[Marge (EB Ziffer 11) einfügen]** (und ist in jedem Fall größer oder gleich null).
- (3) **Zinsberechnungsbasis.** Die "Zinsberechnungsbasis" entspricht dem Angebotssatz oder dem arithmetischen Mittel der Angebotssätze (ausgedrückt als Prozentsatz per annum) für Einlagen in **[Währung (EB Ziffer 4) einfügen]** wie auf der Bildschirmseite (wie nachstehend definiert) gegen 11:00 Uhr (**[im Falle von LIBOR einfügen: Londoner]** **[Im Falle von EURIBOR: Brüsseler]** Ortszeit (die "festgelegte Zeit") am **[Zinsfeststellungstag (EB Ziffer 11) einfügen]** (jeweils ein "Zinsfeststellungstag") angezeigt, wie von der Anleiheschuldnerin festgestellt. Wenn fünf oder mehr solcher Angebotssätze auf der Bildschirmseite verfügbar sind, werden der höchste Angebotssatz (oder wenn mehrere höchste Angebotssätze vorhanden sind, nur einer dieser Angebotssätze) und der niedrigste Angebotssatz (oder, wenn mehrere niedrigste Angebotssätze vorhanden sind, nur einer dieser Angebotssätze) von der Anleiheschuldnerin zum Zwecke der Bestimmung des arithmetischen Mittels der Angebotssätze außer Betracht gelassen.

Die Bildschirmseite meint **[Bildschirmseite (EB Ziffer 11) einfügen]** (die "Bildschirmseite").

Sollte zur festgelegten Zeit kein Angebotssatz auf der Bildschirmseite erscheinen, wird die Anleiheschuldnerin von je einer Geschäftsstelle von vier Banken, deren Angebotssätze zur Bestimmung des zuletzt auf der Bildschirmseite erschienenen Angebotssatzes verwendet wurden [oder von anderen Referenzbanken (insbesondere, **[Referenzbanken (EB Ziffer 11) einfügen]**] (die "Referenzbanken") deren Angebotssätze (ausgedrückt als Prozentsatz per annum) für Einlagen in der festgelegten Währung für die jeweilige Zinsperiode (wie in [] definiert) gegenüber führenden Banken im relevanten Markt (EB Ziffer 11) (der "relevante Markt") etwa zur festgelegten Zeit am Zinsfeststellungstag anfordern. Falls zwei oder mehr Referenzbanken der Anleiheschuldnerin solche Angebotssätze nennen, ist die Zinsberechnungsbasis für die betreffende Zinsperiode das arithmetische Mittel falls erforderlich, auf- oder abgerundet **[im Falle von EURIBOR einfügen: auf das nächste**

tausendstel Prozent, wobei ab 0,0005 aufzurunden ist] **[in allen anderen Fällen einfügen:** auf- oder abgerundet auf das nächste einhunderttausendstel Prozent, wobei ab 0,000005 aufgerundet wird)] der Angebotssätze, jeweils wie durch die Anleiheschuldnerin festgelegt.

Falls weniger als zwei der Referenzbanken der Anleiheschuldnerin solche Angebotssätze nennen, soll die Zinsberechnungsbasis für die betreffende Zinsperiode der Angebotssatz für Einlagen in der festgelegten Währung für die betreffende Zinsperiode oder das arithmetische Mittel (gerundet wie oben beschrieben) der Angebotssätze für Einlagen in der festgelegten Währung für die betreffende Zinsperiode sein, den bzw. die Bank(en) (die nach Ansicht der Anleiheschuldnerin und der Anleiheschuldnerin für diesen Zweck geeignet ist/sind) der Anleiheschuldnerin als Sätze bekannt geben, die sie an den betreffenden Zinsfeststellungstag gegenüber führenden Banken am relevanten Markt nennen (bzw. den diesen Banken gegenüber der Anleiheschuldnerin nennen). Für den Fall, dass die Zinsberechnungsbasis nicht gemäß den vorstehenden Bestimmungen dieses Absatzes ermittelt werden kann, ist die Zinsberechnungsbasis der Angebotssatz, bzw. das arithmetische Mittel der Angebotssätze, an dem letzten Tag vor dem Zinsfeststellungstag, an dem diese Angebotssätze angezeigt wurden.]

[Für Schuldverschreibungen mit basiswertabhängiger Verzinsung (EB Ziffer 12) einfügen:

- (1) **Verzinsung.** Für Schuldverschreibungen mit basiswertabhängiger Verzinsung (EB Ziffer 12) gelten ergänzend die "Ergänzenden Emissionsbedingungen für Schuldverschreibungen mit basiswertabhängiger Verzinsung", welche als Anhang einen integrativen Bestandteil dieser Emissionsbedingungen bilden.]

[Für Nullkupon-Schuldverschreibungen (EB Ziffer 1) einfügen:

- (1) **Keine laufende Verzinsung.** Es erfolgen keine laufenden Zinszahlungen auf die Schuldverschreibungen.]

[Für Steepener-Schuldverschreibungen (EB Ziffer 13) einfügen:

- (1) **Verzinsung.** Die Schuldverschreibungen werden bezogen auf ihren Nennbetrag ab dem **[Verzinsungsbeginn (EB Ziffer 7) einfügen]** (der "**Verzinsungsbeginn**") (einschließlich) bis zum ersten Zinszahlungstag (ausschließlich) und anschließend von jedem Zinszahlungstag (einschließlich) bis zum unmittelbar folgenden Zinszahlungstag (ausschließlich) mit dem Zinssatz (wie in [] definiert) verzinst. Der Zinsbetrag (wie in [] definiert) ist an jedem Zinszahlungstag (wie in [] definiert).
- (2) **Zinszahlungen.** Der Zinssatz (der "**Zinssatz**") für jede Zinsperiode (wie in [] definiert) entspricht dem Produkt aus **[Zins-Partizipationsfaktor (EB Ziffer 13) einfügen]** und der Differenz zwischen **[Swapsatz 1 (EB Ziffer 13) einfügen]** (der "**Swapsatz 1**") und **[Swapsatz 2 (EB Ziffer 13) einfügen]** (der "**Swapsatz 2**").

- (3) **Swapsätze.** Die Swapsätze (1 und 2) entsprechen den jeweils maßgeblichen Swapsätzen, wie sie auf der **[maßgebliche Bildschirmseite (EB Ziffer 13) einfügen]**, (die "**Bildschirmseite**") (oder eine andere Seite desselben oder eines anderen Anbieters, auf die diese Veröffentlichung übertragen wurde) angezeigt werden, wobei die Festlegung durch die Anleiheschuldnerin vorgenommen wird.

Sollte einer der Swapsätze zur festgelegten Zeit nicht auf der Bildschirmseite erscheinen oder die Bildschirmseite nicht zur Verfügung stehen, wird die Anleiheschuldnerin ungefähr um 11:00 Uhr (Frankfurter Zeit) von je einer Geschäftsstelle der fünf Referenzbanken (wie nachstehend definiert), Swapsatz-Quotierungen einholen. Wenn mindestens drei Quotierungen genannt werden, wird der maßgebliche Swapsatz das rechnerische Mittel der Quotierungen unter Ausschluss der höchsten Quotierung (bzw., für den Fall von gleich hohen Quotierungen, einer der höchsten Quotierungen) und der niedrigsten Quotierung (bzw., für den Fall von gleich hohen Quotierungen, einer der niedrigsten Quotierungen) sein.

"**Swapsatz-Quotierungen**" bedeutet das rechnerische Mittel der der nachgefragten und angebotenen Sätze für den jährlichen Fixzinszahlungsstrom (berechnet auf einer 30/360 Tagesberechnungsbasis) einer fixed-for-floating Euro Zinsswap-Transaktion, (x) die eine dem maßgeblichen Swapsatz entsprechende Laufzeit hat und am Beginn der Zinsperiode, für die der Swapsatz maßgeblich ist beginnt, (y) die auf einen Betrag lautet, der dem einer repräsentativen einzelnen Transaktion in dem relevanten Markt zur relevanten Zeit eines anerkannten Händlers mit guter Bonität im Swap-Markt entspricht, und (z) deren variabler Zahlungsstrom auf dem für Swapsatz-Quotierungen **[maßgeblichen Zinssatz (EB Ziffer 13) einfügen]** Satz beruht (berechnet auf einer Actual/360 Tage-Berechnungsbasis).

"**Referenzbanken**" bedeutet diejenigen Banken, deren Angebotssätze vom Informationsanbieter der Bildschirmseite zur Ermittlung des maßgeblichen Angebotssatzes zu dem Zeitpunkt benutzt wurden, als solch ein Angebot letztmals auf der Bildschirmseite angezeigt wurde.

Für den Fall, dass der Swapsatz nicht gemäß den vorstehenden Bestimmungen ermittelt werden kann, ist der Swapsatz der Angebotssatz, bzw. das arithmetische Mittel der Angebotssätze, an dem letzten Tag vor dem Zinsfeststellungstag, an dem diese Angebotssätze angezeigt wurden.].

[Für sämtliche Schuldverschreibungen mit Ausnahme von Nullkupon-Schuldverschreibungen (EB Ziffer 13) einfügen:

- ([2]) **Zinsberechnung.** Die Berechnungsstelle wird (ausgenommen bei Schuldverschreibungen mit jährlichem Festzinsbetrag) zu oder baldmöglichst nach jedem Zeitpunkt, an dem der Zinssatz zu bestimmen ist bzw rechtzeitig vor dem maßgeblichen Zinszahlungstag, den auf die Schuldverschreibungen zahlbaren Zinsbetrag (der "**Zinsbetrag**") für die entsprechende Zinsperiode berechnen. Der Zinsbetrag wird ermittelt, indem der Zinssatz und der Zinstagequotient (wie in [] definiert) auf die einzelnen Nennbeträge der Schuldverschreibungen angewendet

werden, wobei der resultierende Betrag auf die kleinste Einheit der festgelegten Währung auf- oder abgerundet wird, wobei 0,5 solcher Einheiten aufgerundet werden.

- ([3]) **Mitteilungen zur Verzinsung.** Ausgenommen bei fixverzinslichen Schuldverschreibungen wird die Anleiheschuldnerin veranlassen, dass der Zinssatz, der Zinsbetrag für die jeweilige Zinsperiode, die jeweilige Zinsperiode und der betreffende Zinszahlungstag den Anleihegläubigern gemäß § 11 baldmöglichst nach deren Bestimmung mitgeteilt werden; die Anleiheschuldnerin wird diese Mitteilung ferner auch gegenüber jeder Börse vornehmen, an der die betreffenden Schuldverschreibungen zu diesem Zeitpunkt notiert sind und deren Regeln eine Mitteilung an die Börse verlangen, wobei die Mitteilung baldmöglichst nach der Bestimmung zu erfolgen hat. Im Fall einer Verlängerung oder Verkürzung der Zinsperiode können der mitgeteilte Zinsbetrag und Zinszahlungstag ohne Vorankündigung nachträglich angepasst (oder andere geeignete Anpassungsmaßnahmen getroffen) werden. Jede solche Anpassung wird umgehend allen Börsen, an denen die Schuldverschreibungen zu diesem Zeitpunkt notiert sind und deren Regeln eine Mitteilung an die Börse verlangen, sowie den Anleihegläubigern mitgeteilt.

[Im Falle eines Maximal- und/oder Mindestzinssatzes (EB Ziffer 14) einfügen:

- ([4]) **[[Mindestzinssatz] [und/oder] [Maximalzinssatz].** Der Zinssatz ist durch [den Maximalzinssatz von **[Maximalzinssatz (EB Ziffer 14) einfügen]]** [und] [den Mindestzinssatz von **[Mindestzinssatz (EB Ziffer 14) einfügen]]** begrenzt.]
- ([5]) **Verzugszinsen.** Wenn die Anleiheschuldnerin eine fällige Zahlung auf die Schuldverschreibungen aus irgendeinem Grund nicht leistet, wird der ausstehende Betrag ab dem Fälligkeitstag (einschließlich) bis zum Tag der vollständigen Zahlung an die Anleihegläubiger (ausschließlich) mit 4 % per annum verzinst.
- ([6]) **Zinszahlungstage und Zinsperioden.** **[Im Fall von festgelegten Zinszahlungstagen (EB Ziffer 14) einfügen:** "Zinszahlungstag" bedeutet **[festgelegte Zinszahlungstage (EB Ziffer 14) einfügen].** "Zinsperiode" bedeutet den Zeitraum ab dem Verzinsungsbeginn (einschließlich) bis zum ersten Zinszahlungstag (ausschließlich) und jeden weiteren Zeitraum von einem Zinszahlungstag (einschließlich) bis zum folgenden Zinszahlungstag (ausschließlich). [Die [erste/letzte] Zinsperiode ist [kurz/lang], sie beginnt am **[Datum Beginn Zinsperiode (EB Ziffer 14) einfügen]** und endet am **[Datum Ende Zinsperiode (EB Ziffer 14) einfügen].**] Der erste Zinszahlungstag ist der **[Datum ersten Zinszahlungstag (EB Ziffer 14) einfügen]** [(langer/kurzer erster Kupon)].]

[Im Fall von festgelegten Zinsperioden (EB Ziffer 14) einfügen: "Zinszahlungstag" bedeutet jeweils den Tag, der auf den Ablauf der festgelegten Zinsperiode von **[festgelegte Zinsperioden (EB Ziffer 14) einfügen]** (jeweils eine "Zinsperiode") nach dem vorhergehenden Zinszahlungstag, oder im Fall des ersten Zinszahlungstags, nach dem Verzinsungsbeginn, folgt. [Die [erste/letzte] Zinsperiode ist [kurz/lang], sie beginnt am **[Datum Beginn Zinsperiode (EB Ziffer 14) einfügen]** und endet am **[Datum Ende Zinsperiode (EB Ziffer 14) einfügen].**]

Fällt ein Zinszahlungstag auf einen Tag, der kein Geschäftstag (wie in § 5(2) definiert) ist, wird der Zahlungstermin:

[Bei Modifizierte-Folgender-Geschäftstag-Konvention (EB Ziffer 14) einfügen:

auf den nächstfolgenden Geschäftstag verschoben, es sei denn, jener würde dadurch in den nächsten Kalendermonat fallen; in diesem Fall wird der Zinszahlungstag auf den unmittelbar vorausgehenden Geschäftstag vorgezogen.]

[Bei Anwendung der Floating Rate Note Konvention ("FRN Convention") (EB Ziffer 14) einfügen:

auf den nächstfolgenden Geschäftstag verschoben, es sei denn, jener würde dadurch in den nächsten Kalendermonat fallen; in diesem Fall (i) wird der Zinszahlungstag auf den unmittelbar vorausgehenden Geschäftstag vorgezogen und (ii) ist jeder nachfolgende Zinszahlungstag der jeweils letzte Geschäftstag des Monats, der **[die festgelegte Zinsperiode (EB Ziffer 14) einfügen]** nach dem vorhergehenden anwendbaren Zinszahlungstag liegt.]

[Bei Anwendung der Folgender-Geschäftstag-Konvention (EB Ziffer 14) einfügen:
auf den nächstfolgenden Geschäftstag verschoben.]

[Bei Anwendung der Vorangegangener-Geschäftstag-Konvention (EB Ziffer 14) einfügen: auf den unmittelbar vorausgehenden Geschäftstag vorgezogen.]

([7]) **Zinstagequotient.** Der "Zinstagequotient" bezeichnet im Hinblick auf die Berechnung eines Betrages für einen beliebigen Zeitraum (der "Zinsberechnungszeitraum"):

[Im Falle der Anwendung von Actual/Actual (ICMA) (EB Ziffer 14) einfügen:

- (i) Falls der Zinsberechnungszeitraum gleich oder kürzer als die Zinsperiode ist, innerhalb welcher er fällt, die tatsächliche Anzahl von Tagen im Zinsberechnungszeitraum, dividiert durch das Produkt (A) der tatsächlichen Anzahl von Tagen in der jeweiligen Zinsperiode und (B) der Anzahl der Zinsperioden in einem Jahr.
- (ii) Falls der Zinsberechnungszeitraum länger als eine Zinsperiode ist, die Summe: (A) der tatsächlichen Anzahl von Tagen in demjenigen Zinsberechnungszeitraum, der in die Zinsperiode fällt, in der er beginnt, geteilt durch das Produkt von (x) der tatsächlichen Anzahl von Tagen in dieser Zinsperiode und (y) die Anzahl von Zinsperioden in einem Jahr, und (B) der tatsächlichen Anzahl von Tagen in demjenigen Zinsberechnungszeitraum, der in die nächste Zinsperiode fällt, geteilt durch das Produkt von (x) der tatsächlichen Anzahl von Tagen in dieser Zinsperiode und (y) die Anzahl von Zinsperioden in einem Jahr.]

[Im Falle der Anwendung von 30/360 (EB Ziffer 14) einfügen:

Die Anzahl von Tagen im jeweiligen Berechnungszeitraum, dividiert durch 360 (wobei die Anzahl der Tage auf der Grundlage eines Jahres von 360 mit zwölf Monaten zu 30 Tagen zu ermitteln ist (es sei denn, (A) der letzte Tag des Zinsberechnungszeitraumes fällt auf den 31. Tag eines Monats, während der erste Tag des Zinsberechnungszeitraumes weder auf den 30. noch auf den 31. Tag eines Monats fällt, wobei in diesem Fall der diesen Tag enthaltende Monat nicht als ein auf 30 Tage gekürzter Monat zu behandeln ist, oder (B) der letzte Tag des Zinsberechnungszeitraumes fällt auf den letzten Tag des Monats Februar, wobei in diesem Fall der Monat Februar nicht als ein auf 30 Tage verlängerter Monat zu behandeln ist)).]

[Im Falle der Anwendung von 30E/360 oder Eurobond Basis (EB Ziffer 14) einfügen:

Die Anzahl der Tage im Zinsberechnungszeitraum dividiert durch 360 (es sei denn, im Fall des letzten Zinsberechnungszeitraumes fällt der Fälligkeitstag auf den letzten Tag des Monats Februar, in welchem Fall der Monat Februar als nicht auf einen Monat zu 30 Tagen verlängert gilt).]

[Im Falle der Anwendung von Actual/365 oder Actual/Actual (ISDA) (EB Ziffer 14) einfügen:

Die tatsächliche Anzahl von Tagen im Zinsberechnungszeitraum, dividiert durch 365 (oder, falls ein Teil dieses Zinsberechnungszeitraumes in ein Schaltjahr fällt, die Summe aus (i) der tatsächlichen Anzahl der in das Schaltjahr fallenden Tage des Zinsberechnungszeitraumes dividiert durch 366 und (ii) die tatsächliche Anzahl der nicht in das Schaltjahre fallenden Tage des Zinsberechnungszeitraumes dividiert durch 365).

[Im Falle der Anwendung von Actual/365 (Fixed) (EB Ziffer 14) einfügen:

Die tatsächliche Anzahl von Tagen im Zinsberechnungszeitraum dividiert durch 365.]

[Im Falle der Anwendung von Actual/360 (EB Ziffer 14) einfügen:

Die tatsächliche Anzahl von Tagen im Zinsberechnungszeitraum, dividiert durch 360.]

§ 4 Rückzahlung

- (1) **Rückzahlung bei Endfälligkeit.** Die Schuldverschreibungen werden zu ihrem Rückzahlungsbetrag von **[Rückzahlungsbetrag (EB Ziffer 15 (i)) einfügen]** % des Nennbetrags (der "**Rückzahlungsbetrag**") am **[Fälligkeitstag (EB Ziffer 8) einfügen]** (der "**Fälligkeitstag**") zurückgezahlt.]

[Für Schuldverschreibungen mit vorzeitiger Rückzahlung nach Wahl der Anleiheschuldnerin (EB Ziffer 16) einfügen:

- (2) **Vorzeitige Rückzahlung nach Wahl der Anleiheschuldnerin.** Es steht es der Anleiheschuldnerin frei, [zum] [zu jedem] [**Wahrückzahlungstag (Call) (EB Ziffer 16) einfügen**] (jeweils ein "**Wahrückzahlungstag (Call)**") die Schuldverschreibungen vollständig [oder teilweise] zu kündigen und zu ihrem Wahrückzahlungsbetrag (Call) (wie in [] definiert) zuzüglich bis zum Wahrückzahlungstag (Call) aufgelaufener Zinsen bzw im Falle von Nullkupon-Schuldverschreibungen zu ihrem Amortisationsbetrag (wie in [] definiert) zurückzuzahlen, nachdem sie die Anleihegläubiger [mindestens fünf Geschäftstage] [**Kündigungsfrist (EB Ziffer 16) einfügen**] vor dem Wahrückzahlungstag (Call) gemäß § 11 benachrichtigt hat (wobei diese Erklärung den für die Rückzahlung der Schuldverschreibungen festgelegten Wahrückzahlungstag (Call) angeben muss). Jede solche Rückzahlung muss sich auf Schuldverschreibungen im Nennbetrag von [**Mindest-Rückzahlungsbetrag (EB Ziffer 16) einfügen**] [**höheren Rückzahlungsbetrag (EB Ziffer 16) einfügen**] beziehen. [Im Falle einer Teilrückzahlung von Schuldverschreibungen werden die zurückzuzahlenden Schuldverschreibungen von der Anleiheschuldnerin spätestens 10 Geschäftstage vor dem zur Rückzahlung festgelegten Datum ausgewählt.] Die Rückzahlung erfolgt innerhalb von [**festgelegte Zahlungsfrist (EB Ziffer 16) einfügen**].

[Für Tier 2-Schuldverschreibungen (in EB Ziffer 1) einfügen:

Eine Kündigung oder vorzeitige Rückzahlung der Schuldverschreibungen vor dem Ende der Laufzeit der Schuldverschreibungen ist nur zulässig, wenn (i) die FMA oder eine Nachfolgebehörde oder jede andere Behörde, die für die Bankenaufsicht für Kapitaladäquanzzwecke der Anleiheschuldnerin verantwortlich ist, einer Rückzahlung der Schuldverschreibungen nach dieser Bestimmung vorweg zustimmt, sofern eine solche Zustimmung an dem für die Rückzahlung festgesetzten Tag zwingend erforderlich ist, (ii) die Anleiheschuldnerin nicht weniger als dreißig und nicht mehr als sechzig Tage vor der beabsichtigten Rückzahlung der Schuldverschreibungen die Anleihegläubiger von der Kündigung verständigt, wobei eine solche Kündigung unwiderruflich ist, und (iii) wenn dies gesetzlich zwingend vorgesehen ist, die Anleiheschuldnerin die Schuldverschreibungen durch Eigenmittelinstrumente zumindest gleicher Qualität ersetzt hat.]

[Hinweis: Anleger sollten beachten, dass Anleihegläubigern dort, wo die Emissionsbedingungen nur der Anleiheschuldnerin ein vorzeitiges Tilgungsrecht einräumen, gewöhnlich eine höhere Rendite für ihre Schuldverschreibungen erhalten als sie bekämen, wenn auch sie berechtigt wären, die Schuldverschreibungen vorzeitig zu kündigen. Der Ausschluss des Rechts der Anleihegläubiger, diese vor ihrer Fälligkeit zu kündigen (ordentliches Kündigungsrecht), ist oftmals eine Voraussetzung dafür, dass die Anleiheschuldnerin das ihr aus den Schuldverschreibungen entstehende Risiko absichern kann. Wäre die ordentliche Kündigung der Schuldverschreibungen durch die Anleihegläubiger nicht ausgeschlossen, wäre die Anleiheschuldnerin gar nicht in der Lage, die Schuldverschreibungen zu begeben, oder die Anleiheschuldnerin würde die Kosten einer eventuell möglichen Kündigung der

Absicherung in den Rückzahlungsbetrag der Schuldverschreibungen einberechnen (müssen), womit die Rendite, die die Anleihegläubiger auf diese Schuldverschreibungen erhalten, sinken würde. In den Endgültigen Bedingungen von Schuldverschreibungen, die unter Ausschluss des ordentlichen Kündigungsrechts der Anleihegläubiger begeben werden, wird die Anleiheschuldnerin (so ihr dies möglich ist) die Differenz zwischen den Absicherungskosten der gegenständlichen Emission und jenen einer hypothetischen Emission ohne Kündigungsrechtsausschluss auf Basis von Quotierungen von im Bereich der Absicherungsgeschäfte (Hedging) tätigen Kreditinstituten angeben. Die Information potentieller Anleger über diesen Differenzwert soll es ihnen erleichtern, die gegenständliche Anleihe mit anderen Anleihen oder Anlageprodukten, bei denen die ordentliche Kündigung nicht ausgeschlossen ist, zu vergleichen, um eine Entscheidung darüber zu treffen, ob die von der Anleiheschuldnerin versprochene höhere Verzinsung den Verzicht auf das ordentliche Kündigungsrecht der Anleger aufwiegt. Jeder Anleger sollte daher sorgfältig überlegen, wie schwer der Nachteil eines ausschließlich der Anleiheschuldnerin zustehenden vorzeitiges Kündigungsrechts für ihn wiegt und ob dieser Nachteil durch die vergleichsweise höhere Verzinsung für ihn aufgewogen wird. Falls ein Anleger zu der Auffassung gelangt, dass dies nicht der Fall ist, sollte er nicht in die Schuldverschreibungen investieren.

Anleger, die ein Investment in variabel verzinslichen Schuldverschreibungen, bei denen das ordentliche Kündigungsrecht der Anleihegläubiger ausgeschlossen sind, in Erwägung ziehen, sollten das Risiko einer Kündigung der Schuldverschreibungen durch die Anleiheschuldnerin im Falle einer für die Anleiheschuldnerin nachteiligen Zinsentwicklung bedenken. Diese Möglichkeit steht den Anleihegläubigern nicht zu.]

[Im Fall von nicht-nachrangigen Schuldverschreibungen anwendbar:

(2)/(3) **Vorzeitige Rückzahlung bei Vorliegen einer Rechtsänderung.** Die Anleiheschuldnerin ist berechtigt die Schuldverschreibungen jederzeit vor dem Fälligkeitstag bei Vorliegen einer Rechtsänderung zu ihrem [Vorzeitigen Rückzahlungsbetrag] [Amortisationsbetrag] (wie nachstehend definiert) vorzeitig zurückzahlen. Die Anleiheschuldnerin wird die Schuldverschreibungen einer solchen Serie vollständig (aber nicht nur teilweise) am zweiten Geschäftstag zurückzahlen, nachdem die Benachrichtigung der vorzeitigen Rückzahlung gemäß § 11 zugegangen ist, vorausgesetzt, dass dieser Tag nicht später als zwei Geschäftstage vor dem Fälligkeitstag liegt (der "**vorzeitige Rückzahlungstag**") und wird den [vorzeitigen Rückzahlungsbetrag] [Amortisationsbetrag] im Hinblick auf die Schuldverschreibungen an die entsprechenden Anleihegläubiger zahlen oder eine entsprechende Zahlung veranlassen, im Einklang mit den maßgeblichen Steuergesetzen oder sonstigen gesetzlichen oder behördlichen Vorschriften und in Einklang mit diesen Emissionsbedingungen. Die Rückzahlung erfolgt innerhalb von [**festgelegte Zahlungsfrist (EB Ziffer 18) einfügen**]. Zahlungen von Steuern oder vorzeitigen Rückzahlungsgebühren sind von den entsprechenden Anleihegläubigern zu tragen und die Anleiheschuldnerin übernimmt keine Haftung hierfür.

Wobei:

"Rechtsänderung" bedeutet, dass aufgrund (A) des Inkrafttretens von Änderungen der Gesetze oder Verordnungen (einschließlich aber nicht beschränkt auf Steuergesetze) oder (B) der Änderungen der Auslegung von gerichtlichen oder behördlichen Entscheidungen, die für die entsprechenden Gesetze oder Verordnungen relevant sind (einschließlich der Aussagen der Steuerbehörden) (X) das Halten, der Erwerb oder die Veräußerung der auf die Schuldverschreibungen bezogenen Basiswerte rechtswidrig geworden ist, oder (Y) die Kosten, die mit den Verpflichtungen unter den Schuldverschreibungen verbunden sind, wesentlich gestiegen sind (einschließlich aber nicht beschränkt auf Erhöhungen der Steuerverpflichtungen, der Senkung von steuerlichen Vorteilen oder anderen negativen Auswirkungen auf die steuerrechtliche Behandlung), falls solche Änderungen an oder nach dem Begebungstag wirksam werden.]

[Für Tier 2-Schuldverschreibungen (in EB Ziffer 1) einfügen:

(2)/(3) Vorzeitige Kündigung aus aufsichtsrechtlichen oder steuerlichen Gründen.

Die Anleiheschuldnerin ist berechtigt, jederzeit vor dem Fälligkeitstag ganz, aber nicht teilweise die Schuldverschreibungen zu kündigen und zu ihrem Vorzeitigen Rückzahlungsbetrag samt bis zum für die Rückzahlung festgesetzten Tag (ausschließlich) aufgelaufener Zinsen an die Anleihegläubiger zurückzuzahlen, sofern

- (i) die Anleiheschuldnerin nicht weniger als dreißig und nicht mehr als sechzig Tage vor der beabsichtigten Rückzahlung der Schuldverschreibungen die Anleihegläubiger von der Kündigung verständigt, wobei eine solche Kündigung unwiderruflich ist;
- (ii) (A) sich die aufsichtsrechtliche Einstufung der Schuldverschreibungen ändert, was wahrscheinlich zu ihrem gänzlichen oder teilweisen Ausschluss aus den Eigenmitteln oder ihrer Neueinstufung als Eigenmittel geringerer Qualität führen würde, und vorausgesetzt, dass die folgenden Bedingungen erfüllt sind: (x) die Zuständige Behörde (wie nachstehend definiert) hält es für ausreichend sicher, dass eine solche Änderung stattfindet; (y) die Anleiheschuldnerin weist der Zuständigen Behörde hinreichend nach, dass zum Zeitpunkt der Emission der Schuldverschreibungen die aufsichtsrechtliche Neueinstufung für die Anleiheschuldnerin nicht vorherzusehen war; oder (B) sich die geltende steuerliche Behandlung der Schuldverschreibungen ändert, und die Anleiheschuldnerin der Zuständigen Behörde in Übereinstimmung mit und gemäß Artikel 78 Absatz 4 CRR hinreichend nachweist, dass diese Änderung wesentlich ist und zum Zeitpunkt der Emission der Schuldverschreibungen nicht vorherzusehen war; und
- (iii) die Voraussetzungen für eine vorzeitige Rückzahlung nach § 4 (5) erfüllt sind.

(3)/(4) *Voraussetzungen für eine vorzeitige Rückzahlung.*

Eine vorzeitige Rückzahlung nach **[falls vorzeitige Rückzahlung nach Wahl der Anleiheschuldnerin vorgesehen ist, einfügen: Absatz 2 oder]** Absatz 4 dieses § 4 setzt voraus, dass die zur Beaufsichtigung der Anleiheschuldnerin befugte Behörde gemäß Artikel 4 Abs 1 Nr 40 CRR (die "**Zuständige Behörde**") der Anleiheschuldnerin zuvor die Erlaubnis zur vorzeitigen Rückzahlung der Schuldverschreibungen in Übereinstimmung mit Artikel 78 CRR erteilt hat, wobei diese Erlaubnis unter anderem voraussetzen kann, dass:

- (i) die Anleiheschuldnerin zuvor oder gleichzeitig mit der vorzeitigen Rückzahlung der Schuldverschreibungen durch Eigenmittelinstrumente zumindest gleicher Qualität zu Bedingungen ersetzt, die im Hinblick auf die Ertragsmöglichkeiten des Instituts nachhaltig sind; oder
- (ii) die Anleiheschuldnerin der Zuständigen Behörde hinreichend nachgewiesen hat, dass die Eigenmittel der Anleiheschuldnerin nach vorzeitigen Rückzahlung die Anforderungen nach Artikel 92 Absatz 1 CRR und die kombinierte Kapitalpufferanforderung im Sinne des Artikels 128 Nr. 6 der Richtlinie 2013/36/EU um eine Spanne übertreffen, die die Zuständige Behörde auf der Grundlage des Artikels 104 Absatz 3 der Richtlinie 2013/36/EU gegebenenfalls für erforderlich hält.]

[Für nicht-nachrangigen Schuldverschreibungen (in EB Ziffer 1) einfügen:

[Falls Vorzeitige Rückzahlung nach Wahl der Anleihegläubiger (EB Ziffer 17) vorgesehen ist, einfügen:

- (3)/(4) **Vorzeitige Rückzahlung nach Wahl der Anleihegläubiger.** Die Anleiheschuldnerin hat, sofern ein Anleihegläubiger der Anleiheschuldnerin die entsprechende Absicht [mindestens 15 und höchstens 30 Geschäftstage] **[andere Kündigungsfrist (EB Ziffer 17) einfügen]** im Voraus mitteilt, die entsprechenden Schuldverschreibungen am **[Wahrückzahlungstag (Put) (EB Ziffer 17) einfügen]** (jeweils ein "**Wahrückzahlungstag (Put)**") zu ihrem Wahrückzahlungsbetrag (Put) (wie nachstehend definiert) [zuzüglich bis zum Wahrückzahlungstag (Put) aufgelaufener Zinsen] **[im Falle von Nullkupon-Schuldverschreibungen einfügen:** zu ihrem Amortisationsbetrag (wie nachstehend definiert)] zurückzuzahlen. Die Rückzahlung erfolgt innerhalb von **[Zahlungsfrist (EB Ziffer 17) einfügen]**. Um dieses Recht auszuüben, muss der Anleihegläubiger innerhalb der Kündigungsfrist eine schriftliche Ausübungserklärung abgeben (entsprechende Formulare sind bei der Zahlstelle oder der Anleiheschuldnerin erhältlich). Ein Widerruf einer erfolgten Ausübung dieses Rechts ist nicht möglich.]

(4)/(5) **Definitionen:**

"**Vorzeitiger Rückzahlungsbetrag**" meint, wenn ein solcher vorhanden ist, den [Nennbetrag der Schuldverschreibungen] **[Definition gemäß EB Ziffer 18 einfügen]**, allenfalls auf zwei Nachkommastellen kaufmännisch gerundet.

"**Wahrückzahlungsbetrag (Call)**" und/oder "**Wahrückzahlungsbetrag (Put)**" meint, wenn ein solcher vorhanden ist, den [Nennbetrag der Schuldverschreibungen] **[Definition gemäß EB Ziffer 16 und/oder Ziffer 17 einfügen]**, allenfalls auf zwei Nachkommastellen kaufmännisch gerundet.

"**Amortisationsbetrag**" meint den vorgesehenen Rückzahlungsbetrag der Schuldverschreibung am Endfälligkeitstag, abgezinst mit einem jährlichen Satz (als Prozentsatz ausgedrückt) in Höhe eines Satzes, der einem Amortisationsbetrag in Höhe des Ausgabepreises der Schuldverschreibungen entspräche, würden diese am Begebungstag auf ihren Emissionspreis abgezinst, auf Basis einer jährlichen Verzinsung bereits aufgelaufener Zinsen. Ist eine solche Rechnung für einen Zeitraum von weniger als einem Jahr aufzustellen, so liegt ihr der Zinstagequotient zugrunde.]]

§ 5 Zahlungen

- (1) **Zahlungen.** Zahlungen auf Kapital [und Zinsen] auf die Schuldverschreibungen erfolgen bei Fälligkeit in der festgelegten Währung. Die Zahlung von Kapital [und Zinsen] erfolgt, vorbehaltlich geltender steuerlicher und sonstiger gesetzlicher Vorschriften, über die Zahlstelle zur Weiterleitung an die Clearing-Systeme oder nach deren Anweisung durch Gutschrift auf die jeweilige für den Inhaber der Schuldverschreibungen depotführende Stelle.
- (2) **Geschäftstag.** Fällt der Fälligkeitstag einer Zahlung in Bezug auf eine Schuldverschreibung auf einen Tag, der kein Geschäftstag ist, hat der Anleihegläubiger keinen Anspruch auf Zahlung vor dem nächsten Geschäftstag am jeweiligen Ort und ist nicht berechtigt, zusätzliche Zinsen oder sonstige Zahlungen auf Grund dieser Verspätung zu verlangen.

"**Geschäftstag**" ist jeder Tag (außer einem Samstag und einem Sonntag) an dem (a) die Banken in **[maßgeblichen Finanzzentrum (oder -zentren) (EB Ziffer 14 einfügen)]** für Geschäfte (einschließlich Devisenhandelsgeschäfte und Fremdwährungseinlagengeschäfte) geöffnet sind **[falls die festgelegte Währung (oder eine der festgelegten Währungen) Euro ist, einfügen:]**, und, (b) alle für die Abwicklung von Zahlungen in Euro wesentlichen Teile des Trans-European Automated Real-Time Gross Settlement Express Transfer Systems ("TARGET2") in Betrieb sind].

- (3) **Bezugnahmen auf Kapital und Zinsen.** Bezugnahmen in diesen Emissionsbedingungen auf "Kapital" schließen, soweit anwendbar, den *Rückzahlungsbetrag* [, den *Vorzeitigen Rückzahlungsbetrag*] [, den *Wahrückzahlungsbetrag (Call)*] [, den *Wahrückzahlungsbetrag (Put)*] sowie sonstige auf oder in Bezug auf die Schuldverschreibungen zahlbaren Beträge mit ein.

§ 6 Besteuerung

Sämtliche Zahlungen von Kapital [und Zinsen] in Bezug auf die Schuldverschreibungen werden ohne Einbehalt oder Abzug von Steuern, Abgaben, Festsetzungen oder

behördlichen Gebühren jedweder Art (die "**Steuern**") geleistet, die von der Republik Österreich oder einer ihrer Gebietskörperschaften oder Behörden mit der Befugnis zur Erhebung von Steuern auferlegt, erhoben, eingezogen, einbehalten oder festgesetzt werden, es sei denn, ein solcher Einbehalt oder Abzug ist oder wird in Zukunft gesetzlich vorgeschrieben. In diesem Fall wird die Anleiheschuldnerin die betreffenden Steuern einbehalten oder abziehen, und die einbehaltenen oder abgezogenen Beträge an die zuständigen Behörden zahlen. Die Anleiheschuldnerin ist nicht verpflichtet, wegen eines solchen Einhalts oder Abzugs zusätzliche Beträge an Kapital und/oder Zinsen zu zahlen.

§ 7 Verjährung

Ansprüche gegen die Anleiheschuldnerin auf Zahlungen hinsichtlich der Schuldverschreibungen verjähren, sofern sie nicht innerhalb von dreißig Jahren (im Falle des Kapitals) [und innerhalb von drei Jahren (im Falle von Zinsen) ab dem Tag der Fälligkeit] geltend gemacht werden.

§ 8 Beauftragte Stellen

- (1) **Bestellung.** Die im für die Schuldverschreibungen maßgebliche Zahl- und Berechnungsstelle (zusammen, die "**Beauftragten Stellen**") und ihre Geschäftsstellen (die durch Geschäftsstellen innerhalb derselben Stadt ersetzt werden können) lauten:

Zahlstelle: [Oberösterreichische Landesbank Aktiengesellschaft
Landstraße 38
4010 Linz
Österreich]

***[in den Endgültigen Bedingungen bezeichnete Zahlstelle(n)
(EB Ziffer 20) einfügen]***

Berechnungsstelle: [Oberösterreichische Landesbank Aktiengesellschaft
Landstraße 38
4010 Linz
Österreich]

***[in den Endgültigen Bedingungen bezeichnete
Berechnungsstelle (EB Ziffer 21) einfügen]***

- (2) **Änderung der Bestellung oder Abberufung.** Die Anleiheschuldnerin wird zu jedem Zeitpunkt eine Zahlstelle und eine Berechnungsstelle unterhalten, behält sich aber das Recht vor, jederzeit die Bestellung der Zahl- und/oder der Berechnungsstelle zu ändern oder zu beenden und/oder zusätzliche oder andere Beauftragte Stellen im EWR zu bestellen. Änderungen in Bezug auf die Beauftragte Stellen werden den Anleihegläubigern gemäß § 11 mitgeteilt.

- (3) **Beauftragte der Anleiheschuldnerin.** Jede Beauftragte Stelle handelt ausschließlich als Beauftragte der Anleiheschuldnerin und übernimmt keinerlei Verpflichtungen gegenüber den Anleihegläubigern und es wird kein Auftrags- oder Treuhandverhältnis zwischen ihr und den Anleihegläubigern begründet.
- (4) **Verbindlichkeit der Festsetzungen.** Alle Bescheinigungen, Mitteilungen, Gutachten, Festsetzungen, Berechnungen, Quotierungen und Entscheidungen, die von der Anleiheschuldnerin oder einer Beauftragten Stelle für die Zwecke dieser Emissionsbedingungen und/oder der Schuldverschreibungen gemacht, abgegeben, getroffen oder eingeholt werden, sind (sofern nicht ein offensichtlicher Irrtum vorliegt) für die Anleiheschuldnerin, die Beauftragten Stelle und die Anleihegläubiger bindend. Alle Berechnungen im Zusammenhang mit den Schuldverschreibungen erfolgen durch die Berechnungsstelle.
- (5) **Haftungsausschluss.** Soweit gesetzlich zulässig, übernehmen weder die Anleiheschuldnerin noch die Beauftragten Stellen eine Haftung für irgendeinen Irrtum oder eine Unterlassung oder irgendeine darauf beruhende nachträgliche Korrektur in der Berechnung oder Veröffentlichung irgendeines Betrags oder einer Festlegung in Bezug auf die Schuldverschreibungen, sei es auf Grund von Fahrlässigkeit oder aus sonstigen Gründen.

§ 9

Begebung weiterer Schuldverschreibungen. Ankauf, Einziehung und Entwertung

- (1) **Begebung weiterer Schuldverschreibungen.** Die Anleiheschuldnerin ist berechtigt, jederzeit ohne Zustimmung der Anleihegläubiger weitere Schuldverschreibungen mit gleicher Ausstattung (mit Ausnahme des Emissionspreises und des ersten Zinszahlungstags) in der Weise zu begeben, dass sie mit diesen Schuldverschreibungen eine einheitliche Serie bilden, wobei in diesem Fall der Begriff "Schuldverschreibungen" entsprechend auszulegen ist.
- (2) **Ankauf.** Die Anleiheschuldnerin und jedes ihrer Tochterunternehmen sind berechtigt **[Im Fall von Tier 2-Schuldverschreibungen einfügen:** unter Einhaltung sämtlicher anwendbarer aufsichtsrechtlicher und sonstiger gesetzlicher Bestimmungen], Schuldverschreibungen im Markt oder anderweitig (zB durch Privatkauf) zu jedem beliebigen Preis zu kaufen. Die von der Anleiheschuldnerin erworbenen Schuldverschreibungen können nach Wahl der Anleiheschuldnerin von ihr gehalten, weiterverkauft oder eingezogen und entwertet werden.

[Im Fall von Tier 2-Schuldverschreibungen (EB Ziffer 1) einfügen:

Der Rückkauf der Schuldverschreibungen ist allenfalls nur im Rahmen bestimmter gesetzlicher Beschränkungen zulässig.]

§ 10 Salvatorische Klausel

Sollten eine oder mehrere Bestimmungen dieser Emissionsbedingungen ganz oder teilweise rechtsunwirksam sein oder werden, bleiben die übrigen Bestimmungen dieser Emissionsbedingungen in Kraft.

§ 11 Mitteilungen

Alle Bekanntmachungen, welche die Schuldverschreibungen betreffen, erfolgen nach Wahl der Anleiheschuldnerin **[in den Endgültigen Bedingungen bezeichnete Mitteilungsart (EB Ziffer 24) einfügen]** [auf der Website der Emittentin **[URL (EB Ziffer 24) einfügen]** [durch schriftliche Benachrichtigung der Inhaber der Schuldverschreibungen].

Sofern in diesen Emissionsbedingungen nichts anderes vorgesehen ist, dienen diese Bekanntmachungen nur zur Information und stellen keine Wirksamkeitsvoraussetzungen dar.

[Wenn in den Endgültigen Bedingungen angegeben (EB Ziffer 23), einfügen:

§ 12 Börseeinführung

[Sofern in den Endgültigen Bedingungen (EB Ziffer 23) vorgesehen, einfügen: Die Anleiheschuldnerin [beabsichtigt] [hat die] [die Notierung der Schuldverschreibungen an **[Markt (EB Ziffer 23) einfügen]** [zu beantragen] [beantragt].]

[Falls kein Antrag auf Zulassung zum Handel gestellt werden soll, einfügen: Eine Zulassung der Schuldverschreibungen zum Handel an einer Börse ist nicht vorgesehen.]

§ 13 Anwendbares Recht; Gerichtsstand; Erfüllungsort

Die Schuldverschreibungen sowie alle damit verbundenen Rechte und Pflichten unterliegen österreichischem Recht. Erfüllungsort ist Linz. Ausschließlicher Gerichtsstand ist, soweit rechtlich zulässig, das für Handelssachen zuständige Gericht Landesgericht Linz, wobei sich die Anleiheschuldnerin jedoch vorbehält, eine Klage bei einem ansonsten zuständigen Gericht einzubringen. Verbraucher im Sinne des Konsumentenschutzgesetzes können ihre Ansprüche auch bei allen anderen zuständigen Gerichten geltend machen.

[Für Schuldverschreibungen mit basiswertabhängiger Verzinsung EB Ziffer 12 einfügen:

Ergänzende Emissionsbedingungen für Schuldverschreibungen mit basiswertabhängiger Verzinsung

**§ 3a
Definitionen**

"Anpassungsereignis" ist jedes Ereignis in Bezug auf den betreffenden Basiswert, bei dessen Eintritt die Maßgebliche Terminbörse eine Anpassung des Preises, des Wertes, der Kontraktgröße oder der Anzahl oder sonstigen Ausstattung der auf den betreffenden Basiswert gehandelten Optionskontrakte vornimmt oder vornehmen würde, wenn Optionskontrakte auf den betreffenden Basiswert an der Maßgeblichen Terminbörse gehandelt würden.

"Börsegeschäftstage" sind solche Tage, an denen a) planmäßig der Beobachtungs- bzw. Schlusskurs des betreffenden Basiswertes berechnet und veröffentlicht wird, und b) planmäßig ein Handel an der Maßgeblichen Terminbörse vorgesehen ist.

"Feststellungsstelle" meint [*Feststellungsstelle (EB Ziffer 19) einfügen*].

"Handels- oder Notierungssystem" meint ein System, bei dem Preise eines Basiswerts aufgrund von Handelsaktivitäten oder Quotierungen von Marktteilnehmern zustande kommen.

"Marktstörung" bedeutet jedes der folgenden Ereignisse oder Situationen, sofern diese(s) nach Feststellung der Anleiheschuldnerin wesentlich für die Bewertung eines Basiswerts oder von Absicherungsmaßnahmen der Anleiheschuldnerin in Bezug auf die Schuldverschreibungen ist:

- (a) Sofern die Feststellungsstelle für einen Basiswert nach Bestimmung der Anleiheschuldnerin eine Börse oder ein Handels- oder Notierungssystem ist:
 - (i) die Feststellungsstelle oder Maßgebliche Terminbörse nicht für den Handel zu regulären Handelszeiten an einem Börsegeschäftstag geöffnet ist; oder
 - (ii) falls es sich bei dem (einem) Basiswert um einen Index handelt: (A) die jeweilige Indexberechnungsstelle den Stand eines Basiswerts, bei dem es sich um einen Index handelt, an einem Börsegeschäftstag nicht veröffentlicht oder (B) die jeweils Maßgebliche Terminbörse nicht für den Handel zu regulären

Handelszeiten geöffnet ist; oder

- (iii) an einem Börsengeschäftstag zum Zeitpunkt der Notierung für einen Basiswert bzw. zu einem Zeitpunkt innerhalb der Stunde, die mit dem Zeitpunkt der Notierung für diesen Basiswert endet, eines der folgenden Ereignisse eintritt oder vorliegt:
 - (A) eine Aussetzung oder Beschränkung des Handels durch die Feststellungsstelle oder Maßgebliche Terminbörse oder anderweitig (wegen Preisbewegungen, die die von der Feststellungsstelle oder Maßgebliche Terminbörse zugelassenen Grenzen überschreiten, oder aus anderen Gründen):
 - (I) für einen Basiswert an der Feststellungsstelle; oder
 - (II) an der Feststellungsstelle insgesamt, sofern es sich bei dem Basiswert nicht um einen Multi-Exchange Index handelt; oder
 - (III) für Options- oder Futures-Kontrakte auf oder in Bezug auf einen Basiswert an Maßgeblichen Terminbörse; oder
 - (IV) an einer anderen Börse oder einem anderen Handels- oder Notierungssystem, an dem der Basiswert zugelassen ist oder notiert wird, oder
 - (B) ein Ereignis, das (nach Bestimmung der Anleiheschuldnerin) allgemein die Möglichkeit der Marktteilnehmer stört oder beeinträchtigt, (i) an der Feststellungsstelle Transaktionen in Bezug auf einen Basiswert durchzuführen bzw. Marktwerte für einen Basiswert zu ermitteln oder (ii) an der Maßgeblichen Terminbörse Transaktionen in Bezug auf Options- oder Futures-Kontrakte auf einen Basiswert durchzuführen bzw. Marktwerte für solche Options- oder Futures-Kontrakte zu ermitteln; oder
- (iv) der Handel an einem Börsengeschäftstag an der Feststellungsstelle oder der Maßgeblichen Terminbörse vor dem Üblichen Börsenschluss geschlossen wird, es sei denn, die frühere Schließung des Handels wird von der Feststellungsstelle oder Maßgeblichen Terminbörse mindestens eine Stunde vor (je nachdem, welches Ereignis früher eintritt) (A) dem tatsächlichen Börsenschluss für den regulären Handel an dieser Feststellungsstelle oder Maßgeblichen Terminbörse an dem betreffenden Börsengeschäftstag oder (B) dem Orderschluss (sofern gegeben) der Feststellungsstelle oder Maßgeblichen Terminbörse für die Ausführung von Aufträgen zum Zeitpunkt der Notierung an diesem Börsengeschäftstag angekündigt; oder
- (v) Wenn aus Gründen, auf welche die Anleiheschuldnerin keinen Einfluss hat, die Bestimmung des Preises oder Werts (oder eines Preis- oder Wertbestandteils) des betreffenden Basiswerts unter Bezugnahme auf die jeweilige Feststellungsstelle gemäß den Vorschriften oder dem üblichen oder akzeptierten

Verfahren zur Bestimmung dieses Preises oder Werts, nicht möglich ist (unabhängig davon, ob dies dadurch bedingt ist, dass der entsprechende Preis oder Wert nicht veröffentlicht wurde, oder eine andere Ursache hat).

"Maßgebliche Terminbörse" meint [die Terminbörse mit dem größten Handelsvolumen von Optionskontrakten, die auf den Basiswert gehandelt werden] [**Börse (EB Ziffer 12) einfügen**].

"Üblicher Börsenschluss" ist, in Bezug auf eine Feststellungsstelle Maßgebliche Terminbörse und einen Börsegeschäftstag, der zu Werktagen übliche Börsenschluss der Feststellungsstelle oder Maßgeblichen Terminbörse an diesem Börsegeschäftstag, ohne Berücksichtigung eines nachbörslichen Handels oder anderer Handelsaktivitäten außerhalb der regulären Handelszeiten.

"Zeitpunkt der Notierung" ist in Bezug auf einen Basiswert:

- (i) sofern der Basiswert kein Multi-Exchange Index ist, der Zeitpunkt der Notierung, zu dem die Anleiheschuldnerin den Stand oder Wert dieses Basiswerts bestimmt, und
- (ii) sofern der jeweilige Basiswert ein Index sowie ein Multi-Exchange Index ist,
 - (A) zur Feststellung, ob eine Marktstörung vorliegt,
 - (I) in Bezug auf einen Basiswert, der Übliche Börsenschluss an der jeweiligen Feststellungsstelle für diesen Basiswert und
 - (II) in Bezug auf Options- oder Futures-Kontrakte auf oder in Bezug auf diesen Basiswert, der Börsenschluss an der Maßgeblichen Terminbörse;
 - (B) in allen anderen Fällen, der Zeitpunkt, an dem der amtliche Schlusstand dieses Index von der jeweiligen Indexberechnungsstelle berechnet und veröffentlicht wird.

§ 3b

Basiswertabhängige Verzinsung

- (1) **Verzinsung.** Die Schuldverschreibungen werden bezogen auf ihren Nennbetrag ab dem [**Verzinsungsbeginn (EB Ziffer 7) einfügen**] (der "**Verzinsungsbeginn**") (einschließlich) bis zum ersten Zinszahlungstag (ausschließlich) und anschließend von jedem Zinszahlungstag (einschließlich) bis zum unmittelbar folgenden Zinszahlungstag (ausschließlich) [, längstens aber bis zum [**Verzinsungsende (EB Ziffer 12) einfügen**] (ausschließlich)] wie folgt verzinst. Der Zinsbetrag (wie in [] definiert) ist an jedem Zinszahlungstag (wie in [] definiert) [**Zinszahlungstag gemäß EB (Ziffer 14) einfügen**] zahlbar.
- (2) **Basiswert.** Die Verzinsung ist abhängig von der Entwicklung des in den Endgültigen Bedingungen benannten und beschriebenen [Basiswertes] [**Korb von Basiswerten (EB Ziffer 12) einfügen**] (der "**Basiswert**"), allenfalls angepasst wie folgt:

[Im Fall von Anpassungen bei nicht-indexabhängiger Verzinsung (EB Ziffer 12) einfügen:

Nicht-indexabhängige Verzinsung. Bei Schuldverschreibungen mit basiswertabhängiger Verzinsung, die keinen Index als Basiswert haben, gilt folgende Regelung: Während der Laufzeit der Schuldverschreibungen kann es zu Änderungen bei der Bestimmung oder Berechnung der maßgeblichen Basiswerte kommen, die weder von der Anleiheschuldnerin noch von den Anleihegläubigern zu vertreten sind oder beeinflusst werden können. Diese Ereignisse würden, wenn keine Anpassung der maßgeblichen Basiswerte erfolgen würde, zu einer Änderung der ursprünglich in den Schuldverschreibungen vorgesehenen wirtschaftlichen Leistungsbeziehung führen. Je nachdem, wie und wann diese Ereignisse eintreten, könnte dies zum Vorteil oder Nachteil der Anleiheschuldnerin oder der Anleihegläubiger sein. Um von externen Faktoren und Handlungen unabhängig zu sein, und um die ursprünglich vereinbarte Leistungsbeziehung auch nach Eintritt eines solchen Ereignisses zu gewährleisten, stellen die nachfolgenden Regelungen sicher, dass bei Eintritt eines solchen externen Ereignisses eine Anpassung des Basiswertes nach sachlichen Kriterien erfolgt. Für Basiswerte, die nicht aus einem Index (oder einem Korb von Indices) bestehen, gilt:

Falls mit Wirkung für die Zeit vor oder zum Laufzeitende ein Anpassungsereignis (wie oben definiert) hinsichtlich des Basiswertes oder eines oder mehrerer im Korb enthaltener Basiswerte eintritt, wird die Anleiheschuldnerin dies unverzüglich gemäß § 11 bekanntmachen. Die Schuldverschreibungen werden durch die Anleiheschuldnerin angepasst, um die Anleihegläubiger der Schuldverschreibungen wirtschaftlich so zu stellen, wie sie ohne dieses Anpassungsereignis stehen würden. Bei börsennotierten Basiswerten wird die Anleiheschuldnerin in der Regel Anpassungsmaßnahmen treffen, die den an der jeweiligen Börse, an der die Basiswerte notieren, im Zusammenhang mit diesem Anpassungsereignis getroffenen Maßnahmen entsprechen. Wenn es an der Maßgeblichen Terminbörse Optionen auf die Basiswerte notieren, kommt der Anleiheschuldnerin dabei kein Ermessen zu, vielmehr wird sie Anpassungsmaßnahmen treffen, die den an der Maßgeblichen Terminbörse (wie oben definiert) im Zusammenhang mit diesem Anpassungsereignis getroffenen Maßnahmen entsprechen.]

[Im Fall von Anpassungen bei indexabhängiger Verzinsung (EB Ziffer 12) einfügen:

Indexabhängige Verzinsung. Bei Schuldverschreibungen mit basiswertabhängiger Verzinsung, die einen (oder mehrere) Index(-izes) als Basiswert haben, gilt folgende Regelung: Während der Laufzeit der Schuldverschreibungen kann es zu Änderungen bei der Bestimmung oder Berechnung der maßgeblichen Basiswerte kommen, die weder von der Anleiheschuldnerin noch von den Anleihegläubigern zu vertreten sind oder beeinflusst werden können. Diese Ereignisse würden, wenn keine Anpassung der maßgeblichen Basiswerte erfolgen würde, zu einer Änderung der ursprünglich in den Schuldverschreibungen vorgesehenen wirtschaftlichen Leistungsbeziehung führen. Je nachdem, wie und wann diese Ereignisse eintreten, könnte dies zum Vorteil oder Nachteil der Anleiheschuldnerin oder der Anleihegläubiger sein. Um von externen Faktoren und Handlungen unabhängig zu sein, und um die ursprünglich vereinbarte

Leistungsbeziehung auch nach Eintritt eines solchen Ereignisses zu gewährleisten, stellen die nachfolgenden Regelungen sicher, dass bei Eintritt eines solchen externen Ereignisses eine Anpassung des maßgeblichen Basiswertes nach sachlichen Kriterien erfolgt. Für Basiswerte, die aus einem Index (oder einem Korb von Indices) bestehen, gilt:

Wenn der Basiswert

- (i) anstatt von der ursprünglichen Indexberechnungsstelle (die "**Indexberechnungsstelle**") von einer Nachfolge-Indexberechnungsstelle (die "**Nachfolge-Indexberechnungsstelle**") berechnet und veröffentlicht wird, oder
- (ii) durch einen Ersatzindex (der "**Ersatzindex**") ersetzt wird, der die gleiche oder annähernd die gleiche Berechnungsformel und/oder Berechnungsmethode für die Berechnung des Basiswertes verwendet,

wird der Basiswert, wie von der Nachfolge-Indexberechnungsstelle berechnet und veröffentlicht oder, je nachdem, der Ersatzindex herangezogen. Jede Bezugnahme in diesen Emissionsbedingungen auf die Indexberechnungsstelle oder den Basiswert gilt, sofern es der Zusammenhang erlaubt, als Bezugnahme auf die Nachfolge-Indexberechnungsstelle oder den Ersatzindex.

Wenn vor dem Laufzeitende die Indexberechnungsstelle eine wesentliche Änderung in der Berechnungsformel oder der Berechnungsmethode oder eine sonstige wesentliche Modifikation des jeweiligen Index vornimmt, ausgenommen solche Änderungen, welche für die Bewertung und Berechnung des betreffenden Index aufgrund von Änderungen oder Anpassungen der in dem betreffenden Index enthaltenen Komponenten vorgesehen sind, oder andere gleichwertige Standardanpassungen, wird die Anleiheschuldnerin dies unverzüglich gemäß § 11 bekanntmachen und die Anleiheschuldnerin wird die Berechnung ausschließlich in der Weise vornehmen, dass sie anstatt des veröffentlichten Kurses des jeweiligen Basiswertes einen solchen Kurs heranziehen wird, der sich unter Anwendung der ursprünglichen Berechnungsformel und der ursprünglichen Berechnungsmethode sowie unter Berücksichtigung ausschließlich solcher Komponenten, welche in dem jeweiligen Index vor der Änderung der Berechnung enthalten waren, ergibt. Wenn am oder vor dem maßgeblichen Beobachtungstag die Indexberechnungsstelle eine lediglich geringfügige Änderung mathematischer Natur der Berechnungsformel und/oder der Berechnungsmethode hinsichtlich des jeweiligen Index vornimmt, wird die Anleiheschuldnerin diese Änderung übernehmen und eine entsprechende Anpassung der Berechnungsformel und/oder Berechnungsmethode vornehmen.]

Bekanntgabe von Anpassungen. Die Anleiheschuldnerin wird die Anpassungsmaßnahmen und den Stichtag, an dem die Änderungen wirksam werden, unverzüglich gemäß § 11 bekannt geben.

Bindende Anpassungen. Anpassungen gemäß den vorstehenden Absätzen sind, sofern nicht ein offensichtlicher Fehler vorliegt, für alle Beteiligten bindend.

- (3) **Zinssatz.** Der Zinssatz für jede Zinsperiode (der "**Zinssatz**") hängt von der Entwicklung de[s][r] folgenden Basiswert[s][e] (der/die "**Basiswert(e)**") ab und wird wie folgt ermittelt: [**Basiswert/Basiswerte (EB Ziffer 12) einfügen**]

[Falls Verzinsungsart "Altiplano" (EB Ziffer 12) vorgesehen ist, einfügen:

Wenn an dem für die jeweilige Zinsperiode maßgeblichen Beobachtungstag [**maßgeblichen Beobachtungstag (EB Ziffer 12) einfügen**] (der "**Beobachtungstag**") der Beobachtungswert (wie in [] definiert) von zumindest einem Basiswert unter der Barriere (EB Ziffer 12) liegt, entspricht der Zinssatz für diese Zinsperiode 0% p.a. Wenn an dem für die jeweilige Zinsperiode maßgeblichen Beobachtungstag der Beobachtungswert jedes der Basiswerte gleich hoch oder höher als die Barriere ist, entspricht der Zinssatz für diese Zinsperiode [**Altiplano Zinssatz (EB Ziffer 12) einfügen**] (der "**Zinssatz**").

[Falls Verzinsungsart "Range Accrual" (EB Ziffer 12) vorgesehen ist, einfügen:

An jedem [**Zinsermittlungstag (EB Ziffer 12) einfügen**] (jeweils ein "**Zinsermittlungstag**") stellt die Anleiheschuldnerin nachträglich für die unmittelbar vorhergehende Zinsperiode die Anzahl der Kalendertage innerhalb von [**Beobachtungsperiode (EB Ziffer 12) einfügen**] (jeweils eine "**Beobachtungsperiode**") fest, an denen der Beobachtungswert (wie in [] definiert) de[s][r] Basiswert[s][e] weder [**obere Barriere (EB Ziffer 12) einfügen**] (die "**obere Barriere**") noch [**untere Barriere (EB Ziffer 12) einfügen**] (die "**untere Barriere**") erreicht oder durchbrochen hat (d.h. an jenen Tagen, an denen der Kurs innerhalb der beiden Barrieren lag).

Der Zinssatz (der "**Zinssatz**") wird gemäß folgender Formel errechnet:

$$\text{Zinssatz} = \text{RAZ} * \text{N} / \text{M}$$

wobei

"**N**" meint die Anzahl der Kalendertage innerhalb der maßgeblichen Beobachtungsperiode, an denen der Beobachtungswert des Basiswerts innerhalb der beiden Barrieren lag;

"**M**" meint die Anzahl der Geschäftstage in der maßgeblichen Zinsperiode; und

"**RAZ**" meint [**Range Accrual Zinssatz (EB Ziffer 12) einfügen**] (der "**Range Accrual Zinssatz**").]

[Falls als Verzinsungsart "Digitale Option" (EB Ziffer 12) vorgesehen ist, einfügen:

Wenn der Schlusskurs des Basiswerts am [**maßgeblichen Beobachtungstag (EB Ziffer 12) einfügen**] (der "**Beobachtungstag**") auf oder über [**Barriere (EB Ziffer 12) einfügen**] (die "**Barriere**") liegt, entspricht der Zinssatz für die maßgebliche

Zinsperiode [**Digitale Option Zinssatz (EB Ziffer 12) einfügen**] (der "**Digitale Option Zinssatz**") in allen anderen Fällen entspricht der Zinssatz für die maßgebliche Zinsperiode 0% p.a. (der "**Zinssatz**").]

[Falls als Verzinsungsart "Inflationsgebunden" (EB Ziffer 12) vorgesehen ist, einfügen:

An jedem [**Zinsermittlungstag (EB Ziffer 12) einfügen**] (jeweils ein "**Zinsermittlungstag**") stellt die Anleiheschuldnerin nachträglich für die unmittelbar vorhergehende Zinsperiode die Entwicklung des Basiswerts im Zeitraum zwischen 15 Monaten und 3 Monaten vor der Beginn der Zinsperiode fest. Der Zinssatz für den maßgeblichen Zinsermittlungstag (t) entspricht der prozentualen Entwicklung des Maßgeblichen Indexstandes zum Zeitpunkt 3 Monate vor Beginn der aktuellen Zinsperiode (t-3M) gegenüber dem Maßgeblichen Indexstand zum Zeitpunkt 15 Monate vor Beginn der aktuellen Zinsperiode (t-15M), wobei er aber nicht negativ sein kann. Der Zinssatz (der "**Zinssatz**") wird gemäß folgender Formel errechnet:

$$Z = \left(\frac{\text{Index (Monat } t) - \text{Index (Monat } (t-1))}{\text{Index (Monat } (t-1))} * P \right)$$

wobei der Zinssatz kaufmännisch auf zwei Nachkommastellen gerundet wird und nicht negativ sein kann.

"**Z**" meint den Zinssatz *per annum*;

"**Index(Monat_t)**" meint den Maßgeblichen Indexstand 3 Monate vor dem Beginn der aktuellen Zinsperiode;

"**Index(Monat_(t-1))**" meint den Maßgeblichen Indexstand 15 Monate vor dem Beginn der aktuellen Zinsperiode;

"**Index**" meint – vorbehaltlich einer Anpassung gemäß den Emissionsbedingungen - den Unrevidierten harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) im Euroraum ohne Tabakwaren⁶ (HICP – all items excluding tobacco – Index (2005 = 100) Euro area;

"**P**" meint die Partizipationsrate (EB Ziffer 12);

"**Indexstand**" ist jeder Stand des Index (unrevidiert; provisorisch) bezogen auf einen beliebigen Monat, wie er von der Indexberechnungsstelle in der Regel in der Mitte des

⁶ Der unrevidierte harmonisierte Verbraucherpreisindex des Euroraums ohne Tabakwaren zählt zu den EU-Verbraucherpreisindizes, die gemäß der Verordnung (EG) Nr. 2494/95 vom 23.10.1995 nach einem harmonisierten Ansatz und einheitlichen Definitionen berechnet werden. Basisjahr ist das Jahr 2005. Der Euroraum erfasste zunächst Belgien, Deutschland, Irland, Spanien, Frankreich, Italien, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Portugal und Finnland. Griechenland gehört seit Januar 2001, Slowenien seit Januar 2007, Zypern und Malta seit Januar 2008, die Slowakei seit Januar 2009, Estland seit dem Januar 2011, Lettland seit dem Januar 2014 und Litauen seit dem Januar 2015 zum Euroraum. Neue Mitgliedstaaten werden anhand einer Kettenindexformel in den Index integriert. Der Index wird monatlich ermittelt und in der Regel in der Mitte des Folgemonats veröffentlicht.

Folgemonats ermittelt wird und wie er auf **[Index-Bildschirmseite (EB Ziffer 12) einfügen]** (die "Index-Bildschirmseite") veröffentlicht wird; und

"Maßgeblicher Indexstand" ist jeder auf einen Bezugszeitpunkt bezogene unrevidierte (provisorische) Stand des Index, wie er von der Indexberechnungsstelle in der Regel in der Mitte des auf den Bezugszeitpunkt folgenden Monats ermittelt wird und wie er auf der Index-Bildschirmseite veröffentlicht wird. Nachfolgende Korrekturen werden nicht berücksichtigt. Vorläufige Veröffentlichungen einer Schätzung des Maßgeblichen Indexstandes bleiben außer Betracht;

"Indexberechnungsstelle" ist die Europäische Kommission - Eurostat - vorbehaltlich einer Anpassung gemäß diesen Emissionsbedingungen.]

- (4) **Veröffentlichung.** Der für die Berechnung des Zinssatzes maßgebliche Wert des Basiswertes wird gemäß § 11 veröffentlicht.
- (5) **Zinszahlungstage.** Der Zinsbetrag (wie in [] definiert) ist an jedem [Zinszahlungstag (wie in [] definiert)] **[Zinszahlungstage gemäß (EB Ziffer 14) einfügen]** zahlbar.

§ 3c

[Falls Beobachtungswert und Ersatzwert bei Verzinsungsart "Altiplano" (EB Ziffer 12) anwendbar, einfügen:

- (1) [Der "**Beobachtungswert**" entspricht dem Schlusskurs des Basiswertes, wie er am Beobachtungstag von der Feststellungsstelle, oder wenn der Basiswert ein (oder mehrere) Index ist, von der Indexberechnungsstelle, festgestellt und veröffentlicht wird.]

[anderen Beobachtungswert (EB Ziffer 12) einfügen]

- (2) Wird am Beobachtungstag der Beobachtungswert des Basiswertes oder eines in einem Korb enthaltenen Basiswertes nicht festgestellt und veröffentlicht oder liegt an diesem Tag eine Marktstörung (wie oben definiert) vor, dann wird der Beobachtungstag auf den nächstfolgenden Börseschäftstag (wie oben definiert), an dem keine Marktstörung mehr vorliegt, verschoben. Dauert die Marktstörung auch am fünften Börseschäftstag an, gilt dieser fünfte Börseschäftstag nach Eintritt der Marktstörung als Beobachtungstag und die Anleiheschuldnerin wird den Zinssatz auf der Basis eines Ersatzkurses für den betreffenden Basiswert festlegen. Ersatzkurs ist, soweit erhältlich, der von der Feststellungsstelle festgelegte Kurs des betreffenden Basiswertes oder, falls ein solcher nicht feststellbar ist, der von der Anleiheschuldnerin bestimmte Kurs des betreffenden Basiswertes, der den an diesem Tag herrschenden Marktgegebenheiten entspricht.
- (3) Im Falle, dass der Basiswert ein Index ist, wird die Anleiheschuldnerin einen Ersatzkurs unter Anwendung der zuletzt für dessen Berechnung gültigen Berechnungsmethode errechnen, wobei die Anleiheschuldnerin der Berechnung die Kurse der zuletzt im Index enthaltenen Komponenten an diesem Tag zu jenem Zeitpunkt zugrunde legt, an

dem üblicherweise der Beobachtungswert der jeweiligen Indexkomponenten bestimmt wird. Sollte der Handel eines oder mehrerer der nach Auffassung der Anleiheschuldnerin für die Berechnung des Basiswertes maßgeblichen Indexkomponenten an einem solchen Tag ausgesetzt oder wesentlich eingeschränkt sein, wird die Anleiheschuldnerin den Wert dieser Indexkomponenten so bestimmen, dass er den an diesem Tag herrschenden Marktgegebenheiten entspricht.]

[Falls Beobachtungswert bei Verzinsungsart "Range Accrual" (EB Ziffer 12) anwendbar, einfügen:

[Der "**Beobachtungswert**" entspricht jedem Kurs des Basiswertes, der von der Feststellungsstelle, oder im Falle dass der Basiswert ein (oder mehrere) Index ist, von der Indexberechnungsstelle, festgestellt und veröffentlicht wird.]

[anderen Beobachtungswert (EB Ziffer 12) einfügen]]

[Falls Schlusskurs und Ersatzwert bei Verzinsungsart "Digitale Option" (EB Ziffer 12) anwendbar, einfügen:

(1) [Der "**Schlusskurs**" entspricht dem Preis des Basiswertes, wie er von **[Feststellungsstelle (EB Ziffer 19) einfügen]** [, oder im Falle dass der Basiswert ein (oder mehrere) Index ist, von der Indexberechnungsstelle,] festgestellt und veröffentlicht wird.]

[anderen Schlusskurs (EB Ziffer 12) einfügen]

(2) Wird der Schlusskurs des Basiswertes oder eines in einem Korb enthaltenen Basiswertes nicht am maßgeblichen Beobachtungstag festgestellt und veröffentlicht oder liegt an diesem Tag eine Marktstörung (wie oben definiert) vor, dann wird der Beobachtungstag auf den nächstfolgenden Börseschäftstag (wie oben definiert), an dem keine Marktstörung mehr vorliegt, verschoben. Dauert die Marktstörung auch am fünften Börseschäftstag an, gilt dieser fünfte Börseschäftstag nach Eintritt der Marktstörung als Beobachtungstag und die Anleiheschuldnerin wird den Zinssatz auf der Basis eines Ersatzkurses für den betreffenden Basiswert festlegen. Ersatzkurs ist, soweit erhältlich, der von der Maßgeblichen Börse oder der Feststellungsstelle festgelegte Kurs des betreffenden Basiswertes oder, falls ein solcher nicht feststellbar ist, der von der Anleiheschuldnerin bestimmte Kurs des betreffenden Basiswertes, der den an diesem Tag herrschenden Marktgegebenheiten entspricht.

(3) Im Falle, dass der Basiswert ein Index ist, wird die Anleiheschuldnerin einen Ersatzkurs unter Anwendung der zuletzt für dessen Berechnung gültigen Berechnungsmethode errechnen, wobei die Anleiheschuldnerin der Berechnung die Kurse der zuletzt im Index enthaltenen Komponenten an diesem Tag zu jenem Zeitpunkt zugrunde legt, an dem üblicherweise der Schlusskurs der jeweiligen Indexkomponenten bestimmt wird. Sollte der Handel eines oder mehrerer der nach Auffassung der Anleiheschuldnerin für die Berechnung des Basiswertes maßgeblichen Indexkomponenten an einem solchen Tag ausgesetzt oder wesentlich eingeschränkt sein, wird die Anleiheschuldnerin den

Wert dieser Indexkomponenten so bestimmen, dass er den an diesem Tag herrschenden Marktgegebenheiten entspricht.]

Muster der Endgültigen Bedingungen



Endgültige Bedingungen vom [●]

Oberösterreichische Landesbank Aktiengesellschaft

Emission von

[Gesamtanzahl der Tranche]

[Bezeichnung der Schuldverschreibungen] (Serie[●])

ISIN: [●]

(die "**Schuldverschreibungen**")

begibt [am] [ab dem] [Begebungstag] unter dem

Angebotsprogramm für Strukturierte Schuldverschreibungen

Wichtige Hinweise

[Ein gemäß dem Kapitalmarktgesetz gebilligter Prospekt vom 24.2.2016 [samt [Nachtrag] [Nachträgen] vom ●] wurde veröffentlicht und ist bei der Emittentin erhältlich.] [Das öffentliche Angebot der Schuldverschreibungen erfolgt unter Anwendung der Ausnahme von der Prospektspflicht gemäß [Kapitalmarktgesetz] [anderes].]

[Dieses Dokument stellt die Endgültigen Bedingungen dar und bezieht sich auf die Begebung der hierin beschriebenen Schuldverschreibungen. Die hierin verwendeten Begriffe haben die für sie in den im Prospekt vom 24.2.2016 [(und dem/den Nachtrag/Nachträgen vom [●] zum Prospekt)], der einen Basisprospekt gemäß der Prospektrichtlinie (Richtlinie 2003/71/EG in der durch die Richtlinie 2010/73/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. November 2010 geänderten Fassung, die "**Prospektrichtlinie**") darstellt (der "**Prospekt**") enthaltenen Muster-Emissionsbedingungen der jeweiligen Schuldverschreibungen (die "**Muster-Emissionsbedingungen**") festgelegte Bedeutung. Dieses Dokument enthält gemäß Artikel 5 Abs 4 der Prospektrichtlinie die Endgültigen Bedingungen der Schuldverschreibungen und ist nur mit dem Prospekt gemeinsam zu lesen. Vollständige Informationen in Bezug auf die Emittentin und das Angebot sind nur in der

Gesamtheit dieses Dokuments (das "**Dokument**" oder die "**Endgültigen Bedingungen**"), und dem Prospekt enthalten. [Der Prospekt [und etwaige Nachträge hierzu] *[[ist] [sind]* bei [Adresse] kostenlos erhältlich und] [kann] [können] [dort und] auf der Website [Website] eingesehen werden.]

[Anwendbare Bestimmung einfügen oder als "Nicht anwendbar" (N/A) kennzeichnen. Achtung: Reihenfolge der Nummerierung bleibt unverändert, auch wenn einzelne Abschnitte oder Unterabschnitte als "Nicht anwendbar" gekennzeichnet sind. Kursivschrift kennzeichnet Erläuterungen für die Bearbeitung des Dokuments für die Endgültigen Bedingungen.]

Die im Prospekt festgelegten Muster-Emissionsbedingungen werden gemäß den Bestimmungen dieses Dokumentes ergänzt. Im Fall einer Abweichung von den Muster-Emissionsbedingungen gehen die Bestimmungen der Endgültigen Bedingungen vor. Die entsprechend ergänzten Muster-Emissionsbedingungen und die entsprechenden Bestimmungen der Endgültigen Bedingungen stellen zusammen die Emissionsbedingungen dar, die auf diese Emission von Schuldverschreibungen anwendbar sind.

*[Wenn anwendbar, einfügen: **Anleger werden darauf hingewiesen, dass die Emissionsbedingungen der Schuldverschreibungen nur der Emittentin ein Recht auf vorzeitige Rückzahlung gewähren, und dass die Inhaber der Schuldverschreibungen eine höhere Rendite auf ihre Schuldverschreibungen erhalten, als wenn sie ebenfalls ein vorzeitiges Rückzahlungsrecht eingeräumt erhalten würden. Der Ausschluss des vorzeitigen Rückzahlungsrechtes durch die Inhaber der Schuldverschreibungen ist eine Voraussetzung dafür, dass die Emittentin ihr Risiko aus den Schuldverschreibungen absichern kann. Daher würde die Emittentin, wenn das vorzeitige Rückzahlungsrecht der Inhaber der Schuldverschreibungen nicht ausgeschlossen würde, die Schuldverschreibungen entweder gar nicht begeben oder die Emittentin würde die voraussichtlichen Kosten für die Auflösung des Absicherungsgeschäftes in den Rückzahlungsbetrag der Schuldverschreibungen einberechnen und so die Rendite der Anleger verringern. Anleger sollten daher sorgfältig überlegen, ob sie meinen, dass dieses vorzeitige Rückzahlungsrecht, das nur der Emittentin gewährt wird, für sie nachteilig ist und sollten, wenn sie dieser Ansicht sind, nicht in die Schuldverschreibungen investieren.]***

[Eine emissionsspezifische Zusammenfassung ist den Endgültigen Bedingungen beigelegt.]

TEIL 1 – EMISSIONSBEDINGUNGEN

TEIL A – VERTRAGLICHE BEDINGUNGEN

[A. Falls die für die betreffenden Schuldverschreibungen maßgebliche(n) Option(en) der Muster-Emissionsbedingungen durch Wiederholung der betreffenden im Prospekt als eine der Optionen 1 und/oder 2 angeführten Angaben (einschließlich der jeweils enthaltenen bestimmten weiteren Optionen) bestimmt und die entsprechenden Leerstellen ausgefüllt werden, einfügen:

Die für die Schuldverschreibungen geltenden Emissionsbedingungen sind nachfolgend angeführt.

[Hier die betreffenden Angaben der maßgebliche Option(en) (einschließlich der jeweils enthaltenen bestimmten weiteren Optionen) wiederholen und betreffende Leerstellen vervollständigen.]

[B. Falls die für die betreffenden Schuldverschreibungen maßgebliche(n) Option(en) der Muster-Emissionsbedingungen, die durch Verweisung auf die im Prospekt als eine der Optionen 1 und/oder 2 angeführten Angaben (einschließlich der jeweils enthaltenen bestimmten weiteren Optionen) bestimmt werden, einfügen:

Dieser Teil I.A der Endgültigen Bedingungen ist in Verbindung mit dem Satz bzw den Sätzen der Muster-Emissionsbedingungen, der (die) auf die maßgebliche Serie von Schuldverschreibungen Anwendung findet(n), zu lesen. Begriffe, die in den Muster-Emissionsbedingungen definiert sind, haben dieselbe Bedeutung, wenn sie in diesen Endgültigen Bedingungen verwendet werden. Bezugnahmen in diesen Endgültigen Bedingungen auf Paragraphen beziehen sich auf die Paragraphen der Muster-Emissionsbedingungen.

Die Leerstellen in den auf die Schuldverschreibungen anwendbaren Bestimmungen der Muster-Emissionsbedingungen gelten als durch die in diesen Endgültigen Bedingungen enthaltenen Angaben ausgefüllt, als ob die Leerstellen in den betreffenden Bestimmungen durch diese Angaben ausgefüllt wären. Sämtliche Bestimmungen der Muster-Emissionsbedingungen, die sich auf Variablen dieser Endgültigen Bedingungen beziehen und die weder angekreuzt noch ausgefüllt werden oder die gestrichen werden, gelten als in den auf die Schuldverschreibungen anwendbaren Emissionsbedingungen gestrichen.

ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

1. Art der Schuldverschreibung: [nicht-nachrangige] [Tier 2-]
[Schuldverschreibungen] [Pfandbriefe]
[Kommunalfandbriefe] [Nullkupon
Schuldverschreibungen] [Steepener-
Schuldverschreibungen] [mit fixer Verzinsung]
[mit variabler Verzinsung] [mit

- basiswertabhängiger Verzinsung] [(Altiplano)]
 [(Range Accrual)] [(Digitale Option)]
 [(Inflationsgebunden)] und fixem
 Rückzahlungsbetrag
2. Nennbetrag: [●]
 3. Gesamtnennbetrag: [●]
 4. Festgelegte Währung: [●]
 5. Emissionspreis: [EUR/andere Währung] [*Betrag einfügen*] [[●]
 % des Nennbetrages] [zuzüglich aufgelaufener
 Zinsen ab [*Datum einfügen*] (*nur bei fungiblen
 Tranchen, wenn erforderlich*)
- [*im Falle einer Daueremission: Angabe, wie
 sich der Emissionspreis bestimmt*]
- Ausgabeaufschlag: [●] [Nicht anwendbar]
 - Mindestzeichnungsbetrag: [●] [*Wenn nicht anwendbar, Zeile löschen.*]
 - Höchstzeichnungsbetrag: [●] [*Wenn nicht anwendbar, Zeile löschen.*]
6. Begebungstag: [●]
 - Daueremission: [Anwendbar] [*Wenn nicht anwendbar, Zeile
 löschen.*]
 7. Verzinsungsbeginn: [●]
 8. Fälligkeitstag: [●] [Zinszahlungstag, der in den
 [Rückzahlungsmonat, Jahr] fällt]
 9. Kündigungsrechte der
 Anleiheschuldnerin: [Kündigungsrecht der Anleiheschuldnerin]
 (*zusätzliche Einzelheiten unter
 "Rückzahlungsmodalitäten" unten*)
 [Nicht anwendbar]

BESTIMMUNGEN ZUR VERZINSUNG

10. Fixzinsmodalitäten: [Anwendbar/Nicht anwendbar]
 (*falls nicht anwendbar, Unterabschnitte dieses
 Absatzes löschen*)
 - Zinssatz: [[●] % *per annum* [zahlbar [jährlich/
 halbjährlich / vierteljährlich / *anders*]

- nachträglich] [*Falls nicht anwendbar, Zeile löschen.*]
- Festzinsbetrag: [●] [*wenn nicht anwendbar, Zeile löschen*]
11. Modalitäten bei variabler Verzinsung: [Anwendbar/Nicht anwendbar] (*falls nicht anwendbar, die Unterabschnitte dieses Absatzes löschen*)
- Referenzzinssatz: [●]
 - Bildschirmseite: [●]
 - Aufschlag/ Abschlag (Marge): [[+/-] [●] % per annum] [*auf- oder absteigende Marge einfügen*]
 - Zinsfeststellungstag(e): [zweiter Londoner Geschäftstag vor Beginn der jeweiligen Zinsperiode wenn LIBOR/und zweiter TARGET Geschäftstag vor Beginn jeder Zinsperiode wenn EURIBOR oder LIBOR] [*andere Tage*]
 - Referenzbanken: [●] [*Falls nicht anwendbar, Zeile löschen.*]
 - Relevanter Markt: [●]
12. Zusätzliche Bestimmungen für Schuldverschreibungen mit basiswertabhängiger Verzinsung: [Anwendbar/Nicht anwendbar] (*falls nicht anwendbar, die Unterabschnitte dieses Absatzes löschen*)
- Verzinsungsart: [Altiplano] [Range Accrual] [Digitale Option] [Inflationsgebunden]
 - Indexabhängige Verzinsung: [Anwendbar] [Nicht anwendbar]
 - Altiplano Zinssatz: [●] [*wenn nicht anwendbar, Zeile löschen*]
 - Range Accrual Zinssatz: [●] [*wenn nicht anwendbar, Zeile löschen*]
 - Digitale Option Zinssatz: [●] [*wenn nicht anwendbar, Zeile löschen*]
 - Verzinsungsende: [●]
 - Basiswert / Basiswertkorb: [●] (*Beschreibung des Basiswertes einfügen*) [*Weitere Informationen zum Basiswert werden unten gegeben.*]

- Beobachtungswert: [●] [*wenn nicht anwendbar, Zeile löschen*]
 - Schlusskurs: [●] [*wenn nicht anwendbar, Zeile löschen*]
 - Barriere: [●] [*wenn nicht anwendbar, Zeile löschen*]
 - Obere Barriere: [●] [*wenn nicht anwendbar, Zeile löschen*]
 - Untere Barriere: [●] [*wenn nicht anwendbar, Zeile löschen*]
 - Beobachtungstag / -periode: [●] [*Falls nicht anwendbar, Zeile löschen.*]
 - Zinsermittlungstag: [●][*Falls nicht anwendbar, Zeile löschen.*]
 - Partizipationsrate: [●] [*wenn nicht anwendbar, Zeile löschen*]
 - Index-Bildschirmseite: [●] [*wenn nicht anwendbar, Zeile löschen*]
 - Maßgebliche Terminbörse: [●] (*nur angeben, wenn anders als in den Muster-Emissionsbedingungen*)
 - Referenzbörse(n): [●] [*Für jeden Basiswert angeben; wenn nicht anwendbar, Zeile löschen*]
13. Modalitäten für die Verzinsung für Steepener-Schuldverschreibungen: [Anwendbar/Nicht anwendbar] (*falls nicht anwendbar, die Unterabschnitte dieses Absatzes löschen*)
- Swapsatz 1: [●]
 - Swapsatz 2: [●]
 - Zins-Partizipationsfaktor: [●]
 - Bildschirmseite: [●]
 - Für Swapsatz-Quotierungen maßgeblichen Zinssatz: [●]
14. Allgemeine Regelungen betreffend die Verzinsung und Definitionen:
- Anleiheschuldnerin [Oberösterreichische Landesbank
Aktiengesellschaft
Landstraße 38
4010 Linz]

- Österreich] [●]
 [Falls andere Anleiheschuldnerin nicht
 anwendbar, Zeile löschen.]
- Maximal- und/oder
 Mindestzinssatz: [●] [Falls nicht anwendbar, Zeile löschen.]
 - Zinstagequotient: [Actual/Actual (ICMA)]
 [30/ 360]
 [30E/ 360] [Eurobond Basis]
 [Actual/ 365] [Actual/Actual (ISDA)]
 [Actual/ 365 (Fixed)]
 [Actual/ 360]
 - Festgelegte Zinsperiode(n): [●] [Falls nicht anwendbar, Zeile löschen.]
 - Festgelegte
 Zinszahlungstage: [●][Falls nicht anwendbar, Zeile löschen.]
 - Geschäftstage-konvention: [Modifizierte-Folgender-Geschäftstag-
 Konvention] [Floating Rate Note Konvention]
 [Folgender-Geschäftstag-Konvention]
 [Vorangegangener-Geschäftstag-Konvention]
 - Maßgebliches
 Finanzzentrum
 (-zentren): [●] [Falls nicht anwendbar, Zeile löschen.]

RÜCKZAHLUNGSMODALITÄTEN

15. Rückzahlungsbetrag: [●% des Nennbetrag] [[●] pro Stückelung]
 [anderer Betrag]
- Fixer Rückzahlungsbetrag: Anwendbar
16. Vorzeitige Rückzahlung nach
 Wahl der Anleiheschuldnerin: [Anwendbar] [Nicht anwendbar]
 (falls nicht anwendbar, Unterabschnitte dieses
 Absatzes löschen)
- Wahlrückzahlungstag(e)
 (Call): [●]
 - Wahlrückzahlungsbetrag (-
 beträge) (Call), falls
 zutreffend, Methode zu
 dessen (deren) Berechnung: [●] je Stückelung von [●] (wenn nicht
 Nennbetrag)

- Teilrückzahlung: [●] [*Falls nicht anwendbar, Zeile löschen*)]
 - (a) Mindest-Rückzahlungsbetrag [●] [*Falls nicht anwendbar, Zeile löschen*)]
 - (b) höherer- (Höchst-) Rückzahlungsbetrag [●] [*Falls nicht anwendbar, Zeile löschen*)]
 - Kündigungsfrist (Call): [●] [*wenn abweichende Kündigungsfrist vorgesehen ist, Zeile löschen*]
 - Zahlungsfrist (Call): [●]
 - Zinsaufschlag für den Verzicht auf das ordentliche Kündigungsrecht: [●] [Kann nicht angegeben werden.]
17. Vorzeitige Rückzahlung nach Wahl der Anleihegläubiger [Anwendbar] [Nicht anwendbar] (*falls nicht anwendbar, Differenz zwischen den Absicherungskosten der gegenständlichen Emission und jenen einer hypothetischen Emission ohne Kündigungsrechtsausschluss auf Basis von Quotierungen von im Bereich der Absicherungsgeschäfte (Hedging) tätigen Kreditinstituten angeben und Unterabschnitte dieses Absatzes löschen*)
- Wahlrückzahlungstag(e) (Put): [●]
 - Wahlrückzahlungsbetrag (-beträge) (Put) und falls zutreffend, Methoden zu dessen Berechnung: [Nicht anwendbar] [● je Stückelung von ●] (*wenn nicht Nennbetrag*)
 - Kündigungsfrist (Put): [Nicht anwendbar] [●] (*wenn abweichend von den Muster-Emissionsbedingungen*)
 - Zahlungsfrist (Put): [●]
18. Vorzeitige Rückzahlung bei Vorliegen einer Rechtsänderung: [Anwendbar][Nicht anwendbar] (*falls nicht anwendbar, Unterabschnitte dieses Absatzes löschen*)
- Vorzeitiger Rückzahlungsbetrag: [●]

- Zahlungsfrist: [●]
- 19. Maßgebliche Börse / Feststellungsstelle / Indexberechnungsstelle: [●] [Nicht anwendbar]

WEITERE VERTRAGLICHE ANGABEN

- 20. Zahlstelle(n): [Oberösterreichische Landesbank Aktiengesellschaft Landstraße 38 4010 Linz Österreich] [●]
- 21. Berechnungsstelle: [Oberösterreichische Landesbank Aktiengesellschaft Landstraße 38 4010 Linz Österreich] [●]
- 22. (i) Verwahrstelle: [OeKB CSD GmbH, Strauchgasse 1-3, A-1010 Wien]
[andere] (*Angabe von Einzelheiten*)
- (ii) Clearing System: [Clearstream Banking AG, Frankfurt, Börsenplatz 7 – 11, D-60313 Frankfurt am Main]
[Euroclear Bank S.A./N.V. (Euroclear Operator), 1. Boulevard du Roi Albert II, B-1210 Brüssel]
[Clearstream Banking société anonyme, Luxembourg, 42 Avenue JF Kennedy, L-1855 Luxembourg]
[OeKB CSD GmbH, Strauchgasse 1-3, A-1010 Wien]
[anderes / zusätzliches Clearing System] (*Angabe von Einzelheiten*)
[Nicht anwendbar]
- 23. Börsennotierung: [Ein Antrag auf Zulassung der Schuldverschreibungen zum Handel kann beantragt werden zum:]
[Amtlichen Handel der Wiener Börse]
- Erster Handelstag [Geregelten Freiverkehr der Wiener Börse]
[Eine Einbeziehung der Schuldverschreibungen in den von der Wiener Börse als Multilaterales Handelssystem geführten Dritten Markt wird

beantragt]
[Nicht anwendbar.] [*falls nicht anwendbar, die
Unterabschnitte dieses Absatzes löschen*]

[●]

24. Art der Mitteilungen und
Website für
Bekanntmachungen:

[www.hypo.at] [*andere*]

TEIL B – WEITERE ANGABEN

IDENTIFIKATION

ISIN, WKN: [●]

[(i)] Nummer der Serie: [●]

[(ii)] Nummer der Tranche: [●] (*falls fungibel mit einer bestehenden Serie,
Beschreibung dieser Serie, einschließlich des
Tages, an dem die Schuldverschreibungen fungibel
werden*)

Rating der Wertpapiere: [●] [*Falls nicht anwendbar, Zeile löschen.*]

ANGABEN ZUR PLATZIERUNG

Zeitraum für die Zeichnung: [*Angabe von Einzelheiten einschließlich etwaiger
Möglichkeiten der Verkürzung des Zeitraums für die
Zeichnung und/oder der Kürzung von Zeichnungen*]

Gründe für das Angebot
und die Verwendung der
Erlöse, Nettoerlöse [●] [*Wenn nicht anwendbar, Zeile löschen*]

Geschätzte Gesamtkosten
bezüglich der Zulassung
zum Handel: [●]

Koordinatoren und/oder
Platzeure [*Falls nicht anwendbar, Zeile löschen.*] [●]

Übernahmevertrag [*Datum des Übernahmevertrags einfügen*] [*Falls
nicht anwendbar, Zeile löschen.*]

Übernahme [*Falls nicht anwendbar, Zeile löschen.*] [●]

Provisionen: [Nicht anwendbar] [●]

ANGABEN ZUR ABWICKLUNG

Lieferung: [Lieferung gegen/frei von Zahlung] [Nicht anwendbar]

Geregelte oder gleichwertige Märkte, an denen Wertpapiere der Emittentin derselben Gattung wie die angebotenen Wertpapiere zum Handel zugelassen sind: [Nicht anwendbar] [*Märkte angeben*]

Intermediäre im Sekundärhandel [●] [*Falls nicht anwendbar, Zeile löschen.*]

Angebotsfrist, für die spätere Weiterveräußerung oder endgültige Platzierung durch Finanzintermediäre [●][*Falls nicht anwendbar, Zeile löschen.*]

Emissionsrendite: [Anwendbar] [Nicht anwendbar] [●] [Die Emissionsrendite ist am Tag der Begebung auf der Basis des Emissionspreises berechnet und ist keine Indikation für eine Rendite in der Zukunft.]

Berechnungsmethode der Emissionsrendite: [Nicht anwendbar] [ICMA Methode (*Die ICMA Methode ermittelt die Effektivverzinsung von Schuldverschreibungen unter Berücksichtigung der täglichen Stückzinsen*)]

Interessen von ausschlaggebender Bedeutung: [*Falls nicht anwendbar, Zeile löschen.*] [*Falls anwendbar, Angabe von Einzelheiten in Bezug auf jegliche Interessen – einschließlich Interessenkonflikte -, die für die Emission/das Angebot von ausschlaggebender Bedeutung sind unter Spezifizierung der involvierten Personen und Angabe der Wesensart der Interessen.*]

[ANTRAG AUF BÖRSENOTIERUNG UND ZULASSUNG ZUM HANDEL

Diese Endgültigen Bedingungen enthalten die Details, die erforderlich sind, um die hierin beschriebenen Schuldverschreibungen gemäß dem Angebotsprogramm für Strukturierte Schuldverschreibungen vom 24.2.2016 an der Börse zu notieren und zum Handel zuzulassen.]

INFORMATIONEN NACH DER BEGEBUNG

Die Emittentin wird nach Begebung keine Informationen bezüglich der Basiswerte liefern, ausgenommen wie in den Muster-Emissionsbedingungen und den Endgültigen Bedingungen bestimmt.

Oberösterreichische Landesbank Aktiengesellschaft

Durch:

Zeichnungsberechtigte Person

Durch:

Zeichnungsberechtigte Person

TEIL 2 – EMISSIONSSPEZIFISCHE ZUSAMMENFASSUNG

[Um die Details zur maßgeblichen Emission ergänzte Zusammenfassung des Prospekts einfügen]

EMITTENTIN

OBERÖSTERREICHISCHE LANDESBANK AKTIENGESELLSCHAFT

Landstraße 38
4010 Linz
Österreich

RECHTSBERATER

WOLF THEISS
Rechtsanwälte GmbH & Co KG

Schubertring 6
1010 Wien
Österreich